Mittwoch, 5. September 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1. – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 208 - 36. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Hausfrauen: Die volkswirtschaftliche Leistung der Hausfrauen in der Bundesrepublik entspricht einem Wert von jährlich *600 Milliarden Mark. Trotzdem,* so Bundesfamilienminister Heiner Geißler in Bonn, haben Bemühungen um volle Gleichberechtigung der Frau noch keinen Erfolg gebracht. (S. 6)

Irrtum: Als „beleidigend" hat es das japanische Außenministerium bezeichnet, daß der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Honecker auf der Leipziger Messe ein vereinbartes Treffen mit dem früheren japanischen Außenminister Sakurauchi nicht einhielt. Ost-Berlin sprach von einem Irrtum.

Manöverkritik: Ungewöhnlich scharf haben die sowjetischen Medien die Rolle der Bundesrepublik bei den laufenden NATO-Herbstmanövern kritisiert. Bonn sei „ein Herd militaristischer Provokation auf unserem Kontinent geworden", schrieb „Sowjetskaja Rossija". Die „Prawda" monierte, daß die Manöver „in provokativer Nähe" zur „DDR" stattfänden.

US-Wahlkampf: Die Rolle der Religion im öffentlichen Leben ist nach Präsident Reagans jüngster Wahlkampfrede in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. „Politik und Moral sind untrennbar", hatte Reagan betont. Damit blieben Religion und Politik „notwendigerweise verknüpft".

Papst-Besuch: Der Bombenanschlag auf den Bahnhof von Montreal, bei dem drei Personen getötet und 41 zum Teil schwer verletzt wurden, ist möglicherweise aus Protest gegen den am Montag beginnenden Papst-Besuch in Kanada verübt worden. Im Zusammenhang mit Drohbriefen gegen den Papst, die zuvor im Bahnhof und bei Zeitungen eingegangen waren, wurde ein 65jähriger US-Bürger festgenommen.

Österreich: Nur wenige Stunden nach dem großen Revirement des Kabinetts, bei dem vier Ministerposten neu besetzt wurden, schied auch Unterrichtsminister Helmut Zilk aus. Zilk soll nach dem Willen der Sozialistischen Partei Wiener Bürgermeister werden.

Nicaragua: Verteidigungsminister Ortega bestätigte, daß sein Land von Libyen militärische Unterstützung erhält.

Arbed Saarstahl: Die saarländische Regierung will den Konzern weiter stützen. Dafür wurden im Nachtragsetat 77 Millionen Mark eingestellt. Außerdem wurde der Fonds für Grundstücksankäufe um 55 Millionen Mark aufgestockt. Diese Summe ist für Käufe aus dem Arbed-Vermögen bestimmt.

Heute: Türkischer Ministerpräsident Özal in Bonn. – Diepgen bei Mitterrand.

ZITAT DES TAGES

» Wir wissen, daß der offensive Einsatz von chemischen Waffen Teil der sowjetischen Doktrin ist «

NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers
FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Ernteprognose: Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle rechnet für 1984 mit einer „sehr guten Ernte". Dadurch werden auch die Einkommen der Landwirte steigen. Bauern-Präsident Heereman fordert trotzdem höhere Milchpreise und Subventionen für die Altershilfe der Landwirte.

Streikschulden: Der Arbeitskampf in der Druckindustrie hat die IG Druck 51 Millionen DM gekostet. Ihre Reserven umfassten sechs Millionen DM. Nun will der DGB helfen, die Schuld von 45 Millionen zu tilgen.

„DDR"-Aufträge: Ost-Berlin hat, vor allem im Anlagengeschäft, seit Anfang Juli Aufträge in einem Volumen von 180 Millionen Verrechnungseinheiten an Firmen in der Bundesrepublik vergeben. Darüber hinaus stellte es nach Angaben von Staatssekretär von Würzen weitere Abschlüsse über 1,7 Milliarden Mark für Ausrüstungsgüter in Aussicht. (S. 11)

Börse: An den Aktienbörsen konnte sich eine einheitliche Tendenz nicht durchsetzen. Der Rentenmarkt war behauptet. WELT-Aktienindex 144,8 (144,7). Dollarmittelkurs 2,9180 (2,9040) Mark. Goldpreis pro Feinunze 341,20 (344,50) Dollar.

KULTUR

Berliner Festwochen: Mit einer Aufführung der amerikanischen Ballett-Truppe „Martha Graham Dance Company" und Rudolf Nurejew als Solisten sind gestern die 34. Berliner Festwochen eröffnet worden. (S. 21)

F. V. S.-Preis: Der mit 30 000 Mark ausgestattete Preis der Hamburger Stiftung F. V. S. für 1984 ist dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Professor Alexandrow, verliehen worden. Er wurde ausgezeichnet für seine Leistungen vor allem auf dem Gebiet der Nuklear-Energetik.

SPORT

Motorsport: 30 000 Dollar Nennungsgebühr für die Formel 1 hinterlegte der deutsche Rennwagenbauer Erich Zakowski. Fahrer soll der Münchner Christan Danner sein.

Leichtathletik: Nach dem Vorbild des Ski-Weltcups sollen ab 1985 Sportfeste in Ost und West stattfinden: Für Placierungen gibt es Punkte und dafür wiederum Preisgelder.

AUS ALLER WELT

Super-Gewinn: 40 Millionen Dollar (116 Millionen Mark) hat ein 28jähriger Drucker aus Chicago im Lotto gewonnen. Das Geld wird in 20 Jahresraten ausgezahlt. In drei Ziehungen hatte es keinen Hauptgewinn gegeben. (S. 22)

„Discovery": Die US-Weltraumfähre ist weitgehend von den Eisbrocken befreit worden, die sich am Abfluß der der Bordtoilette gebildet hatten. Nach sechs Tagen im All soll die Fähre heute in Kalifornien landen. (S. 22)

Wetter: Wechselnd bewölkt, einzelne Schauer. 15 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Auf Druck Moskaus sagt Honecker seinen Besuch ab

Wird der SED-Chef 1985 vom Bundespräsidenten in Bonn empfangen?

MANFRED SCHELL, Bonn

SED-Generalsekretär Erich Honecker hat seinen vom 26. bis 30. September vorgesehenen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund des massiven Drucks der Sowjetunion und offenkundig auch aus protokollarischen Gründen abgesagt. Die Bundesregierung geht davon aus, daß er zu einem späteren Zeitpunkt – vermutlich nach den Landtagswahlen im kommenden Jahr – nachgeholt wird. Dann allerdings kann Honecker damit rechnen, daß er von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu einem „Höflichkeitsbesuch" in der Villa Hammerschmidt empfangen wird.

Die Bundesregierung hat Ost-Berlin die Zusage für einen Empfang Honeckers im „Amtssitz" des Bundespräsidenten gegeben. Bei dem Besuch im September hätte dieser Empfang allerdings auf Schloß Falkenlust außerhalb Bonns stattgefunden, das Weizsäcker für die Dauer der bis Ende dieses Jahres veranschlagten Umbauarbeiten in der Villa Hammerschmidt als seinen „Amtssitz" nutzt.

In Regierungskreisen hieß es gestern, auch der künftige Besuch Honeckers werde, wenn er zustande komme, den Charakter eines „Arbeitsbesuches" haben. Dies bedeute, daß Bundeskanzler Helmut Kohl den SED-Chef nicht zu politischen Gesprächen in Bonn empfangen werde. Dies sei mit Blick auf einen Gegenbesuch des Bundeskanzlers in der „DDR" aus statusrechtlichen Gründen erforderlich, denn sonst müßte Kohl dann nach Ost-Berlin reisen.

Das Bundeskanzlerasmt wurde unter kuriosen Umständen über die Absage Honeckers unterrichtet; offenkundig wollte Ost-Berlin die Zeit der Ungewißheit noch verlängern. Für gestern 9 Uhr war im Kanzleramt ein Delegationstreffen mit dem Ständigen Vertreter der „DDR", Ewald Moldt, vorgesehen, um ein gemeinsames Kommuniqué für den Honecker-Besuch vorzubereiten. Vor Beginn dieses Treffens bat Staatsminister Jenninger den „DDR"-Unterhändler zu einem Gespräch in sein Arbeitszimmer. Jenninger forderte angesichts der Spekulationen der letzten Tage über eine Verschiebung des Besuchs von Moldt „ein Stück Klarheit". Die Indiskretionen, so Jenninger, seien „nachweislich" von der „DDR"-Seite ausgegangen. Daraufhin erklärte Moldt, der ins Auge gefaßte Termin sei „nicht mehr real", denn Stil und öffentliche Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland seien unwürdig und abträglich. In dem rund einstündigen Gespräch mit Jenninger gab Moldt dann eine detailliertere Begründung als anschließend gegenüber Presseagenturen. Er sagte, in der Bundesrepublik Deutschland sei der Honecker-Besuch „protokollarisch herabgesetzt" und als „zweitrangig" erklärt worden, „wichtige Gesprächspunkte" – er meinte damit die Geraer Forderungen Honeckers – seien von vornherein „ausgeklammert" worden. Außerdem habe es geheißen, Honecker dürfe Bonner Boden nicht betreten. Eine schriftliche Erklärung von der „DDR" gab es nicht. Moldt gab auch keinen Hinweis darauf, ob die Absage am gleichen Tag auf der Sitzung des SED-Politbüros in Ost-Berlin gefallen ist. Der Name des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger wurde von Moldt nicht genannt. Dregger hatte in einem WELT-Interview gesagt: „Unsere Zukunft hängt nicht davon ab, daß Herr Honecker uns die Ehre sei-

SEITEN 3 und 10:
Weitere Beiträge

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Der Fall Honecker

HERBERT KREMP

Ein Zwischenakt des melancholischen teutonischen Schauspiels ist zu Ende. Honecker kommt also nicht, er war mit Tönen und Zwischentönen während der Besuchs-Vorbereitung nicht zufrieden. Das Kanzleramt nahm die Botschaft nicht ohne Bedauern, aber gelassen hin. Denn die causa, um die es geht, ist eine causa Honecker.

Wir hören schon das Rattern der Selbstbezichtigungsmühle. Man habe, so wird es jetzt heißen, dem geladenen Gast nicht Rosen, sondern Dornen gestreut. Man hätte ihm materialiter, in der Form „echter" Konzessionen entgegenkommen sollen, nicht nur materiell. Etwa an der Elbgrenze, in Sachen Staatsbürgerschaft in der Form der Umwandlung der Vertretungen in Botschaften. Denn mit schnödem Mammon, darin wird die Bezichtigung gipfeln, sei ein Mann wie Honecker nicht zu kaufen.

Das alles ist weit gefehlt. In Wirklichkeit konnte Honecker seine Zusage nicht einhalten, weil Moskau an der Westreise Anstoß nahm. Seit Wochen trommelt das Eiserne Dreieck Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei. Kein Wort konnte ein deutscher Politiker mehr sagen, das nicht unverzüglich als Aufschrei des Revanchismus gedeutet wurde. Man höre aus deutschen Bierkellern (Tatort Bundesrepublik) die „heisere Stimme des Führers", schreibt das Armee-Organ „Roter Stern". Nein, in ein solches Milieu durfte sich Honecker nicht verlaufen.

Aber die Sache ist ernster, als verstiegene Polemik es ahnen läßt. Die Absage liefert schließlich den hellen Beweis dafür, daß Honecker vor dem Sperrfeuer aus dem eigenen Lager zurückweichen mußte. Sein Spielraum wurde überschätzt. Die „DDR" ist in den Augen der sowjetischen Macht Perle und Riegel des Imperiums. Vielleicht wurde bei uns zu viel über die „nationale Komponente" in Honeckers überarbeiteter Biographie phantasiert. Der Begriff des Patrioten, den eine ganz und gar unhistorische Betrachtungsweise ihm andichtete, machte seine Schritte verdächtig. Was nun?

Hoffen wir, daß die Fehleinschätzungen auf beiden deutschen Seiten und die Falschinterpretationen der eifersüchtigen und ängstlichen Sowjetunion die deutschen Kreise nicht allzu sehr stören. Helmut Kohl hat in Deutschland etwas erreicht, ohne etwas aufzugeben. Er war und ist guten Willens. Die causa Honecker ist nicht sein Fall. Der Staatsratsvorsitzende wurde von den Oberstaatsratsvorsitzenden zurückgepfiffen. Wird es Moskau bei der offenen Desavouierung der SED belassen?

Der Arbeitskampf bremste Wachstum

Das reale Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal um 1,5 Prozent zurückgegangen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die gesamtwirtschaftliche Leistung der Bundesrepublik, das reale Bruttosozialprodukt, war im zweiten Quartal nach Ausschaltung von Saison- und Kalendereinflüssen um knapp *eineinhalb* Prozent niedriger als im ersten Quartal. Diese Meldung aus dem Statistischen Bundesamt in Wiesbaden kommt keineswegs überraschend. Denn die Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie hatten einen erheblichen Produktionsausfall zur Folge, dessen Auswirkungen sich auch in anderen Wirtschaftsbereichen niederschlugen.

Am deutlichsten wird die Schrumpfung der Wirtschaftsleistung bei den Ausrüstungsinvestitionen sichtbar, die gegenüber dem zweiten Quartal des Vorjahres um real 6,5 Prozent zurückgingen, nachdem sie im ersten Quartal noch um 4,2 Prozent zugenommen hatten. Die Zuwachsrate des privaten Verbrauchs halbierte sich auf 0,4 Prozent, die der Einfuhr rutschte von 9,1 auf 4,9 Prozent und die der Ausfuhr von sieben auf vier Prozent. Gegenüber dem zweiten Vorjahresquartal errechnete das Statistische Bundesamt von März bis Juni eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um 0,5 Prozent nach einem Plus von 3,9 Prozent im ersten Quartal. Im ersten Halbjahr ergab sich ein reales Wirtschaftswachstum von 2,2 Prozent.

Inzwischen läuft die Produktion wieder auf vollen Touren. Ein beträchtlicher Teil der streikbedingten Produktionsausfälle wird aufgeholt. Die wichtigsten Konjunkturindikatoren weisen wieder fast so deutlich wie vor dem Arbeitskampf in Richtung Aufschwung. Doch haben die Experten wegen des Arbeitskampfes ihre früheren Wachstumserwartungen von drei Prozent und mehr auf etwa zweieinhalb Prozent korrigiert.

Das Volkseinkommen – das ist das Bruttosozialprodukt abzüglich Abschreibungen und indirekten Steuern – war im zweiten Quartal nach Angaben des Wiesbadener Amtes um 1,5 Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit nach einem 5,7prozentigen Anstieg im ersten Quartal. Den größten Anteil daran haben mit über 70 Prozent die Bruttoeinkommmen aus unselbständiger Arbeit, die um 0,8 Prozent höher waren nach fünf Prozent Plus im ersten Quartal. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen um 3,1 (Vorquartal: 7,6) Prozent.

DW. Berlin

Der Arbeitskampf in der Druckindustrie hat nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur (dpa) die IG Druck und Papier rund 51 Millionen Mark gekostet. Zu Beginn des Streiks hatte die IG Druck sechs Millionen Mark „auf der hohen Kante", so daß sie jetzt rund 45 Millionen Mark Schulden hat.

Peking und Belgrad warnen vor Hegemonie

DW. Belgrad/Tokio

Die Staatschefs der Volksrepublik China und Jugoslawiens, Li Xiannian und Veselin Djuranović, haben in Belgrad davor gewarnt, daß die Supermächte USA und Sowjetunion nach Vorherrschaft in der Welt streben. Bei einem Essen zu Ehren von Li sagte Djuranović, dieses Streben der beiden Supermächte gefährde die Unabhängigkeit der Staaten, besonders der kleinen Länder.

Li, der als erstes chinesisches Staatsoberhaupt Jugoslawien einen offiziellen Besuch abstattet, antwortete, China wende sich gegen jegliche Hegemonie und werde sich keiner Großmacht beugen. China schätze die Blockfreiheit. Li lobte das jugoslawische System der Selbstverwaltung als „neue Erfahrung beim Aufbau des Sozialismus".

Bei einem Japan-Besuch erklärte der chinesische Vizepremier Li Peng, Peking erwarte keinen größeren Durchbruch in seinen Beziehungen zu Moskau, solange die Sowjetunion China als Bedrohung betrachte. Gegenüber Japans Außenminister Shintaro Abe meinte Li Peng, das Tempo der angestrebten Verbesserung der Beziehungen habe sich seit dem Amtsantritt des sowjetischen Staatschefs Konstantin Tschernenko im Februar verlangsamt. Der geplante Besuch des sowjetischen Vizepremiers Iwan Archipow in Peking stehe immer noch aus. Abe bot China Unterstützung bei Projekten an, die im neuen chinesischen Fünfjahresplan (1986–90) auf den Gebieten der Energie, der Kommunikation und des Verkehrs verwirklicht werden sollen.

„Fertighäuser termingerecht zu liefern"

DW. Karlsruhe

Für unwirksam hat der Bundesgerichtshof die Klausel der allgemeinen Geschäftsbedingungen erklärt, wonach ein Fertighaus-Hersteller die Auslieferung bis zu sechs Wochen über den vereinbarten Liefertermin hinaus verschieben kann. Sie sei deshalb unwirksam, weil sie den Besteller eines Fertighauses entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteilige.

Der Bundesgerichtshof traf diese Entscheidung in einem Rechtsstreit zwischen dem Verein zum Schutze der Verbraucher gegen unlauteren Wettbewerb in Berlin und einem Fertighaus-Hersteller in Frankfurt am Main. Die Karlsruher Bundesrichter betonten: Eine Klausel, die vorsehe, daß die abgesprochene Herstellungsfrist nicht eingehalten zu werden brauche, könne niemals Vertragsinhalt werden.

Gerade für den Fertighauskunden sei die – auch in der Werbung herausgestellte – Vorhersehbarkeit der Baudauer von entscheidender Bedeutung. Sie beinflusse ihn nicht nur in seinem Vertragsentschluß, sondern ebenso in seinem weiteren Verhalten. Die Vereinbarung eines festen Herstellungstermins ermögliche es ihm, den Finanzierungsaufwand zu verringern und durch rechtzeitige Aufgabe seiner früheren Wohnung überflüssige Kosten zu vermeiden. Diese Vorteile würden ihm genommen, wenn die Herstellerfirma den Termin noch zu einem Zeitpunkt verschieben könnte, zu dem er seine Dispositionen bereits getroffen habe. (Aktenzeichen VII ZR 276 aus 83).

22 Tote bei Unruhen nahe Johannesburg

DW. Johannesburg

Bei Krawallen in mehreren Siedlungen schwarzer Südafrikaner südlich von Johannesburg sind nach Mitteilung der Polizei mindestens 22 Menschen getötet worden. Mehr als 40 Menschen wurden verletzt, darunter acht Polizisten, als Tausende vor allem jugendlicher Demonstranten gegen die Erhöhung der Mieten und die Einführung von Stromgebühren protestierten. Nach Angaben eines Sprechers der für die Siedlungen zuständigen Regionalverwaltung wurden vier schwarze Stadträte einer Siedlung gelyncht. Die Polizei ging mit Tränengas und Gummigeschossen gegen die Jugendlichen vor, die Autos umstürzten, Tankstellen und Häuser schwarzer Beamter in Brand steckten sowie Geschäfte plünderten. Während es in den meisten Gebieten gestern wieder ruhig war, meldete die Polizei aus dem Ort Sebokeng weitere Fälle von Brandstiftungen und Plünderungen.

DRK beunruhigt über Rückgang der Aussiedlung

DW. Bonn

„Beunruhigende Formen" nimmt nach Angaben des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes die Entwicklung bei der Familienzusammenführung und bei Genehmigungen von Ausreiseanträgen für Deutsche, die im polnischen Machtbereich leben, an. Nur etwa sechs Prozent der 2329 Übersiedler, die im August in der Bundesrepublik Deutschland eintrafen, hätten von den polnischen Behörden eine Ausreisegenehmigung erhalten. Mehr als 90 Prozent hätten ohne eine offizielle Genehmigung das Land auf Dauer verlassen.

Auch die Entwicklung bei Ausreisen aus der Sowjetunion sei mit 79 genehmigten Anträgen im Vormonat und angesichts der großen Zahl noch vorliegender Anträge „äußerst unbefriedigend", erklärte das DRK. Insgesamt trafen im vergangenen Monat 3930 Personen aus den Ländern Ost- und Südosteuropas ein.

Warschau denkt an Verbannung von Oppositionellen

DW. Warschau

Die polnische Regierung erwägt offenbar die Aufnahme der „Verbannung" in den Strafkatalog für Regimekritiker. Regierungssprecher Urban sagte gestern, Warschau prüfe gegenwärtig die Möglichkeit, wegen „schwerer Verbrechen gegen den Staat" verurteilte Oppositionelle zeitweilig aus dem Land zu verbannen. Urban: „Mehrere Länder außerhalb des europäischen Kontinents" hätten sich schon bereit erklärt, „zeitweise ausgewiesene Polen" aufzunehmen.

Bereits 1982 hatte Parteichef Jaruzelski eine entsprechende Möglichkeit ventiliert. Unter anderem hatte er in Gesprächen mit den Botschaftern der EG-Staaten nach Angaben des damaligen EG-Ratspräsidenten Leo Tindemans die „rätselhafte, tragische und zugleich grausame Frage" gestellt: „Sind Ihre Länder bereit, alle Elemente aufzunehmen, die wir möglicherweise ins Exil schicken wollen?"

Ungarn und Rumänen wollen Minderheitenfragen klären

Rumänische ZK-Sekretäre bei Kadar / Varkonyi trifft Chnoupek

CARL G. STRÖHM, Budapest

Eine hochrangige Delegation der KP Rumäniens hat in Budapest überraschend Verhandlungen mit der ungarischen Parteiführung aufgenommen. Chef der rumänischen Delegation ist Ilie Verdet, Mitglied des politischen Exekutivkomitees und damit der obersten Führung der rumänischen KP. Die Tatsache, daß Gesprächspartner auf ungarischer Seite Politbüromitglied György Aczel ist – der für Kultur- und Minderheitenfragen zuständig ist –, deutet darauf hin, daß es nicht nur um allgemeine, bilaterale Probleme zwischen beiden Parteien und Nachbarländern, sondern nicht zuletzt auch um die von Budapest immer wieder kritisierte rumänische Politik gegenüber der ungarischen Volksgruppe in Siebenbürgen geht.

Fast gleichzeitig sind der ungarische Außenminister Peter Varkonyi und sein tschechoslowakischer Amtskollege Bohuslav Chnoupek in Westungarn zu Gesprächen zusammengetroffen. Zwischen Budapest und Prag gibt es gleichfalls gewisse Verstimmungen wegen der ungarischen Volksgruppe in der Slowakei.

Einer ihrer prominentesten Sprecher, Miklos Duray, befindet sich seit Monaten in einem tschechoslowakischen Gefängnis und soll wegen staatsfeindlicher Tätigkeit vor Gericht gestellt werden. Das hat in Kreisen ungarischer Intellektueller in Budapest zu Protesten geführt. Ebenso sieht sich die Budapester Regierung einer wachsenden Unruhe in der Bevölkerung über den geplanten Bau eines tschechoslowakisch-ungarischen Staudammes an der Donau gegenüber.

Schließlich gibt es zwischen Prag und Budapest auch Meinungsverschiedenheiten in der Westpolitik und innerdeutschen Frage. Führende Prager Partei-Ideologen haben den Ungarn bereits vor einigen Monaten „Separatismus" vorgeworfen. Budapest nimmt zu den innerdeutschen Kontakten eine positive Haltung ein, während Prag von deutschem „Revanchismus" und einem Bonner Versuch spricht, die „DDR" dem Kapitalismus „einzuverleiben".

Arbeitslose: Hoffnung auf den Herbst

Mehr offene Stellen und weniger Kurzarbeit im August / Franke ist optimistisch

DW. Bonn

Mit der „Sommerflaute" begründete der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen im August gegenüber Juli praktisch unverändert geblieben ist. Die Zahl sank lediglich um 350 auf 2 210 829, die Arbeitslosenquote blieb bei 8,9 Prozent. Dennoch sieht Franke hoffnungsvolle Ansätze für eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt im Herbst. Die Daten der vergangenen Tage ließen darauf schließen. So schätze man heute die durchschnittliche Arbeitslosenzahl für dieses Jahr auf 2,28 Millionen nach noch 2,38 Millionen zu Beginn des Jahres.

Befriedigt zeigte sich Präsident Franke darüber, daß sich der Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl erstmals seit Monaten wieder verlangsamt habe. Die saisonbereinigte Zahl stieg von 2 310 000 im Juli auf jetzt 2 316 000. Positiv bewertete Franke auch die Tatsache, daß sich weniger Berufsanfänger als im Vorjahr arbeitslos gemeldet hätten. Günstig erscheine gleichfalls der Rückgang der Kurzarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um 44,1 Prozent und gegenüber dem Juli 1984 um 19,1 Prozent. Insgesamt waren Mitte August nach diesen Berechnungen noch 212 149 Kurzarbeiter gemeldet, hauptsächlich im Bergbau und in der Bauindustrie. Die Kurzarbeit in der Autoindustrie ging, wie Franke sagte, gegenüber dem Vormonat sogar um 92 Prozent zurück. Dies sei offenbar im Zusammenhang mit den Bemühungen zu sehen, die durch den Ar*beitskampf in der Metallindustrie* bedingten Produktionsrückstände aufzuholen.

Im August vermittelten die Arbeitsämter 158 399 Stellen, 15,5 Prozent mehr als vor einem Jahr, aber 2,4 Prozent weniger als im Juli. Somit waren am Monatsende noch 94 715 gemeldete offene Stellen unbesetzt, 14,9 mehr als vor Jahresfrist und 4 Prozent weniger als vor einem Monat.

Die günstigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer konnte mit 5,5 Prozent erneut Baden-Württemberg verzeichnen. Allerdings bedeutet dies gegenüber dem Vormonat eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 2,9 Prozent. Noch größer war die Steigerung in Bayern mit 3,3 Prozent. Die Arbeitslosenquote im Freistaat liegt damit nun bei 6,9 Prozent. Den stärksten Rückgang der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vormonat hatte Berlin mit einem Minus von 2,6 Prozent zu verzeichnen. Die Quote dort beträgt nun *9,7 Prozent.* In Nordrhein-Westfalen nahm die Arbeitslosigkeit um 2,1 Prozent auf eine Quote von nunmehr 10,7 Prozent ab. Die höchste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer weist Bremen mit einer Quote von 14,1 Prozent auf, was einen Rückgang um 0,3 Prozent bedeutet.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

April bis Juni

Von Peter Gillies

Niemand hat je das Bruttosozialprodukt gesehen. Jedermann jedoch erfährt es, wenn diese Meßgröße wirtschaftlicher Leistung wächst oder schrumpft. Letztmalig wurde seine Schrumpfung im zweiten Halbjahr 1982 (minus 1,6 Prozent) festgestellt, seither ging es recht zügig aufwärts. Schon 1983 überschritt es – die Teuerungsrate abgezogen – die Zwei-Prozent-Marke. Im ersten Quartal erklomm es gar 3,9 Prozent.

Dieser reale Wachstumsprozeß wurde zwischen April und Juni jäh unterbrochen: minus zwei Prozent. Es darf vermutet werden, daß der Einbruch mit dem Arbeitskampf zusammenhängt. Er hat Wachstum vernichtet, Arbeitsplätze gefährdet, kurzum: der Aufschwung wurde kaputtgestreikt. Anderslautende Behauptungen sind gewagt, was manche Gewerkschaftler nicht hindert, sie aufzustellen.

Dennoch ist kollektive Trübsal fehl am Platze. Wenngleich ohne den törichten Streik die Vier erreichbar gewesen wäre, das erste Halbjahr 1984 endete mit einem realen Wachstum von 2,2 Prozent. Die Aufschwungkräfte sind also recht robust, die Erwartung nicht unrealistisch, daß dieses Jahr 1984 mit einer Rate von gut 2,5 Prozent abschließt. Die anhaltende Preisstabilität und der muntere Export verlängern die Belebung und machen einen jähen Absturz unwahrscheinlicher.

Im August wurden unverändert 2,2 Millionen Erwerbslose registriert. Ein Lichtblick ist lediglich die weitere Abnahme der Kurzarbeiterzahlen um 50 000 auf 212 000. Ohne die Streikverluste wären die Beschäftigungszahlen gewiß günstiger. Daraus zu schlußfolgern, jetzt müsse man unter Inkaufnahme wieder höherer Schulden ein Konjunkturankurbelungsprogramm ins Werk setzen, ist gefährlich. Vieles spricht nämlich für stärkere Aufschwungkräfte, als sie jenen Schwarzmalern ins Konzept passen, die ständig mit der Kurbel herumfuchteln.

Niemand freilich gebe sich der Hoffnung hin, eine gute Fee beschere uns, was wir aus eigener Kraft nicht zu bewirken vermögen. Die zähen Arbeitslosenzahlen haben mit dem Preis für die Arbeit, den Investitionen, dem innovativen Wagemut und mancherlei Nebenbedingungen der Arbeit zu tun. Staatliche Programme sind geeignet, die eigene Pflicht zur Rückgewinnung der Vollbeschäftigung zu kaschieren. Dieser Illusion folgte ein böses Erwachen.

Nur 77 Millionen

Von Joachim Weber

Für eine Katastrophen-Schlagzeile ist sie immer wieder gut, die saarländische Stahlindustrie. Kaum, daß über die dramatischen Rettungsaktionen des vergangenen Jahres spärliches Gras gewachsen ist, sind schon wieder neue Hiobsbotschaften über Arbed Saarstahl zu hören. Von den vorangegangenen unterscheiden sie sich kaum: Ein Finanzloch – das wievielte eigentlich? – habe sich aufgetan, so wird berichtet.

So dramatisch wie schon beinahe gewohnt ist es diesmal allerdings nicht. Zum einen geht es mit 77 Millionen Mark um einen Betrag, der zwar einen Landesfinanzminister noch heftig mit den Wimpern zucken lassen sollte, im Saarland aber niemanden mehr ernsthaft erschrecken kann. Dieses Sümmchen wird man denn auch ohne Bundeshilfe bewältigen.

Zum anderen fehlen dem Vorgang diesmal auch all jene herzzerreißenden Spannungselemente, die in früheren Fällen Spalten füllten: Saarstahl pfeift nicht auf dem letzten Loch; es braucht keine Finanzspritze in letzter Minute, um vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt zu werden, und auch die 14 000 Arbeitsplätze sind nicht in akuter Gefahr. Im Gegenteil: Diesmal hat die Geschäftsführung beizeiten – und auch rechtzeitig zur Beratung des Saarbrücker Nachtragshaushalts – ihren absehbaren Finanzbedarf angemeldet.

Den Steuerzahler tröstet das freilich nicht. Schon bisher ist Arbed Saarstahl für ihn der teuerste Sanierungsfall der deutschen Nachkriegsgeschichte gewesen. Rund 3,2 Milliarden Mark hat das Unternehmen seit 1978 an Beihilfen, Bürgschaften und Zinsverzichten von Bund und Land empfangen, und zumindest hinter dem Komma geht es noch weiter. Allein 1983 subventionierte die Staatskasse jede Tonne Arbed-Stahl mit 170 Mark, jeden Arbeitsplatz mit fast 20 000 Mark.

Obwohl sich der Personalabbau fortgesetzt hat, obwohl bei Saarstahl immer noch 40 Stunden in der Woche gearbeitet wird und obwohl der Stahlmarkt sich – nur nicht im Arbed-Segment – *erholt hat, bleibt das Unternehmen in roten Zahlen.* Doch ein Trend zur Besserung ist immerhin sichtbar. Und manchmal ist es schon eine Wohltat, wenn der Schmerz nachläßt.

Griechen contra Spanier

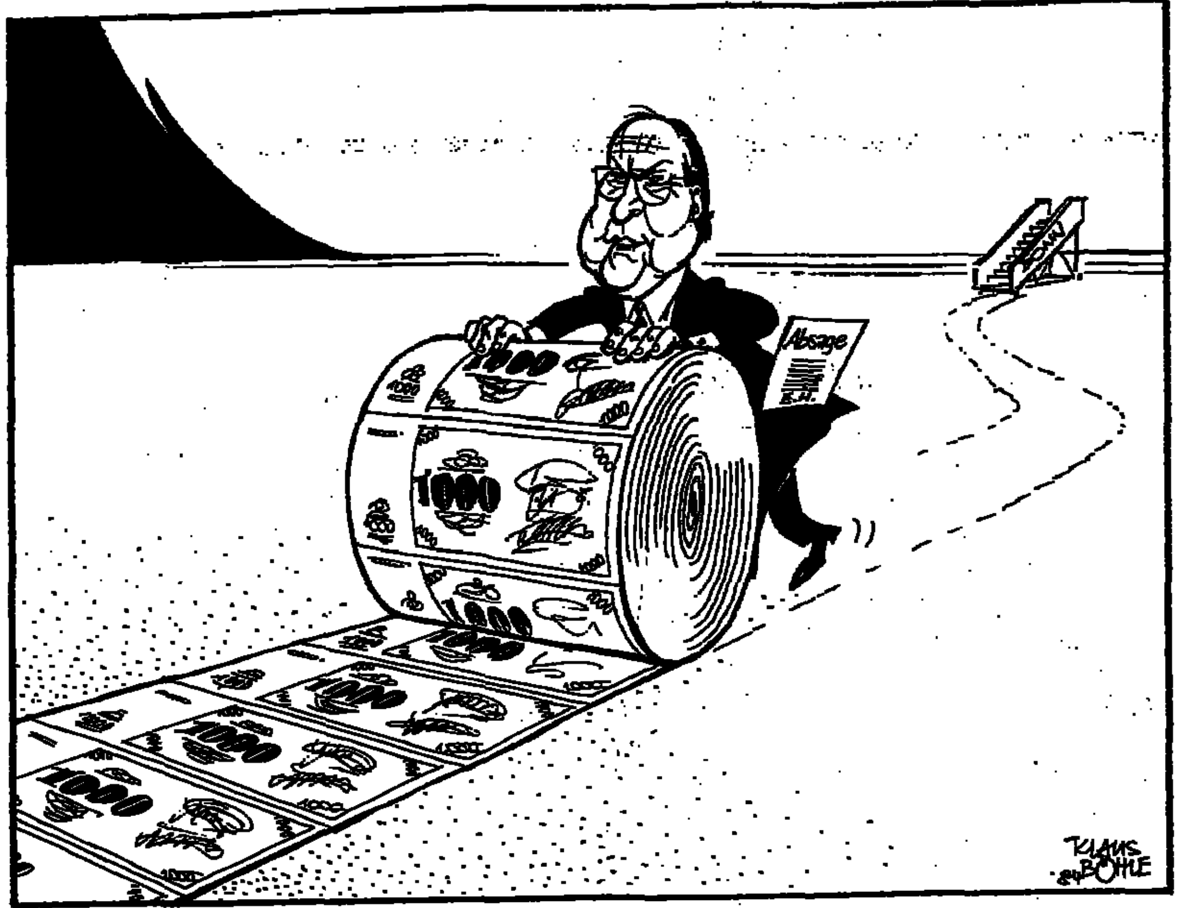
Von Heinz Barth

Wenn der politische Wille sich nicht gegen das Marktplatz-Gezänk der EG-Außenminister durchsetzen kann, wird es keinen Beitritt Spaniens – vielleicht auch keinen der Portugiesen – zur EG geben. Das steht jetzt so gut wie fest, nachdem in Brüssel wieder einmal keine Fortschritte in vielen Fragen erzielt wurden, zu denen die Überschuß-Produktion von Wein und Olivenöl, der Fischerei-Konflikt, die Freizügigkeit für die Arbeitskräfte der Länder jenseits der Pyrenäen und der Abbau der Industriezölle durch Spanien gehören.

Sieben Jahre wurden *vertan; für eine Einigung hatte* der Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Juni in Fontainebleau als allerletzten Termin den 30. September festgesetzt. Er dürfte scheitern, nachdem es in Brüssel soeben wieder keine Verständigung gab und auch kaum noch bei einem weiteren Rettungsversuch am 17. September geben wird.

Wenn es zu keiner Einigung kommt, wird es nicht an der politischen Entschlossenheit Frankreichs und der Bundesrepublik liegen, dafür finanzielle Opfer zu bringen. Genscher forderte den amtierenden Ratspräsidenten in einem Schreiben auf, durch Einberufung eines informellen Außenminister-Treffens einen weiteren Anlauf zu unternehmen. Frankreich zeigte, trotz der Unpopularität dieser Politik, bemerkenswerte Zurückhaltung in der Frage der Wein- und Ölproduktion, stieß aber auf den starren Widerstand der Italiener und Griechen.

Wenn die Trennwand der Pyrenäen nicht fällt, wie es für 1986 vorgesehen war, wird man es der politischen Blindheit der kleineren EG-Partner zuzuschreiben haben. Es wäre ein deprimierendes Schauspiel, sollte die Sicherung Europas durch den iberischen Eckpfeiler an den Oliven Griechenlands scheitern, eines NATO-Verbündeten, der sich bisher nicht eben als Vorbild an Zuverlässigkeit erwies. Denn soviel steht fest: Wenn Spanien aus Europa hinauskomplimentiert wird, kann sein junger Regierungschef den Volksentscheid über den Verbleib des Landes im Atlantischen Bündnis nicht länger vermeiden. Die Antwort, die der verletzte Stolz der Spanier dann geben würde, kann man sich ausmalen.



„Na, dann eben nicht!" KLAUS BÖHLE

Die Sorgen der Bauern

Von Hans-Jürgen Mahnke

Landwirtschaftsminister Ignaz *Kiechle hat es schwer mit* seinen Bauern. Seit Wochen hagelt es aus diesen Reihen Kritik, vor allem aus dem Süden. Und das, obwohl er in der Milchpolitik, einem der zentralen Punkte, im Kern in Brüssel das durchgesetzt hat, was der Deutsche Bauernverband seit Jahren forderte. Mehr noch: Die Landwirte erhalten bereits seit dem 1. Juli eine steuerliche Subvention von jährlich drei Milliarden Mark, obwohl das Ereignis, für das der Einkommensausgleich gewährt werden soll, erst am 1. Januar 1985 eintritt; der Abbau des deutschen Grenzausgleichs um fünf Prozent, was zu entsprechenden Senkungen der Erzeugerpreise führt.

Dennoch schallt Kiechle ein „So nicht" entgegen, worüber sich noch reden ließe, wenn es nicht ein „Noch mehr" wäre. Mit dem finanziellen Zustand der Europäischen Gemeinschaft und mit der Haushaltskonsolidierung in der Bundesrepublik läßt sich dies nicht in Einklang bringen.

Ein Sonderopfer für Europa wurde den Bauern jedenfalls nicht abverlangt, was der Kanzler auch frühzeitig versprochen hatte. Zunächst wurde als Ausgleich für den Abbau des Grenzausgleichs nur ein Betrag von zwei Milliarden für notwendig gehalten. Er wurde mit der *offiziellen Begründung* weiterer administrativer Eingriffe durch Brüssel – so müssen die Bauern jetzt länger als früher auf ihr Geld warten – aufgestockt. Diese dritte Milliarde war ein Sündenfall am Konsolidierungskurs der Bundesregierung; verursacht wohl nicht durch Brüssel, sondern durch das Wehgeschrei der Standesorganisationen.

In den Dörfern rumort es, wenn auch nicht so laut wie das Klagen des Verbandes. Aber einige Landwirte sind in die Klemme geraten. Im gerade abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1983/84, das am 30. Juni endete, dürften die Einkommen je Familienarbeitskraft, das trotz aller statistischen Unzulänglichkeiten als Maßstab genommen wird, um rund zwanzig Prozent gesunken sein, nachdem sie in der Vorperiode um 14,8 Prozent zugelegt hatten.

Dank der recht guten Ernte zeichnet sich in diesem Jahr wieder ein Zuwachs ab, mit dem man in die Nähe des Einkommens von 1975/76 käme, das eines der Glanzjahre der Republik war. Damals schossen die Einkommen um rund zwanzig Prozent nach oben.

Wie in anderen Betrieben auch, so schwanken die Einkommen in der Landwirtschaft. Nur: die Bauern sind sozusagen Selbständige mit besonderem Charakter, eben weil *man auf diesem Markt nicht* die Marktgesetze allein walten läßt. Im Gesetz steht, daß sie an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben sollen, und darauf waren alle Maßnahmen ausgerichtet, solange sie noch finanzierbar waren. Jetzt kann die Europäische Gemeinschaft, wenn sie überhaupt finanziell über die Runden kommen will, nicht mehr jede Milch-Menge zu garantierten Preisen aufkaufen. Es wird einfach, gemessen am Verbrauch, zu viel produziert. Das gilt nicht nur für Milch, auch für Getreide oder Wein.

Die Situation ist paradox. In den hochentwickelten Industriestaaten in Europa und Nordamerika werden auch die höchsten Agrarüberschüsse erzeugt. Ohne sie wäre die Versorgungslage in der Sowjetunion noch prekärer. Auch manche Entwicklungsländer würden gern mehr kaufen, aber sie können nicht die hohen europäischen Preise bezahlen. Daher läuft der EG-Agrarexport nur, wenn er kräftig subventioniert wird. Dafür fehlt jetzt jedoch das Geld. Zum anderen muß Rücksicht auf die Amerikaner genommen werden, die um ihre traditionellen Absatzmärkte bangen. Die Folge: Von Monat zu Monat wachsen die Butterberge und die Magermilchpulverhalden.



Es wird immer noch zu viel abgemolken: Bauer bei der Arbeit FOTO: POLY PRESS

Schuld sind nicht die Bauern. Sie haben nur auf die falschen Signale, vor allem auf zu hohe Preise reagiert, die von den Politikern gesetzt wurden.

Geschehen mußte etwas. Wer jedoch die Marktwirtschaft auf dem Acker nicht will, wer die Produktionslenkung über den Preis ablehnt, der muß angesichts der leeren Kassen zwangsläufig den Dirigismus noch verschärfen. So wurden jetzt für Milch und einige andere Produkte bereits Produktionsquoten – sozial gestaffelt – eingeführt, bis zu deren Höhe die staatlichen Aufkaufpreise garantiert werden. Weitere wichtige Produkte wie Getreide werden folgen.

In der Bundesrepublik muß die Milchproduktion um nahezu sieben Prozent in diesem Jahr reduziert werden, und selbst dann wird noch zu viel abgemolken. Für die betroffenen Bauern ist dieses, gemessen am bisherigen Zustand, sicherlich ein Ärgernis, für Ignaz Kiechle ein Wechsel auf die Zukunft.

Ohne solche Eingriffe wäre das EG-Agrarmarktsystem zusammengebrochen, hätten die Garantiepreise nicht mehr gehalten werden können. Wird die Produktion jedoch auf das Maß zurückgefahren, das gerade noch finanzierbar ist, dann kann die Agrarpolitik dem Diktat der leeren Kassen entrinnen, dann üben die Finanzminister auch keinen Druck mehr aus. Vor allem: Dann können auch die Preise wieder kräftig angehoben werden. Zwei, drei Jahre werde es dauern, meint Kiechle, bis dieser Zustand wieder erreicht ist. Die Zeche zahlen dann die Verbraucher. Auf ihre Klagen wurde jedoch bisher schon nicht gehört. Versäumt wurde, dies den Bauern nahezubringen. Die immer neuen Forderungen des Verbandes tragen noch zur Verwirrung bei. Geholfen ist damit niemandem.

IM GESPRÄCH Leopold Gratz

Pragmatischer Kurs

Von Carl Gustaf Ströhm

Für Leopold Gratz, seit 1973 sozia*listischer* Bürgermeister der traditionell „roten" Bundeshauptstadt Wien, geht jetzt ein Traum aus jüngeren Jahren in Erfüllung: Er wurde im Zuge der großen Regierungsumbildung von Bundeskanzler Sinowatz *zum* neuen österreichischen Außenminister ernannt. Diesen Posten hatte der einst zu den Kronprinzen zählende SPÖ-Politiker bereits Anfang der siebziger Jahre angestrebt. Damals wurde er aber vom aufsteigenden Stern Kreisky erst zum Unterrichtsminister und dann zum Wiener Stadtoberhaupt gemacht.

In der Wiener Kommunalpolitik hat Gratz während eines Jahrzehnts seine Fähigkeiten zum Ausgleich und zum Kompromiß bewiesen. Er gilt als umgänglicher *Mann*, der es immer wieder versteht, die verschiedenen sozialistischen Wiener Grund- und Unterströmungen auf einen Nenner zu bringen. Auch einige schwere Fehler seiner Amtsvorgänger hat er ausgebügelt. Unter Gratz holten sich die Sozialisten anfangs ihren größten Wahlerfolg – dann aber auch einige Schlappen. Zu seiner Zeit gelang es der in Wien bisher hoffnungslos am Rande vegetierenden Volkspartei, sogar einen Vizebürgermeisterposten *zu erobern und* ihn mit einem Politiker vom Schlage Erhard Buseks zu besetzen, der den Sozialisten gefährlich werden könnte. Gratz, der die auf seine Partei zurollende schwere See rechtzeitig erkannte, wollte die Gefahr zuletzt durch ein Koalitionsangebot an die „Schwarzen" bannen, wurde aber von seinen eigenen Parteifreunden im Stich gelassen.

In der Außenpolitik, die in Österreich unter den führenden Parteien kaum umstritten ist, wird Gratz vielen Unerfreulichkeiten entzogen sein und sich für die Kandidatur auf das Amt eines Bundespräsidenten profilieren können, bei der er voraussichtlich in zwei Jahren den früheren UNO-Generalsekretär Waldheim zum Gegner haben wird. Für Sinowatz, mit dem er persönlich aus gemeinsamen Aufstiegs- und Funktionärsjahren in der Sozialistischen Partei eng verbunden ist, bedeutet Gratz aber auch eine wesentliche Entlastung in der Außenpolitik. Gratz ist nicht nur ein Mann zum Herzeigen, jovial, ge*sprächsfähig*. Als Wiener Bürgermeister ist ihm von Amts wegen auch eine gewisse außenpolitische Erfahrung sowie die Fähigkeit im Umgang mit ausländischen Würdenträgern zugewachsen.



Weltoffenheit aus Wien: Außenminister Gratz FOTO: SVEN SIMON

Zugleich ist Gratz, im Gegensatz zu seinem eher linksgerichteten Vorgänger Erwin Lanc, genau das, was man einen Sozialdemokraten alter Schule nennt: Er ist für Landesverteidigung und für das Bundesheer, gegen Chaoten und Anarchisten – und er ist kein offener oder auch nur verkappter Anti-Amerikaner, wie man sie in der westeuropäischen Sozialdemokratie (und auch in der SPÖ) immer wieder antreffen kann. Unter ihm könnte die österreichische Außenpolitik sich wieder stärker profilieren: weg von der Ideologie und hin zu einem pragmatischen und behutsamen Neutralitätskurs. Über die prekären außen- und sicherheitspolitischen Probleme seines Landes an der Nahtstelle zwischen Ost und West weiß Gratz jedenfalls Bescheid.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SALZBURGER NACHRICHTEN

Der Kommentar des Blattes zur Regierungsumbildung lautet:

Mit Franz Vranitzky und Ferdinand Lacina sind zwei Männer zu Ministern aufgerückt, denen wirtschaftliche Kompetenz und fachliches Wissen in ihren Bereichen mehr zugetraut werden als ihren Vorgängern. Dadurch kann Österreichs Wirtschaft wieder Hoffnung schöpfen. Und gerade das brauchen Österreichs Unternehmen. Da Bürgermeister Leopold Gratz keine neue politische Basis mehr benötigte, um eine weitere Karriere zu machen – sozialistischer Kan*didat* für die Bundespräsidentenwahl könnte er auch als Wiener Bürgermeister werden – ist er in der Lage, das Außenministerium ruhiger, gelassener und ausgeglichener zu führen als sein politisch engagierter und persönlich zielstrebiger Vorgänger Erwin Lanc.

Lübecker Nachrichten

Zu Kohls Auftritt bei den Vertriebenen heißt es hier:

Nach Art einer konzertierten Aktion nehmen Moskau, Warschau und Ost-Berlin Bundeskanzler Helmut Kohl unter Beschuß, versuchen ihn als Buhmann eines angeblichen Revanchismus in der Bundesrepublik hinzustellen. Was ist geschehen? Der Kanzler hat am Tag der Heimat in Braunschweig an einem Treffen von Menschen teilgenommen, deren Heimat einmal jenseits von Oder und Neiße in Schlesien oder Pommern oder Ostpreußen war. Und er hat dort in einer Ansprache gesagt, was Bonner Politiker aller Parteien in der Vergangenheit mehr als einmal gesagt haben: daß das kulturelle Erbe jener Gebiete ein Teil der deutschen Kultur sei, daß eine (ferne) Hoffnung auf Wiedervereinigung aller Deutschen in einem europäischen Rahmen Wunsch der Menschen bleibe und Ausdruck in der Politik der Bundesrepublik finde. Er hat aber auch gesagt, daß die Bundesregierung die Verträge mit Warschau und Moskau respektiert, daß niemand daran denkt, die faktischen Grenzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogen worden sind, ändern zu können oder zu wollen. Zu fragen bleibt jedoch: Was wollen Moskau und Warschau *eigentlich mit der seit Wochen immer* schärfer geführten Kampagne gegen den von ihnen erfundenen Revanchismus in der Bundesrepublik bezwecken?

Westfälische Nachrichten

Zu den Forderungen des öffentlichen Dienstes heißt es in dem Münsteraner Blatt:

Weder zur sogenannten Nullrunde noch zum Thema Arbeitszeitverkürzung sind zitierfähige Sätze aus berufenem Mund der Arbeitgeberseite, etwa des Bundesinnenministers, zu hören. Das hindert die andere Seite nicht, schon kräftig mobil zu machen. Ein ins Auge gefaßter Streik soll so offensichtlich frühzeitig seine Basis erhalten. An der Spitze der Bewegung steht die ÖTV, deren Vorsitzende Monika Wulf-Mathies unter Erfolgsdruck handelt. Sie muß es schaffen, endlich aus dem Schatten zu treten, der immer noch vom Profil ihres Vorgängers Heinz Kluncker geworfen wird.

Pyrrhus Scargill und die bröckelnde Streikfront

Die Ovationen auf dem TUC-Kongreß bedeuten nicht viel / Von Wilhelm Furler

Für Arthur Scargill, den linksradikalen Führer der britischen Bergleute-Gewerkschaft, war gleich der erste Tag des Gewerkschaftskongresses im Seebad Brighton ein voller Erfolg. Nur einige wenige der rund 1200 Delegierten auf dem 116. Jahreskongreß des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC blieben nach seinem leidenschaftlichen Appell zur Solidarität mit den streikenden Bergleuten sitzen, als ihm eine Ovation nach der anderen dargebracht wurde. Mit übergroßer Mehrheit stimmten die Delegierten wenig später denn auch für einen Beschluß des TUC-Generalrats, alle Gewerkschaften des Landes zur „totalen Unterstützung" der Bergleute-Gewerkschaft aufzufordern.

Die Resolution, die außerdem den Aufruf an alle Gewerkschaftsmitglieder enthält, den Transport von Kohle und Koks sowie von Öl, *das als Kohle-Ersatz bestimmt ist*, zu verhindern, klingt gefährlich nach einer Mobilisierung zum Generalstreik. Großbritannien ohne Energie-Versorgung und ohne Stahlproduk*tion und darüber hin*aus noch die Hälfte der Häfen des Landes im Ausstand: Das Chaos scheint programmiert, das Eingreifen der Armee nur eine Frage von Tagen zu sein.

Doch weit gefehlt. In Brighton haben Gewerkschafts-Delegierte abgestimmt, die, wie man in England sagt, gar nicht „abliefern" können. Die Mehrheit der Basis in den in erster Linie angesprochenen Industriezweigen, also Kraftwerke und Stahl, wird sich weigern, in einen rein politischen Streik hineingezogen zu werden, der in der Tat die gesamte Wirtschaft des Landes lahmlegen und das Ende der ohnehin in Bedrängnis steckenden Stahlindustrie heraufbeschwören würde.

Entsprechend haben auch die Gewerkschaftsführer der Elektriker, der Kraftwerks-Arbeiter und der Beschäftigten an den Hochöfen *in Brighton ihren Widerstand* angemeldet. Und es gibt keinen Grund zur Annahme, daß sich ihre Leute gegen ihren Willen in Marsch setzen. Wie sich ja auch rund ein Drit*tel der Bergleute bislang in dem* sechsmonatigen Arbeitskampf nicht zum Ausstand bewegen ließ.

Im Gegenteil: Sowohl bei den Bergarbeitern wie auch bei den Dockern sind Bewegungen zurück zum Arbeitsplatz nicht zu übersehen. Der TUC-Kongreß in Brighton hat damit einmal mehr veranschaulicht, was er eigentlich nur ist: ein Forum für basisferne Funktionäre. Selbst wenn es einigen wenigen Gewerkschaftsführern gelingen sollte, ihre Mitglieder zu Kampfmaßnahmen anzutreiben, dürften diese kaum lange andauern. Daß bei den Bergarbeitern wie den Hafenarbeitern die militanten Gewerkschaftsführungen sich bislang hartnäckig geweigert haben, Urabstimmungen für oder gegen einen landesweiten Ausstand abzuhalten, ist der Mehrheit der Basis im Gegensatz zu den Delegierten in Brighton nur zu klar als undemo*kratisch erkennbar.*

Die aufgehetzten Streikposten unter den britischen Bergleuten, die in fliegenden Einsätzen arbeitswillige Kollegen vom Betreten der Arbeitsplätze abzuhalten versuchen und in der Mehrheit der Fälle randalierend Anarchie verbreiten, haben es inzwischen fertiggebracht, mehrere Zechen für immer zu ruinieren. Ein solcher Fall ereignete sich zuletzt in Schottland, wo Wasser in eine von Streikposten abgeriegelte Kohlegrube einbrach. 1400 Bergleute haben damit ihre Arbeitsplätze verloren.

Schon solche Vorfälle belegen, wie dringend notwendig die von der Regierung Thatcher begonnene Reform des Gewerkschafts-Rechts ist. Der dritte Teil der neuen Gewerkschaftsgesetze macht Urabstimmungen vor Streikaktionen demnächst zur Pflicht. Dem zweiten Reformteil zufolge können bereits jetzt Gewerkschaften, die das massenhafte Aufstellen von Streikposten zulassen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Interesse aller sollte die neue *Gesetzgebung* auch strikt angewendet werden, selbst wenn in Brigthon erneut zum Kampf gegen die „Thatcher-Gesetze" geblasen wurde. Eine andere Frage ist, wie lange sich die Regierung von den gegenwärtigen Arbeitskampffronten fernhalten soll. Denn auch wenn Bergleute wie Hafenarbeiter geteilt sind, und selbst wenn der Aufruf zur totalen Unterstützung *von* Arthur Scargill und seinen Truppen weitgehend unbefolgt bleiben dürfte, der Schaden für die Wirtschaft des Landes vor allem durch den Ausstand etlicher Häfen sollte nicht unterschätzt werden.

Als schwererwiegend sogar dürfte sich noch der Schaden herausstellen, den das Ansehen Großbritanniens als zuverlässiges Liefer- und Abnehmerland im Ausland nimmt. Auch gestern hat das Pfund gegenüber allen Währungen wieder an Wert eingebüßt; bereits ein Anzeichen für einen solchen Vertrauensverlust. Sollte, wie schon im Juli, erneut eine Anhebung der Zinsen zur Stützung des Pfundes notwendig werden, wäre dies ein schwerer Schlag gegen die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit. Und die ist für das gereizte Klima in Großbritannien sicherlich in erster Linie verantwortlich.

Sie warteten auf einen Sieg und das Deutschlandlied

Ein Motorsport-Ereignis in der CSSR: Dabei sind Tausende von Fans aus der „DDR", die auf Siege von Deutschen aus dem Westen warten. Eine deutsch-deutsche Marginalie.

Von H. SCHMIDTENDORF

Ein strenger, nicht einmal unangenehmer Geruch abgeriebenen Gummis liegt in der Luft. Kraftstrotzend ziehen die Maschinen vorbei. Ab und zu ein Maschinenschaden oder auch ein Sturz, wie bei jedem Motorradrennen – und doch ist hier manches anders. Man merkt es bereits an den Kommentatorenstimmen, die über die Zuschauer-Ränge dröhnen. Abwechselnd erklären ein deutscher und ein tschechischer Sportsfreund das Geschehen.

Wir sind in Brünn, der etwa 400 000 Einwohner zählenden Hauptstadt Mährens, beim jährlichen, einzigen osteuropäischen Motorradrennen internationalen Zuschnitts neben dem jugoslawischen Rijeka. Die Kommentatorenwahl zeigt es an: Ein Großteil des Brünner Stammpublikums sind Deutsche, aus der „DDR". Nur in Brünn können sie einmal westliche Motorräder aus der Nähe in Aktion sehen. Die Freude am Ausbrechen aus dem Alltag und die Ausstaffierung lassen die Motorradfans „wilder" erscheinen, als sie bei näherem Kennenlernen sind. Jeans-Jacke und Hose, hochstehende „Renn-Hüte" und vor allem allerlei Anstecker von Coca-Cola bis zu Heavy-Metal-Musik-Gruppen scheinen obligatorisch. Die Bewohner Brünns schauen oft skeptisch bis abweisend auf die Zehntausende von Wochenendgästen, die mit Rucksack, Bierkanistern, Kisten und Zelten den „DDR"-Sonderzügen entsteigen, die Straße zum „Platz der Freiheit" hinaufflanieren und den Lärmpegel in der Stadt um einiges nach oben schrauben.

Besonders die Hotels in Brünn üben eine magische Kraft aus. Nicht, daß ein gewöhnlicher „DDR"-Motorfan sich dort eine Übernachtung leisten könnte. Die tägliche Höchstsumme für den Umtausch – 40 „DDR"-Mark gleich 100 Kronen – läßt ohnehin keine großen Sprünge zu. In Trauben stehen die Fans vielmehr vor den Wohlstandsattributen der Gäste aus dem Westen, vor allem aus Bayern und Österreich, die sich die Wartezeit bis zum Rennsonntag höchst angenehm im „Continental" oder „International" vertreiben.

Ihre Ferraris, Porsches, Yamahas und wie sie alle heißen bilden derweil begehrte Beigaben zu Schnappschüssen fürs Familienalbum der Fans aus der „DDR". „Wir kämen doch nicht mal ins Foyer", meint einer, der gerade die Maschinen in Augenschein genommen hat. Kein Wunder bei seiner Aufmachung: Als Kopfbedeckung dient ein Lampenschirm aus Bast, an der Seite hängt eine Fliegenpatsche. Ihr Besitzer grinst: „Falls die Polizei mir einmal dumm kommt ..."

Kleinere Reibereien mit den Ordnungskräften sind üblich. Herumsitzen auf dem Bürgersteig oder auch ein rascher Schritt in die Büsche mangels WC – und schon sind 100 oder 200 Kronen Strafe fällig. Dennoch, es bleibt auch dieses Mal ruhig in Brünn. Und das, obwohl – oder weil? – man anders als in früheren Zeiten keine „DDR"-Ordnungskräfte nachgesandt hatte, um die eigenen Landsleute gebührend zu behüten.

Vor der mit „Rozmarin" beschrifteten Tür herrscht allabendlich Gedränge. Es ist „Disco-Time". Und die wird von der Brünner Jugend ebenso unbekümmert gepflegt wie im Westen, mit aktuellem Hit-Programm im Schummerlicht und betont flotter Kleidung der jungen Damen. „DDR"-Fans haben sich an einem Tisch mit Besuch aus der Bundesrepublik zusammengefunden. Es ist das erste Mal seit Monaten, daß sie einen der Freunde wiedersehen: Er war auch einmal ein „Ostler" und erst im Zuge der jüngsten Ausreisewelle in die Bundesrepublik gekommen. Arbeit hat er gleich gefunden, Anschluß auch.

Den betont negativen Berichten der Parteipresse über das Leben in der Bundesrepublik hätten sie sowieso keinen Glauben geschenkt. Man kenne ja die eigenen „Organe". Fast sei noch dies rein private Freundestreffen vereitelt worden. „Wir hatten uns brieflich verabredet", erzählt einer verhalten. „Dann standen sie vor der Tür und sagten Mutter: ‚Wir haben die Vermutung, daß Ihr Sohn in die CSSR fahren will!' Toll, was?"



Begegnung am Rande: Fans aus der „DDR" und der Bundesrepublik beim Motorrad-Grand-Prix in Brünn FOTO: SCHMIDTENDORF

Dennoch: Die Stimmung ist gut auf den Campingplätzen oberhalb Brünns, die sich entlang der Rennstrecke kilometerweit emporschlängeln. Man muß schon hart im Nehmen sein, um sich zwischen Zelten, „Trabants" und unvermeidbarem *Müll wohl zu fühlen.* Besonders die Sanitäranlagen sind unzureichend: primitiv zurechtgezimmerte Sitzstände, die die Büsche um so verlockender erscheinen lassen.

Wer einen West-Motorfan auf dem Platz findet, ist bald beim Fachsimpeln; Aufkleber, Anstecker und auch schon mal eine Motorsportzeitschrift wechseln den Besitzer. Hochbetrieb herrscht in der „Jäger"-Gaststätte zwischen den Rennstrecken-Kilometern 9 und 10. Auf der sonnenbestrahlten Terrasse sitzen auch einige junge tschechische Tramper und singen zur Gitarre. Und was! „Wenn's Haschisch gibt, geht's mir gut" heißt der Song, ähnlich „szenenhaft" ein anderer. Eine Eigenkomposition? Die jungen Burschen verneinen schmunzelnd. „Das Lied kennen viele hier."

Weniger zum Schmunzeln hat das Bedienungspersonal des Gasthauses. Das Essen ist gut und reichlich wie eigentlich überall in Brünn. Nur mit der Zahlungsmoral haben es wohl einige Sportfreunde nicht so ernst genommen. So mußten zwei Wärter an die Tür gestellt werden: „Verlassen nur mit abgezeichneter Quittung ..."

In der Nähe der Fahrer-Boxen haben die ganz heißen Motorradfans ihr Lager aufgeschlagen. Sie hocken auf abenteuerlich zusammengeschweißten Hochsitzen, wohl bis in zehn Meter Höhe. Das Grundstück direkt neben der Rennstrecke haben sie für Auto und Sommerhütte von den tschechischen Besitzern gemietet.

„Wir sind sehr zufrieden mit dem Ablauf", meint Grand-Prix-Pressesprecher Vladimir Havranek, als sich das Rennen dem Ende nähert. „Eigentlich ist nichts passiert." Was ihn weniger erfreute, war der erhebliche Zuschauerschwund, seit die Fachverbände wegen des schlechten Zustandes der von 1930 herübergeretteten Strecke Weltmeisterschaftsläufe gestrichen haben. „Die Bauarbeiten der neuen Strecke haben jetzt begonnen", klingt es optimistisch.

Die Zustimmung zum umfassenden Autodrom-Projekt, das ab 1987 sogar für Autombil-Rennen der Formel 1 fertiggestellt sein soll, wurde mit geschickten Angeboten erlangt: Der Wehrsportverband der CSSR als Träger der Motorsportvereine und als Ausrichter des Rennens erhält ein umfangreiches Areal für Wehrschießübungen innerhalb des Geländes. Die Jugend soll sich an anderer Stelle auf einem Verkehrsübungsplatz tummeln. Und um die Anlage herum soll die Erholung der Brünner Bevölkerung gefördert werden. „Sofern natürlich nicht gerade Rennen sind", schränkt Havranek ein.

Die letzte Siegerhymne ist verklungen. *Die Fans in der Runde hatten* allenfalls beim zweiten Platz für den 80-ccm-Fahrer Richard Bay Grund, die mitgebrachten Deutschlandfahnen zu schwenken. Am Bierstand vor dem „Start-Ziel"-Campingplatz ist einer deshalb ziemlich niedergeschlagen. „Viele von uns sind doch nur hergekommen, um einmal das Deutschlandlied zu hören", meint er. „Und jetzt kein einziger deutscher Sieg!" Ob denn die fehlenden Träger der klangvollen Namen in der deutschen Motorsportszene nicht doch hätten kommen können, bei all der Sympathie?

So fand die Siegerehrung nur als Trockenübung auf dem Campingplatz statt: Einer von ihnen, berichten „DDR"-Fans, habe das Deutschlandlied vorsorglich auf Kassette mitgenommen und sie dann abends abgespielt.

Das ungetrübte Verhältnis zur Roten Armee

Wer auch immer den Besuch Honeckers verhindert hat, welche Machtkonstellation auch immer im Kreml oder in Ost-Berlin das Sagen hatte; eins hat sich nie geändert: das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Honecker und den sowjetischen Militärs.

Von WERNER KAHL

Während westliche Beobachter jeden Morgen die Kommentarspalte von „Prawda" und „Neues Deutschland" unter die Lupe nahmen, ob die Genossen des einen Parteiblattes einen Meinungsbeitrag des anderen zu Reisespekulationen um Erich Honecker gekürzt oder gar weggelassen hatten, sah der „Rote Stern" dem ideologischen Töpfeschlagen scheinbar unbeteiligt zu. Das offizielle Organ der Militärs im Kreml zeigte bei dem von der Psychologischen Abteilung des Politibüros anscheinend für die westliche Öffentlichkeit inszenierten Schauspiel damit das spezielle Verhältnis zwischen Erich Honecker und der Generalität der „Roten Armee".

Der Staatsratsvorsitzende und SED-Genralsekretär mußte nach Einschätzung von Diplomaten aus neutralen Ländern in Ost-Berlin zu keinem Zeitpunkt etwa befürchten, mit Interessen der obersten sowjetischen Militärs in Konflik zu geraten, die gewöhnlich nicht an der Rampe der Politik, sondern auf der hinteren Bühne ihre tragende Rolle spielen. Es besteht kein Zweifel, daß die Rote Armee sich nach wie vor als uneingeschränkter Herr der Situation in der „DDR" sieht. So hatte sich denn auch Armeegeneral Michail Saizew, Oberkommandierender der amtlich so bezeichneten „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" (GSSD) am vergangenen Sonntag wie eine Säule im Leipziger Messezentrum aufgepflanzt, als Honecker nach brüskem Auftritt vor westdeutschen Ausstellern sogleich zum Sowjet-Pavillon eilte.

Auch ohne Uniform zu tragen, fühlt sich der „DDR"-Staatsratsvorsitzende im Kreis der Kreml-Generalität in vertrauter Umgebung. Zwar war die erste Begegnung mit der „Roten Armee" für den Funktionär der Kommunistischen Partei Deutschlands 1945 nicht so verlaufen wie er es sich beim Auftauchen sowjetischer Soldaten vor dem Zuchthaus Brandenburg vorgestellt hatte.

Der 32jährige Honecker, Kalfaktor in der Gefängniswerkstatt für Bleisoldaten, wollte nach dem Verlassen der Zelle sofort die olivgrüne Russenmontur überziehen. Doch die Rotarmisten setzten den stürmischen „Druschba"-(„Freundschaft"-)Rufen des Deutschen ein kategorisches „Hände hoch" entgegen und entwaffneten den jungen Erich, der sich den Genossen mit einem aus dem Zuchthaus organisierten Karabiner anschließen wollte.

Den ersten Unterwerfungsakt des heutigen Staatsratsvorsitzenden überlieferte der mitgefangene Alt-Kommunist Wilhelm Thiele – von Honecker später zum Gesandten in Finnland ernannt – in seinen in Ost-Berlin publizierten Erinnerungen. Dieses Erlebnis bestimmte möglicherweise Honeckers Drang, Funktionen in der Partei stets mit militärischen Sicherheitsaufgaben in einer – seiner – Hand zu kombinieren. Das strebte er in engster Kooperation mit den Militärs im Kreml an.

Nach dem Studium an der Parteihochschule in Moskau übernahm er das Referat Sicherheit im SED-Zentralkomitee. Im Jahre 1958 wurde er Vollmitglied des Politbüros und Sekretär des „Nationalen Verteidigungsrates". Im SED-Apparat sicherte er sich die Gefolgschaft des Staatssicherheitsdienstchefs Erich Mielke und auch die von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann.

Sowjet-Marschall Ustinow, Hauptvertreter der Militär- und Rüstungsinteressen in der Kremlführung, weiß wiederum Honeckers Rolle unter den Ostberliner Genossen zu schätzen. Ohne aufzumurren, bewilligte das SED-Politbüro in diesem Sommer die von Moskau geforderten höheren Zahlungen für die Stationierung der „Roten Armee" in der „DDR".

Im Kampf gegen Staublunge und Krebsgefahr

Seit zehn Jahren läuft das Programm zur „Humanisierung des Arbeitslebens". Die Regierung setzte nun neue Schwerpunkte, nachdem in manchen Problembereichen Verbesserungen erzielt worden sind. *Einige Beispiele.*

Von PETER JENTSCH

Steiger Lutz Merköffel lächelt zufrieden: „Atmen Sie mal tief durch. Staub?" Die Luft ist rein, selbst hier im Bereich einer Durchlaufbrechanlage, wo die Kohle von einem Förderband aufs nächste fällt und Staub den Blick verhüllen müßte. Doch auf der Zeche „General Blumenthal" in Recklinghausen saugt ein Trockenfilter den anfallenden Staub ab. Schonzeit für die Lungen der Kumpels.

Die Zeche „General Blumenthal" wie die anderen Zechen der Bergwerks-AG Lippe der Ruhrkohle AG sind seit Ende der siebziger Jahre mit Trockenentstaubern ausgerüstet. Steiger Merköffel: „Die früheren Naßentstauber haben die Luftfeuchtigkeit unter Tage nicht unerheblich erhöht, was das Arbeiten vor Ort bei den hohen Gebirgstemperaturen nicht gerade angenehm machte."

Trockenfilter brachten Erleichterung

Die Kumpels im Pütt „Blumenthal" profitieren vom Forschungsprogramm der Bundesregierung „zur Humanisierung des Arbeitslebens". Mit finanzieller Unterstützung aus diesem Bonner Programm hat die Ruhrkohle AG die Trockenfilter zur Betriebsreife entwickelt und in ihren Zechen eingesetzt. Eduard Hamm, Leiter der Ruhrkohle-Forschungsabteilung, zur WELT: „Der Vorteil der Trockenentstauber gegenüber den früheren Naßentstaubern liegt neben der Senkung der Luftfeuchtigkeit unter Tage vor allem in kleineren Baugrößen, besserer Staubabscheidung, einem geringeren Energiebedarf und weniger Wartungsaufwand." Inzwischen sind in den Zechen der Ruhrkohle AG rund 150 Trockenentstauber eingesetzt.

Das Forschungsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens berührt freilich nicht nur die Kumpels auf der 7. Sohle zwischen Dortmund und Duisburg. Auch die Schweißer in der metallverarbeitenden Industrie und im Handwerk leben jetzt gesünder. Schutzschilde für Schweißer wurden bisher, so die „Schweißtechnische Versuchsanstalt in Berlin", nur „nach den Gesichtspunkten des Schutzes vor Strahlung oder Schweißspritzern konstruiert, nicht aber nach aerodynamischen Gesichtspunkten. Die Aerodynamik ist aber wichtig, um die beim Schweißen entstehenden Metalldämpfe, Metalloxide, nitrose Gase, Ozon, Kohlenoxide und Halogenverbindungen, von denen einige schon in geringer Konzentration giftig sind, optimal von der Atemzone der Schweißer fernzuhalten."

Die Berliner Anstalt entwickelte mit Mitteln des Forschungsministeriums neue Schutzschirme mit Rauchabweisern. Folge: Die Schadstoffwerte in der Atemluft betragen nur noch die Hälfte im Vergleich zu den bisher üblichen Schilden.

Erfolgreich wurde das Programm des Forschungsministeriums auch gegen die krebserregende Asbestfaser genutzt. Asbest besitzt viele technisch begehrte Eigenschaften, etwa hervorragende Wärme-Isolierung und hohe Säurebeständigkeit. In einem Forschungsprojekt im Rahmen des Programms ist es gelungen, asbestfreie säurebeständige Materialien zu entwickeln.

Das Forschungsprogramm zur Humanisierung des Arbeitslebens, das in enger Zusammenarbeit zwischen dem Bundesforschungsministerium, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden erstellt wurde, beschränkt sich freilich nicht nur auf den Produktionsbereich der Wirtschaft. Das Programm unterstützt auch neue technisch-organisatorische Lösungen in den Verwaltungsberufen. Ein Beispiel dafür: Die Verwaltung eines Großunternehmens plante die Einführung fortgeschrittener Büro-Automatisationssysteme. Durch die neuen Systeme wäre etwa ein Drittel der bisher benötigten Schreibkräfte entlassen worden. Andererseits aber fehlten dem Unternehmen qualifizierte kaufmännische Sachbearbeiter. Das Bundesforschungsministerium bewilligte Fördermittel, um innerbetriebliche Lehrgänge für die Schreibkräfte durchführen zu können, die zu anerkanntem Berufsabschluß führten.

Die Technik wird dem Menschen angepaßt

Dieses Beispiel zeigt bereits ein Ziel des Programms, das Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber mit den Worten umreißt: „In enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden messen wir der Anwendung menschengerechter Technologien besondere Bedeutung bei." Damit, so der Minister, *solle erreicht werden, daß neue* Techniken bereits bei ihrer Markteinführung vorbeugend „humanisiert" würden. Riesenhuber: „Bei junger, im Wachstum begriffener Technik haben wir die Chance, die Technik zu erziehen." Das heißt, neue Techniken sollen dem Menschen angepaßt werden und nicht umgekehrt.

Das Forschungsprogramm wurde von Bonn bisher mit rund 800 Millionen Mark finanziert. Allein in diesem Jahr stehen etwa 100 Millionen Mark zur Verfügung. Riesenhuber betont allerdings, daß künftig anstelle einer Förderung zahlreicher Einzelprojekte mehr Forschung im Verbund ganzer Unternehmen oder ganzer Branchen betrieben werden soll, zum Beispiel beim Handwerk. Als Beispiel nannte der Minister das Projekt Tischlerhandwerk, bei dem es um einen Abbau von Lärm-, Staub- und Hitzebelästigung sowie um Verbesserungen der Arbeitsorganisation geht.

Bahr: Sicherheit Europas steht im Mittelpunkt

dpa/AP/da. Hamburg

Auf Fragen der europäischen Sicherheit wird sich das Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik nach Angaben seines neuen wissenschaftlichen Direktors, des SPD-Abrüstungsexperten Egon Bahr, konzentrieren. Bahr erklärte gestern bei seinem Amtsantritt: „Wir leben in einer Periode, in der viel über die wachsende Rolle Europas und die Verantwortung Europas gesprochen wird." Deshalb werde sich das Institut unter seiner Leitung „auf diese Fragen und die damit aufgeworfenen Probleme konzentrieren". Dabei wäre es falsch, die Bindungen und Abhänigigkeiten zu übersehen, in denen sich Europa gegenüber den *Weltmächten* befindet. *Nicht aus dem* Wünschbaren, sondern aus den Möglichkeiten ergäben sich die Chancen, *deutschen und europäischen* Interessen Geltung zu verschaffen.

Bahr, dessen Berufung von wochenlangen politischen Auseinandersetzungen begleitet war und der mit Verteidigungsminister Wörner vereinbart hat, daß sein Institut weiterhin mit der Bundeswehr zusammenarbeitet, meinte außerdem, die Aufgabenstellung für das Institut sei „jenseits der Tagesaktualität und unterhalb des Langfristigen". Er fügte hinzu, er werde „nicht mehr als einen Tag pro Woche hier arbeiten können". Ein geschäftsführender Direktor, der noch gesucht werden müsse, solle ihm daher zur Seite stehen.

Gegen Tornados für Saudi-Arabien

AP/dpa, Bonn

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger hat sich gegen den Export von 40 Tornado-Kampfflugzeugen aus britischer Produktion an Saudi-Arabien ausgesprochen. In einem Brief forderte sie Bundeskanzler Helmut Kohl auf, die Lieferung „noch in letzter Minute" zu verhindern. Nach Meinung der SPD-Politikerin vergrößert jede Rüstungslieferung in den Nahen Osten die Spannungen in dieser „hochexplosiven Region". Außerdem habe die Bundesregierung eine besondere moralische Verpflichtung, alles zu vermeiden, was zu einer militärischen Gefährdung Israels beitragen könne.

Kujau: Ganze Affäre hat sich hinter meinem Rücken entwickelt

Verwunderung über die Leichtgläubigkeit der Experten / *Die magische Zahl 27*

UWE BAHNSEN, Hamburg

In den Saal 231 des Hamburger Ziviljustizgebäudes, in dem sich seit dem 21. August der frühere „Stern"-Redakteur Gerd Heidemann und der Stuttgarter Militaria-Händler Konrad Kujau wegen des Betrugsskandals um die gefälschten Hitler-Tagebücher verantworten müssen, ist jetzt endgültig der strafprozessuale Alltag eingezogen. Zwar steht der Tagebuchfälscher Kujau, dessen Vernehmung zur Person und zur Sache die Große Strafkammer 11 auch gestern fortsetzte, noch immer im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses; und für eine Erheiterung des Publikums, der Journalisten und selbst des Gerichts sind „Konnys" farbige Schilderungen unverändert gut. Dennoch wird allmählich das als durchtrieben sichtbar, was anfangs noch pfiffig und bauernschlau wirkte.

Der Gerichtsvorsitzende, Hans-Ulrich Schroeder, hält Kujau nun die Widersprüche und die mancherlei *Unklarheiten seiner bisherigen* Darstellung vor, und die Einlassungen des Handschriften-Nachahmers dar*auf sind so geschnitten, daß sie* seine Mentalität beleuchten.

Sammler-Treffen

Typisch dafür war gestern vormittag Kujaus Reaktion auf einen Widerspruch, in den er sich im Zusammenhang mit der Person des früheren Hitler-Chefpiloten und Ex-Generalleutnants Hans Baur verwickelt hatte. Auf eine entsprechende Frage des *Vorsitzenden* hatte Kujau im Brustton der Überzeugung erklärt, er habe Baur im Herbst 1979 kennengelernt. *Daraufhin* hielt der *Richter* Schroeder ihm ein Exemplar des von Baur verfaßten Buches „Zwischen Himmel und Erde" über seine *Erlebnisse als* Chefpilot Hitlers mit einer Widmung Baurs für Kujau aus dem Jahr 1976 vor. Der Tagebuchfälscher besah sich diese Buchseite und gab dem Vorsitzenden cool zur Antwort: „Da muß er sich verschrieben haben."

Ausführlich schilderte Kujau seine Kontakte mit Militaria-Sammlern, die er nicht nur auf „Experten-Ebene" traf; er habe mit ihnen auch „über Gott und die Welt diskutiert". Einen dieser Sammler charakterisierte er mit den Worten: „Der ist ein noch größeres Schlitzohr als ich. Wenn man dem gesagt hat, man braucht die Uniform des russischen Zaren, dann hatte man die zwei Tage später. Seine Frau kann nämlich unheimlich gut nähen." Und über den Sammler Fritz Stiefel, dem er das erste von ihm selbst gefertigte „Hitler-Tagebuch" zeigte, meinte er sarkastisch: „Der war nicht fasziniert von dem Buch, *sondern von den goldenen* Buchstaben, die ich draufgeklebt hatte. Die hatte ich 1977 in Honkong gekauft. Ich habe nicht *gewußt, daß das A* in Wirklichkeit ein F ist."

Die ganze Affäre mit den Hitler-Tagebüchern soll sich Kujau zufolge „hinter meinem Rücken" entwickelt haben. Nur durch Zufälle habe er erfahren, daß Stiefel mit anderen Interessenten über das „Hitler-Tagebuch" gesprochen habe, das er inzwischen in seinem Tresor verwahrte und zunächst nicht wieder habe herausgeben wollen. Im Sommer 1979, so berichtete Kujau dem Gericht weiter, habe er in Stuttgart zum ersten Mal mit Professor August Priesack, der ihm als Sachverständiger eines Münchner Auktionshauses vorgestellt worden sei, über die Tagebücher gesprochen; Stiefel habe diesen Kontakt vermittelt. Bei diesem Gespräch habe Priesack „ausgerechnet", daß es sich insgesamt um 27 Tagebücher des Führers handeln müsse, „und da kommt die magische Zahl her", fügte Kujau hinzu.

Mit Behagen gab Kujau eine Darstellung seiner Gespräche mit dem renommierten Stuttgarter Zeithistoriker, Professor Eberhard Jäckel, über die Tagebücher: „Das war ja nun eine wirkliche Koryphäe." Jäckel sei „unerhört scharf auf die Tagebücher" gewesen. *Kujau zeigte sich* verwundert darüber, wie leicht es gewesen sei, solche Experten zu täuschen. *Priesack etwa habe er im Sommer* 1980 ein zuvor von ihm selbst gefertigtes und mit Hitlers Namenszug versehenes Aquarell gezeigt, und prompt habe Priesack ihm nach genauer Betrachtung des Bildes erklärt, es müsse 1937 entstanden sein. Kujau: „Da wußte ich, der Kerl kennt sich auch nicht mehr aus."

Auf die Frage des Vorsitzenden, was er dem damaligen „Stern"-Reporter Gerd Heidemann über die Herkunft der angeblichen Hitler-Tagebücher erzählt habe, sagte Kujau: „Das brauchte ich gar nicht. Für ihn stand fest, daß sie aus dem bei Börnersdorf *abgestürzten Flugzeug* stammten, das er gefunden hatte, und damit basta." Er habe mit Heidemann nie darüber gesprochen, wie die Bücher aus den Flugzeugtrümmern in seinen, Kujaus, Besitz gekommen sein sollten. Seine „Arbeitsweise" bei den Fälschungen schilderte Kujau so: Zunächst habe er sich ein großes Standard-Werk über das Dritte Reich mit einer Chronologie am Schluß eines jeden Bandes besorgt, und die habe er übernommen. Was Hitler im einzelnen zu den Terminen zu sagen hatte, habe ja „vorne im Buch drin gestanden". Zunächst habe er sich auf die Zeiten konzentriert, in denen „nichts los war; das war am einfachsten, also nur Stapelläufe, Staatsbesuche oder Erlasse und so". Das sei auch der Grund dafür gewesen, daß er anfangs nur Tagebücher aus der Zeit vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verfaßt habe.

Handelsübliche Tinte

Bei schwieriger darzustellenden Ereignissen, etwa dem Attentat auf Heydrich 1942, („dazu gibt's ja in der Literatur die widersprüchlichsten Sachen") habe er sich aus zeithistorischen Büchern Zettelnotizen angefertigt und danach die Tagebücher verfaßt: „Als Hitler müßte ich ja genau Bescheid wissen über wichtige Ereignisse." Durchschnittlich habe er an einem Buch viereinhalb Stunden geschrieben – mit handelsüblicher Tinte. Seine „Fälscherwerkstatt" habe aus Couverts, Federhalter, Tintenfaß und Tagebuchkladde bestanden.

Bei Nachfragen des Gerichts zur *Person waren zum Auftakt des gestrigen* Verhandlungstages Kujaus Aufschneidereien zur Sprache gekommen. *Die Bandbreite reicht* von seiner einstigen Behauptung, er sei unter einem Pseudonym Verfasser eines Buches „*Hitler als Kunstmaler*", über den militärischen Dienstgrad „Oberst" bis zur Ehrendoktorwürde der Universität Tokio. Die akademischen Würden „Professor Dr. Konrad Kujau" seien „meiner Schwägerin" zuzuschreiben, „und die hat eine Macke". Da verwundert es schon nicht mehr, daß der Jüngling Kujau sich die FDJ-Beurteilung über seine Person in der „DDR" „kurzerhand selbst geschrieben" hat.

Vorruhestand bleibt für IG Chemie primäres Ziel

Kritik an Tarifpolitik des Vorstandes / Starker Mitgliederschwund

F. DIEDERICHS, Berlin

Mit der Beratung der ersten von insgesamt 343 Anträgen sind die 417 Delegierten des 12. Ordentlichen Ge*werkschaftstages der IG Chemie-Pa*pier-Keramik gestern in Berlin in die gewerkschaftliche Basisarbeit eingestiegen. Ein Schwerpunktthema des Kongresses der mit 653 000 Mitgliedern drittstärksten DGB-Gewerkschaft ist die Verabschiedung eines tarifpolitischen Programms, für das der Hauptvorstand einen Entwurf vorgelegt hat. Dazu liegen zahlreiche Anträge aus der Mitgliederschaft vor, die Anlaß zu kontroversen Diskussionen bieten dürften.

Das Papier des Vorstandes unter Leitung des Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Rappe, der sich heute von dem Gewerkschaftstag zum ersten Mal in seinem Amt bestätigen lassen will, sieht vor allem das Ziel einer Verkürzung der Arbeitszeit für ältere und besonders belastete Arbeitnehmer vor. Ferner wird eine „Tarifrente" im Rahmen des Vorruhestandsgesetzes vorgeschlagen. Zu den Vorstellungen Rappes gehört auch, Überstunden abzubauen und Freizeitausgleich für unvermeidbare Mehrarbeit zu vereinbaren.

Ein Stück Solidarität

„Arbeitszeitverkürzung muß sich *je nach Branche* und *je nach Situation* in verschiedenen Wegen niederschlagen", meinte Rappe. Er ist si*cher, daß nach der IG Metall und der* IG Druck auch die IG Chemie in den kommenden Jahren auf einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit bestehen und dies durchfechten wird. Parallel dazu bleibe aber eine Vorruhestandsregelung „vorrangiges *Ziel*", *heißt es* im Internationalen Congress Centrum.

Der Hauptvorstand der IG Chemie interpretiert seine Absichten, die Wochen- und Lebensarbeitszeit zu verkürzen, verbunden mit der Gewißheit, daß dafür Löhne und Gehälter langsamer steigen, als ein Stück „Solidarität in der Tarifpolitik", auch mit den Arbeitslosen. „Gerade Arbeitszeitverkürzung für Ältere wird sich am deutlichsten auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen", meint Rappe.

Einigen Gruppen in der IG Chemie ist, wie die Anträge zeigen, die neue *tarifpolitische Leitmelodie* nicht sauber genug komponiert. „Die 35-Stunden-Woche als klares Ziel des Gewerkschaftstages" fordert etwa eine Kölner Delegation, und andere erinnern an den vor vier Jahren in Mannheim gefaßten Beschluß, wonach die 35-Stunden-Woche in den 80er Jahren gegen den Widerstand der Unternehmen durchgesetzt werden soll. Kritisch wird deshalb in Berlin bemerkt, daß die im Manteltarifvertrag für die Chemieindustrie enthaltenen *Arbeitszeitbestimmungen*, die die 40-Stunden-Woche einschließen, von der Gewerkschaft bis 1987 verlängert wurden.

„Schlagkraft stärken"

Weiter bestimmen wichtige organisationspolitische Entscheidungen den Gewerkschaftstag. Die IG Chemie will sich künftig nicht nur intensiver um *Angestellte und Akademi*ker bemühen, sondern mit Ausgabenkürzungen und einer Straffung der Organisationsstruktur die „Schlagkraft der Gewerkschaft stärken", so Rappe.

Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus dem Geschäftsbericht der Gewerkschaft, *in dem nicht nur deut*lich wird, daß die IG Chemie in den vergangenen vier Jahren trotz des Beitritts von fast 1200 Mitgliedern rund 22 600 verloren hat. Der scheidende Hauptkassierer Heinz Vosshenrich bilanzierte dazu, die IG Chemie verfüge zwar je Mitglied über ein Vermögen von 527 Mark, was angesichts eines möglichen Arbeitskampfes aber „keinen Grund bietet, über*mütig zu werden*".

Das für die Chemie-Gewerkschaft brisante Thema Umweltschutz soll bis Sonntag „ohne einfache grundsätzliche Lösungen" diskutiert wer*den. Diese Meinung formulierte zu*mindest der Hauptvorstand. Die Zielsetzung ist, die jeweils beste Lösung unter Umweltschutzaspekten und der Beachtung der Arbeitsplatzsicherheit anzustreben – ein Ziel, das nach den Worten des Vorsitzenden nur „in Stufen erreicht werden kann".

„DDR" verzichtet auf Teilnahme an Religionskongreß

rtr, Rom

Der für Kirchenfragen zuständige „DDR"-Staatssekretär Klaus Gysi hat seine Teilnahme an dem internationalen Kongreß über Religionsfreiheit in Rom abgesagt. Der Generalsekretär *der Vereinigung* für Internationale Religionsfreiheit, Bert Beach, teilte gestern mit, Gysi habe „Terminschwierigkeiten" als Grund seiner Absage genannt. Gysi sollte heute einen Bericht über Sozialismus und Christentum im anderen Teil Deutschlands halten. Dieser Bericht wird nach Angaben des Generalsekretärs nun möglicherweise verlesen.

Grüne: Mörderischer Krieg in Afghanistan

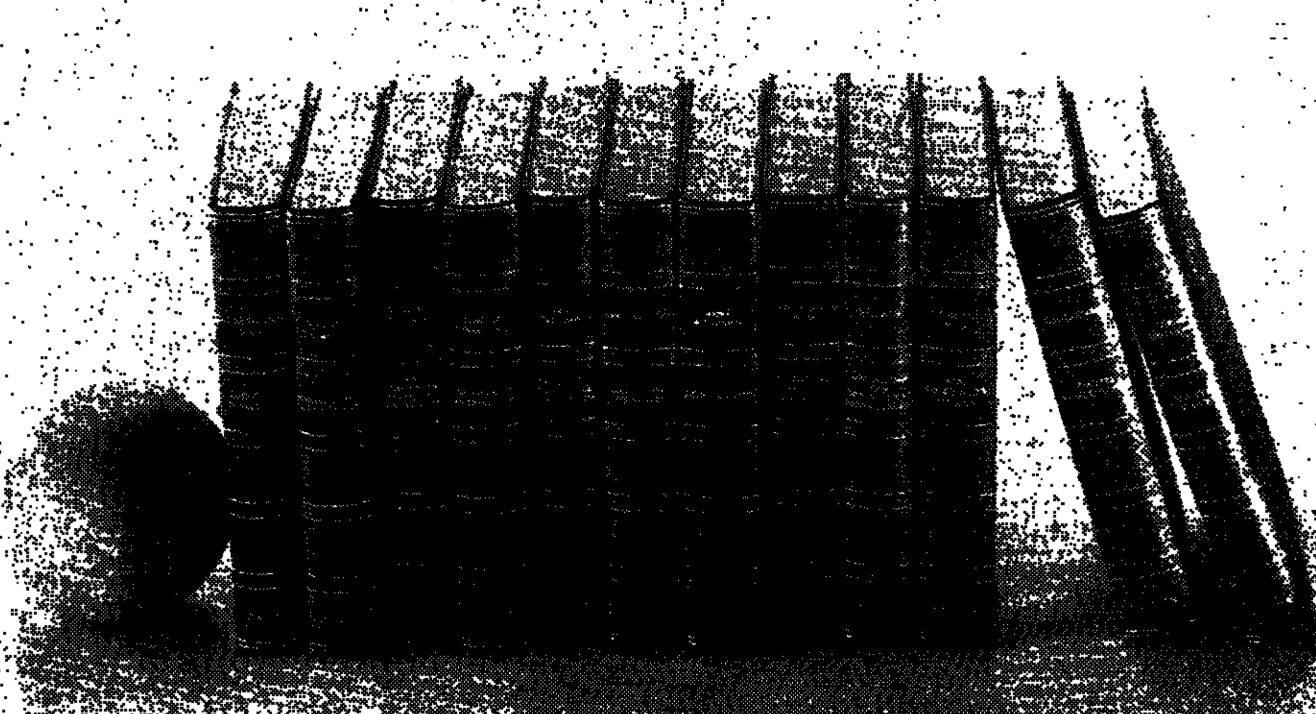
dpa/rtr, Bonn/Islamabad

Die Sowjetunion führt *nach* Ansicht zweier Vertreter der Grünen einen mörderischen Krieg gegen die *Zivilbevölkerung in Afghanistan*, der teilweise mit Völkermord gleichzusetzen sei. Der Bundestagsabgeordnete *Milan Horacek* und der Nachrücker Uli Fischer teilten gestern nach ihrer Rückkehr von einer zweiwöchigen *Informationsreise durch* Afghanistan in Bonn mit, die Situation der Zivilbevölkerung sei bedrohlich. Eine Versorgung der Einwohner mit Nahrungsmitteln und medizinischen Gütern sei nicht mehr gewährleistet, und die Masse der Hilfesuchenden werde auch von den internationalen Hilfsorganisationen nicht mehr erreicht.

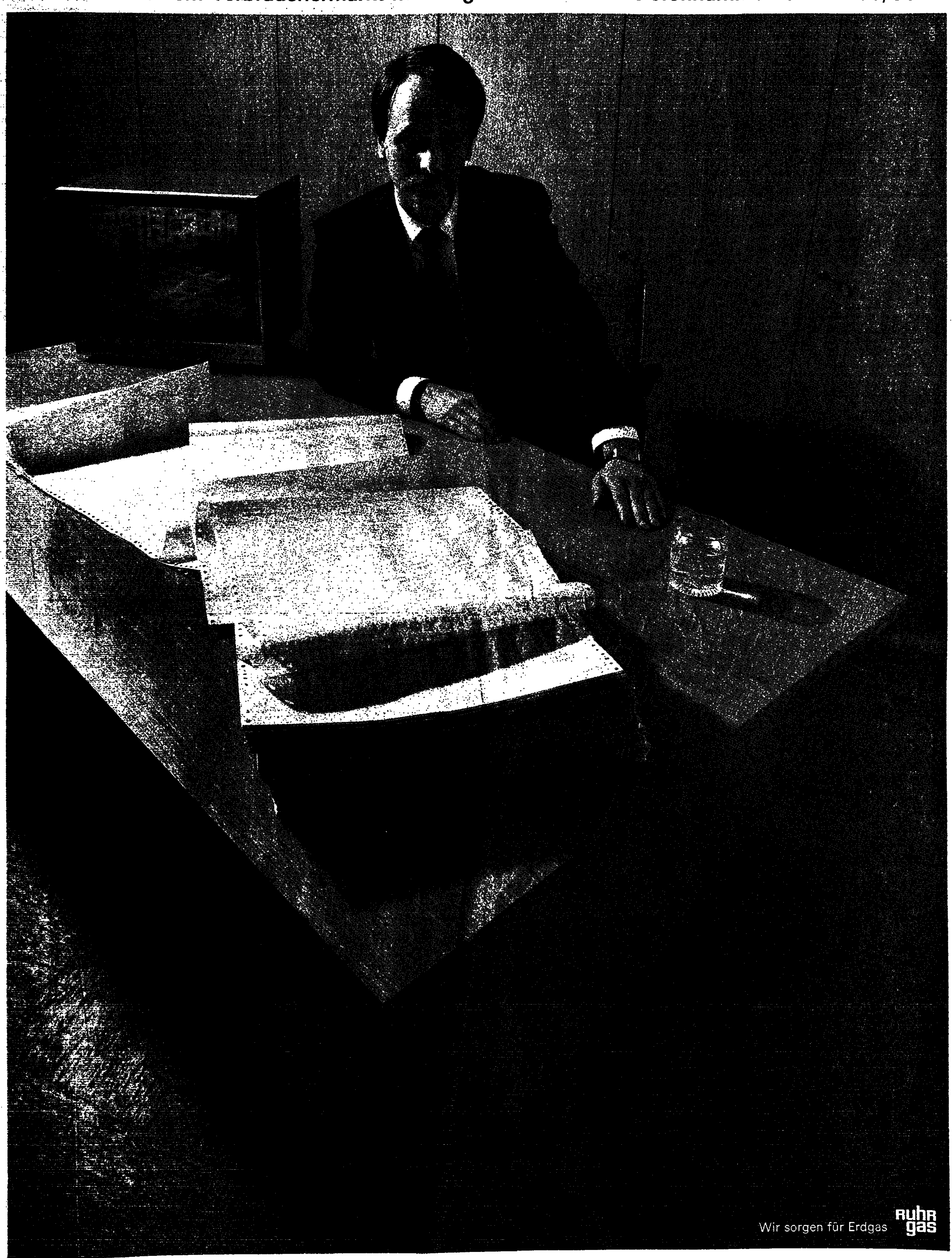
Außerdem war aus Pakistan zu vernehmen, daß der Bombenanschlag auf den Kabuler Flughafen wahrscheinlich eine Protestaktion von Widerstandkämpfern gegen die Ausbildung junger Afghanen in der Sowjetunion gewesen ist. Nach Angaben westlicher Diplomaten sind die meisten Opfer des Anschlags, der 28 Tote und 350 Verletzte forderte, Studenten *gewesen, die auf den Flug nach* Taschkent und Moskau warteten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. *Distributed by German Language Publications, Inc.*, 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. *Postmaster: send address changes* to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Rolf Dresen, Leiter eines Verbrauchermarkts in Hockenheim-Talhaus, sagt heute allen Kollegen, warum er in seinem Verbrauchermarkt mit Erdgas heizt. Seine Telefonnummer ist 0 62 05/50 21.



Oder schreiben Sie an RUHRGAS AG, Postfach 10 32 52, 4300 Essen. Dann bekommen Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz".

Noch keine Gleichstellung

Wert der Hausfrauen-Arbeit: 600 Milliarden jährlich

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der Wert der Arbeit von Hausfrauen würde bei einer Einbeziehung dieser Leistung in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Bundesrepublik rund 600 Milliarden Mark jährlich ausmachen.

Diese Zahl wird in einer Gesamtdarstellung der Situation von Frauen genannt, die der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, als, wie er sagte, „wichtige Informationsgrundlage für die öffentliche Diskussion über die Gleichberechtigung der Frau" der Öffentlichkeit übergab. Trotz Gleichberechtigung, so der Text, hätten alle bisherigen Bemühungen noch immer keine volle tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern gebracht.

Im Vergleich zu einer ähnlichen Broschüre, die vor zehn Jahren aus dem gleichen Ministerium kam und ebenfalls „Frauen in der Bundesrepublik Deutschland" betitelt war, gilt dieser Bericht nicht nur den 32,1 Millionen im Staatsgebiet lebenden Frauen, sondern auch den in dieser Zahl enthaltenen 1,9 Millionen Frauen in der Bundesrepublik mit ausländischer Staatsangehörigkeit, darunter allein rund 660 000 Türkinnen. Bei ausländischen Frauen, heißt es in der Schrift, sei die Ausgangslage für eine Integration in unsere Gesellschaft noch ungünstiger als bei Männern.

Frauen stellen zur Zeit mit 52,2 Prozent die Mehrheit der Bevölkerung, bei einer Einschränkung auf die wahlberechtigten Frauen ist die Mehrheit mit 23,3 Millionen gegenüber 20,1 Millionen Männern noch deutlicher. In der Politik sind die Wählerinnen deutlich unterrepräsentiert. Im Deutschen Bundestag gibt es 51 weibliche Abgeordnete (9,8 Prozent), das sind sieben mehr als in der letzten Legislaturperiode.

In den Bundesvorständen der Parteien schwankt die Zahl zwischen 6,3 Prozent (CDU) und 30 Prozent (Grüne). Der Anteil der Frauen in den Länderparlamenten liegt zwischen sechs und 15 Prozent, in den Gemeinde- und Stadtparlamenten bei 10,8 Prozent Durchschnittswert.

Zwar seien, so der Bericht, „in den letzten Jahren" in die Rundfunk- und Fernsehprogramme deutlich mehr Sendungen über die Situation der Frau aufgenommen worden als früher. Trotz dieser Veränderungen entspreche das Frauenbild der Medien „in vielen Fällen noch nicht der Realität des Alltagslebens".

Dies wird deutlich unter anderem daran, daß trotz besserer Schulabschlüsse Frauen immer noch schlechtere Chancen als Männer haben, einen Ausbildungsplatz im dualen System zu erhalten: Nur ein Viertel der über die Arbeitsämter angebotenen Plätze wird hier für Männer und Frauen offeriert.

„Keine Manövriermasse für Staat"

Philologenverband lehnt weiter Sonderopfer der Lehrer ab / Lebensarbeitszeit-Verkürzung

PETER PHILIPPS, Bonn

In einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit auf 60 Jahre, einer Reduzierung der Unterrichtsstunden-Verpflichtung und „freiwilligen Maßnahmen" der Betroffenen sieht der Deutsche Philologenverband die richtigen Ansätze zur Lösung der „Beschäftigungskrise" auf dem Lehrer-Arbeitsmarkt. In Bonn hat der Verbands-Vorsitzende Bernhard Fluck jedenfalls gestern erneut jede Form von „Sonderopfern" seiner Klientel abgelehnt, wie sie der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier „aus wahltaktischen und Profilierungsgründen" vorgeschlagen habe.

Der Vorschlag Schwiers geht, genauso wie ähnliche Überlegungen in anderen Kultusministerien, davon aus, daß die beschäftigten Lehrer durch eine Reduzierung ihrer wöchentlichen Unterrichtszeit bei gleichzeitiger dementsprechender Einkommens-Kürzung in einer Art Solidaritätsopfer Dispositionsmasse zur Anstellung arbeitsloser Kollegen schaffen sollten. Doch der Philologenverband sieht hier nicht nur grundsätzliche Hinderungsgründe („Vom Grundgesetz her unhaltbar"), sondern argumentiert auch damit, daß Lehrer-Einkommen schließlich „Entgelt für erbrachte berufliche Leistungen und nicht Manipuliermasse für Staatshaushalte" seien. Und Schule sei auch nicht „eine Veranstaltung von Lehrern für Lehrer, sondern eine Einrichtung der Gesamtgesellschaft", die darum auch die Kosten tragen müsse.

Trotz aller Verwaltungsgerichts-Urteile der jüngsten Zeit bleibt der Philologenverband bei der auch von den übrigen Interessenvertretern der Lehrer immer wieder betonten These der zeitlichen Überlastung der Lehrer. Die „Hilfskonstruktion", sagte Fluck gestern, die überlangen Ferien auf die Unterrichtsvorbereitung mitanzurechnen, lasse zu viele Aufgaben unberücksichtigt. Deshalb bleibe es bei der Forderung nach der stufenweisen Reduzierung der Lehrer-Unterrichtsverpflichtung zur Angleichung an den übrigen öffentlichen Dienst. Durch einen „Stopp des Stellenabbaus und der Einrichtung von K.-w.-Stellen (künftig wegfallend)" sowie eine Verringerung der Lebensarbeitszeit für Lehrer auf 60 Jahre könnten auf dem Arbeitsmarkt Luft schaffen. Dabei werde der Lebensarbeitszeit-Verkürzung eine Priorität eingeräumt, da sie arbeitsmarktpolitisch „unmittelbar wirkungsvoll" sei.

Gerade im Beschäftigungsbereich für Lehrer sei die „Krise" frühzeitig zu erkennen gewesen, heißt es beim Philologenverband. Statt die Folgen der seit 1966 absehbaren demographischen Entwicklung zu überdenken, sei aber im Zuge einer „verfehlten Planung" von Bund und Ländern eine Bildungspolitik eingeleitet worden, mit der die Entwicklung des Beschäftigungssystems nicht mehr habe Schritt halten können. Mehrfach habe man den Beschäftigten an den Schulen in den vergangenen Jahren „Sonderopfer" zugemutet, diese dann aber nur zur Sanierung der Haushalte eingesetzt. Dazu gehörten Gehaltskürzungen ebenso wie das Aussparen des Bildungssektors bei der letzten Arbeitszeitverkürzung für den übrigen öffentlichen Dienst.

Eine lineare Gehaltsanhebung um vier Prozent wird deshalb vom Philologenverband für angemessen gehalten. Außerdem wird die – früher einmal für Lehrererinnen geltende – Möglichkeit der „Abfindung" für freiwillig ausscheidende Lehrer wieder ins Gespräch gebracht genauso wie die Vermehrung von Beurlaubungsmöglichkeiten und die Erleichterung für Teilzeitbeschäftigungen.

In eine gänzlich andere Richtung zielt ein Vorschlag des „Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft", in dem sich Unternehmen und Unternehmer zur Förderung der Wissenschaft zusammengeschlossen haben. Hier steht statt des Rufes nach dem Staat mehr die Selbsthilfe der Betroffenen wieder an erster Stelle: Eine Stiftung „Eltern und Lehrer spenden für Junglehrer" ist von dieser Organisation in die Diskussion geworfen worden, um auf diesem Weg Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitslose Pädagogen zu schaffen.

Berlin ist eingebettet

Ausschuß des Abgeordnetenhauses besucht Messe in Leipzig

H.-R. KARUTZ, Leipzig

Nach dem Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen (CDU), auf der Frühjahrsmesse in Leipzig demonstrierte jetzt die Anwesenheit des Ausschusses für „Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen" des Abgeordnetenhauses die volle Einbettung Berlins in die innerdeutschen Beziehungen. Diese erste Reise des Ausschusses in die „DDR" war zuvor mit der Bundesregierung in Bonn abgestimmt worden.

Der Leiter der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, führte mit den Berliner Abgeordneten ein ausgiebiges Informationsgespräch in Leipzig. Bundessenator Rupert Scholz (CDU) konnte jedoch wegen dringender dienstlicher Termine nicht mitreisen.

Der Ausschußvorsitzende und frühere deutschlandpolitische Experte der Unionsfraktion in Bonn, Jürgen Wohlrabe, sagte zur WELT: „Bräutigam gab uns eine insgesamt hoffnungsvolle Einschätzung der innerdeutschen Lage." Dies gelte unabhängig von der Frage des Honecker-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Problem der „Nachbesserung" der jüngsten Vereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin, von denen die West-Berliner in den wichtigsten Punkten nicht profitieren und die innerhalb des Senats Äußerungen des Unmuts über die Verhandlungsweise Bonns hervorgerufen hatten, sei nicht zur Sprache gebracht worden. „Dies ist hier nicht der richtige Ort", meinte Wohlrabe.

Der Ausschuß, der für die volle Einbeziehung Berlins in alle Bundesangelegenheiten und für die innerstädtischen Probleme Gesamtberlins zuständig ist, will über dieses Thema am 12. September in Bonn mit Staatsminister Jenninger konferieren.

Die Reise der 18köpfigen Delegation in die Messestadt war korrekt über den Chef der auch für Berlin zuständigen „Treuhandstelle für Industrie und Handel" (TSI), Franz Rösch, vorbereitet worden. Vorbehalte der „DDR"-Seite gegen die Teilnahme eines Abgeordneten der Alternativen Liste (AL) waren später zurückgenommen worden.

Auffallend war, wie sehr sich die Ostberliner Seite in Leipzig um die Berliner Abgeordneten bemühte. Ein Vertreter des „Instituts für Politik und Wirtschaft", dessen Experten die SED-Spitze vor allem auch in ihrer Westpolitik beraten, kündigte die „DDR"-Absicht an, künftig mehr Waren aus West-Berlin zu beziehen.

In den vergangenen Monaten waren die Lieferungen Berlins in die „DDR" im Rahmen des innerdeutschen Handels um die Hälfte zurückgegangen.

Bagdad hofft in Bonn auf mehr Hilfe

rmc./lim. Bonn

Die Bundesregierung ist bemüht, die Kontakte zu den am Golfkrieg beteiligten Ländern weiter zu verbessern. Nach dem Besuch von Bundesaußenminister Genscher im Juli in Teheran traf der irakische Außenminister Tarik Asis gestern zu einem dreitägigen Besuch in Bonn ein und führte außer mit Genscher auch Gespräche mit Bundeskanzler Kohl. Für heute sind Begegnungen mit Wirtschaftsminister Bangemann, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Marx (CDU), und dem SPD-Präsidiumsmitglied Wischnewski sowie mit Vertretern der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vorgesehen. Asis wird auch vom Bundespräsidenten empfangen.

Eine Möglichkeit, im Golfkrieg vermittelnd einzugreifen, sieht man in Bonn nach Ansicht diplomatischer Kreise nicht. Die Bundesregierung hält sich aber bereit, um eventuell „Signale" der Verhandlungsbereitschaft zwischen Irak und Iran zu übermitteln. Nach Bonner Ansicht ist diese in Bagdad vorhanden, nicht jedoch in Teheran. Der irakische Außenminister wird in Bagdad als Mitglied der „inneren Führung" zu den entscheidenden Männern gerechnet.

Parallel zur Europareise des irakischen Außenministers, der zu Wochenbeginn in Paris mit seinem französischen Amtskollegen Cheysson das Nahost-Problem und den Golfkrieg erörterte, haben die irakischen Botschaften im Westen eine Propagandaaktivität entfaltet mit dem Ziel, die Schuld am Ausbruch des Krieges vor vier Jahren den Iranern zuzuschieben und auf diese Weise den Anspruch auf westliche Hilfe zu untermauern. Politische Beobachter weisen in diesem Zusammenhang auch darauf hin, daß Bagdad wieder bessere Beziehungen zur Sowjetunion unterhält und vertraglich mit Moskau verbunden ist. Auch Iran suche ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion. Es sei eine Illusion zu glauben, die Region habe mit dem Ost-West-Konflikt nichts zu tun.

Zu beiden kriegführenden Parteien am Golf möchte die deutsche Wirtschaft nach einem bald erhofften Abbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen wieder intensive Handelsbeziehungen pflegen. Wegen der Kriegslasten ist die Zahlungsfähigkeit des Irak nach Darstellung informierter Kreise jedoch stark eingeschränkt. Gegenwärtig hat Bagdad bei der deutschen Wirtschaft Schulden in Höhe von zehn Milliarden Mark, für die Bonn im Rahmen inzwischen eingegangener Bürgschaften notfalls einspringen müßte.

Der Irak ist am Ausbau zweier Erdöl-Leitungen nach Jordanien und Saudi-Arabien interessiert, um so seinen Rohölexport noch mehr unabhängig von der Kriegsführung zu machen. Nach Angaben diplomatischer Kreise wünscht Irak die Hilfe der deutschen Wirtschaft auch beim Ausbau dieser Pipelines.

Chun erwartet vom Tenno ein Wort der Reue

Erstmals besucht ein Staatschef Südkoreas Japan

FRED de LA TROBE, Tokio

Der südkoreanische Präsident Chun Doo Hwan wird morgen zu einem dreitägigen Besuch in Japan erwartet. Es handelt sich um die erste offizielle Visite eines koreanischen Staatsoberhaupts in Japan, das von 1910–45 das Nachbarland als Kolonie beherrschte.

Höhepunkte des Programms Chuns werden Gespräche mit Ministerpräsident Nakasone und dem Kaiser Hirohito sein. Der Besuch soll dazu beitragen, die Stabilität und den Frieden im strategisch wichtigen nordostasiatischen Raum zu festigen.

Chun sagte, sein Besuch werde eine neue Ära reifer Partnerschaft zwischen den beiden Nachbarstaaten im Zeitalter Asiens und des Pazifiks einleiten. Ein engerer Schulterschluß wird aber nach Ansicht der meisten Beobachter nur dann gelingen, wenn sich der Kaiser für die Übergriffe während der japanischen Herrschaft über Korea entschuldigt. Der 83jährige Tenno ist einer der wichtigsten noch lebenden Zeugen der späteren geschichtlichen Phase, die beide Länder bewegt.

Die Koreaner wünschen sich ein klares Wort des Monarchen, einflußreiche rechtsorientierte Kreise Japans leugnen aber weitgehend Vergehen und Schuld ihres Landes und sprechen sich entschieden gegen eventuelle entschuldigenden Worte des Kaisers aus.

So wird nur eine abgeschwächte Kompromißerklärung für wahrscheinlich gehalten, die in Korea aber nicht voll befriedigen würde.

Während der Herrschaft Nippons über den Nachbarstaat wurde die dortige 500 Jahre alte Monarchie abgeschafft, der Gebrauch der koreanischen Sprache verboten und Japanisch eingeführt, die Namen der Koreaner japanisiert, das Aufkommen einer Intelligenzschicht unterdrückt und Aufstände brutal niedergeschlagen.

Ministerpräsident Nakasone sagte jetzt vor koreanischen Journalisten: „Japan sollte voller Selbstprüfung und Reue über die Not und Schäden sein, die es Korea gebracht hat." Ähnliche Worte aus dem Mund des Kaisers hätten aber für die Koreaner einen wesentlich höheren Stellenwert.

Eine kürzliche Umfrage in Südkorea über die Wertschätzung für andere Völker bestätigte, daß der Unmut gegen das Nachbarland fortbrodelt: Nach Nordkorea, aber noch vor der Sowjetunion war Japan Nummer zwei unter den unbeliebtesten Nationen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden 1965 wiederhergestellt, das Verhältnis blieb aber kühl. Erst der Besuch Nakasones Anfang 1983, der erste eines japanischen Premiers in Südkorea, lockerte die Atmosphäre auf.

Die brisante Frage, ob der Besuch Chuns in Tokio den entscheidenden Durchbruch und einen Klimawechsel oder erneute Verstimmung herbeiführen wird, wagen die wenigsten Beobachter zu beantworten. Jedenfalls wird er ein harter Test für das Geschick der japanischen Diplomaten und des Ministerpräsidenten sein. Mit einem Erfolg könnte Nakasone seiner Regierungszeit ein neues Glanzlicht aufsetzen. Damit würde er sich für die im November anstehenden Wahlen um den Vorsitz der Regierungspartei und damit für eine Wiederwahl zum Premier profilieren.

Auf dem Programm Chuns stehen noch weitere heikle Fragen: Der schon chronische Handelsbilanz-Überschuß Japans mit Südkorea, der allein 1983 auf umgerechnet fast acht Milliarden Mark kam, und die Frage der Bereitstellung japanischer Spitzentechnologie für das Nachbarland.

Viele Firmen sträuben sich dagegen wegen des befürchteten „Bumerangeffekts" einer zu erwartenden Importflut billiger koreanischer Produkte. Daneben ist die rechtliche Stellung der 700 000 Koreaner in Japan ein Stein des Anstoßes geblieben. Sie fühlen sich noch immer als Bürger zweiter Klasse, diskriminiert bei der Ausbildung und im Berufsleben.

25 000 Polizisten sorgen in Tokio für Chun Doo Hwans Sicherheit
FOTO: CAMERA PRESS

Die Opposition in Südkorea gegen Chuns Besuch ist vor allem in christlichen Kreisen, die unter der japanischen Herrschaft besonders litten, stark. Am Montag begannen 30 Oppositionelle in Seoul einen Hungerstreik aus Protest gegen den Besuch. Regierungsfeindliche Studentengruppen demonstrieren seit Tagen gegen den „Ausverkauf an Japan".

In Japan kam es in mehreren Städten zu Bombenanschlägen gegen öffenliche Gebäude. Ein Aufgebot von 23 000 Polizisten wird während der Visite für schärfste Sicherheitsmaßnahmen sorgen. (SAD)

Amerika im Zwiespalt über Staat und Kirche

Heikles Thema auch im Wahlkampf / Reagan verknüpft Politik und Religion / Streit über Schulgebet

Von TH. KIELINGER

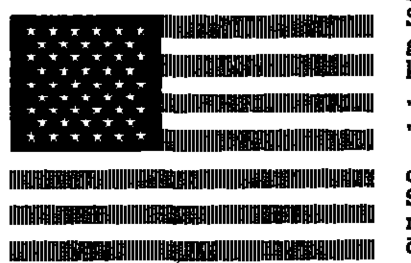
Eine Rede Präsident Reagans, gehalten auf dem Parteitag der Republikaner in Dallas, und zwar vor einer Versammlung fundamentalistischer Prediger und religiöser Erzieher, weckt immer größeres Interesse. Reagan ging auf eines seiner Lieblingsthemen ein: den Zusammenhang von Politik und Moral und die Frage der religiösen Basis der amerikanischen Gesellschaft. „Politik und Moral sind untrennbar", sagte Reagan, „und da die Moral auf dem Fundament der Religion ruht, sind Religion und Politik notwendigerweise verknüpft. Wir brauchen die Religion als unsere Führerin." Er attakkierte jene, die seiner Auffassung nach unter dem Banner der Trennung von Kirche und Staat eine anti-religiöse Politik verfolgen:

„Das Frustrierende ist, daß diejenigen, die die Religion angreifen, dies im Namen der Toleranz, der Freiheit und der Meinungsvielfalt tun", rief der Präsident unter dem Beifall seiner Zuhörer. „Aber ist es in Wahrheit nicht so, daß sie selber intolerant gegenüber dem Religiösen sind?"

Damit war in den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf ein Fehdehandschuh geworfen worden. In einer ersten Reaktion warf Walter Mondale Zweifel auf, ob sein Gegner im Weißen Haus „die traditionelle Mauer respektiert, die unsere Gründerväter zwischen Regierung und Religion, zwischen Staat und Kirche aufgerichtet haben". In Amerika sei das, „was wir glauben, immer eine höchst persönliche Angelegenheit gewesen … Es darf dem Staat nicht gestattet werden, das religiöse Leben zu diktieren. Eine solche Zukunft wäre nicht der amerikanische Weg."

Hinter der auflebenden Debatte um die Rolle der Religion im öffentlichen Leben der USA steht ein langer Streit um mehrere Gesetzesvorlagen, die die Konservativen seit langem durch einen sich sperrenden Kongreß bringen wollen, und die den Kern der Reaganschen Gesellschaftsprogrammatik enthalten. Es sind dies Vorlagen zur Einführung des Schulgebets in öffentlichen Schulen, zur steuerlichen Begünstigung von Familien, die ihre Kinder auf Privatschulen in religiöser Trägerschaft schicken, und zur Zurückweisung der gültigen Gesetze über die Abtreibung.

In allen drei genannten Bereichen macht sich die Reagan-Regierung expressis verbis zum Sachwalter jenes Teils der amerikanischen Bevölkerung, der die religiös-moralischen Traditionen der US-Gesellschaft in Form von öffentlichen Gesetzen anerkannt sehen möchte. Dieses Anliegen wird von den Gegnern im Kern angefeindet, genauer gesagt: Unter



Wahl '84

Hinweis auf den geradezu heiligen ersten Verfassungszusatz, welcher mit dem berühmten Satz beginnt: „Der Kongreß darf kein Gesetz zur Errichtung von Religion erlassen." Derselbe Verfassungszusatz garantiert gleichzeitig die Freiheit privater Religionsausübung.

Unter dem Schutz dieser konstitutionell verankerten Tradition, konnte sich in den USA eine beneidenswerte Toleranz religiöser Vielfalt entwikkeln – allerdings erst im 20. Jahrhundert.

In den letzten dreißig Jahren einer zunehmenden Säkularisierung aber ist die Trennung von Kirche und Staat vom amerikanischen Gesetzgeber beinahe haarspalterisch ausgelegt worden. Mit der Säkularisierung ging eine zunehmende Permissivität einher, die aus Fragen der Moral bestenfalls Merkpunkte akademischer Debatten machte. Es überrascht daher nicht, heute in den USA diese starke religiös geprägte Gegenbewegung zu erleben, der Präsident Reagan jetzt sein volles politisches Gewicht leiht.

Dabei wird die Grundprämisse des ersten Verfassungszusatzes, wonach niemandem irgendeine Religion oktroyiert werden darf, von ihm und seinen Freunden umgedreht: So weit sei die Relevanz von Religion und Moral aus dem öffentlichen Leben verbannt worden, daß diese säkular ausgelegte Gesetzgebung heute eine neue Form von Intoleranz darstellt, die Förderung von Nicht-Religion.

In der Tat hat ein gewisser überlegalistischer Eifer die Trennung von Kirche und Staat in den USA in manchen Randzonen ins Lächerliche gezogen. So dürfen in den öffentlichen Schulen zur Weihnachtszeit nur „Jingle Bells" und andere religiös entkeimte Liedchen gesungen werden; „Zu Bethlehem geboren" aber oder „Adeste Fideles" bleiben verbannt.

Der US-Kongreoß dagegen darf jeden Tag seine Geschäfte mit einer Segnung des Hausgeistlichen beginnen. Das morgendliche Gebet in den öffentlichen Schulen war noch bis vor 25 Jahren gang und gäbe; heute würden sich seine Befürworter schon glücklich schätzen, wenigstens so etwas wie ein „freiwilliges Schulgebet" wieder eingeführt zu sehen.

Freilich erhellt gerade der letzte Punkt ein Argument der Gegner. Wie kann die Praxis der „Freiwilligkeit" geschützt werden, so fragen sie, wenn das Fernbleiben vom Schulgebet unzweifelhaft zur Diskriminierung unter Schülern führen muß? Wenn derjenige oder diejenigen, die nicht am Gebet teilnehmen, in den zweifelhaften Status von Außenseitern gelangen – wäre es da nicht besser, die Praxis ganz zu unterlassen? Argumente wie diese lassen bei Ronald Reagan und der „Moral Majority" den Verdacht aufkommen, die Befürworter einer strengen Trennung von Kirche und Staat nähmen nur deshalb den Standpunkt von Minderheiten ein, weil sie ihre eigene anti-religiöse Haltung damit verbrämen.

Am stärksten schlägt diese Animosität in der Abtreibungsdebatte durch, wo sich inzwischen die Regierung, die „Moral Majority" und die katholische Hierarchie der USA zu einem mächtigen Bündnis zusammengeschlossen haben. Sie nennen sich die „Pro-Life"-Gruppe, die Vertreter des ungeborenen Lebens; ihnen gegenüber steht das „Pro-Choice"-Lager, die Anhänger der persönlichen Entscheidung in der Frage der Abtreibung. Die Trennungslinien laufen quer durch die Schichten und Glaubensrichtungen der Gesellschaft.

So sagte Bischof Kardinal John J. O'Connor gegenüber dem Katholischen Gouverneur von New York, Cuomo: „Ich sehe nicht, wie ein Katholik mit gutem Gewissen für einen Kandidaten stimmen kann, der ausdrücklich die Abtreibung unterstützt." Der Gouverneur fühlte sich herausgefordert, weil er als Privatmann zwar auch gegen die Abtreibung ist, sie aber als Sachwalter des Gemeinwohls im Rahmen der gültigen Abtreibungsgesetzgebung nicht gut verbieten zu können glaubt. Sei er daher als politischer Kandidat nicht mehr wählbar?

Es gibt heute eine Grundströmung in den USA, die nicht mehr diese Trennung von „privat" und „öffentlich" akzeptiert, jedenfalls nicht bei so grundsätzlichen, das Wesen jedes Staates berührenden Fragen, und die von ihrem Staat erwartet, daß seine Gesetze das moralische Fundament widerspiegeln, auf dem eine christlich-judaische Gesellschaft aufbaut.

Ronald Reagan muß sich dennoch vorsehen, aus dieser Frage kein Zentralthema seines Wahlkampfes zu machen. Zu groß ist das Potential für eine Spaltung in der Gesellschaft, die Gefahr, daß sich viele, die mit Reagan politisch eins sind, von ihm abwenden, weil auch nur der Verdacht auf Einmischung des Staates in Angelegenheiten der Moral sie abstößt.

In der Seele des Amerikaners liegen zwei Leidenschaften in Zwietracht: der Drang, sich christlicher Leitung zu unterwerfen und der Drang des Bürgers, als Revolutionär seine Unabhängigkeit zu verteidigen – darunter auch die Unabhängigkeit von moralischer Bevormundung vor allem seitens des States. Dieser ständig ungelöste Konflikt produziert jenen amerikanischen Typus, der sich mit erstaunlicher Robustheit in das Wagnis des irdischen Erfolges stürzt und ebenso erstaunliche Hingabe gegenüber der religiösen Erweckung zeigt. Als Präsident muß Reagan für beide akzeptabel sein.

Für Korrekturen am Iran-Bild

E.N. Bonn

Korrekturen und Differenzierungen bei der Beurteilung des Iran als einer angeblichen „Diktatur der Mullahs" in der Bundesrepublik Deutschland hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinz Schwarz nach einem offiziellen Besuch in Teheran gefordert. Schwarz, der zusammen mit den Bundestagsabgeordneten Norbert Gansel (SPD) und Helmut Schäfer (FDP) von der iranischen Regierung eingeladen worden war, sagte in Bonn, die Delegation habe gesehen, daß im Parlament kontrovers diskutiert und gegenüber der Regierung Kontrolle und Mitsprache ausgeübt werde. Zum Krieg mit dem Irak gebe es in der Führung der Regierung eine Bandbreite von Aussagen, die von „Kampf bis zum Sieg" bis zu einer Beendigung der Kampfhandlungen im Falle „internationaler Verurteilung des Irak als Aggressor" ohne territoriale Ansprüche reiche.

Vermehrte Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland wolle man schon deswegen, so Schwarz unter Bezug auf ein gemeinsames Kommuniqué der drei Bundestagsabgeordneten, weil „das Kriegsgeschrei nicht ausreiche, um die Versorgungslücke zu schließen". Teheran verlange aber für seine Einkäufe in der Bundesrepublik (1983 über acht Milliarden Mark) auch mehr deutsche Käufe im Iran. Besonders interessiert sei man am Weiterbau des nach dem Sturz des Schahs von der Khomeini-Regierung gestoppten Kernkraftwerks Bushir, wo die deutsche „Kraftwerksunion" die Federführung hatte.

Zu den Gesprächspartnern der Bonner Gäste gehörten in Teheran unter anderem Parlamentspräsident Rafsandschani, der oberste Richter und Vorsitzende des „Wächterrates" Ayatollah Musawi-Ardebili und der nach dem Sturz des Schah und der Errichtung der „Islamischen Republik Iran" in Bonn als Botschafter eingesetzte Mohammad-Mehdi Navab, der inzwischen zum Staatssekretär im Wirtschafts- und Finanzministerium von Teheran aufgestiegen ist.

Frankreich steht wieder vor politischem Alltag

Das Stichwort nach der Sommerpause: Entspannung

A. GRAF KAGENECK, Paris

In einer seltsam gereinigten Atmosphäre kehrt Frankreich aus der Sommerpause wieder an die Arbeit zurück. Die Hektik der Julitage, in denen Präsident Mitterrand seine Regierung auswechselte, die Kommunisten aus dem neuen Kabinett des Laurent Fabius auszogen und sich eine erbitterte Kontroverse zwischen rechts und links über die Idee des Staatschefs entwickelte, dem Volksentscheid mehr Platz in der Verfassung einzuräumen, diese Tage scheinen wie ein böser Traum weit zurückzuliegen. Wie immer, gibt es auch für diese „Rentrée 1984" ein Stichwort. Es lautet: descrispation – Entkrampfung, Entspannung. Eine ganze Reihe von Ärzten beugt sich über das Bett des Patienten namens Frankreich und sagt ihm, er solle sich doch endlich mal beruhigen, es wäre alles gar nicht so schlimm.

Einer von ihnen ist der Doktor Raymond Barre. Der ehemalige Premierminister Giscards ist seinem Konkurrenten Jacques Chirac von den Gaullisten scharf in die Parade gefahren und hat ihm empfohlen, endlich das „Gerede" über eine Parlamentsauflösung und Neuwahlen aufzugeben. Die jetzige Regierung sei bis 1986 legal im Amt und könne mit ihrer Mehrheit in der Kammer nach eigenem Gutdünken verfahren. Wichtiger wäre, sich auf die Parlamentswahlen in zwei Jahren vorzubereiten, wobei davon auszugehen wäre, daß auch eine eventuelle Rechts-Mehrheit gut mit dem Sozialisten Mitterrand zusammenarbeiten könnte.

Ähnlich äußerte sich auch der ehemalige Präsident Giscard, der sich außerdem aus allen taktischen Scharmützeln der Opposition über die Mitterrand-Nachfolge heraushalten möchte. Nimmt man hinzu, daß einige profilierte Jung-Gaullisten Kritik an ihrer Parteiführung geübt und eine „Erneuerung des überalterten Apparates" gefordert haben, so hat das Bild einer Opposition, die sich noch vor zwei Monaten kurz vor der Übernahme der Regierungsverantwortung sah, viel an Schärfe verloren.

Das muß nicht heißen, daß nun herrliche Zeiten vor Präsident Mitterrand und seinem neuen Premierminister liegen. Während fast zwei Drittel der Franzosen nicht mit Mitterrand zufrieden sind, ist Laurent Fabius nach den ersten Umfragen noch für mehr als die Hälfte der Franzosen ein unbeschriebenes Blatt. Er hat sich bisher mit öffentlichen Äußerungen auch stark zurückgehalten. Er will die französische Industrie modernisieren. Das kostet Arbeitsplätze. Werden die kommunistische Partei und ihr verlängerter Arm, die Gewerkschaft CGT, dies widerspruchslos hinnehmen? Noch zeichnet sich kein „heißer Herbst" für Fabius ab, sieht man von zwei Probegalopps ab, die die CGT ihren Truppen augenblicklich genehmigt. In Le Creusot protestieren die Arbeiter gegen die geplante Entlassung von 2500 Kollegen im Zuge der Übernahme von Creusot-Loire-Schneider durch ein neues Management, im Citroënwerk Aulnoye bei Paris kam es zu Schlägereien zwischen Polizisten und Arbeitern, als bereits entlassene Betriebsangehörige gewaltsam in die wiedereröffnete Fabrik eindringen wollten. Auch hier stehen rund 3000 Entlassungen als Preis der Modernisierung an.

Der neue Wirtschaftsminister Bérégovoy fordert zwei Dinge, die genausogut auf dem Spickzettel eines „rechten" Ministers stehen könnten: Abbau der öffentlichen Defizite zur Entlastung des investitionsfreundlichen privaten Sparens und einen Rollenwechsel des Staates von der Überwachung zur Investitionsförderung. Investition sei der Motor des Aufschwungs. Um das alles möglich zu machen, hat die Regierung Mitterrand ihr Versprechen, die Steuern stark zu senken, feierlich bekräftigt – ohne freilich die Erhöhung der Brot- und Benzinpreise sowie der Telefongebühren zu erwähnen.

Werbung für den Tennis-Verband, der sie dann alleine läßt

Claudia Kohde aus Saarbrücken hat bei den Offenen Internationalen Tennis-Meisterschaften der USA die große Chance verpaßt, zum ersten Mal in ihrer Karriere das Viertelfinale eines Grand-Slam-Turniers zu erreichen. Sie unterlag der 31 Jahre alten Australierin Wendy Turnbull 3:6, 1:6. Sie verschlief förmlich den ersten Satz, lag nach wenigen Minuten bereits 0:5 zurück, und ihr Stiefvater Jürgen Kilsch kommentierte: „Sie hätte vor dem Spiel wohl besser einige Sprints machen sollen, damit ihr Puls wenigstens einmal auf 180 kommt."

Claudia Kohde sagte: „Heute habe ich nicht die richtige Einstellung gehabt und meinen Rhythmus nicht gefunden." Das mag vielleicht an ihr selbst liegen, vielleicht aber wäre so etwas sogar zu vermeiden – mit einem Trainer oder einem Coach. Immerhin: Der Blick auf die Preisgeld-Skala mag sie trösten: 11 730 Dollar (etwa 35 000 Mark) hat sie verdient.

Bei Sylvia Hanika, die in Flushing Meadow wieder auf dem Weg nach oben ist, können es sogar noch mehr Dollar werden. Ihr Spiel gegen die Österreicherin Petra Huber mußte am Dienstag (MESZ) wegen eines Gewitters verschoben werden. Zweifellos ist sie die Favoritin (das Ergebnis des Spiels stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest). Ein großer Erfolg also für das deutsche Damen-Tennis. Wieder einmal sind es die Damen, die Erfolg haben.

Aber irgendwie ist es schon seltsam. Da kämpfen die besten deutschen Damen auf dem nach Wimbledon vielleicht wichtigsten Turnier der Welt. Und wie nun schon seit Jahren sind es gerade sie, die dem größten Tennisverband der Welt, dem Deutschen Tennis-Bund (DTB), mit seinen 1,7 Millionen Mitgliedern internationale Anerkennung verschaffen.

Doch scheinen die Erfolge der Aktiven die Offiziellen des Verbandes nicht sonderlich zu beeindrucken. Doch in Flushing Meadow sind die Repräsentantinnen des DTB alleine auf sich angewiesen, während alle Konkurrentinnen mit ihren von den Verbänden abgestellten Trainern und Coaches zusammenarbeiten. Dabei darf es auch keine Rolle spielen, daß die eine oder andere der Damen den Verband im Federation Cup, der Mannschafts-Weltmeisterschaft, nicht vertreten hat. Auch die Tatsache, daß sich gerade die Besten als „selbständige Unternehmer" fühlen und auch so handeln, ist erst einmal nebensächlich.

STAND ● PUNKT

Hier geht es einzig und allein um das gesamte deutsche Tennis. Denn wo sonst, wenn nicht bei den Gand-Slam-Turnieren, können Triumphe für den Verband erzielt werden? Warum der DTB hier nicht reagiert hat, ist schleierhaft. Zumal seine Planungen immer darauf zielten, bei den ganz großen Turnieren präsent zu sein. Warum ist zum Beispiel nicht der ohnehin für 15 Wochen im Jahr engagierte Honorartrainer Niki Pilic verpflichtet worden? Fragen, über die diskutiert werden müßte.

Unverantwortlich ist dagegen die Tatsache, daß in der gesamten ersten Woche des Turniers drei Juniorinnen vom DTB unbeaufsichtigt nach New York geschickt wurden. Da mußten sich die deutsche Meisterin Isabell Cueto, Andrea Betzner und Myriam Schropp für die US-Meisterschaften qualifizieren, ohne daß ihnen geholfen wurde.

Sie alle sind noch im Besitz eines Ausbildungsvertrages mit dem DTB, in dem die Betreuung der Jugendlichen zugesichert wird. Zwar sind diese Verträge wegen fehlenden Geldes gekündigt worden, aber erst zum Ende des Monats September. So mußten teilweise die Eltern und Geschwister auf eigene Kosten mitreisen. So blätterte zum Beispiel Isabell Cueto gemeinsam mit ihrem Bruder Marc im Telefonbuch nach, um auf einer kommerziellen Anlage einen Platz zu finden, auf dem sie trainieren konnten. Für 25 Dollar in der Stunde gelang das dann auch. Wer die Kosten trägt, ist noch offen.

Und Myriam Schropp und Andrea Betzner mußten sich auf gut Glück den ganzen Tag auf der Anlage in Flushing Meadow herumdrücken, um während einer Trainingspause der Stars wengistens einige Bälle schlagen zu können. Eine deprimierende Sache für junge Mädchen, die durchaus den Ehrgeiz und den Willen haben, sich in der Weltspitze zu etablieren, wie Claudia Kohde oder, jetzt wieder, Sylvia Hanika.

Merke: Geld sparen zu wollen ist durchaus eine feine und anerkennenswerte Sache. Hier aber ist am falschen Ende gespart worden. Und was noch viel wichtiger erscheint: Strenggenommen hat der DTB seine Aufsichtspflicht verletzt.

HANS-JÜRGEN POHMANN

FORMEL 1 / Rätsel um ein deutsches Projekt

Konstrukteur Zakowski in der Zwickmühle?

KLAUS BLUME, Bonn

Die Firma Zackspeed aus Niederzissen in der Eifel hat in diesen Tagen 30 000 Dollar an die oberste internationale Motorsportbehörde FISA überwiesen. Der Eingang dieses Betrages wurde von der FOCA, der Konstrukteursvereinigung der Formel 1, bestätigt. Diese Summe gilt als Eintrittsgeld, um an Grand-Prix-Rennen teilnehmen zu dürfen. Dem Formel-1-Debüt des deutschen Rennwagenbauers Erich Zakowski beim Großen Preis von Europa am 7. Oktober auf dem neuen Nürburgring scheint demnach nichts mehr im Wege zu stehen. Oder doch? „Wir haben keinerlei Formel-1-Ambitionen. Wir haben nie etwas Ernsthaftes in dieser Richtung geplant", dementiert Firmenchef Erich Zakowski hartnäckig.

Der Münchner Formel-2-Fahrer Christian Danner wundert sich über solche Äußerungen. Danner zur WELT: „Was ich vor vier Wochen bei meinen Verhandlungen in Niederzissen sah, wirkte recht lebendig und sah auch überaus ernsthaft aus." Danner sah in Niederzissen eine ganze Menge an Formel-1-Bauteilen, zum Beispiel ein Karbonfiber-Chassis, spezielle Radaufhängungen, einen stromlinienverkleideten Überrollbügel und vor allem einen 1,5-Liter-Vierventil-Motor mit zwei Turboladern, dessen Block aus Aluminium gegossen war. Auf dem Prüfstand soll dieses Aggregat bereits 720 PS entwikkelt haben.

Erich Zakowski, der zuerst den Iren John Watson und dann den amerikanischen Ex-Weltmeister Mario Andretti als Fahrer verpflichten wollte, hat vor vier Wochen mit Christian Danner verhandelt. Danner zur WELT: „Zakowski und ich haben uns darauf geeinigt, daß ich diesen neuen deutschen Formel-1-Rennwagen fahren werde. Wir halten deshalb auch über eine Schweizer Agentur ständigen Kontakt. Ich habe für das Zackspeed-Projekt inzwischen auch einen Sponsor besorgt. Man hatte sich zwar in Niederzissen wegen der Frage der Zahlungsmodalitäten erst mal vertagt, doch nun soll die Sache in Ordnung kommen."

Warum Erich Zakowski, einer der erfolgreichsten und intelligentesten Rennwagenbauer (Gruppe 5-Capri), mit seinem Formel-1-Projekt so hinter dem Berg hält, hat freilich einen triftigen Grund. Zakowski ist seit vielen Jahren Ford-Partner, und das bringt ihn jetzt in erhebliche Schwierigkeiten. Der Ford-Firmenleitung in Detroit ist nämlich ganz und gar nicht an einem deutschen Grand-Prix-Renner aus der Eifel gelegen. Denn Walter Hayes, Fords oberster Motorsportgeneral, hat bereits einen 100 000-Pfund-Vertrag mit dem englischen Motorenbauer Keith Duckworth abgeschlossen. Duckworth, der einst den jahrelang in der Formel 1 dominierenden Cosworth-Saugmotor entwickelte, soll nun für Ford ein ähnliches Turbo-Aggregat bauen, wie es Porsche für McLaren und Honda für Williams tat.

Um Zeit, Geld und Personal zu sparen, will Ford jedoch keinen eigenen Formel-1-Rennwagen bauen, sondern sich mit dem von Duckworth entwikkelten Motor in ein bereits turboerfahrenes und vor allem erfolgreiches Team einkaufen. Hayes denkt dabei an eine Summe von zehn bis zwanzig Millionen Dollar, an einen Vertrag über fünf Jahre und an Teams wie Brabham und McLaren. Brabham (Spitzenfahrer: Weltmeister Nelson Piquet) ist derzeit mit BMW, McLaren (Spitzenfahrer: Alain Prost und Niki Lauda) mit Porsche liiert.

Im Falle Brabham und BMW läuft der Vertrag noch bis Ende 1985, bei Ford denkt man an ein Engagement ab 1986. Dennoch würde die Angelegenheit wohl nicht ohne Blessuren abgehen. Denn die Situation sieht vorerst so aus: „Auch wenn wir über unser bisheriges Engagement nachdenken, so heißt das noch nicht, daß wir im übernächsten Jahr die Formel 1 verlassen" (ein BMW-Sprecher zur WELT). Dessen ungeachtet: Kontakte zwischen Ford und Brabham-Boß Bernie Ecclestone haben längst stattgefunden. Ein BMW-Sprecher: „Zweifelsfrei hat es da ein Angebot gegeben."

Ford will nicht von unten, sondern ganz groß in die Formel 1 einsteigen. Erich Zakowskis ehrgeiziges aber vom Management her wenig abgesichertes Projekt paßt nicht in die Detroiter Unternehmensphilosophie. Nach den Vorstellungen der Ford-Manager sollte Zakowski sein Projekt deshalb sterben lassen und statt dessen einen weltweit einsetzbaren Sportwagen bauen.

LEICHTATHLETIK

Grand Prix beschlossen

sid, Düsseldorf

Ab 1985 wird es in der Leichtathletik in neun Disziplinen bei den Männern und sieben bei den Frauen Grand-Prix-Sieger geben. Bei 15 oder 16 Sportfesten, darunter auch in Berlin und Köln, kämpfen die in den Ranglisten 50 besten Athleten der Welt wie in der Formel 1 um Punkte und Gesamtsieg. Für einen Erfolg bei einem Sportfest gibt es 10 000, für den Gesamtsieg 25 000 Dollar. Dieses vom Weltverband ausgearbeitete Modell wurde jetzt in Rom vorgestellt.

1985 stehen bei den Männern die Läufe über 200 m, 400 m, 1500 m (oder eine Meile), 5000 m, 110 m Hürden, Stabhoch- und Weitsprung, Diskus- und Speerwerfen auf dem Programm; bei den Frauen 100 m, 800 m, 3000 m, 400 m Hürden, Hoch- und Weitsprung sowie Kugelstoßen. Geplant sind auch Grand-Prix-Veranstaltungen in Moskau, Ost-Berlin und Prag. Auch die Plazierten des Finales (14. September in Rom) erhalten Geld (7000 Dollar für den Zweiten bis 1000 Dollar für den Sechsten).

SPORT-NACHRICHTEN

Berliner Einspruch

Berlin (sid) – Der SC Charlottenburg Berlin hat gegen die Wertung des Fußball-Pokalspiels gegen den Karlsruher SC (1:3 nach Verlängerung) Einspruch eingelegt. Begründung: Karlsruhes Trainer Werner Olk sei vom Schiedsrichter in der ersten Halbzeit auf die Tribüne verwiesen worden, habe in der Verlängerung aber Anweisungen vom Spielfeldrand gegeben.

Leeres Stadion

Berlin (dpa) – Nur 8901 Zuschauer kamen ins Berliner Olympiastadion, um die Fußball-Weltmeister von 1974 und eine Traditionsmannschaft von Hertha BSC zugunsten der Franz-Beckenbauer-Stiftung 3:3 spielen zu sehen. Breitner (2), Helmut Kremers, Erich Beer (2) und Lorenz Horr schossen die Tore.

Polinnen flohen

Bad Urach (dpa) – Zwei polnische Handballspielerinnen haben sich während des Turniers des TSV Urach von ihren Mannschaften abgesetzt und halten sich wahrscheinlich in der Bundesrepublik auf: Marcena Raczk von AZS Breslau und Ewa Orkiszewska von Pogon Stettin.

Fußball-Streik

Madrid (dpa) – Spaniens Fußballprofis der beiden ersten Ligen haben beschlossen, am Wochenende zu streiken. Es geht hauptsächlich um die Zahlung ausstehender Gehälter.

Ärzte im Zwielicht

Los Angeles (sid) – Der amerikanische Halbfliegengewichtler Paul Gonzales hat seine olympische Goldmedaille in Los Angeles mit einer gebrochenen Hand gewonnen. Die Verletzung erlitt er bereits im ersten Kampf gegen den Südkoreaner Sun, die Ärzte hatten sie nicht bemerkt. Sein Finalgegner, der Italiener Todisco, durfte nicht mehr antreten – wegen einer gebrochenen Hand.

Lesotho ausgeschlossen

Zürich (sid) – Der Internationale Fußball-Verband hat die Mannschaft von Lesotho von den Qualifikationsspielen zur Weltmeisterschaft 1986 ausgeschlossen. Lesotho hatte sich geweigert, zu einem Spiel auf Madagaskar anzutreten.

ZAHLEN

TENNIS

Offene Meisterschaften der USA in Flushing Meadow: Herren, 4. Runde: Lendl (CSSR) – Jarryd (Schweden) 6:2, 6:2, 6:4, Cash (Australien) – Holmes (USA) 7:6, 6:3, 6:1, Gomez (Ecuador) – Gerulaitis (USA) 6:4, 7:6, 6:1. – **Damen,** 4. Runde: Navratilova (USA) – Potter (USA) 6:4, 6:4, Sukova (CSSR) – Bonder (USA) 4:6, 7:5, 6:4, Bassett (Kanada) – Delhees (Schweiz) 6:1, 6:1, Turnbull (Australien) – Kohde (Deutschland) 6:3, 6:1, Evert-Lloyd (USA) – Gadusek (USA) 6:4, 6:0, Mandlikova (CSSR) – McNeil (USA) 3:6, 6:4, 6:2, Shriver – Mascarin (beide USA) kampflos für Shriver.

EISHOCKEY

Canada-Cup in Montreal, 2. Spieltag: USA – Kanada 4:4 (2:1, 2:1, 0:2).

Die Tabelle

1. USA	2	1	1	0	11:5	3:1
2. Kanada	2	1	1	0	11:8	3:1
3. Sowjetunion	1	1	0	0	3:0	2:0
4. CSSR	1	0	0	1	0:3	0:2
5. Deutschland	1	0	0	1	2:7	0:2
6. Schweden	1	0	0	1	1:7	0:2

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 3 000 000,00 Mark, 2: 425 338,50, 3: 10 769,40, 4: 162,50, 5: 11,00. – **Toto,** Elferwette: 1: 36 081,70, 2: 753,10, 3: 25,60. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, 2: 79 367,50, 3: 11 905,10, 4: 101,40, 5: 9,50. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 684,70, 2: 107,90. – Rennen B: 1: 101,40, 2: 36,70. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 423 162,40 Mark. (ohne Gewähr)

FUSSBALL

Versöhnung mit Kaltz

dpa, Hamburg

24 Stunden nach dem Krach kam die Versöhnung. Nach einer Aussprache mit Trainer Ernst Happel nahm der ehemalige Fußball-Nationalspieler Manfred Kaltz gestern wieder am Training des Hamburger SV teil. Kaltz ironisch: „Ich habe das großzügige Angebot, mich für 14 Tage beurlauben zu lassen, nicht angenommen." Happel hatte dem in Scheidung lebenden Außenverteidiger am Montag gesagt, er solle erst einmal seine privaten Probleme lösen. Kaltz sagte gestern, es sei ein „kleines Mißverständnis" gewesen, daß er sich beurlaubt fühlte.

Bereits heute (20.00 Uhr) treffen in der Bundesliga Meister VfB Stuttgart und Pokalsieger Bayern München aufeinander. Dieses Spiel der sechsten Runde wurde vorverlegt. Bei den Münchnern fehlen die verletzten Hoeneß, Mathy, Grobe, Pfaff, Nachtweih, Eder, Dürnberger und der im Pokalspiel in Lüttringhausen des Feldes verwiesene Martin. Gestern waren erst 50 000 Eintrittskarten verkauft.

STELLENANGEBOTE

Bankkaufmann
für das Kreditgeschäft

Freiburg, „die heimliche Schwarzwaldhauptstadt", liegt verkehrsgünstig im Dreiländereck Schweiz, Deutschland und Frankreich. Die Stadt und die Umgebung bieten einen hohen Freizeitwert. Die Infrastruktur ist vielschichtig entwickelt.

In diesem Umfeld liegt der Arbeitsbereich unseres neuen Mitarbeiters für die Kreditabteilung. Ihre persönlichen Voraussetzungen: Während Ihrer Berufslaufbahn hatten Sie – nach der Ausbildung zum Bankkaufmann – bereits Gelegenheit, die Kreditbearbeitung kennenzulernen. Ihre rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Kenntnisse entsprechen dem neuesten Stand.

Sie können bereits nach kurzer Einarbeitungszeit die selbständige und verantwortliche Bearbeitung eines abgegrenzten Teils des Kreditgeschäfts übernehmen.

Unser Angebot ist aufgaben- und leistungsorientiert und schließt individeulle Aspekte (wie Umzug etc.) mit ein.

Möchten Sie bei uns arbeiten? Gerne informieren wir Sie näher – über uns und Freiburg. Ihre Bewerbungsunterlagen erbitten wir an den Direktor der Filiale, Herrn Hagel.

SWB SÜDWESTBANK
Friedrichstraße 41, 7800 Freiburg, Telefon 07 61 / 27 40 81

Wir sind ein mittelständisches Handels- und Transportunternehmen, welches, durch den plötzlichen Tod des bisherigen Geschäftsführers, einen versierten

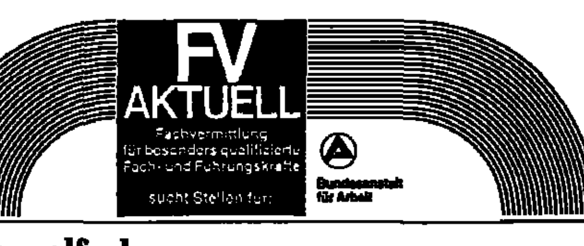
Speditions- und Baustoffkaufmann

sucht, der für Akquisition, Verkaufsabwicklung und Kalkulation zuständig sein wird.

Der Bewerber muß in der Lage sein, alle Markt-, Verkaufs- und Frachtfragen selbständig zu bearbeiten und zu entscheiden.

Er wird der Geschäftsleitung unterstellt. Bei Bewährung wird Prokura erteilt.

Bewerber bis zum Alter von 45 Jahren wenden sich mit den üblichen Unterlagen, einschl. handgeschriebener Lebenslauf sowie Lichtbild an die Geschäftsleitung der Fa. Karl Weidemann, Auf dem Tigge 38, 4720 Beckum, Tel. 0 25 21 / 70 28.



Personalfachmann

48, seit 1976 Personalleiter eines mittelständischen Betriebes, nach kfm. Ausbildungsabschluß Lohnbuchhalter, Sachgebietsleiter Lohn/Gehalt; mit allen Fragen des Personalwesens einschl. EDV-Abrechnung vertraut, Prfg. nach AEVO, sucht verantwortl. Tätigkeit im Personal- u./oder Lohn- u. Gehaltsbuchhaltg./allgem. kfm. Verwaltung.

Auskünfte erteilt Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen, ☎ 0421/3077-593 oder -595

1811

Wiss. Dokumentarin

Abschluß des Lehrinstituts für Dokumentation Ffm., Studium der Meeresbiologie und der Fischereikunde, langjährige Berufserfahrung, sucht neue Stelle im Informations- und Dokumentationsbereich.

Auskünfte erteilt Herr Steinmeyer
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2557, FS 2163213

1812

Dipl.-Ing. (FH) Physikalische Technik

31, Erfahrung in der Projektierung einer Energieversorgungsanlage mit regenerativen Energien, spez. Solartechnik, Bau von Kollektoren, Bio-Gas-Anlage; sucht Tätigkeit in der Konstruktion oder Fertigung im Bereich Solartechnik, Heizung-, Klima-Technik.

Auskünfte erteilt Frau Rave
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16, 2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2392, FS 2163213

1813

STELLENGESUCHE

Kienbaum Veränderungsberatung informiert:

Holz-/Baustoffkaufmann

Versierter Holzkfm., Ende 30, mit langjähriger Erfahrung und nachweisbaren Erfolgen in der eigenverantwortlichen/selbständigen Führung einer Betriebsstätte, sucht neue Aufgabe mit großem Gestaltungsspielraum und möglichst hoher Eigenverantwortung, bevorzugt in Norddeutschland.

Zuschriften erbeten Ferdinandstraße 28–30, 2000 Hamburg 1.

Kienbaum Chefberatung

Abteilungsleiter (HBV)
Lager, Organisation, Arbeitsvorbereitung

sucht wegen Betriebsstillegung neuen Wirkungskreis, Vorzug im Raum Hamburg.
Handwerkslehre (Tischler), kfm. und REFA-Ausbildung, Abendstudium Betriebsorganisation und Fertigungstechnik, EDV-Kenntnisse, Erfahrung in Kundenbetreuung/-akquisition und Personalführung.

Angebote erbeten unter PO 48 358 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

ERFOLGSORIENTIERTER

Sparten-Direktor (Ing.), Maschinenbau, 39j. Niederländer, nicht branchengebunden, wohnhaft in der BRD, b. v. k. tätig für Tochterunternehmen eines deutschen Konzerns, mit 50 Mio. Umsatzverantwortung (Export 50 %) in der Meß- und Regeltechnik, Anlagen- und Armaturenbau. Seit Jahren international sehr erfolgreich tätig mit Aufbau bzw. Gründung neuer Aktivitäten, umfassende Kenntnisse und langjährige prakt. Erfahrungen in allen Unternehmensbereichen. Stark in Konzeption und Strategie, Schwerpunkte: Marketing, Verkauf, Werbung, Neueinführungen, Produktneuentwicklung (Design, Wertanalyse); Export weltweit (Schwerpunkt Westeuropa, Aufbau Tochterunternehmen in der BRD und den Niederlanden). Australien/USA-Erfahrung, Deutsch, Engl. und Niederl. verhandlungssicher.

Erstrebe jetzt als „1. Mann" die

VERTRIEBS-, GESAMTVERANTWORTUNG

für Unternehmen mit Wachstumspotential, entsprechender Finanzkraft und attraktivem Produktprogramm.

Suche herausfordernde, anspruchsvolle Führungsposition, die volles Engagement verlangt – als Dauerstellung; Ist-Einkommen 6stellig.

Angebote erb. u. V 9162 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welches mittelst. Bauunternehmen sucht gerade in dieser schwierigen Zeit den

techn. Leiter/Oberbauleiter

der mit imstande ist, es zu erhalten und weiter erfolgreich zu führen. 46 J., führungsstark, dynamisch, stark belastbar, große Erfahrung im konventionellen und schlüsselfertigen Bauen, versiert in finanztechnischen Fragen.
Wenn in einem Unternehmen die volle Kraft eines unternehmerisch denkenden u. handelnden Mannes, der einen 12- bis 14-Std.-Arbeitstag gewohnt ist, gesucht wird u. Platz zur Entfaltung seiner Möglichkeiten geboten werden kann, erbitte ich Ihre Aufforderung zu einem Gespräch (keine Agentur).
Zuschr. unter P 9113 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Physiker

Dr. rer nat., 38 J., Promotion in Quantenchemie, z. Zt. beschäftigt an Universitätsinstitut für Chemie. Kenntnisse in chemischer Thermodynamik, Reaktionskinetik, Elektrochemie, große Erfahrung in der Entwicklung umfangreicher Rechenprogramme (FORTRAN 77), interessiert an der Lösung mathematisch-numerischer Probleme sowie Software-Entwicklung im Grenzbereich zwischen Physik und Chemie, sucht entsprechende Tätigkeit in Industrie, Softwarehaus oder Forschungsinstitut.
Zuschr. erb. u. A 9321 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Automobilkaufmann

60 Jahre, Abitur, 20 Jahre lang alleiniger Geschäftsführer in einem Händlerbetrieb mit führendem deutschen Fabrikat, Pkw und Transporter.

Aufgabengebiet: Geschäftsführung mit Rentabilitätsüberwachung im Verkauf, Kundendienst und Ersatzteile, Verkaufsleitung einschl. Überwachung. Pflege und Verkauf der Gebrauchtwagen mit steuerlich einwandfreier Agenturabrechnung, Neuwagendisposition, Finanzierung, Leasing usw. sucht verantwortungsvolle Tätigkeit in Geschäftsleitung oder Verkauf ab 1. 10. 1984, möglichst Raum NRW.

Zuschriften erbeten unter N 9332 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungsaufgabe im Controlling

erfordern den Praktiker mit solider Ausbildung und fundierter Erfahrung.
- Ich biete langj. Erfahrung bei der pragmatischen Konzeption und Realisierung von EDV-gestützten Planungs- u. Controllsystemen, gekoppelt mit dem nötigen Know-how, diese praxisgerecht mit den üblichen betrieblichen Bereichen zu verzahnen.
- Bin 44 J. alt, Dipl.-Kaufmann, seit '78 EDV-Leiter in mittlerem Industriebetrieb. Frei ab 1. 1. 85, Raum Hamburg bevorzugt.

Angebote erbeten unter PH 48 315 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Kaufm. Führungskraft

Mitte 30, 10 Jahre erfolgreiche Praxis in leitender Stellung, ungek., Schwerpunkte: Verkauf mit Umsatzverantwortung, Organisation, Vermietung von Investitionsgütern, kfm. Abwicklung, Personalführung, sucht neue Herausforderung zum Jahresanfang 1985 im norddeutschen Raum.
Evtl. Zuschr. erbeten unt. H 9306 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist

29 J., beide Examina befriedigend, Schwerpunkt: Zivil-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht, Auslandserfahrung, gute Englisch-, Spanisch-Kenntnisse, sucht Anfangsstellung bei Verband, Wirtschaftsunternehmen oder Rechtsanwalt. Großraum Hamburg bevorzugt.
Ang. erb. u. B 9322 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sie suchen einen Mann für Ihre PR-Arbeit!

Ich, ev. Theologe, jahrelange Erfahrung im In- und Ausland im Umgang mit internat. Presse und Medien, fließend Engl., Franz. und Niederl. in Wort und Schrift, hätte Lust zu einer Aufgabe, die einen ganz fordert.
Schreiben Sie mir unter M 9309 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist

Ende 40, sucht Sozietät, möglichst Schwerpunkt Wirtschaftsrecht.
Angebote erb. unt. X 9318 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ing. grad. Hochbau

Deutscher, 38 J., langj. Erfahrung in Turn-Key-Projekten im Wohn- u. Geschäftsbereich. 5 J. Iran u. Golfstaaten als Bauleiter Ausbau. Flüssiges, verhandlungss. Englisch in Wort u. Schrift, sucht neue, verantwortungsv. Tätigkeit. Ausland bevorzugt.
Zuschr. erb. u. W 9317 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

FOTO-DROGIST, 49 J., ungek., mit EDV-Kenntnissen, Erfahrung in der Verkaufsförderung u. Menschenführung, langj. Berufspraxis als Einkäufer u. Abt.-Leiter i. Foto-Optik-Bereich, sucht neuen Wirkungskreis. Ang. erb. u. N 9310 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkfm., 40 J., Engl., Franz., Span., Tätigkeitsschwerpunkt Bandstahlexport m. sehr guten Kenntn. d. nationalen u. internat. Marktes, sucht neue Aufgabe.
Zuschr. u. H 9218 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektriker, 36 J., verh., sucht im nordd. Raum im Bereich

Alarmanlagen

neuen Wirkungskreis, 5jährige Erfahrung im Bereich Einbruch- und Überfallmeldeanlagen. HPI-Pässe 1, 2, 3 und 4c vorhanden.
Zuschr. u. A 9211 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. geprüfte Hauswirtschaftsleiterin

23 J., sucht zum 15. 10. 84 neues Aufgabengebiet im Raum Berlin od. Norddeutschl. 1½jähr. Berufserfahrung u. Küchenleitung im Altenheim, anschl. ½ Jahr Wirtschaftsleitung im Jugenderholungswerk vorhanden. Zuschr. u. A 9123 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schachtmeister

36 J., mit Auslandserfahrung (Afrika u. Nahost), sucht Stellung, auch für Inland.
Telefon 02 06 / 60 34 61

Dipl.-Kaufmann

30 J., Examen 82 (Industr./EDV-Org.), unternehmerisch denkend, dynamisch, flexibel, ortsungebunden, prakt. EDV-Kenntn., derzeit i. Wirtsch.-Prüfungsges. i. Hamburg, sucht entwicklungsf. Position i. Bereich Assistenz Geschäftsleitung/Vorstand (auch Ausland).
Angeb. u. U 9315 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Flex., belastbare

Sekretärin

27 J., Engl., Steno, gewohnt selbst. u. m. Verantwortung, zu arbeiten, sucht die Langzeitbeschäftigung.
Ang. unter N 9222 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

37 Jahre

alte ehemalige Arzthelferin und Altenpflegerin sucht Wirkungskreis bei älteren Personen oder Ehepaaren, die sich im Ausland zur Ruhe gesetzt haben.
Liebevolle Betreuung wird zugesichert.
Zuschriften unter B 9300 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sie suchen eine

Hausdame, Fahrerin, Köchin, Sekretärin

Hier ist sie; 36 J., led., gepfl. Ersch.
Ang. erb. u. C 9323 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Anzeigenvertreter

15jährige Außendiensterfahrung, sucht neuen Wirkungskreis, Raum Niedersachsen od. NRW bevorzugt.
Zuschr. unt. X 9230 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dolm./Übersetzerin

Engl., Franz., mit gt. Kenntn. in Ital., Span., Port., Schreibm., 18 J. Berufserf., sucht neue lebendige Tätigkeit.
Angeb. unt. G 9305 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Masch.- und Wirtsch.-Ing. grad., 48, Engl., Franz., langjährige Auslandserfahrung, Baugeräte-Verkauf und Instandhaltung, Leitung von Großbaustellen, Export-Import, wünscht Position in relevanter Industrie, Niederlassung oder Bauunternehmen.
Ang. u. W 9163 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Speditionskaufmann

flexibel, belastbar, sucht neuen Wirkungskreis. Englischkenntnisse vorhanden. Angeb. erb. unter C 9301 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Architektenberater

engagierter Verkäufer, mit jahrzehntelanger Erfahrung im Vertrieb von Bauelementen, Spezialbaustoffen u. Bauleistungen, 53, sucht gleiche Tätigkeit.
Angeb. u. V 9316 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Assessorin

29 J., verh., 1 K., 2. Ex. NRW ausreichend (ohne Vornotenanrechnung), gute bis befriedigende Stationszeugnisse, sucht Anfangsstellung (auch Teilzeit) bei Unternehmen, Bank, Verband, Versicherung, Behörde, im Großraum Ruhrgebiet, Düsseldorf, angr. Niederrhein.
Zuschriften erb. u. T 9314 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Konsumgütermarketing für Exportmärkte

Export-Leiter

Markenartikler, 49 Jahre., Konsumgüter Food und Non-food, langj. Auslandserfahrung in Lateinamerika, EG, Efta, USA – Aufb. v. Auslandsvertretungen und Steuerung von Vertriebspartnern in Exportländern – Leitung von Vertriebsorganisationen – Entwicklung und Durchsetzung von Marketingstrategien – sucht verantwortungsvolle Aufgabe.
Zuschr. erbeten u. PF 48 370 an WELT-Verl., Postf., 2 Hamburg 36.

Schiffsingenieur (CT)

33 Jahre, gelernter Feinmechaniker, in ungekündigter Stellung als aktiver II. Ingenieur bei einer namhaften deutschen Reederei tätig.
Erfahrungen mit: MAN Groß-Diesel-Anlagen, MAK-Dieselmotoren, Linde-Kühlanlagen, Verdampferanlagen, Brennstoff-Separation.
Vertraut mit Organisation und Personalführung.
Sprachkenntnisse: Englisch, Tschechisch, Grundkenntnisse Russisch, sucht wegen zu geringer Aufstiegschancen eine neue, verantwortungsvolle Tätigkeit in der BRD oder im Ausland.
Ang. erb. u. PG 48236 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Stahlhändler

Mitte 30, betriebswirtschaftl. Studium, in leitender, ungekündigter Stellung (ppa) mit umfangreicher Führungserfahrung in den Bereichen Absatz, Kosten und Ergebnis sowie Personal sucht anspruchsvolle neue berufliche Führungsaufgaben (ortsungebunden).
Zuschr. erb. unter L 9308 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Personalfachmann

38 J., vh., gelernter Steuerinsp., 11 J. Ind.-Erf., ungek., PL-Vertr. HV, umf. Kenntn. auf allen Feldern d. P-Arbeit, su. verantw. Tätigk. als PL, 2. Mann, P-Ref., bevorz. Raum: BRD exkl. Berlin.
Ang. erb. u. E 9325 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Bauingenieur, Tiefbau

46 Jahre; Examen mit Auszeichnung: über 10 Jahre Techn. Leiter, Niederlassungsleiter, Abt.-Leiter.
Erfahrung im Stahlbau, Asphaltstraßenbau, allg. Straßenbau, allg. Erdbau, Kabelbau, Kanalbau (Sielbau), Druckrohrleitungsbau.

Sonderausbildung
- Baubetriebswirtschaft
- Betontechnologie
- EDV-Rechentechnik
- Schweißfachingenieur
- REFA-Schein 1
- (REFA-Fachschein Bau
- DVGW-Zul. GW 1 + pe

Suche entsprechenden Wirkungskreis, gern auch in Stabsstelle, Kalkulation, Arbeitsvorbereitung, Betriebsberatung, Lehrinstitut, beratender Ingenieur, Verkaufsingenieur.
Zuschriften erbeten unt. D 9302 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Nachwuchsbauingenieur

Dipl.-Ing., 27 J., Österreicher, geogr. flexibel, sucht herausfordernde Aufgabe im techn. Bereich und/oder Management.
Praxis erworben (zwecks Studiumsfinanzierung) in:
- Stahlanlagenbau (KKW und konvent. Kraftwerksbau)
- Konstr., Techn. Abwicklung, Baustelle
- Stahlbetonbau (Hochbau)
- Statik und Konstruktion

Fremdsprachen: Englisch und Spanisch.
Ang. erb. u. K 9307 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Justizbeamter

43 Jahre alt, in ungekündigter Stellung, tätig in der Vollstreckung, wünscht sich zu verändern. Mit Arbeiten im Bereich des Mahnbescheidsverfahrens, des Vollstreckungsverfahrens, Kostenrecht, Abwicklung von Insolvenzverfahren, mit Schätzungen von Hausratsgegenständen u. a. vertraut.
Wunsch: Rechts- oder Mahnabteilung, Versicherung, Bank o. ä.
Ang. erb. unt. A 9303 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bauing., Dipl.-Ing. (TU)

35 J., mit Organisationsvermögen und unternehmerischen Fähigkeiten sucht neuen Wirkungskreis in HH.
Angeb. erbeten unt. F 9304 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rüst., unabhängiger Rentner, 56 J., su. Beschäftigung als Hauswart oder Bootsmann (In- u. Ausld.).
Ang. unter U 9161 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jurist

34 J., ledig, RA, Zul. HH, mit Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick, Berufserfahrung in Zivil-, Arbeits- u. Wirtschaftsrecht, Engl., Portug., Franz., Span., jur. Auslandserfahrung, sucht anspruchsvolle Tätigkeit in einem Industrie- oder Handelsunternehmen oder Wirtschaftsverband in Norddeutschland.
Zuschr. u. X 9362 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

U.S.-Tennis-Professional

ausgebildet von Vic Braden u. Dennis van der Meer, zur Zeit in ungek. Position als Cheftrainer eines Vic-Braden-Tennis-College in Deutschland, sucht zum Aufbau von Professional Tennisprogrammen in Clubs, Freizeit-Centern oder Vereinen neuen Wirkungskreis.
Angeb. u. S 9313 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.
Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet.
1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 335,16 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 195,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 111,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

101-801

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige

_____ mm hoch; ____ spaltig zum Preis von DM ______
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ________

Straße/Nr.: ________

PLZ/Ort: ________

Vorwahl/Telefon: ________

Unterschrift: ________

Der Anzeigentext:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Absage auf massiven Druck der Sowjets

● Fortsetzung von Seite 1

nes Besuches erweist." Später, gegenüber den Medien, nannte Moldt den Namen Dreggers.

Die von der „DDR" vorgebrachten *Gründe für die Absage* werden, wie Jenninger sagte, von Bonn als „nicht stichhaltig" betrachtet. Bundeskanzler Helmut Kohl erwiderte Ost-Berlin: „Wir sind ein freies Land, *in dem jeder seine Meinung äussern* kann und auch mit Kritik rechnen muß." Zugleich zeigte sich Kohl optimistisch über den weiteren Fortgang der innerdeutschen Beziehungen. Es sei gegenwärtig noch fraglich, ob der Honecker-Besuch nachgeholt werde. Moldt hatte gegenüber Jenninger gemeint: „*Aufgeschoben ist nicht* aufgehoben."

Nachgeschobener Wunsch

Der nunmehr geplatzte Besuchstermin 26. bis 30. September war von Moldt am 8. Mai gegenüber Jenninger vorgeschlagen und mit einer davorliegenden Reise Honeckers nach Äthiopien und den im Oktober vorgesehenen Feiern zur „DDR"-Gründung erklärt worden. Als zweites Kriterium *hatte Moldt damals verlangt, der* Besuch müsse „in Bonn" stattfinden, und außerdem sollte es ein „gemeinsames Kommuniqué" geben. Nach internen Beratungen in der Bundesregierung hatte Jenninger dem „DDR"-Vertreter mitgeteilt, der Besuch müsse aus statusrechtlichen *Gründen als „Arbeitsbesuch" eingestuft* werden; auf dieser Basis sei die Einladung vom früheren Bundeskanzler Schmidt ausgesprochen worden. Die Gespräche mit dem Bundeskanzler könnten nicht in Bonn stattfinden, weil ein Gegenbesuch des Kanzlers in der „DDR" berücksichtigt werden müsse. Zu einem gemeinsamen Kommuniqué sei Bonn bereit.

Später sei von der „DDR" der Wunsch „nachgeschoben" worden, es solle auch ein Treffen mit dem Bundespräsidenten geben. Nach Rücksprache mit dem inzwischen gewählten Bundespräsidenten von Weizsäkker war Ost-Berlin mitgeteilt worden, es werde einen Empfang Honeckers am „Amtssitz" des Bundespräsidenten geben. Nach der Vollendung der *Umbauarbeiten wäre dies im nächsten* Jahr wieder die Villa Hammerschmidt in Bonn.

Die Kreml-Attacken

Für einen eventuellen Besuch des Bundespräsidenten in der „DDR" könnte dies bedeuten, daß er dann vom Staatsratsvorsitzenden nach Ost-Berlin eingeladen würde. Auf die Frage nach einem neuen Besuchstermin hieß es in Regierungskreisen, es wäre „*sicherlich nicht opportun*", eine solche Visite kurz vor den Landtagswahlen zum Beispiel im kommenden Jahr im Saarland – das schon diesmal auf dem Besuchsprogramm Honeckers gestanden hat – stattfinden zu lassen. Die wahren Gründe für die jetzige Absage des SED-Generalksekretärs seien in dem Verhalten der Sowjetunion zu sehen, hieß es in Regierungskreisen. Die täglichen Attacken Moskaus gegen Bonn hätten das Ziel gehabt, den Druck auf Honecker zu verstärken und seinen Besuch unmöglich zu machen. Offenkundig habe der „DDR"-Staatsratsvorsitzende seinen Handlungsspielraum zunächst zu optimistisch eingeschätzt, auch wenn es keinen sicheren Beweis dafür gebe, daß Moskau „den Besuch verboten" habe.

Als Honecker absagte, fegten erste Herbstböen über Leipzigs Straßen

Westmedien wurden Umfragen zu dem Entschluß untersagt

H.-R. KARUTZ, Leipzig

An der Pleiße verlief – wie überall in der „DDR" – spätestens nach dem Ende der Urlaubswelle kein Privatge*spräch mehr ohne das Thema* „Fährt er oder fährt er nicht?" Als die Messestädter am Sonntagabend über die elektronischen Westmedien die Szene am BASF-Stand verfolgten, an dem Erich Honecker so eben nur innehielt, gab es teilweise recht unmutige Reaktionen: „So macht man das doch nicht. Da kehrt der Vorsitzende den Journalisten einfach den Rükken...", kritisierte ein Taxifahrer. „Schade, wir hatten uns von dem Besuch einiges erwartet. Wer weiß, wann sich dazu nun eine bessere Ge*legenheit ergibt*", *fügte er hinzu.*

Auch der SED war nicht verborgen geblieben, daß die Besuchsfrage das Thema Nummer eins in der Bevölkerung bildete. Deshalb verwunderte auch die klare Anweisung der zuständigen Abteilung des Außenministeriums hier im Leipziger Pressezentrum nicht, westlichen Medien keinerlei Umfragen zum Thema „Besuch" zu genehmigen. Auch das Mes*seamt wies die Journalisten darauf* hin, die Akkreditierung gelte ausschließlich für die Berichterstattung über das Messegeschehen. „Für andere journalistische Vorhaben" müsse ein zusätzlicher Antrag gestellt werden.

Aus der negativen Genehmigungspraxis für westliche Reisekorrespondenten, die – wie die WELT – in den vergangenen Wochen mehrere *Vorhaben in der „DDR" angemeldet* hatten, ließ sich ablesen, daß eine Stimmung des „Goodwill" vor einer *Honecker-Reise nicht unbedingt als* Order ausgegeben worden sein konnte. Schon 24 Stunden vor der Absage mehrten sich auch auf westlicher Seite hier in Leipzig die Sturmzeichen: Die beiden SPD-Politiker Wolfgang Roth und Gerhard Schröder – mit dem Honecker-Nachfolger in spe, Egon Krenz, auf freundschaftlichem Duz-Fuß – brachten von ihrem dreistündigen Gespräch keine optimistische Kunde mit – jedenfalls nicht zu diesem Thema. Leicht resignierend meinte Roth: „Wenn man *bei der Besuchsfrage bohrt, kommt* erst ein Brett, aber gleich danach eine Mauer."

Westliche Experten in Leipzig meinten, zwar gebe es im SED-Politbüro über den Gesamt-Kurs Honeckers, mit der Bundesrepublik auf verschiedenen Feldern Verständigung zu erzielen, keine Auseinandersetzung. „Aber es ist klar, daß die einen *im Politbüro mehr und die anderen* weniger das als entscheidend bewerten, was Moskau über diese Reise denkt." *Insofern könne man in einem* gewissen Sinne wohl doch von „Parteien" in der SED-Spitze reden.

Honecker empfing unmittelbar nach seinem Leipzig-Abstecher den „DDR"-Friedensrat und lobte in seiner Ansprache nochmals nachdrücklich die UdSSR: „Immer wird *uns das Vermächtnis der über 20 Mil*lionen Sowjetbürger, die in diesem Kampf (dem Weltkrieg, d. Red.) ihr Leben hingaben, heilig sein. Es wird in der DDR tagtäglich erfüllt. Freundschaft und brüderliche Zusammenarbeit mit den Völkern der Sowjetunion sind für unser Volk Herzenssache."

Für den „DDR"-Bürger, der sich nicht durch West-Sender auf dem laufenden hielt, wäre aus der eigenen Presse über einen bevorstehenden West-Besuch Honeckers nichts zu lesen gewesen. Weil Moskauer Kom*mentare darauf womöglich einen* Hinweis gegeben hätten, fanden auch sie seit Wochen in der „DDR"-Presse keine Gnade des Nachdrucks mehr.

Die Leipziger Schüler begannen das neue Schuljahr am Montag mit dem üblichen Fahnenappell. In den Kampfansprachen der Schulleiter fehlte es nicht an Lob für Erich Honecker. Schon zuvor hatten die Pateneinheiten der Grenztruppen – jeder Schule ist ein Truppenteil zugeteilt – Post von den Schülern. Jedes Kind mußte ein Bild malen – vorzugsweise mit Panzern oder Geschützen. Denn die „Volksarmee" steht an der innerdeutschen Grenze auf „Friedenswacht" gegenüber dem „sprungbereiten Aggressor".

In jenes Land zu fahren wäre jetzt denen, die „DDR"-Propaganda für bare Münze nehmen, nur mühsam vermittelbar gewesen. In Leipzig fegten gestern mittag jedenfalls die ersten Herbstböen über den Platz vor *dem Gewandhaus* und durch die belebten Gassen. Die Blätter beginnen zu fallen. Ein Omen der Natur?

Strauß: Ich habe nicht ohne Grund gewarnt

DW. Bonn

„Es war nicht ohne Grund, daß ich vor Wochen schon mehrmals vor schädlichem und überflüssigem Gerede über den Honecker-Besuch gewarnt habe", kommentierte der *CSU-Vorsitzende Strauß die Absage* des SED-Chefs. Strauß: „Ich habe die ganze Entwicklung mit Aufmerksamkeit und nicht ohne Sorge verfolgt." Sein Generalsekretär Gerold Tandler ergänzte gestern: „Die CSU war die einzige Partei, die sich bewußt an den öffentlichen Spekulationen *der letzten Wochen ‚Kommt Ho*necker, kommt er nicht?' nicht beteiligt hat. Erfolge im innerdeutschen Verhältnis sind nach allen Erfahrungen nicht durch Erklärungen auf dem offenen Markt zu erreichen."

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel sprach von manigfaltigen Gründen für die Entscheidung der „DDR". Dazu, so Vogel, gehörten die „Störmanöver" des Vorsitzenden der *CDU/CSU-Fraktion, Alfred Dregger*. Das Verhalten des Kanzlers gegenüber diesen Aktionen Dreggers und sein Verhalten bei der Vorbereitung des Besuchs hätten wesentlich dazu beigetragen, daß Honecker jetzt nicht komme. Dregger selber meinte, die Entscheidung komme nicht überraschend. Die gegen die Bundesrepublik gerichtete Revanchismus-Kampagne, verbunden mit persönlichen Angriffen gegen die führenden Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Kanz*lers hätten schon seit einiger Zeit* vermuten lassen, daß der Besuch zum gegenwärtigen Zeitpunkt „nicht in das Konzept Moskaus wie Ost-Berlins" passe.

Der SPD-Vorsitzende Brandt äußerte die Erwartung, daß der Bundestag über die Gründe informiert wird. Brandt: „Unabhängig von dieser Notwendigkeit weiterer Aufhellung liegt es für jedermann auf der Hand, daß der geschwätzige Dilettantismus, der dahinter verborgene Widerstand eines Teils der Unionsparteien gegen eine Fortsetzung der bisherigen Deutschlandpolitik zu der jetzigen Situation wesentlich beigetragen haben."

Brandt meinte, die bereits jetzt zutage tretenden Konsequenzen zeigten, „in wie starkem Maße die Grundlagen unserer Entspannungspolitik in Gefahr sind". Auch vor diesem Hintergrund hoffe er, daß der Besuch Honeckers nur aufgeschoben sei.

Der Wortlaut der Erklärungen Bonns und Ost-Berlins

Jenninger: Bundesregierung kann Gründe nicht akzeptieren

DW. Bonn

Staatsminister Philipp Jenninger vom Kanzleramt erklärte zur Absage des Honecker-Besuchs:

„Die Bundesregierung hat die Entscheidung der DDR zur Kenntnis genommen. Sie bedauert diese Entscheidung, insbesondere auch deswegen, weil die DDR damit zu erkennen gibt, daß sie sich an den für diesen Herbst vorgesehenen Gesprächen der *Bundesregierung mit einer Reihe* führender Politiker des Warschauer Paktes nicht beteiligt.

Die Bundesregierung kann die Begründung der DDR, daß der Besuch verschoben werden soll, weil es in der Bundesrepublik Deutschland eine öffentliche Diskussion über den Be*such gegeben habe, nicht* akzeptieren. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, in dem jeder frei seine Meinung äußern kann.

Die Bundesregierung hat in den letzten Tagen bei verschiedenen Anlässen wiederholt darauf hingewiesen, daß Herr Honecker in der Bun*desrepublik willkommen ist und daß* wir bereit sind, über alle Themen zu sprechen, und bei dem Besuch nichts auszuklammern.

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat die Einladung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Generalsekretär Honecker, zu einem Arbeits*treffen, die von seinem Amtsvorgän*ger im Dezember 1981 am Werbellinsee ausgesprochen wurde, übernommen *und wiederholt bekräftigt*.

Visite wäre reibungslos organisiert worden

Das von seiten der Bundesregierung vorgeschlagene Besuchsprogramm umfaßte im übrigen alle Elemente eines offiziellen Besuches in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich eines Empfangs durch den Herrn Bundespräsidenten.

Im übrigen waren die Vorbereitungen des Besuchs so weit gediehen, daß der von der DDR vorgeschlagene und von uns akzeptierte Besuchstermin durchaus als realistisch angesehen werden konnte und der Besuch *auf dieser Grundlage* reibungslos hätte durchgeführt werden können.

Die Gespräche über ein gemeinsames Kommuniqué haben darüber hinaus gezeigt, daß es keine unüberwindlichen sachlichen Schwierigkeiten gab und eine Reihe wesentlicher gemeinsamer Aussagen möglich gewesen wäre.

Bonn weiterhin an Dialog interessiert

Die Bundesregierung erwartet, daß die Entscheidung der DDR die weitere Fortentwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland nicht belastet und daß der von beiden Seiten gewünschte Dialog und die Zusammenarbeit im Interesse des Friedens in Europa und der Menschen im geteilten Deutschland weitergehen."

*

DW. Berlin

Die amtliche „DDR"-Nachrichtenagentur ADN verbreitete gestern um 13.28 Uhr folgende Meldung:

„Bonn, 4. Sept. 84 ADN – Der Botschafter der DDR in der *BRD, Leiter* der Ständigen Vertretung, Ewald Moldt, gab am Dienstag nach einem Treffen mit Staatsminister Jenninger vom Bundeskanzleramt vor Journalisten die Erklärung ab, daß man davon ausgehen kann, daß der von der Bundesregierung ins Auge gefaßte Termin für einen Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR nun schon nicht mehr real ist.

Botschafter Moldt verwies darauf, daß er im Bundeskanzleramt über das Kommuniqué und andere Fragen gesprochen habe. Vieles ist noch offen, so sagte er.

Es ergebe sich, daß Stil und öffentliche Auseinandersetzung in der BRD im Zusammenhang mit dem ursprünglich ins Auge gefaßten Besuch äußerst unwürdig und abträglich, er denke dabei an Dregger, sowie für den Umgang zwischen souveränen Staaten absolut unüblich seien."

Auch „Politika" spricht von Druck Moskaus

cgs. Wien

Die Belgrader Zeitung „Politika" führt die Absage des Honecker-Besuchs auf die Haltung Moskaus zurück. In einem Bericht des Blattes aus Moskau, der kurz vor der inzwischen definitiv gewordenen Entscheidung verfaßt worden war, hieß es, die Sowjetunion werde es dem SED-Chef verbieten, *die Bundesrepublik* Deutschland zu besuchen.

In der sowjetischen Hauptstadt werde jeder Gedanke an eine Annäherung der beiden deutschen Staaten *nicht nur entschieden abgelehnt, son*dern in „schrillen Tönen" bekämpft. Die Bundesregierung werde von den Sowjets in einem *solchen Maße* „revanchistisch" dargestellt, daß bereits seit einiger Zeit die Frage in der Luft liege: „Kann Honecker zu solchen Gesprächspartner überhaupt fahren?"

Dem meist gut informierten Moskauer Korrespondenten des jugoslawischen Blattes war aufgefallen, daß die Sowjets in jüngster Zeit immer wieder Aussprüche Honeckers aus früheren Jahren zitierten, in denen der SED-Chef die „unverbrüchliche Treue" zur UdSSR bekräftigte.

Neue Finanzhilfe für Arbed

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die saarländische Landesregie*rung wird dem notleidenden Unter*nehmen Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, mit neuen Finanzhilfen zur Seite stehen. In den Nachtragshaushalt des Landes wurden gestern für diesen Zweck 77 Millionen Mark eingestellt. Darüber hinaus wurde der Fonds für Grundstücksankäufe um 55 Millionen Mark aufgestockt, von denen gut ein Drittel für Käufe aus dem Arbed-Vermögen bestimmt ist.

*Im Gegensatz zu den früheren Fi*nanzspritzen für Arbed Saarstahl wird sich der Bund diesmal nicht mehr beteiligen. Allerdings soll das Saarland in den nächsten drei Jahren, wie schon in der vergangenen Woche beschlossen, allgemeine Strukturhilfen in Höhe von rund 300 Millionen Mark erhalten.

Mit ihrer neuen Hilfe verbindet die Saar-Regierung die „begründete *Hoffnung*", *daß der Mittelbedarf* des zweitgrößten Arbeitgebers an der Saar mit seinen jetzt noch 14 700 Mitarbeitern im kommenden Jahr noch weitaus geringer ausfallen werde. Immerhin gibt es sichtbare Anzeichen der Besserung, nicht zuletzt ein Erfolg des Personalabbaus.

Daß in Völklingen trotz der allgemeinen Erholung am Stahlmarkt auch in diesem Jahr noch rote Zahlen geschrieben werden, hat vor allem einen Grund: Arbed Saarstahl ist genau in dem Marktsegment tätig, das von dieser Erholung am wenigsten spürt, nämlich im Profilstahlgeschäft. Der seit Jahren wachsende Importdruck hat die Anteile der deutschen Hersteller – unter denen Saarstahl der größte ist – selbst am Inlandsmarkt inzwischen in die Nähe der 50-Prozent-Marke (1974: 78 Prozent) gebracht.

Was das bedeutet, illustrieren die Zahlen des ersten Halbjahres aus dem Gesamtkonzern der Luxemburger Muttergesellschaft Arbed S.A.: Kam die Gruppe insgesamt auf ein Tonnage-Plus von fast 14 Prozent – die Luxemburger erreichten sogar gut 22 Prozent –, so blieb bei den Saarstahl-Hütten nur ein Zuwachs von einem Prozent hängen.

Zwar hofft das Unternehmen immer noch auf eine „spürbare" Verbesserung; doch es scheint, daß seine Erholung vorerst von den eigenen Rationalisierungserfolgen abhängt.

Bonn bleibt dabei: Bleifreies Benzin von 1986 an

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung bleibt bei ihrem Beschluß, ab 1. Januar 1986 das bleifreie Benzin und auf freiwilliger Basis das den „US-Abgaswerten entsprechende umweltfreundliche Auto" einzuführen. An dieser Zielsetzung hat sich nach den Worten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger, auch nach der Begegnung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Repräsentanten der deutschen Automobilindustrie nichts geändert.

In einem WELT-Gespräch sagte Spranger gestern, „an den Beschlüssen der Bundesregierung sind keinerlei Veränderungen vorgenommen worden". Die Automobilindustrie hatte am Wochenende in einem Fernschreiben an mehrere Bundesminister ihren Standpunkt dargelegt und als „Kompromiß" einen Stufenplan für die Einführung der Katalysatoren-Autos vorgeschlagen. Danach sollten ab 1. Oktober 1986 zunächst zwanzig Prozent der deutschen Pkw-*Modelle als „bleifreie Version"* angeboten werden. Ein Jahr später sollten es dann 40 und 1988 schon 70 Prozent sein.

Spranger unterstrich, Bonn werde sich um eine *einvernehmliche Lösung* mit den EG-Staaten bemühen. Er selbst ist gestern zu Gesprächen nach Paris gereist. Bundeswirtschaftsminister Bangemann wird noch in dieser Woche mit der EG-Kommission in Brüssel Gespräche führen. „Wir streben eine EG-einheitliche Lösung zum frühestmöglichen Zeitpunkt an", sagte Spranger. Zugleich verwies er darauf, daß die EG den Mitgliedsstaaten ausdrücklich freigestellt habe, ab 1. Januar 1986 bleifreies Benzin und das Kata*lysator-Auto einzuführen*. „*Wir wol*len unsere Pilotfunktion in Europa fortsetzen", sagte Spranger.

Deutliche Kritik übte der Staatssekretär an der Automobilindustrie, „die seit geraumer Zeit bei dem Vorhaben der Einführung des umweltfreundlichen Autos nicht sehr konstruktiv ist". *Immer wieder seien von* dieser Seite „Scheinschwierigkeiten aufgebaut worden, was die Kosten *und die technisch-organisatorische* Machbarkeit betrifft". Deshalb würden alle weiteren Bedenken der Automobilhersteller im Bundesinnenministerium „zwischenzeitlich auf kritische Vorbehalte" stoßen, sagte Spranger. „Die Termine, die von der Bundesregierung vorgesehen sind, können nach unserer festen Überzeugung eingehalten werden."

Auf die Frage, wann die Entscheidung über zusätzliche Kaufanreize für das Katalysatoren-Auto falle, antwortete Spranger: „Die Bundesregierung ist sich einig, daß sich umweltfreundliches Verhalten auch wirtschaftlich lohnen muß, jedenfalls finanziell nicht bestraft werden soll." Bundeskanzler Helmut Kohl habe *das auch in seiner Regierungserklä*rung zum Ausdruck gebracht. Das Bundesinnenministerium bleibe bei seiner Auffassung, daß über die bereits beschlossenen Maßnahmen im steuerlichen Bereich hinaus „finanzielle Kaufanreize" geschaffen werden sollten. Das Bundeskabinett werde darüber am 18. September „endgültig entscheiden".

Bisher sei noch kein Kompromiß mit *Bundesfinanzminister Gerhard* Stoltenberg in Sicht. „Es gibt nach wie vor unterschiedliche Vorstellungen." Das Bundesinnenministerium „ist der Überzeugung, daß der direkte Kaufanreiz die größtmögliche Effizienz entwickelt. Uns geht es darum, daß so früh wie möglich so viel Autofahrer wie möglich die umweltfreundlichen Personenwagen fahren."

Die Bundesregierung, so betonte Spranger, habe immer eine „europäische Lösung angestrebt" und sie bei diesem beharrlichen Bemühen „ein ganz gehöriges Stück vorangekommen". Er sei zuversichtlich, daß „eine europaweite Lösung" gefunden werden könne. Auf die Frage, wer bei dem *bleifreien* Benzin mit Bonn mitziehe, antwortete Spranger: „Bei der Einführung des bleifreien Benzins haben wir eine breite Unterstützung. Da sind die Skandinavier dabei. Zusagen liegen außerdem aus den Niederlanden, der Schweiz, Österreich, der DDR, Jugoslawien und Ungarn vor."

Bei seinen gestern begonnenen Gesprächen in Paris wolle er Frankreich *dazu bewegen, ebenfalls ab 1986* bleifreies Benzin einzuführen. Anschließend seien dann noch Gespräche mit Italien vorgesehen, um eine „Einbindung in ein europäisches Konzept" zu erreichen.

Spranger betonte, die Bundesregierung schulde der Automobilindustrie „keine Vorgaben". Sie habe ihre politischen Zielsetzungen seit längerem deutlich gemacht, die entsprechenden DIN-Normen für das Benzin seien erlassen worden. „Das heißt, die Produktionsziele sind klar, nämlich das zu produzieren, was die deutschen Hersteller jetzt schon für Amerika und Japan tun." Die US-Abgaswerte für die Industrie sind am 3. Juli durch das Bundeskabinett beschlossen worden.

Regierungssprecher Sudhoff betonte nach dem Gespräch des Kanzlers mit den Automobilherstellern, die Bundesregierung habe die Einführung umweltfreundlicher Autos keineswegs auf Eis gelegt. „Es bleibt beim Datum 1986." In Bonn zeichnet *sich allerdings ab, daß möglicher*weise erst mit dem Modellwechsel im September 1986 - also mit neunmonatiger Verzögerung - umweltfreundliche Autos angeboten werden sollen.

WELT DER WIRTSCHAFT

Kapitaler Fehler

adh. – Die Idee ist gut: Eine Gesellschaft, die die Interessen der privaten Kapitalanleger wirksam vertritt, eine Gesellschaft, die in der Bonner Gesetzgebungsmaschinerie rechtzeitig den Finger hebt und auf ungerechtfertigte Nachteile für die privaten Anleger durch mit allzu heißer Nadel genähte Steuergesetze hinweist, eine Gesellschaft, die den grauen Kapitalmarkt beobachtet und ihre Mitglieder vor Abschreibungsgaunern warnt. All dies hat sich der rund 500 Mitglieder starke Bundesverband privater Kapitalanleger e. V. zum Ziel gesetzt.

Ein Jahr nach seiner Gründung freilich scheint den Verband ein kapitaler Geburtsfehler einzuholen: Entscheidend gesponsert nämlich wurde und wird der noch junge Verband ausgerechnet von der Mainzer Kapitalanlegergenossenschaft Kapital & Wert (K & W), deren beide Vorstandsmitglieder Uwe Gabbert und Jochen H. Stummel zwei der insgesamt acht Kuratoriumsmitglieder des Bundesverbandes sind. Und genau da wird es unangenehm: nicht wegen der jüngsten Probleme um K & W. Ganz unabhängig von diesen Vorgängen ist zu fragen, ob hier nicht der Bock zum Gärtner gemacht wurde. Denn Interessenvertretung von privaten Kapitalanlegern just durch jene Leute, die den Anlegern Objekte vermitteln wollen? Das gibt so keinen Sinn. Der Bundesverband sollte schnellstens dafür sorgen, daß Verquickungen zwischen Anlagevertreibern und denen, die doch angeblich zum Schutz der Anleger angetreten sind, qua Satzung unmöglich werden. Dann hätte die an sich gute Idee Sinn und Bestand.

Dementi

Wb. – Es hat eine Weile gedauert, aber Konzernmühlen arbeiten bisweilen nicht schneller: Gut verpackt in die Meldung einer 10prozentigen Umsatzsteigerung in den ersten sieben Monaten kam von der VW-Tochter das Quasi-Dementi all jener Vermutungen und Gerüchte über eine Abkehr vom Computer-Geschäft, die im Gefolge des Wechsels an der Vorstandsspitze im deutschen Blätterwald kursierten. Nun bekennt sich das Unternehmen ausdrücklich zu diesem Geschäftsbereich. Solche Klarstellung war wohl auch nötig. Denn gerade im Rechnermarkt kann mit Ankündigungen wie mit Gerüchten viel in Bewegung gesetzt werden, etliche Unternehmen haben das fest in ihre Marktstrategie eingebaut. So dürfte Triumph-Adler, ohnehin als einziges deutsches Bürotechnik-Unternehmen schon vom Streik zur Genüge gebeutelt, die publizierten Zweifel an seinen Zukunftsperspektiven im EDV-Bereich recht rasch zu spüren bekommen haben. Doch das war absehbar – man hätte sich schon früher zu Wort melden können.

LANDWIRTSCHAFT / Bauernverband für stärkeren Schutz vor Agrarfabriken

Kiechle: Sehr gute Ernte und steigende Einkommen zu erwarten

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Mit einer „sehr guten Ernte" und steigenden Einkommen der Bauern rechnet Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle. Bauern-Präsident Constantin Freiherr Heereman sieht darin den Grund, daß die „Unsicherheit und Verbitterung" auf dem Lande nicht noch mehr zugenommen hat. Er forderte von der Regierung neben weiteren sozialpolitischen Maßnahmen eine flexiblere Garantiemengenregelung bei Milch. Kiechle dazu: „Wir können unsere Verordnungen nicht alle vier Wochen ändern." Über gewisse Schwächen werde gesprochen.

Kiechle wies in Bonn darauf hin, daß zwar noch ein Teil des Getreides auf dem Halm stehe, aber die vorläufigen Ergebnisse der Ernte-Ermittlung seien vielversprechend. Die Getreide-Ernte 1984 werde wohl 25,9 Mill. Tonnen betragen; 2,9 Mill. Tonnen mehr als 1983 und 2,7 Mill. mehr als im Durchschnitt der Jahre 1979 bis 1983. Für Getreide wird der Flächenertrag mit 52,9 Doppelzentner je Hektar angegeben, 16,8 Prozent mehr als im Durchschnitt der vorangegangenen sechs Jahre. Dies ist der höchste in der Geschichte der Bundesrepublik.

Für die zehn Mitgliedstaaten der EG werde eine Getreide-Ernte von rund 140 Mill. Tonnen gegenüber 123 Mill. im Vorjahr erwartet. Aus der alten Ernte lagern noch sechs Millionen Tonnen. Auch weltweit rechnet Kiechle mit wachsenden Getreidebeständen. An den Verkaufserlösen der deutschen Landwirtschaft sei das Getreide zwar nur mit gut zehn Prozent beteiligt. Wegen der Grundlage für die tierische Veredelung sei die Wirkung einer guten Getreide-Ernte jedoch sehr hoch zu veranschlagen.

Während nur mit einer mittleren Zuckererzeugung gerechnet werden könne, dürfte bei Kartoffeln das Ergebnis der extrem niedrigen Vorjahresernte deutlich übertroffen werden. Gemüse, Obst und Wein hätten unter der naßkalten Witterung teilweise gelitten. Nach Angaben der Experten des Ministeriums wird unter Berücksichtigung der aus importierten Futtermitteln erzeugten tierischen Produkte der Selbstversorgungsgrad in der Bundesrepublik 1983/84 bei 95 Prozent liegen, zwei Prozent weniger als in der Vorperiode.

Kletterte der Preisindex für die Lebenshaltung 1983/84 um 2,8 Prozent, so habe die Steigerungsrate für Nahrungsmittel nur 2,5 Prozent betragen. Im ersten Halbjahr hätten sich die Nahrungs- und Genußmittel in der Bundesrepublik nur um 1,8 Prozent verteuert. „Denjenigen, die immer wieder die angeblich so preistreibende EG-Agrarpolitik kritisieren", hielt Kiechle als Vergleichszahlen die für Japan mit 3,4, für die USA mit 3,7, der Schweiz mit 3,9 und Spanien mit 12,7 Prozent entgegen. Allerdings ging der Minister nicht auf das Niveau der Preise ein.

Die Vollerwerbsbetriebe müßten für das Wirtschaftsjahr 1983/84, das am 30. Juni zu Ende gegangen ist, mit einem Einkommensrückgang von 20 oder mehr Prozent rechnen. Ursache seien die geringere Ernte, rückläufige Schweinepreise und der starke Anstieg der Betriebsmittelpreise gewesen. Für 1984/85 könne nicht nur mit einer sehr guten Ernte, sondern auch mit steigenden Schweinepreisen und einer zufriedenstellenden Grundfutterversorgung gerechnet werden. Da das Programm der Bundesregierung die durch die notwendige Neuausrichtung der EG-Agrarpolitik verursachten Einkommensminderungen ausgleicht, könne die Landwirtschaft wieder eine Einkommensverbesserung erwarten.

Bauern-Präsident Heereman richtete nach der Sitzung des Präsidiums seiner Organisation gezielte Forderungen an die Bundesregierung. So plädierte er für eine flexible Garantiemengenregelung für Milch. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Betrieben im Oktober bereits kein Milchgeld mehr ausgezahlt werde. Wegen der Mengenreduzierung sei die Politik verpflichtet, „möglichst umgehend für Preisverbesserungen zu sorgen". Überdies hält er in der Altershilfe eine Entlastung der am unteren Ende der Einkommenskala stehenden Landwirte für notwendig und ein existenzsicherndes Programm für am stärksten gefährdete Betriebe für überfällig. Verstärkt werden müsse auch der Schutz vor Agrarfabriken.

INNERDEUTSCHER HANDEL

Von Würzen: „DDR" sagt Abbau des Überschusses zu

HANS-R. KARUTZ, Leipzig

Die „DDR" will in den nächsten Monaten den Lieferüberschuß im innerdeutschen Handel beträchtlich vermindern und allein für 180 Mill. Verrechnungseinheiten Maschinen und Anlagegüter ordern. Dies sagte Außenhandelsminister Horst Sölle in Leipzig Staatssekretär Dieter von Würzen (Bundeswirtschaftsministerium) zu. Von Würzen warnte zugleich davor, den Rückgang im ersten Halbjahr (minus fünf Prozent) zu dramatisieren.

Von Würzen führte eine Reihe wichtiger Abschlüsse auf:

- Unter Beteiligung des Salzgitter-Konzerns wird im Kombinat Leuna eine Anlage für 60 Mill. DM gebaut.
- Mehrere Firmen aus der Bundesrepublik arbeiten an der Herstellung einer Chemiefaser-Anlage im Wert von 55 Mill. DM mit.
- Klöckner steigt zur Hälfte (Wert: zwölf Millionen Mark) beim Bau einer Graphit-Elektronenfabrik durch einen österreichischen Konzern ein.
- Die „Waggonbau-Union" in West-Berlin soll für rund 20 Mill. DM Tieflade-Waggons an die Reichsbahn liefern.
- In nächster Zeit will die „DDR" überdies für eine zweistellige Millionensumme Bekleidung in der Bundesrepublik kaufen.

Der Staatssekretär berichtete, Minister Sölle habe die Absichten der „DDR", ihr Minus bei den Bezügen noch in diesem Jahr wieder aufzuholen, mehrfach unterstrichen. Sölle habe darauf hingewiesen, daß es ein „Anfrage-Volumen" für Anlagegüter aus der Bundesrepublik im Werte von 1,7 Mrd. DM gebe. Von Würzen dämpfte jedoch in diesem Zusammenhang allzu große Euphorie: „Wir wissen natürlich, daß Anfragen noch keine Geschäfte bedeuten." Bei seinen Gesprächen mit westdeutschen Ausstellern habe er jedoch bereits eine „gewisse Belebung" der Ostberliner Bestelltätigkeit bemerkt, fügte von Würzen hinzu. „Dies gilt für die Branchen Chemie, Stahl und Maschinenbau".

Bei den üblichen Gegengeschäften, die die „DDR" bei westlichen Partnern häufig zur Bedingung macht, sei „keine generelle Verschärfung" eingetreten. Bisher habe sich jedoch an der „Unflexibilität" der „DDR"-Wirtschaft bei der Auswahl der Güter, die sie als Gegengeschäft anbietet, nur wenig geändert.

Zur Frage des noch immer nicht unter Dach und Fach befindlichen VW-Geschäfts mit der „DDR" äußerte sich der Staatssekretär sehr optimistisch: „Das nimmt einen äußerst positiven Verlauf!" Der Vertrag soll jedoch, wie es hieß, nicht mehr in diesen Tagen unterschrieben werden. Das 700-Millionen-Projekt sieht vor, eine komplette Werkstraße aus dem VW-Bereich in der „DDR" neu zu montieren und von 1988 an VW-Rumpfmotoren in die Bundesrepublik zu liefern und auch für den „DDR"-Eigenbedarf herzustellen.

Roßkur für die Türkei

Von EVANGELOS ANTONAROS, Ankara

Die Bundesrepublik Deutschland, seit fast drei Jahrzehnten wichtigster Handelspartner der Türkei, aber in den letzten drei Jahren von Iran und Irak auf Platz drei verdrängt, hat die erste Position zurückerobert. Im ersten Halbjahr 1984 haben die türkischen Exporte in die Bundesrepublik um 74 Prozent gegenüber 1983 zugenommen: Waren im Werte von 642 Mill. Dollar (vorwiegend Textilien und Lebensmittel) sind von Deutschland abgenommen worden.

Dieser Exportboom wird zwar von Ankara als ein „deutlicher Beweis für die neue Dynamik der türkischen Wirtschaft" hingestellt. Doch völlig zufrieden ist Ministerpräsident Turgut Özal, der am Donnerstag Gespräche mit Bundeskanzler Kohl in Hamburg führt, mit der Entwicklung der Handelsbeziehungen mit Westeuropa nicht. Özal will auf eine Lockerung der im EG-Raum geltenden Importrestriktionen für türkische Produkte, insbesondere Textilien, dringen.

Die Türken sind nämlich auf der Suche nach neuen Absatzmärkten, weil der ebenfalls von Özal forcierte Außenhandel mit der arabischen und islamischen Welt attraktiv und gelegentlich lukrativ, aber gleichzeitig unbeständig und risikoreich sein kann: Dies wurde vor allem 1983 deutlich, als die Türken mit einem Gesamtexportvolumen in Höhe von 5,73 Mrd. Dollar das Vorjahresergebnis verfehlten, weil die Aufträge ausblieben. 1984 soll ein neues Rekordjahr werden, die OECD erwartet Exporteinnahmen von etwa 6,5 Mrd. Dollar. Doch Özal hat erkannt, daß er sich solche Unbeständigkeit nicht leisten kann, wenn er die türkische Wirtschaft anhaltend sanieren will.

Özal, erst seit Dezember 1983 Ministerpräsident, aber seit September 1980 mit kleinen Unterbrechungen Wirtschaftsstratege der Türkei, hat es verstanden, die einst fast bankrotte Türkei mit einer rigorosen monetaristischen Wirtschaftspolitik auf den Weg der Stabilität zu bringen: Bei erwarteten Importen von 9,7 Mrd. Dollar in diesem Jahr wird das Zahlungsbilanzdefizit nur noch etwa 850 Mill. Dollar gegenüber 2,1 Mrd. Dollar in 1983 betragen. Bei Auslandsschulden von etwa 19 Mrd. Dollar haben sich die Devisenreserven bei 1,1 Mrd. Dollar stabilisiert.

Das Bruttosozialprodukt wird nach einer Zunahme um 3,3 Prozent 1983 im laufenden Jahr, so die Prognosen der OECD, um knapp vier Prozent wachsen. Die Türkei ist schon wieder ein attraktives Land für ausländische Investoren geworden, obwohl die bürokratischen Hemmnisse weniger schnell als erwartet abgebaut werden.

Özals Roßkur hat aber auch Nachteile: Durch die Freigabe der Importe und die Reduzierung der Subventionen an die personell überbesetzten Staatsunternehmen kletterten die Preise wieder stärker: Gegenüber einer Jahresinflationsrate von etwa 35 Prozent 1983 wird in diesem Jahr mit 48 bis 50 Prozent Teuerung gerechnet. Viele Türken, vor allem die einfachen Lohnempfänger, stöhnen unter der Last der ständigen Kaufkraftverluste; erst jetzt hat sich die Regierung zu Tarifverhandlungen mit der einzigen zugelassenen Dachgewerkschaft bereit gefunden.

Nach Ansicht der türkischen Wirtschaftsplaner sind solche Opfer mittelfristig „unvermeidlich". Sie nehmen auch eine hohe Arbeitslosigkeit von etwa 18 Prozent in Kauf, weil sie anders als frühere parlamentarische Regierungen nicht bereit sind, das Heer der Arbeitslosen in den Staatsbetrieben zu beschäftigen und dadurch das Loch im Staatshaushalt zu vergrößern. „Wir wollen echte Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen", sagt Özal auf Schritt und Tritt.

Einst als Lieblingspolitiker der Unternehmerwelt betrachtet, ist Özal inzwischen nicht einmal Konflikten mit der Industrie aus dem Weg gegangen. Seine restriktive Kreditpolitik stößt verständlicherweise auf wenig Gegenliebe, dies gilt ebenfalls für seine liberale Importpolitik und für seine Hochzinspolitik. Aber Özal läßt nicht locker. Er vertritt die Meinung, daß die Unternehmer bei der Realisierung von neuen Investionen weniger auf billige Bankkredite als auf eigene Rücklagen zurückgreifen sollten. Lockert er seine Kreditpolitik, so riskiert er eine Konfrontation mit dem Internationalen Währungsfonds, dessen Experten vor einigen Wochen wegen der Zunahme des Geldumlaufs die Stirn runzelten. Die Türken mögen zwar viele Probleme aus eigener Kraft überwunden haben. Doch nach wie vor sind sie auf die Geldspritzen aus dem westlichen Ausland angewiesen.

AUF EIN WORT



„Ich muß feststellen, daß die verantwortlichen Politiker die Bemühungen der Wirtschaft, das Lehrstellenproblem in den Griff zu bekommen, nur unzureichend unterstützt haben. Gerade hier in Nordrhein-Westfalen werden die Betriebe durch die aktuellen bildungspolitischen Initiativen der Landesregierung – 10. allgemeinbildendes Pflichtschuljahr, 2. Berufsschultag, Verlängerung der Berufsschulpflicht und Bildungsurlaub – nicht gerade motiviert, zusätzliche Lehrstellen bereitzustellen. Das Gegenteil ist der Fall."

Georg Schulhoff, Präsident der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf. FOTO: AMADEUS GUMMERSBACH

HYPOTHEKENBANKEN

Hoffnung auf sinkende Zinsen ist gerechtfertigt

PETER JENTSCH, Bonn

Die Entwicklung des Kapitalmarktes in der Bundesrepublik ist nach Auffassung des Verbandes deutscher Hypothekenbanken ein eindrucksvoller Beweis für die Richtigkeit und Überlegenheit einer konsequenten Stabilitätspolitik. Der Geschäftsführer des Verbandes, Dieter Bellinger, wies gestern in Bonn darauf hin, daß die Kapitalkosten seit Jahresbeginn um etwa fünf Prozent (gleich 0,4 Prozentpunkte bei den Zinsen) nachgegeben haben, obwohl in dieser Zeit die D-Mark gegenüber dem US-Dollar um ebenfalls rund fünf Prozent abgewertet worden sei.

Vor dem Hintergrund eines Realzinses von 6,5 Prozent bei zehnjährigen Schuldverschreibungen und einer Inflationsrate von nur 1,7 Prozent widerlege diese Entwicklung ungünstige Prognosen für die deutsche Wirtschaft. Zugleich rechtfertige dies auch eine optimistische Einschätzung der weiteren Zinsentwicklung. Die gedämpfte Nachfrage nach Wohnungsbaudarlehen, die sinkende Staatsverschuldung, der relativ geringe Kreditbedarf der Unternehmen und die niedrige Geldentwertung ließen einen Abbau des Realzinses erwarten. Der Verband machte allerdings deutlich, daß etwa ein Arbeitskampf im öffentlichen Dienst diese Tendenz ebenso stören könne wie eine Diskussion um Konjunkturprogramme oder einen Eventualhaushalt.

Im ersten Halbjahr 1984 haben die Hypothekenbanken Kommunal- und Hypothekendarlehen in Höhe von 23,5 Mrd. Mark zugesagt, 13,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Ein „Absturz der Bauwirtschaft" lasse sich daraus aber nicht herleiten.

RISIKOKAPITAL

Neue Finanzmittel für die mittelständische Wirtschaft

AP, Köln

Angesichts der seit Jahren unzureichenden Eigenkapitalausstattung, brauchen die Unternehmen nach Auffassung des Vorstandssprechers der Deutschen Bank, F. Wilhelm Christians, dringend eine „Blutauffrischung" durch die Zuführung neuer Finanzierungsmittel. Dies gelte besonders für die mittelständische, stark exportorientierte Wirtschaft, die sich durch innovative Leistungen auf dem Weltmarkt behaupten müsse, sagte Christians am Dienstag vor der Industrie- und Handelskammer in Köln.

Risikokapital verlange zielgerichtete unternehmerische Initiative sowie aussichtsreiche Innovationen bei Produkt und Verfahren. Mit Blick auf die Erfahrungen in den USA warnte der Vorstandssprecher davor, zu schnell und zu viel von „venture capital" zu erwarten. Der einfachen Gleichung „mehr Risikokapital = mehr innovative Unternehmen" müsse mit Skepsis begegnet werden.

Die Banken haben Christians zufolge frühzeitig versucht, wenigstens einen Mindestanteil der an sich hohen Geldvermögensbildung in der Bundesrepublik in die entsprechenden Kanäle zu leiten. Allerdings sei dies nicht immer leicht gewesen, wegen der Konkurrenz durch andere Anlagearten, vor allem auch durch den „grauen" Kapitalmarkt.

Erst nach den bitteren Erfahrungen mit der Insolvenzwelle und der damit einhergehenden steigenden Arbeitslosigkeit habe sich das Umfeld so verändert, daß Geldvermögen zur risikobewußten Anlage habe gemacht werden können. Neben der Heranführung einer Reihe von Unternehmen an die Börse komme hierbei dem Risikokapital wachsende Bedeutung zu, sagte Christians.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Wechsel zum 7b möglich

Düsseldorf (Py). – Eigentümer von Ferien- und Wochenendhäusern können nachträglich von der niedrigeren degressiven Abschreibung für den noch bestehenden Abschreibungszeitraum in die höhere 7b-Absetzung überwechseln. Dies Möglichkeit eröffnet ein Erlaß der Oberfinanzdirektion Münster vom 23. 8. 1984 (Az.: S 2197-28-St 16-31). Er gilt für alle noch nicht rechtskräftig abgschlossenen Einkommensteuerveranlagungen. Damit zieht nach Angaben der Landesbausparkasse Münster die OFD die Konsequenz aus einem Urteil des Bundesfinanzhofs vom März 1983.

USA vor dem Gatt

Genf (VWD) – In einer Sondersitzung erörtern seit gestern die Mitglieder des Multifaserabkommens (MFA) im Textilausschuß des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in Genf die Auswirkungen, die die von den USA kürzlich beschlossenen neuen Ursprungsregeln auf den Textil- und Bekleidungshandel haben könnten. Die Frage wird auf Antrag der 28 dem MFA angehörenden exportierenden Entwicklungsländer behandelt, die die Neuregelung als unzulässige protektionistische Maßnahme erachten, die das MFA verletze.

Banknoten sicher

Köln (AP) – Die deutschen Banknoten gehören nach Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Banken zu den fälschungssichersten der Welt. Die Zahl der „Blüten" habe sich im vergangenen Jahr um 1161 auf 2156 verringert, teilte der Verband in Köln mit. Gemessen an den 1,3 Mrd. umlaufenden Geldscheinen habe der Anteil der festgestellten Falsifikate knapp 0,002 Promille betragen. Die Münz-Fälschungen kletterten 1983 von 19 975 auf 26 607 Stück an. Dies führt der Bankenverband vor allem auf einen vermehrten Anfall falscher Ein- und Zwei-Mark-Stücke zurück.

Neue Vorstandsmitglieder

Düsseldorf (Py.) – Nach der fristlosen Kündigung des verschwundenen Vorstandsvorsitzenden der durch unzureichend gesicherte Kreditengagements ins Gerede gekommenen Hammer Bank e. G., Hamm/Westf., Paul Schulte (50), hat der Aufsichtsrat des Instituts zwei weitere Vorstandsmitglieder bestellt: Johannes Kalefeld (63), Direktor der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank eg (WGZ), und Hermann Riegelmeyer (44), bisher Vorstandssprecher der Volksbank Herford. Gegen ihren früheren Chef Schulte wird wegen des Verdachts der Untreue, des Betrugs und der Beihilfe zur Steuerhinterziehung staatsanwaltschaftlich ermittelt.

Rudolf Leiding wurde 70

Hamburg (dpa/VWD) – Rudolf Leiding, von 1971 bis 1974 Generaldirektor des VW-Konzerns, ist gestern 70 Jahre alt geworden. Als er den Chefsessel des größten deutschen Automobilkonzerns von Kurt Lotz übernahm, erkannte Leiding, daß die Epoche des „Käfers" zu Ende ging und leitete energisch eine neue Modellpolitik (Passat, Scirocco, Golf) ein, die VW wieder in die Gewinnzone brachte. Als VW 1974 in eine Absatzkrise geriet, gab es Meinungsverschiedenheiten im Vorstand und mit dem Aufsichtsrat, hier vor allem mit den Gewerkschaften. Leiding trat Ende des Jahres aus „gesundheitlichen Gründen" zurück, an seine Stelle trat Toni Schmücker.

Klausel unwirksam

Karlsruhe (dpa/VWD) – Fertighaushersteller dürfen in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen keine Klausel einbauen, wonach die Auslieferung des Hauses bis zu sechs Wochen über den individuell vereinbarten Liefertermin hinaus verschoben werden kann. Nach einem vom VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofes (BGH) veröffentlichten Grundsatzurteil benachteiligt eine derartige Klausel den Besteller entgegen den Geboten von Treu und Glauben in unangemessener Weise und sei daher unzulässig. Mit ihrer Entscheidung gaben die Karlsruher Richter der Revision eines Verbraucherschutzvereins aus Berlin statt und hoben anderslautende Urteile des Landgerichts Frankfurt beziehungsweise des Oberlandesgerichts (OLG) Frankfurt in diesem Punkt auf. (Az: VII ZR 276/83 vom 28. Juni 1984)

ITALIEN

Diskont wurde erhöht

AFP, Rom

Die Bank von Italien hat den Diskontsatz um ein Prozent auf 16,5 Prozent angehoben. Finanzminister Giovanni Goria teilte mit, diese Diskontsatzerhöhung solle die Kreditaufnahme bremsen, die in den ersten sieben Monaten des Jahres zu rasch gestiegen sei. Dies sei unvereinbar mit dem Versuch der Regierung, die Inflation *einzudämmen. Auch* die Auslandsverschuldung habe bedrohlich über 45 Mrd. DM zugenommen.

Der Diskont war seit zwei Jahren nicht mehr erhöht worden. Anfang Mai hatte die Bank von Italien den Satz auf 15,5 Prozent zurückgenommen. Die Entscheidung wurde einen Tag vor der Unterzeichnung eines Kreditvertrags über 500 Mill. Dollar bekanntgegeben, den ein internationales Bankenkonsortium dem italienischen Staat gewährt. Mit dem Geld soll der Wiederaufbau der von Erdbeben zerstörten italienischen Regionen gefördert werden.



LANDWIRTSCHAFT / Beschäftigungsprobleme in Industrie und Handel setzen der Abwanderung Grenzen

Die Nebentätigkeit wird in der EG salonfähig

CAROLA DITTMER, Rom

Seit über einem Jahrhundert vollzieht sich die Wanderung von Arbeitskräften zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen in Europa eingleisig. Industrie- und Dienstleistungsgewerbe haben stets die überzähligen Arbeitskräfte der Landwirtschaft und anderer *Zuwanderer vom Land absorbiert.* Rezession und Arbeitslosigkeit in den nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweigen haben nun in dieser Einbahnstraße Stoppschilder aufgestellt. *Industrie und tertiärer Sektor* haben praktisch aufgehört, ländliche Arbeitskräfte aufzunehmen.

Schon jetzt sind ungefähr 55 Prozent aller EG-Bauern Teilzeitlandwirte. Sie bewirtschaften 63 Prozent aller Anwesen in der EG, doch nur 27 Prozent haben eine lohnende Nebenbeschäftigung. Nach Ansicht der EG stellt der Rest nichts anderes als *versteckte Arbeitslosigkeit dar, hauptsächlich* in den Mittelmeerländern. Gleichzeitig steigt die Produktivität der europäischen Landwirtschaft Jahr um Jahr. Das bedeutet aber *nicht nur mehr Produktion, sondern auch verminderten Bedarf* an Arbeitszeit für die Erzeugung.

Die EG *schätzt den jährlichen* Minderbedarf an Arbeitsstunden in Europas Landwirtschaft auf zwei Prozent. Für viele, wenn nicht die meisten der ohnehin schon von versteckter oder offener Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Bauern ist die einzige Lösung eine *zweite* nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit. Entweder auf dem Anwesen selbst, im Dorf oder als Pendler in der Stadt. Mehrfachbeschäftigung ist die wissenschaftliche *Bezeichnung für Teilzeitarbeit in der* Landwirtschaft kombiniert mit anderen lohnenden Beschäftigungen.

Die Mehrfachbeschäftigung ist ein Hauptthema auf der Tagesordnung des Agrargipfeltreffens aller europäischen Länder in Reykjavik (Island) vom 17. bis 21. September, nämlich der Regionalkonferenz für Europa der Ernährungs- und Landwirt*schaftsorganisation der Vereinten* Nationen (FAO). Mehrfachbeschäftigung, eine traditionelle Lebensform in vielen armen Gebieten Europas, wurde lange Zeit eher als ein *folkloristisches als ein wirtschaftliches Phänomen* angesehen. Als Ergebnis machten sich nur wenige Regierungen die Mühe, darüber Daten zu sammeln. Jetzt aber in einer ländlichen Beschäftigungssituation, die sich in der Schere zwischen steigender Produktivität und schwindender Abwanderung befindet, bietet das Potential der Mehrfachbeschäftigung tatsächlich den einzigen Ausweg.

Aber der Weg ist noch weit in eine von der FAO umrissene Zukunft, die die Mehrfachbeschäftigung anerkennt und fördert.

Ein weiteres Thema, das Europas Landwirtschaftsminister in Reykjavik erörtern werden, ist die Schädigung der Wälder durch atmosphärische Schadstoffe. Allein die EG verfügt über 338 000 *Quadratkilometer* Wald, 21 Prozent der Gesamtfläche, und damit ebensoviel, wie für Ackerbau genutzt wird. In der Bundesrepublik ist das Ausmaß der von den *Schadstoffen befallenen Waldgebiete* von 562 000 Hektar 1982 auf 2 500 000 Hektar 1983 gestiegen. Die FAO ist in Zusammenarbeit mit der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) ein *gesamteuropäisches Forum* für gemeinsame grenz- und blockübergreifende Maßnahmen. Österreichs Landwirtschaftsminister Günter Heiden und sein bundesdeutscher Kollege Ignaz Kiechle haben der FAO vorgeschlagen, 1985 *zum Jahr des* Waldes zu erklären, um damit die Dringlichkeit des Anliegens zu unterstreichen. Bereits 1979 haben FAO und ECE die sogenannte Genfer Konvention angenommen. Die Übereinkunft verlangt Langzeitbekämpfung von Luftverseuchung. Im Juni 1983 trat diese Konvention in Kraft und ist bisher von 35 Ländern unterzeichnet und ratifiziert worden.

Europas Wälder sind auch eine mögliche Quelle alternativer Energie in ländlichen Gebieten. Die FAO-Konferenz *in Island* wird sich *mit* dem Fortschritt befassen, die 29 europäische und einige außereuropäische Länder bei der Nutzung vorhandener und der Erschließung neuer Quellen *alternativer* Energie erzielt haben. Das gemeinsame Ziel ist es, die Energieversorgung der Landwirtschaft Europas unabhängiger zu machen und so die Basis für eine gesunde *Zukunft* zu legen.

CREUSOT-LOIRE / Arbeit wiederaufgenommmen

Eisenbahnsparte verkauft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die soziale Lage bei Creusot-Loire hat sich gestern etwas entspannt, nachdem bekannt wurde, *daß der* Eisenbahnsektor des seit Ende Juni im Konkurs stehenden französischen Industriekonzerns mit der gesamten Belegschaft von rund 1800 Personen von Jeumont Schneider übernommen wird. Der mit dem Konkursverwalter *unterzeichnete* Kaufvertrag über 50 Mill. Franc bedarf noch der Genehmigung des Handelsgerichts. Sie gilt als sicher.

Die Übernahme betrifft den Konzernbereich Traction-Creusot (550) sowie die Filialen Carel et Fouché *(900) und Constructions Ferroviaires* du Mans (350 Personen). Dazu kommt die fünfzigprozentige Creusot-Loire-Beteiligung an der MTE (Matériel de Traction Eléctrique). Es handelt sich *dabei aber nur um einen kleinen* Teil des Creusot-Loire-Konzerns, der insgesamt 21 000 Personen beschäftigt.

Durch die Transaktion steigt Jeumont Schneider zum zweitgrößten Produzenten von *Eisenbahnmaterial* in Frankreich auf. Sein Umsatz wird in diesem Sektor 2,5 Mrd. Franc erreichen gegenüber 3,5 Mrd. Franc bei der staatlichen Alsthom Atlantique. Bei Creusot stand dieser Sektor mit hohen Verlusten zu Buche.

Aus diesem Grunde hatte Fives Cail Babcock die Einbeziehung des Eisenbahnsektors in die von ihr geleiteten Übernahmeverhandlungen für den Hauptteil der Creusot-Loire-Substanz abgelehnt. Diese Verhandlungen beziehen sich auf Unternehmen mit 12 800 Beschäftigten. Davon sollen 2500 freigesetzt werden – allein 1800 in der Stadt Creusot, die insgesamt nur 5800 Arbeitnehmer zählt. *Dort ist es in den letzten Tagen zu* heftigen Protestkundgebungen gekommen: über 2500 Arbeiter hatten den ganzen Montag die an der Stadt vorbeiführende Strecke des Hochgeschwindigkeitszugs TGV blockiert.

Inzwischen haben die Manager des *Unternehmenskonsortiums* unter Beteiligung eines Regierungsvertreters mit den Gewerkschaften Verhandlungen über die Regelung des Beschäftigungsproblems für die Zone von *Creusot aufgenommen.* Daraufhin wurde dort gestern die Arbeit wieder aufgenommen.

NAMEN

K. Peter von Elten, der stellvertretende Geschäftsleiter der Morgan Guaranty Trust Company of New York in der Bundesrepublik, wurde zum Geschäftsleiter der Morgan Company Niederlassung Zürich ernannt.

Klaus Steinke, Geschäftsführer der Quaker + Partner GmbH, Euskirchen, scheidet auf eigenen Wunsch mit Wirkung vom 1. September aus dem Unternehmen aus und übernimmt wie schon länger geplant die Gesamtvertriebsleitung der Henkel-Tochter Thompson-Siegel GmbH, Düsseldorf. Bei Quaker ist **Ernst Meißner**, seit Mai Geschäftsführer Marketing, auch für den Bereich Vertrieb verantwortlich.

Prof. Dr. **Walter Panknin**, Geschäftsführer der L. Schuler GmbH, Göppingen, für den Bereich Forschung, Entwicklung, Konstruktion tätig, *schied zum 31. August* aus gesundheitlichen Gründen aus der Geschäftsführung aus. Zum Nachfolger wurde **Rolf Kellenbenz** bestellt.

Dr. **Rudolf Escherich**, Vorstandsmitglied der Viag, Dr. **Harald Peipers**, Vorstandsmitglied der Hochtief AG und **Jörg Schill**, Vorstandsmitglied der Deutsche Babcock AG sind im Zuge der Umbildung des Aufsichtsrats der Arab Banking Corporation-Daus & Co. GmbH, Frankfurt, in dieses Gremium eingetreten.

Dr. **Justus Stange** tritt am 1. Oktober in die Geschäftsleitung der Privatbrauerei Wicküler-Küpper, Wuppertal, ein.

Wolf von Reis, Vorstandsmitglied der Flachglas AG, Gelsenkirchen, wurde gestern 60. Jahre alt.

Hans Günter Schwarz, Gründer der Polyflex Schwarz GmbH, Hüttenfeld *feiert heute seinen 60.* Geburtstag.

Wilhelm Meyer, Gründer der Meyra Werke, Rollstühle und Rehabilitationsmittel, Essen, wurde in diesen Tagen 75 Jahre alt.



IWF: Polen dringt auf Mitgliedschaft

dpa/VWD, Warschau

Polen dringt darauf, bald Verhandlungen über die Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds (IWF) aufzunehmen. Dabei setzt Warschau darauf, daß die Auflagen des IWF den „Gegebenheiten der Gesellschaftsordnung in Polen" Rechnung tragen.

In einem Fernsehinterview lehnte Finanzminister Nieckarz gleichzeitig *jede Art politischer Bedingungen für* die Aufnahme ab. Die Aufnahme Polens, so argumentierte er, müsse auch im Interesse der westlichen Gläubigerländer liegen. Außerdem habe Polen ein *moralisches* Recht, bei seinem Aufnahmeantrag von den wirtschaftlich entwickelten westlichen Ländern unterstützt zu werden, um so „zumindest teilweise" die Verluste auszugleichen, die seine Wirtschaft durch die (im Zusammenhang mit der Ausrufung des Kriegsrechts verkündeten) Wirtschaftssanktionen erlitten habe. Warschau fürchte sich auch nicht vor den IWF-Auflagen zur Gesundung der Wirtschaft.

VERSICHERUNGEN / Höhere Prämien für Schiffe

Kleinere Reedereien betroffen

WILHELM FURLER, London

Auf die Reedereien, die in letzter Zeit vergleichsweise hohe Versicherungsansprüche gestellt haben, kommt eine beträchtliche Anhebung der Prämien zur Versicherung ihrer Schiffe zu. Der größte Teil der Policen zur Versicherung der Schiffe (ohne Ladung) wird in den Wintermonaten zur Erneuerung fällig.

Die Verteuerung der Prämien um durchschnittlich zehn Prozent, über die bisher üblichen Anhebungen hinaus für Reedereien mit hohen Versicherungsansprüchen – in der Regel kleine bis mittelgroße Reedereien – ist jetzt vom zuständigen Komitee des Institute of London Underwriters beschlossen worden.

Lloyd's und die Londoner Versicherungs-Unternehmen versichern rund 40 Prozent der Welt-Handelsflotte. Das Komitee hat die Verteuerung damit begründet, daß die Ergebnisse in der Schiffsversicherung weiterhin sehr schlecht seien. Ein Sprecher des Institutes zur WELT: „Bei der Neufestsetzung der Prämien legen wir die jeweiligen Schadensfälle der vergangenen drei Jahre zugrunde. Dabei haben sich die Versicherungsansprüche deutlich erhöht, vor allem natürlich aufgrund von Havarien."

Als Grundlage für die Festsetzung der neuen Versicherungsprämien wird die sogenannte „Kredit-Bilanz" einer versicherten Reederei-Flotte herangezogen, also die Differenz zwischen den vom Reeder bezahlten Versicherungs-Beiträgen und den ihm ausbezahlten Versicherungsansprüchen. So wird eine kleine bis mittelgroße Reederei, bei der sich während der letzten drei Jahre Beiträge und Ansprüche die Waage gehalten haben, mit einer Anhebung der Prämie um 57 Prozent rechnen müssen gegenüber 46 Prozent nach der bisherigen Bemessungsgrundlage.

Die zusätzliche Prämien-Verteuerung beginnt bei einer positiven „Kredit-Bilanz" von 55 Prozent. Ihr Ausmaß richtet sich zudem nach der Größe der Reederei-Flotte.

Kolumbien wünscht Nord-Süd-Gipfel

rtr, Cartagena

Der kolumbianische Präsident Belisario Betancur hat einen Nord-Süd-Gipfel über die Probleme der Weltwirtschaft und die hohe Verschuldung der Entwicklungsländer vorgeschlagen. Betancur sagte bei der Eröffnung eines sechstägigen Treffens der Gruppe der 77 Entwicklungsländer, die Staatschefs Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sollten ihren Amtskollegen in den Industriestaaten in einem Nord-Süd-Dialog formell Vorschläge unterbreiten.

Auf dem Treffen in Cartagena prüft die Gruppe der 77 die Möglichkeiten einer sogenannten Südbank, die die Zusammenarbeit der armen Länder der südlichen Hemisphäre fördern soll.

Vertreter der Gruppe hatten vergangene Woche in Caracas vereinbart, daß die Bank mit einer Kapitaleinlage von 1,5 Mrd. Dollar in harter Währung sowie zusätzlichen Einlagen in den Währungen der Mitgliedsstaaten starten sollte.

Südafrika: Zinsen bleiben hoch

rtr, Pretoria

Die durch das Sparprogramm der südafrikanischen Regierung auf Rekordhöhen getriebenen Zinsen werden nach Ansicht von Finanzminister Barend du Plessis noch einige Zeit auf diesem Niveau bleiben. In einem Interview sagte du Plessis, das Anfang August vorgelegte Wirtschaftsprogramm habe das Inflationstempo zwar etwas gebremst, dennoch habe die Teuerungsrate noch nicht ihre Spitze erreicht. Vorläufig wolle die Regierung den Diskont nicht senken.

Du Plessis sagte, durch das Wirtschaftsprogramm sei der Rand stabilisiert worden, der sich von einem Tief von 59,15 Cent am 1. August auf rund 63,50 Cent erholt habe. Der Rand bleibe aber weiter unter dem Druck des starken Dollar. Die Inflationsrate lag im Juli bei 12,42 Prozent. Die Geschäftsbanken hatten unmittelbar nach Bekanntgabe des Regierungsprogramms ihre Prime Rate um drei Prozentpunkte auf die Rekordhöhe von 25 Prozent heraufgesetzt.

China aktiv im Auslandsbau

dpa/VWD, Peking

China bemüht sich derzeit verstärkt um Auslandsaufträge für seine staatlichen Bauunternehmen. In den ersten sechs Monaten 1984 wurden Verträge über *Auslandsbauprojekte* im Wert von insgesamt 570 Mill. Dollar (1,6 Mrd. DM) unterzeichnet – rund 24 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Der Auslandsumsatz der *chinesischen* Bauunternehmen erhöhte sich im ersten Halbjahr um 48,9 Prozent auf 269 Mill. Dollar.

Chinesische Bauunternehmen übernahmen bisher vor allem Aufträge in Hongkong und Macao, in den arabischen Staaten und einigen anderen Ländern der Dritten Welt. In den 50er und 60er Jahren wurden nur *Entwicklungshilfeprojekte* – beispielsweise der Bau der Tanzam-Eisenbahn (Tansania-Sambia) in Ostafrika – abgewickelt. Erst seit Ende der 70er Jahre übernehmen chinesische Unternehmen *auch kommerzielle Aufträge.*

FRANKREICH / Ehrgeiziges Kernenergie-Programm – Kapazitäten größer als Bedarf

Export übertrifft alle Erwartungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das französische Kernenergieprogramm ist auch nach den von der sozialistischen Regierung vorgenommenen *Abstrichen* das ehrgeizigste der Welt geblieben. Obwohl es von einem verstärkten Stillegungsprogramm für traditionelle Kraftwerke begleitet wird, übertreffen die *Stromkapazitäten des Landes* den nationalen Bedarf in zunehmendem Maße. Aber darüber macht man sich bei der staatlichen Electricité de France (EdF) heute noch keine Sorgen. Denn *ihr Stromexport hat bisher alle* Erwartungen übertroffen.

Nachdem er sich 1983 gegenüber dem Vorjahr unter Abzug der Importe auf netto 13,4 (3,8) Mrd. kWh erhöht und damit mehr als verdreifacht hatte, dürfte er in diesem Jahr 25 Mrd. kWh erreichen. Damit würde die ursprüngliche Zielvorgabe um 10 Mrd. kWh übertroffen werden. Bereits im ersten Halbjahr war der Stromexport gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um brutto 75 Prozent auf 16,6 Mrd. kWh gestiegen.

Diesen weiteren starken Zuwachs hat die EdF allerdings hauptsächlich den kurzfristigen Lieferverträgen (für weniger als ein Jahr) zu verdanken, die 23 Prozent ihrer Ausfuhr betrafen, gegenüber erst 5 Prozent im ersten Halbjahr 1983. Die ausländischen Kunden (vor allem Spanien, Italien und die Schweiz) versuchen auf diese Weise die Versorgungslücken zu schließen, die ihnen die Konjunkturbelebung gebracht hat und auf die sie mit ihren zurückhaltenden Bauprogrammen im Kernenergiebereich nicht genügend vorbereitet gewesen waren.

Darüber hinaus aber haben sich verschiedene Regierungen – auch die Landesregierung von Baden-Württemberg – dem Argument der EdF nicht verschließen können, wonach *man sich dank* verstärkter Stromimporte aus Frankreich viel Ärger mit den Umweltschützern ersparen könne. Da es hier keinen größeren Widerstand der Bevölkerung gegen Kernkraftwerke gibt – viele Gemeinden reißen sich sogar zwecks Aufbesserung ihrer Finanzen und Abbau der Arbeitslosigkeit um neue Projekte –, erscheint eine solche „Arbeitsteilung" im beiderseitigen Interesse zu liegen.

Frankreichs lockt aber darüber hinaus mit günstigen Exportpreisen. Zwar werden die Bedingungen der Lieferverträge insoweit streng geheim gehalten, um die französischen Kunden *nicht zu verärgern. Bei der* EdF heißt es dazu nur, daß der nationalen Wettbewerbsfähigkeit aus diesem Grunde keine Gefahr drohe. Aber der französische Strom dürfte den ausländischen Kunden allerdings doch billiger zu stehen kommen als die im eigenen Lande erzeugte Elektrizität.

Angesichts ihrer kostengünstig in Serien erstellten Kernkraftwerke und der verhältnismäßig bescheidenen Sicherheitsauflagen sind *die* Einstandspreise für die Kernstromerzeugung in Frankreich besonders niedrig. Unter diesen *Umständen* rechnet die EdF mit einer weiteren starken Expansion ihres Stromexportes. Dabei erstrebt sie vor allem langfristige Lieferverträge, möglichst gestützt auf Auslandsbeteiligungen *an französischen* Kernkraftwerken, wie sie bereits in Fessenheim, Bugey, Tricastin, Cattenom und Shooz bestehen. Die Lieferungen auf Grund derartiger Beteiligungsverträge sind *im* ersten Halbjahr mit 5,4 (4,3) Mrd. kWh verhältnismäßig schwach gestiegen.

Eine neue Phase für die Entwicklung des Stromexports verspricht sich die EdF *aber nicht zuletzt* von dem großen Stromleitungskabel, das gegenwärtig nach Großbritannien mit einem Kostenaufwand von 2 Mrd. Franc verlegt wird. Es besitzt eine Leistung von 2000 Megawatt, was der Kapazität von zwei Kernkraftwerken entspricht. Dank dieser Verbindung hofft die EdF bis zum Jahre 1990 ihren gesamten Stromexport auf 30 bis 35 Mrd. kWh steigern zu können. Die französische Kernstromerzeugung belief sich 1983 auf 137 Mrd. kWh.

Zu Beginn dieses Jahres verfügte die EdF über eine *Kraftwerkskapazität* von 70 000 Megawatt. Davon entfielen 27 000 Megawatt auf Kernkraftwerke, die 1983 bereits 48,4 Prozent des französischen Stromverbrauchs deckten (OECD-*Durchschnitt: 18* Prozent). Im Bau befinden sich gegenwärtig in Frankreich 37 Kernkraftwerke mit einer Leistung von 35 000 Megawatt.

ÜBERSEE-IMPORT-MESSE / Einfuhren höher

Forderungen an die Politik

ot, **Berlin**

Mit einem Bekenntnis zum freien Welthandel unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann gestern die *Übersee-Import-Messe* „Partner des Fortschritts" in Berlin eröffnet. An dieser Spezialmesse für die Dritte Welt nehmen bis zum kommenden Sonntag 1358 (1156) Aussteller aus 57 (63) Ländern teil.

In seiner Eröffnungsrede konnte Bangemann, der die Weltkonjunktur *weiter auf dem Erholungspfad sieht*, auf beachtliche Exporterfolge der Entwicklungsländer hinweisen. Im ersten Halbjahr 1984 habe die Bundesrepublik insgesamt 16 Prozent mehr aus den Entwicklungsländern importiert. Das Wachstum sei schneller verlaufen als bei den Importen insgesamt. Am deutlichsten seien die Einfuhren aus Afrika (plus 31 Prozent) gestiegen. Afrika und Lateinamerika hätten im ersten Halbjahr einen Exportüberschuß von über 7 Mrd. DM gegenüber Deutschland erzielt.

Bangemann forderte zusammen mit Michael Otto, Vorstandsvorsitzender des gleichnamigen Versandunternehmens, die in Berlin vertretenen Länder auf, die Chancen auf dem Markt in der Bundesrepublik und in Europa zu nutzen. Otto hatte für dieses Anliegen aber auch konkrete Forderungen an die Politik bereit. Zum Nutzen der Messe und der Aussteller sollten die frei verkäuflichen Kontingente – das sind vor allem Textilien – heraufgesetzt und für alle in Berlin getätigten Kaufabschlüsse die Waren später zollfrei eingeführt werden. Dafür wäre die EG in Brüssel zuständig. An diese Adresse machte er auch den Vorschlag, Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern von allen Schutzmaßnahmen der EG auszuklammern.

HDI / Stärkere Inanspruchnahme durch Umweltschäden

Garantiemittel heraufgesetzt

HARALD POSNY, **Essen**

Der HDI-Versicherungskonzern hat 1983 seine Beitragseinnahmen mit rund 2,18 Mrd. DM (plus 7,9 nach 6,7 Prozent) wesentlich stärker gesteigert als die Obergesellschaft, der Haftpflichtverband der Deutschen Industrie aG (plus 2,6 Prozent auf 1,18 Mrd. DM). Für eigene Rechnung buchte der Konzern sogar eine Steigerung von 10,3 Prozent auf 2,17 Mrd. DM.

Ganz anders stellte sich nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Hans Faber die technische Rechnung dar. Der HDI weist für 1983 sogar nach Zuführung von 20,8 (24) Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen einen Gewinn von 3,9 Mill. DM aus, während der Konzern nach Dotierung der Schwankungsrückstellung mit 38,1 (40,7) Mill. DM einen technischen Verlust von 131,9 (97,5) Mill. DM verbuchen mußte.

Im Rohergebnis vor Steuern (104,8 nach 127,3 Mill. DM) schlägt sich der höhere Schadenaufwand bei den Rückversicherungsgesellschaften nieder. Nach Rückstellungen für Beitragsrückerstattung wurde trotz der auf 344 (272) Mill. DM gestiegenen Kapitalerträge das Jahresergebnis auf 20,1 (34,3) Mill. DM gedrückt, von denen 18 (31,1) Mill. DM im Konzern verbleiben. Mit deren Zuführung zu den Rücklagen wuchs nicht nur das Eigenkapital der Gruppe auf 272 (250) Mill. DM, die Garantiemittel erreichten ohne Berücksichtigung der von den Tochtergesellschaften noch zu beschließenden Zuführungen 3,65 (3,08) Mrd. DM. Sie betragen damit 194 (186) Prozent der Beitragseinnahmen für eigene Rechnung. Der Auslandsanteil am Konzern-Prämienvolumen stieg auf 32,9 (28,7) Prozent. Dabei handelt es sich überwiegend um in Rückdeckung übernommenes Geschäft der vier reinen – und zwei gemischten Rückversicherer. (Rund 43 Prozent des Auslandsgeschäfts kommen aus den USA). Die Hannover Rück, die hier die Führungsrolle hat, buchte 979 (863) Mill. DM an Beiträgen. Sie ist mit zwei Drittel nicht HDI-Gruppengeschäfts längst der Rolle des Haus-Rückversicherers entwachsen. *Der technische Verlust* stieg 1983 auf 83,7 (56,3) Mill. DM. Der schlechte Schadenverlauf bescherte dem Konzern eine Schadenquote für eigene Rechnung von 82,5 (81,4) Prozent.

Während im Konzern das Feuergeschäft zu 99 Prozent Firmengeschäft *ist, sind z. B. im Haftpflicht*bereich nur zehn Prozent Firmenverträge, die jedoch 90 Prozent des Prämienaufkommens bestreiten. Nach Angaben Fabers sind in den ersten sieben Monaten dieses Jahres die Beitragseinnahmen der HDI-Obergesellschaft um 4,3 Prozent gestiegen, der Schadenaufwand ging um 2,3 Prozent zurück. Der Münchener Hagelschlag kostete den HDI allein an Kaskoschäden netto 42 Mill. DM. Im Industrie-Haftpflicht-Bereich machen sich vermehrt Inanspruchnahmen durch Umweltschäden bemerkbar. Im Transportsektor nahmen Beiträge wie Schadenaufwand ab.

GHH/MAN / Strukturprobleme sind noch nicht völlig gelöst – Lkw-Bereich nicht mehr das große Sorgenkind

Auf der Suche nach einem Kooperationspartner

G. BRÜGGEMANN, **Oberhausen**

In den Aktionärsbriefen, die der Gutehoffnungshütte Aktienverein und seine Problemtochter MAN AG in der vergangenen Woche verschickten, stand alles wesentliche über das abgelaufene Geschäftsjahr der Gruppe. Die Mitteilung allerdings, daß alle GHH-Beteiligungsgesellschaften mit Ausnahme der MAN mit Gewinn arbeiten, besagt nicht viel, da die Tochter etwa die Hälfte der GHH-Geschäfte erbringt, ihre roten Zahlen deswegen, wenn auch mit einer Phasenverschiebung von einem Jahr, bei der Mutter voll zu Buche schlagen.

Nun hat MAN im vergangenen Jahr einiges zuwege gebracht. Der operative Verlust konnte auf weniger als die Hälfte des entsprechenden Verlustes im Vorjahr verringert werden. Der Bruttoverlust in der Größenordnung von 200 bis 250 Millionen Mark ist mit außerordentlichen Belastungen wie den Kosten für Sozialpläne in Höhe von 125 Millionen Mark und streikbedingten Ertragseinbußen von rund 35 Millionen hinreichend erklärt. Gleichzeitig aber ist das Unternehmen, wie Klaus Götte, seit zehn Monaten als GHH-Vorstandsvorsitzender und MAN-Aufsichtsratsvorsitzender im Amt, sagt, um die Kurve gekommen.

Die Roßkur, die der MAN verordnet worden war, beginnt zu wirken. Der Kapazitätsabbau ist weitgehend geschafft. Der Personalbestand sank in den vergangenen zwei Jahren um 10 000 Mitarbeiter. Götte ist sicher, daß sich alle Unternehmensbereiche auf dem richtigen Wege befinden, und er hält es für möglich, daß im Geschäftsjahr 1984/85 die Nullinie erreicht werden kann.

Dies bedeutet natürlich nicht, daß die Strukturprobleme des Konzerns auf Dauer gelöst wären, auch wenn einige Sorgenkinder nun nicht mehr ganz so viele Sorgen machen. Dazu gehört vor allem der Lkw-Bereich, dessen hohe Überkapazitäten zur krisenhaften Zuspitzung der Konzernsituation ganz wesentlich beigetragen hatten. Götte nennt die Lage in diesem Bereich jetzt stabil, nicht zuletzt auch, weil es dem Unternehmen gelungen ist, neben dem Kapazitätsabbau auch die Break-even-Schwelle erheblich abzusenken und bei der gegenwärtigen Produktionshöhe von 16 000 Einheiten überschreitbar zu machen. In den schwarzen Zahlen aber ist es noch nicht.

Hier wird nach einem Kooperationspartner Ausschau gehalten, was freilich nicht ganz ohne Probleme zu sein scheint. In der Bundesrepublik wird man schon aus kartellrechtlichen Gründen vergeblich suchen. Aber auch in anderen europäischen Ländern wird sich kaum ein geeigneter Partner finden. Auch wenn das in dieser Form nicht ausgesprochen wird, so besteht auf der einen Seite wohl nur geringe Neigung mit Staatsunternehmen zusammenzuarbeiten, auf der anderen Seite gibt es zur Unternehmensphilosophie privater Hersteller wie etwa Volvo so erhebliche Unterschiede, daß eine Kooperation wenig Sinn macht.

Es komme weniger auf die Addition von Fähigkeiten oder Kapazitäten an als auf die Realisierung von Synergie-Effekten, sagt Götte. Da aber auch die Japaner keine geeigneten MAN-Partner sind, sieht man mit Aufmerksamkeit nach Amerika. Eine Kooperation mit General Motors zum Beispiel kann der GHH-Chef sich durchaus vorstellen. „Wir sind da hellwach", sagt er.

Für den GHH-Konzern geht es im Augenblick vor allem darum, das Ganze zu sichern. Die Gruppe habe in der Überwindung der Krise erheblich an Substanz verloren, die wieder aufgebaut werden müsse. Auch im Umlaufhaushalt, der im wesentlichen die Verlustfinanzierung getragen habe, müsse bald wieder Luft geschaffen werden. Irgendwann werde man auch über den Verkauf von Konzernteilen nachdenken, aber ein Verkauf als Sanierungsmaßnahme war und ist nicht vorgesehen.

Als wenig dringlich sieht Götte auch die Überlegungen zur künftigen Organisationsstruktur des Konzerns an. Wenn auch die Lkw-Fertigung rechtlich verselbständigt wird, bestünde die MAN nur noch als eine Art Zwischenholding, für die es eine wirtschaftliche Notwendigkeit kaum gibt. Für Götte stellt sich solche Frage im Augenblick allerdings nicht, wenngleich er durchblicken *läßt*, daß eine Fusion von GHH und MAN ihm wenig sinnvoll erscheint. Sie erfordere viel Kapital zur Abfindung der freien Aktionäre, ohne daß dadurch zusätzlich Ertragskraft gewonnen würde. Eher scheint ihm vorzuschweben, die Doppelholding von denselben Leuten führen zu lassen, ohne sie rechtlich zusammenzuführen.

PHYWE

Kurs weiter ausgesetzt

dos. **Hannover**

Die seit längerer Zeit umlaufenden Gerüchte, nach denen der Göttinger Lehrmittel-Hersteller Phywe AG mit beträchtlichen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat, scheinen sich zu bestätigen. Auch gestern wurde das Papier an der niedersächsischen Börse zu Hannover nicht gehandelt, nachdem der Kurs am Montag ausgesetzt worden war. Zuletzt (30. 8.) notierte Phywe mit 95 DM je 100-DM-Aktie, nachdem der Kurs Anfang Juli noch bei 170 DM lag.

Eine Stellungnahme des Phywe-Vorstands war bis Redaktionsschluß nicht zu erhalten. Derzeit, so hieß es auf Anfrage, werde die Situation beraten. Das Unternehmen, das in früheren Jahren bereits im Mai den Geschäftsbericht vorgelegt hatte, ist mit den Abschlußarbeiten für 1983 in Verzug geraten. Aus Bankenkreisen verlautet jedoch, daß die negative Entwicklung der Vorjahre sich 1983 und im laufenden Jahr in verstärktem Maße fortgesetzt hat. Wie es heißt, wird 1984 ein Verlust in Höhe einer zweistelligen Millionen-Zahl einkalkuliert, nach etwa 6 Mill. DM im Jahre 1983. Für 1982 hatte Phywe noch eine Dividende von 6 Prozent auf das Grundkapital von 9,375 Mill. DM ausgeschüttet. Bereits damals wurde die Bilanz aber durch die Auflösung von Rückstellungen (3,1 Mill. DM), die Mobilisierung sonstiger Erträge (2,5 Mill. DM) und die Entnah*me anderer Rücklagen (0,54 Mill. DM)* ausgeglichen.

Hussel-Beteiligung an Sport-Voswinkel

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Hussel Holding AG, Hagen, beteiligt sich ab 12. Oktober dieses Jahres mit 50 Prozent am 22,5 Mill. DM Gesellschaftskapital an der Bochumer Einzelhandelsgruppe H. P. Voswinkel GmbH & Co. KG. Als Schuhhaus 1905 gegründet, hat sich das Unternehmen zu einem Filialbetrieb entwickelt, der mit 700 Mitarbeitern heute nicht nur im Schuhgeschäft, sondern auch im Bereich Sportartikel insgesamt 100 Mill. DM umsetzt. Insgesamt gehören zur Kette 22 Sport- bzw. Schuh/Sportfachgeschäfte (Voswinkel), 10 modisch orientierte Schuhfachgeschäfte (Lenz), 15 preisaggressive „Schuh-Stop Fachmärkte" sowie – testweise – drei Sportfachgeschäfte in den USA.

Mit dem Beteiligungserwerb setzt Hussel diese auf Fachgeschäfte ausgerichtete Geschäftspolitik in langfristig wachsenden Zweigen fort. Zur Hussel-Gruppe gehören Parfümerien, Drogeriemärkte, Süßwaren/Cafés, Bücher/Schallplatten und Schmuck/Uhren mit einem Gesamtumsatz (1983) von über 1,1 Mrd. DM. In den ersten 8 Monaten dieses Jahres buchte der Konzern ein Umsatzplus von 5,5 Prozent auf 680 Mill. DM, wobei die Ertragsentwicklung das bisherige Umsatzplus übertroffen habe.

SCHOTT / Hundert Jahre Produktion von Spezialglas

Stiftungsidee hat immer noch Bestand

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Einen Blick in die Schmelzwannen und damit die „hautnahe" Erfahrung, wie Glas entsteht, boten die Schott Glaswerke, Mainz, ihren Gästen aus Politik und Wirtschaft aus Anlaß des hundertjährigen Firmenjubiläums: Am 1. September 1884 wurde erstmals das Schmelzfeuer in dem von Otto Schott, Ernst Abbe und Carl Zeiss gegründeten „Glastechnisches Laboratorium Schott & Gen." in Jena entzündet.

Wie verschlungen die Entwicklungen des Unternehmens verliefen, zeigt die Tatsache, daß der Volkseigene Betrieb in Jena bereits Anfang dieses Jahres das 100jährige Jubiläum *des Jenaer Glaswerks feierte*, und als Anlaß dafür den ersten Spatenstich für das Glastechnische Laboratorium nahm.

Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West um das Markenzeichen Jenaer Glas wurden übrigens erst im Jahre 1981 beendet: Das „DDR"-Unternehmen verzichtet nach dieser Entscheidung auf den Namen Schott, das Mainzer Stiftungsunternehmen hat die Bezeichnung „Jenaer Glas" aufgegeben.

Aus den bescheidenen Anfängen des engagierten Gründersohnes Prof. Erich Schott, der unmittelbar nach dem Kriege mit 41 Mitarbeitern den Neuanfang im Westen wagte, ist heu*te Europas führender Spezialglas*-Hersteller geworden, der weltweit mit rund 13 000 Mitarbeitern in 55 Unternehmen mit über 40 Werken fertigt. Der Umsatz der gesamten Gruppe wird in diesem Jahr rund 1,5 Mrd. DM erreichen.

Schott ist eines der beiden Unternehmen der Carl-Zeiss-Stiftung, Heidenheim, die keine Eigentümer und Anteilseigner kennt. Ziel der bereits 1896 von Ernst Abbe gegründeten Stiftung ist unverändert die wirtschaftliche Absicherung des Unternehmens, die Fürsorge für die Mitarbeiter und die Förderung gemeinnütziger Einrichtungen sowie der naturwissenschaftlichen Forschung und Lehre.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Nachl. d. Peter Dertz; **Bochum:** Karin Frank; **Frankfurt/Main:** Kälte-Technik Schubert & Mülling GmbH., ges. vertr. d. d. Geschäftsführer Wolfgang Schubert; **Freudenstadt:** FDS Baubetreuungs-GmbH; **Hamburg:** Nachl. d. Holger Landresen; **Herford:** Novomix-Edelputz GmbH; **Neuss:** Lennart Norrman; **Nürnberg:** Nachl. d. Maximilian Fabian Labich, Hilpoltstein.

Anschlußkonkurs eröffnet: Nürnberg: Ges. f. variable Hausbausysteme mbH.

Konkursverfahren scheint gesichert

dpa/VWD, **Frankfurt**

Das Konkursverfahren über die zusammengebrochene Offenbacher Lederfirma *Moritz Mädler scheint* gesichert. Nach Sonderverkäufen in den verbliebenen Mädler-Läden und im Werk Offenbach sei inzwischen die „Kassenlage gut", erklärte Konkursverwalter Kurt Lautenbach. Er begründete seine Zuversicht über einen positiven Ausgang des Verfahrens damit, daß die Beschäftigten des zusammengebrochenen Unternehmens den „Rangrücktritt hinter die Massekosten" erklärt hätten. Damit seien die für die Durchführung eines Konkursverfahrens mindestens notwendigen Gelder für die Gerichts- und Verwaltungskosten gesichert.

Nach Lautenbach liegt darüber hinaus ein unterschriftsreifer Vertrag über den Verkauf von Teilbereichen des Unternehmens unter Einschluß des „nach wie vor begehrten Markennamens Mädler" vor; interessiert sei ein deutscher Käufer. Einzelheiten sollen am 25. September auf der Gläubigerversammlung in Offenbach bekanntgegeben werden.

Pax Leben steigert Kunden-Überschuß

Py. **Düsseldorf**

Die Pax Schweizerische Lebensversicherungs-Gesellschaft, Basel, *hat 1983 aus dem Gesamtgeschäft mit* einem Überschuß von 34,7 (33,1) Mill. sfr abgschlossen, der nach Dotierung der Reserven insgesamt in den Überschußfonds zugunsten der Versicherten floß. Der Gesamtprämieneingang erhöhte sich auf 231 (211) Mill. sfr, von denen rund 10 (9) Mill. sfr aus dem deutschen Geschäft der Niederlassung in München stammt. Vom Prämienaufkommen der Gesellschaft in der Schweiz entfielen gut 41 Prozent auf das Gruppengeschäft. An Überschüssen wurden rund 26 (22) Mill. sfr gutgeschrieben oder ausgezahlt.

Insgesamt werden bei der Pax für 15,9. Mrd. sfr. Lebensversicherungen verwaltet, *davon für 8,5 Mrd. sfr* Zusatzrisiken und für 6,5 Mrd. sfr Kapitalversicherungen, davon in Deutschland 295 Mill. DM. Aus 1,53 (1,41) Mrd. sfr Kapitalanlagen, überwiegend Hypotheken und Grundbesitz, wurden Kapitalerträge von 80 (77,5) Mill. sfr verbucht. Das Deckungskapital liegt bei 1,41 (1,31) Mrd. sfr.

Jeder zweite Tanker ist überflüssig

dpa/VWD, **Hamburg**

Auf dem Welt-Tankermarkt besteht nach Ansicht der Deutschen Shell weiter ein großes Überangebot, obwohl die Welttankerflotte sich von ihrem Höchststand von rund 350 Mill. Tonnen Tragfähigkeit 1977 auf derzeit nur noch 275 Mill. Tonnen verringert hat. Nach Aussagen von Horst Völker, Geschäftsführer der Deutsche Shell Tanker GmbH, Hamburg, würde für diegegenwärtige Ölversorgung eine Flotte mit etwa 150 Mill. Tonnen ausreichen.

Daß zur Zeit nur Tankschiffe mit insgesamt 62 Mill. Tonnen stillgelegt sind, führt Völker darauf zurück, daß Tanker seit längerem ihre Fahrtgeschwindigkeit nicht voll nutzen, um Brennstoff und damit Kosten zu sparen. *Damit* und durch das sogenannte Multi-Port-System verminderte sich die Umlaufgeschwindigkeit der Schiffe. Beim Multi-Port-System nehmen die Tanker Ladung in mehreren Häfen auf und löschen sie an mehreren Zielpunkten. Ferner benutze man Großtanker auch als Lagerschiffe für strategische Reserven.

SUPERMÄRKTE / Betriebsvergleich des Instituts für Selbstbedienung

Zum ersten Mal ohne Umsatzplus

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Zum ersten Mal seit 1957 – dem Jahr der Einführung von Betriebsvergleichen des Kölner Instituts für Selbstbedienung (ISB), haben die SB-Geschäfte in der Bundesrepublik kein nominales Umsatzwachstum erzielt. Die ISB-Auswertung weist einen Umsatzrückgang um drei, preisbereinigt um 5,2 Prozent aus. Im letzten Jahr wurde noch ein Prozent nominal zugelegt, real jedoch wurde ein Minus von 5,8 Prozent ausgewiesen. Diese negative Entwicklung hat sich über alle Größenklassen erstreckt, wobei die Größenklassen von 600 bis 800 bzw. 800 *und mehr* Quadratmeter Verkaufsfläche mit einem preisbereinigten Minus von 3,2 bzw. 1,2 Prozent noch verhältnismäßig gut abschnitten.

Im Durchschnitt lag der Umsatz je Betrieb bei 4,25 Mill. DM, im Durchschnitt der Supermärkte (über 400 qm Verkaufsfläche) bei 5,80 Mill. DM, bei SB-Märkten (250 bis 400 qm) um 3,51 Mill. DM und bei SB-Läden (bis 250 qm) um 1,89 Mill. DM. Der Gesamtdurchschnitt an Verkaufsfläche betrug 436 qm, bei Supermärkten 625, bei SB-Märkten 333 und bei SB-Läden 162 qm.

Die Sortimentsstruktur hat sich der Untersuchung zufolge kaum verändert. Der Frischwarenanteil lag im Durchschnitt bei 49 Prozent (vor allem Obst, Gemüse, Fleisch, Molkereiprodukte und Wurst). Das übrige *Lebensmittelsortiment* bestritt 41 Prozent (mit sinkender Tendenz je größer die Geschäfte), der Nicht-Lebensmittelbereich zehn Prozent (mit steigender Tendenz bei SB-Läden und SB-Märkten). Hier ist einmal eine deutliche Hinwendung zum Frischsortiment bei größeren Supermärkten, *auf der anderen Seite eine* stärkere Betonung des Non-food-Bereichs bei SB-Läden und SB-Märkten und damit eine Profilierung hin zum typischen Nachbarschaftsladen mit erweitertem Zusatzbedarf erkennbar.

Als einzige Größenklasse (nach qm) erzielten die Supermärkte mit 800 und mehr qm ein Umsatzplus je qm Verkaufsfläche (plus 6,6 Prozent auf 9474 DM). Im Durchschnitt aller Größenklassen fiel der Quadratmeter-Umsatz um 2,5 Prozent auf 10 404 DM, am geringsten noch bei SB-Märkten (minus 1,6 Prozent auf 10 597 DM). Den höchsten Umsatz erzielten die SB-Läden mit 12 184 DM/qm (minus 2,7 Prozent). Dennoch: Der kleinste SB-Laden übertrifft den größten Supermarkt nur noch um 28,6 (40) Prozent in der Flächenproduktivität.

Die von Betreibern der Supermärkte beklagte Mietkostenlage blieb angespannt. Im Durchschnitt wurden 2,9 (2,5) Prozent vom Umsatz für Mietkosten aufgewendet. Die Gesamtkosten (einschl. Personalkosten) machten 14,8 (14) Prozent des Umsatzes aus. Je Beschäftigten wurden im Gesamtdurchschnitt 388 420 (335 687) DM umgesetzt. Dabei war die Personalproduktivität in Supermärkten über 800 qm mit 407 798 (403 850) DM am höchsten. In den SB-Läden ging sie als einzige Größenklasse – bemerkenswert – um 5017 auf 292 758 DM zurück. Für den Rückgang des Umsatzes war in fast jedem Fall auch eine Verringerung der Mitarbeiteranzahl mitverantwortlich.

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Einbußen in allen Sichten verzeichneten Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	31. 8.	30. 8.
Sept.	342,00	341,75
Dez.	352,00	353,00
März	358,75	359,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	31. 8.	30. 8.
St. Lawrence 1 CW	unerhältl.	unerhältl.
Amber Durum	unerhältl.	–
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	136,00	136,30
Dez.	140,00	140,50
März	147,00	147,30
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	122,00	142,50
Dez.	120,00	120,00
März	123,40	123,70
Hafer Chicago (c/bush)	31. 8.	30. 8.
Sept.	179,25	177,25
Dez.	179,50	179,25
März	175,75	175,00
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	295,75	299,50
Dez.	283,25	284,50
März	289,50	290,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	31. 8.	30. 8.
Okt.	125,20	125,10
Dez.	128,00	128,30
März	129,00	129,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	31. 8.	30. 8.
Terminkontr. Sept.	149,50	151,60
Dez.	146,80	149,05
März	145,70	147,05

Kakao New York ($/t)	31. 8.	30. 8.
Terminkontr. Sept.	2525	2535
Dez.	2332	2351
März	2274	2300
Umsatz	3047	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,10	4,18
Okt.	4,10	4,65
Jan.	4,59	5,32
März	5,20	5,85
Mai	5,78	6,11
Umsatz	13 119	12 805
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	31. 8. 4,24	30. 8. 4,21
Kaffee London (£/t) Robusta-	3. 9.	31. 8.
Kontrakt Sept.	2393–2395	2422–2425
Nov.	2424–2425	2448–2449
Jan.	2341–2342	2376–2378
Umsatz	1970	3043
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	2088–2090	2085
Dez.	1865–1866	1874–1875
März	1801–1804	1810–1812
Umsatz	1225	3834
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Okt.	127,40	130,40–130,80
Dez.	136,80–137,40	140,00
März	153,20–153,40	156,40–156,60
Umsatz	2083	4117
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	30. 8.	31. 8.
schw. Sarawak spez.	395,00	395,00
weißer Sarawak	670,00	670,00
weißer Muntok	677,50	675,50

Orangensaft New York (c/lb)	31. 8.	30. 8.
Sept.	170,80	171,80
Nov.	170,40	170,75
Jan.	169,30	169,70
März	169,70	169,80
Mai	169,70	170,25
Umsatz	600	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	31. 8.	30. 8.
Südstaaten fob Werk	41,00	42,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,25	27,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	27,30	27,60
Okt.	27,00	27,40
Dez.	26,65	27,10
Jan.	26,70	27,18
März	26,70	27,20
Mai	26,70	27,25
Juli	26,70	27,25
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,00	31,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,50	unerhältl.
Choice white hog 4% fr. F.	20,25	unerhältl.
Talg New York (c/lb)		
top white	21,00	21,00
fancy	20,75	20,75
bleichfähig	19,00	19,00
yellow max. 10% fr. F.	16,25	16,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	47,00	47,25
Dez.	49,37	48,95
Febr.	51,65	51,50
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	65,85	66,15
März	66,05	65,35
Mai	66,85	66,05

Häute Chicago (c/lb)	31. 8.	30. 8.
Ochsen einh. schwere River Northern	unerhältl.	70,00
Kühe einh. schwere River Northern	unerhältl.	57,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	634,00	650,00
Nov.	638,00	654,00
Jan.	649,00	665,00
März	665,00	680,00
Mai	675,00	688,50
Juli	680,00	695,00
Aug.	678,00	690,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	151,00	152,80
Okt.	153,50	155,80
Dez.	159,50	162,00
Jan.	162,00	165,00
März	166,00	167,60
Mai	171,00	174,00
Juli	175,00	176,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	31. 8.	30. 8.
Okt.	357,10	361,80
Dez.	366,00	370,30
März	381,50	385,90
Kokosöl New York (c/lb)	31. 8.	30. 8.
Westküste fob Werk	48,00	49,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	4. 9.	3. 9.
jegl. Herk. cif	975,00	885,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	640,00	640,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	600,00	590,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	234,00	219,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1165,00	1050,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	305,00	305,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	31. 8.	30. 8.
Okt.	64,65	64,81
Dez.	65,90	65,80
März	67,95	67,75
Mai	69,15	69,11
Juli	70,35	70,10
Okt.	70,40	70,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS -1:	46,375	46,375
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	3. 9.	31. 8.
Okt.	508–509	493–498
Dez.	505–509	501–504
Jan.	518–519	502–504
Umsatz	214	43
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	3. 9.	31. 8.
Okt.	unerhältl.	51,60
Dez.	unerhältl.	51,40
März	unerhältl.	52,20
Mai	unerhältl.	53,10
Umsatz	–	0
Tendenz: nominal		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	3. 9.	31. 8.
Okt.	580,5–582,0	582,0–566,0
Dez.	573,0–574,0	555,00
März	578,5–583,0	572,0–573,0
Umsatz	26	32
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	3. 9.	31. 8.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	3. 9.	31. 8.
Sept.	13 251	13 245
Okt.	13 175	13 153
Kautschuk London (p/kg)	3. 9.	31. 8.
Nr. 1 RSS loco	63,50–65,00	63,00–65,00
Okt.	–	64,50–65,00
Nov.	65,60	65,50–66,00
Dez.	66,50	66,50–67,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	3. 9.	31. 8.
Sept.	216,50–217,25	geschl.
Okt.	217,75–218,25	geschl.
Nr. 2 RSS Sept.	208,00–209,00	geschl.
Nr. 3 RSS Sept.	204,50–205,50	geschl.
Nr. 4 RSS Sept.	197,50–198,50	geschl.
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	3. 9.	31. 8.
BWC	710,00	710,00
BWD	695,00	695,00
BTC	710,00	710,00
BTD	695,00	695,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	4. 9.	3. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	122,16–122,35	127,42–127,61
drittfolg. Monat	125,29–125,48	130,84–131,22
Zink: Basis London		
laufend. Monat	231,25–231,63	231,68–232,06
drittfolg. Monat	231,25–232,10	231,68–232,06
Produz.-Preis	289,28	287,89
Feinzinn 99,9%	3981–4021	3954–3993

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	4. 9.	3. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke		
(DEL-Notiz)*)	394,45–396,34	400,31–402,21
Blei in Kabeln	130,00–131,00	135,25–136,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	4. 9.	3. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	385–386	388–389
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430–434	433–436
MS 63	416–420	420–425

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	3. 9.	31. 8.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	geschl.

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	4. 9.	3. 9.
Leg. 225	390–393	390–393
Leg. 226	392–395	392–395
Leg. 231	422–425	422–425
Leg. 233	432–435	432–435

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	4. 9.	3. 9.
Platin (DM je g)	33,60	33,65
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 550	32 750
Rücknahmepr.	31 800	32 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 750	32 990
Rücknahmepr.	31 930	32 160
verarbeitet	34 350	34 610
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 200	32 450
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	694,20	701,00
Rücknahmepr.	673,70	680,30
verarbeitet	724,70	731,80

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	4. 9.	3. 9.
10.30	341,75	346,20
15.00	341,20	344,50
Zürich mittags	341,25–341,75	345,00–345,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98 900	99 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	556,05	560,75
3 Monate	570,35	575,15
6 Monate	584,35	589,70
12 Monate	615,60	620,55
Platin (£-Feinunze) London	3. 9.	31. 8.
fr. Markt	258,45	259,25
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	106,70	105,15

New Yorker Preise	31. 8.	30. 8.
Gold H & H Ankauf	343,25	347,25
Silber H & H Ankauf	745,00	749,30
Platin fr. Händlerpr.	342,00–343,50	342,00–343,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	138,50–139,50	138,50–139,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	745,00	746,80
Okt.	750,80	753,80
Nov.	758,30	761,30
Dez.	765,00	767,00
Jan.	773,40	776,40
März	788,70	790,00
Mai	804,40	807,40
Umsatz	12 000	22 000

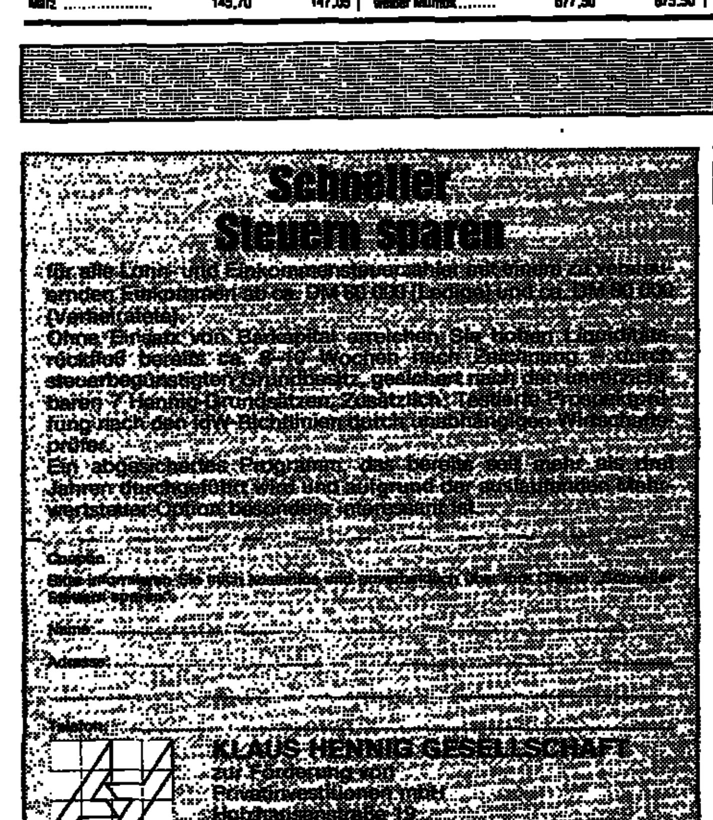
New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	31. 8.	30. 8.
Sept.	61,05	60,65
Okt.	61,70	61,30
Dez.	62,40	62,00
Jan.	63,05	62,65
März	62,75	63,35
Mai	64,56	64,50
Juli	66,05	65,75
Umsatz	4000	19 000

Londoner Metallbörse

	4. 9.	3. 9.
Aluminium (£/t)		
Kasse	787,00–787,50	799,00–800,00
3 Monate	811,00–811,50	822,50–823,00
Blei (£/t) Kasse	322,20–322,70	330,50–331,50
3 Monate	330,50–331,00	339,00–340,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1028,0–1028,5	1041,5–1042,0
3 Monate	1048,0–1048,5	1059,5–1060,5
abends Kasse	–	1037,0–1038,0
3 Monate	–	1057,0–1057,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1041,0–1042,0	1047,0–1049,0
3 Monate	1048,0–1050,0	1057,0–1059,5
Zink (£/t) Kasse	610,00–611,00	609,00–610,00
3 Monate	611,00–612,00	609,00–610,00
Zinn (£/t) Kasse	9435–9437	9350–9355
3 Monate	9325–9330	9270–9272
Quecksilber ($/Fl.)	–	300–310
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	80–84

IMMOBILIEN / KAPITALIEN



Rom. gel. Bauernhaus

mit Nebengeb., ca. 1900, Alleinlage, südl. Cloppenburg, Ziegelfachwerk, tot. renov., el. Nachtsp.hzg., Winterg., Alarmanl., Grundst. ca. 3500 m², 200jähr. Eichen; ca. 240 m² Wfl., 10 Zi., Kü., Di., 2 Bäder; Nebengeb. ca. 40 m², 2 Zi., Kü., Bad, DM 465 000,–.

Zuschriften erb. unter K 9241 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Einfamilienhaus

sehr gepflegt, ausgebautes Dachgeschoß, Baujahr 1957, ruhiger Südhang Nähe Park Lohbachtal in DO-Berghofen, von Privat zu verkaufen. Grundstück mit altem Baumbestand 890 m², Wohnfläche 205 m², Einliegerwohnung möglich, Garage unterkellert, überdachter Freisitz, Terrasse, 650 TDM v. S.

Tel. 02 31 / 46 65 33

Reiterhof in Lemgo
mit Reithalle und Gaststätte

in landschaftlich schöner und für Reiter idealer Lage (Hamelner Str. 136).

Auf dem Gelände befindet sich ein Dressurplatz und ein Springplatz. Es sind Pferdeställe mit den entsprechenden Boxen für 42 Pferde vorhanden. Kurz vor der Fertigstellung ist ein Gästehaus mit insgesamt 22 Gästebetten. Gesamte Grundstücksgröße: 15 981 m² (Erbbaurecht).

Baulichkeiten:
Reithalle: 920 m²
Pferdeställe 450 + 230 m²
Haferkammer: 130 m²
Anbau: 170 m²
Gaststätte: 203 m²
Pensionshaus: 370 m²
mit 11 Gästezimmern sowie sanitären Einrichtungen
Wohnung: ca. 150 m²
Verkehrswert: DM 1 350 000,-

am 13. 9. 1984 – 10.00 Uhr – in Zwangsversteigerung beim Amtsgericht Lemgo-Bracke, Am Lindenhaus 2, Saal 102, u. U. günstig zu erwerben.

Anfragen richten Sie bitte an die beteiligten Kreditinstitute unter Chiffre CU 6429 Anzeigen Hess, Friesenstraße 35, 5000 Köln 1, oder Tel. 0 52 61 / 1 00 11 - 13 u. 02 21 / 57 21 - 3 11

Wir suchen Interessenten für ein

Grundstück
von ca. 15 000 m²
im Stadtzentrum von Lünen

Das Grundstück liegt in ruhiger Wohnlage, trotzdem in der Nähe des Hauptbahnhofs, in einem Gebiet mit durchschnittlich dreigeschossiger Bauweise.

Vorhanden sind ein Bürohaus mit ca. 800 m² in drei Etagen und zwei Lagerhallen in Leichtbauweise mit ca. 3500 m².

Interessenten, die am Kauf des gesamten Objektes oder an der Anpachtung der Gebäude interessiert sind, bitten wir, sich zu melden unter M 9243 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

IBIZA – TRAUMLAGEN

Terrassenhäuser, neu, im ibizenkischen Stil, 2 SZ, 2 Bäder, Kamine, Komf.-Ausstattung, sehr solide Ausführung, in kleiner Edelurbanisation mit Pool, Gartenanlagen, direkt an einer Badebucht m. traumhaftem Ausblick.

Luxus-Residenzen in überragender Architektur, mit allem Luxus, in perfektester Ausführung, auf Grundstücken ab 2500 m² mit Pool, angelegtem Garten mit Privatstrand, an eigener Küstenstraße – für höchste Ansprüche – ab ca. 400 000,– DM.

Anfragen: Tel. 02 28 / 37 38 38

Graubünden

Preisgünstige 1½- bis 4½-Zimmer-Ferienwohnungen, 140 000 bis 300 000 sfr. Rustikal ausgebaut, bezugsbereit. Direkt vom Ersteller.

Tel. 00 41 72 / 64 18 18 vormittags

Zwischen Ammersee u. Alpen

Rustik. Landhaus m. Einliegerwhg., n. freist., 256 m² Wohn-/Nfl., 680 m², Bergblickgrundst. a. Dorfrand, v. Holz, Kachelofen, Fußb.-Hzg., Sauna, 448 000,– DM. Tel. 0 81 93 / 80 59

Ladenlokale

mindestens 40 m², gesucht.
Firma Wero-Plast
Tel. 0 68 38 / 5 35

Fußgängerzone

(2759) Geschäftshaus im Ruhrgebiet; Mieteinnahmen 800 000,– DM netto, *Kaufpreis 9,6 Mio. DM.*
CONTREST GMBH
Boppstraße 1, 6500 Mainz
Tel. 0 61 31 / 67 90 84

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8 579 104 aufgeben.

Nur gut 1 Autostunde von Bonn, Köln, Düsseldorf und Krefeld entfernt in traumhafter Uferlage am Rursee

Liebhaberobjekt, gepflegtes Wohnhaus mit kompletter Einrichtung und Hausrat, 1500 m² Grundstück, 100 m Seefront, Südlage, Fernblick, Hochwaldbestand, durch Tor abgeschlossene eigene Zufahrt von Publikumsverkehr isoliert, 2 Wohnzi., 4 Schlafzi., 2 Bäder, 2 WC, komplette Küche, Garage, zu verkaufen. Preis VB TDM 650,–.

Angebote unter Y 9253 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Zahlungsunfähig?

Wir helfen Ihnen.
Althoff und Partner KG
Beratungs- u. Besicherungsges.
Königstr. 12, 4402 Greven
Sa.-Nr. 0 25 71 / 13 51

Gewerbegebiet Westerstede

Gewerbeobjekt: 4000 m² Areal, befestigt und eingefriedet mit 704 m² heizbarer Produktions- bzw. Lagerhalle und 362 m² Büro- und Ausstellungsfläche. *Bj. 1980, sehr gute Bauausführung, gute Verkehrsverbindung* (direkter BAB-Anschluß), Verhandlungsbasis 750 000,– DM, nähere Informationen: Tel. 04 41 / 23 76 42–646, montags – freitags 8.00–16.00 Uhr.

Kanada – Nova Scotia
Krisenfeste Kapitalanlage

Atlantik-Grundstücke, 15 000 m², *ab 30 000 DM*, See-Grundstücke sowie Halbinseln, Farmen. 6 Flugstunden Amsterdam/Halifax–Kanada, provisionsfrei.

Norbert Schulz Immobilien
Monheimsallee 7–9
T. 02 41 / 2 28 91 o. 0 24 71 / 45 80
5100 Aachen

Für wenige privilegierte Anleger Investition in Zukunftstechnologie

Kanadische Venture-Kapitalgesellschaft ermöglicht Beteiligung am Stammaktienkapital (Can.-$ 100 000,- bereits reserviert) mit Option auf Beteiligung an der US-Schwestergesellschaft. Volles Stimmrecht ist selbstverständlich gewährleistet.

Erfahrenes Management mit erstklassigen Beziehungen und Top-Referenzen garantiert hochinteressante Rendite. Die Abwicklung erfolgt bei voller Sicherheit über Schweizer Bank.

Nähere Informationen: The Noramtec Projekt
Chiffre J 10 526 IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich



BESITZER IN DER SCHWEIZ MIT NUR sFr. 15 000,– (EIGENKAPITAL)

Der Rest sFr. 140 000,– mit Hypothek zur Verfügung. Zinsen 6¼ % 2½-Zi.-WOHNUNG mit Küche.
Am Fuß der Skipisten, 1½ Std. von Basel entfernt.
Auskunft: GRATISA SA/Moléson, 1651 Gruyères.
Tel.: 00 41-2 96 15 78 oder abends 00 41-21-56 50 62
Telex: 9 40 046 Mol, Herrn Briguet.

Anzeigenschlußtermin für Immobilien- und Kapitalien-Anzeigen:

Donnerstag 10.00 Uhr

Bitte Aufträge und Druckvorlagen an:
DIE WELT/WELT am SONNTAG
Anzeigenexpedition
Postfach 10 08 64
4300 Essen 1
Tel.: (02054) 101-511, -1
Telex: 8 579 104

DIE WELT / WELT am SONNTAG – Die Große Kombination

Landgut Castelfalfi im Herzen der Toscana

In 30/60 Minuten von Florenz, San Gimignano, Siena, Viareggio, Pisa werden im Landgut Castelfalfi mit 1500 Hektar restaurierte Wohnungen im mittelalterlichen Borgo verkauft.

Golfplätze 18 Löcher, Jagdreserve, Fischgründe, Reitschule, Tennis, Schwimmbäder, Seen, Restaurants, Geschäfte, Bank.

Naturprodukte: Qualitätswein, Olivenöl, Milch, Fleisch.

Auskünfte: CALFIN S.r.l.
Via Rasori 13 – Milano/Italien, 02 / 4 69 73 58 – 7



In Düsseldorf sind fast 100.000 qm Bürofläche zu haben. Am Kennedydamm allerdings nur noch 13 Etagen.

Haben Sie Ihr Unternehmen so erfolgreich geführt, daß Sie expandieren? Wollen Sie ein neues Unternehmen gründen? Eine Frage stellt sich in jedem Fall: Die Frage nach dem geeigneten Standort.

Die Lösung könnte für Sie am Kennedydamm in Düsseldorf liegen.

Nicht ohne Grund beschränkt sich das Angebot in dieser renommierten Lage auf nur noch 13 Etagen. Im Kennedydamm-Center. Denn in Düsseldorf, dem „Schreibtisch des Ruhrgebietes", legt man besonderen Wert auf exklusives Niveau. Niveau der Lage ebenso wie der Architektur.

Es versteht sich von selbst, daß auch das Interieur entsprechend konzipiert und realisiert wurde. Das Raumangebot zeichnet sich durch besondere Flexibilität aus. Damit Sie die neuen Büroräume nach Ihren individuellen Bedürfnissen planen können. Es spielt dabei keine Rolle, ob Sie nun 250 qm oder mehr als 1.000 qm auf einer Etage benötigen.

Wir laden Sie ein, dieses neue Objekt so bald wie möglich zu besichtigen.

Für Interessenten haben wir Musterbüros eingerichtet. Wenn Sie einen Termin vereinbaren oder weitere Fragen zur Vermietung hören wollen, rufen Sie bitte Industrie-Immobilien Müller an: 0211/50 40 81.

DAS KENNEDYDAMM-CENTER.





SCHWEIZ

Direkt vom Ersteller zu verkaufen:

WOHNUNGEN von 3, 4, 5 Zimmern

- an bevorzugter Wohnlage in Nähe des Dorfzentrums, mit schöner Fernsicht. Erstklassige Ausbauqualität. Gute Zufahrt.
- Bezugsbereit.
- Festpreise ab sfr 350 000,–. Garage zu mieten.
- Verkauf an Ausländer bewilligt.

Für Auskünfte und Besichtigung wenden Sie sich an:



GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Hotel – Restaurant – Kiosk

Toplage, sehr gepflegt u. stark frequentiert, 20 Betten, 8 Doppelzimmer m. Bad, 4 Einzelzimmer m. Bad, alles voll eingerichtet. 150 Sitzpl., davon 80 Sitzpl. im Konferenzraum. Brauereifrei. Ferner 4 Zi., KDB, Privatwohnung. Wäsche, Lampen, Bilder, Schränke, Tische, Stühle, Spiegel, Kristalldeckenleuchter u. v. m. lt. vorliegender Inventarliste. Sofortige Übernahme mögl. Wenig Eigenkapital erforderl., da weit unter Preis. Umsatzzahlen liegen vor. Preisvorstellung: Mio. 1,335 DM VB.

Immobilien Etsch GmbH, 6900 Heidelberg
Im Sand 5, Telefon 0 62 21 / 1 29 10

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Pause im Rentenhandel

Nach den beachtlichen Kursheraufsetzungen in den letzten Wochen kam es auch am Dienstag wieder zu Konsolidierungen; geschäftsbehindernd wirkte sich der weiter gestiegene Dollarkurs aus. Im Bereich der Bundesobligationen waren Tauschoperationen festzustellen, die sich zu Lasten der älteren Emissionen auswirkten. Bei den Bundesanleihen war die Tendenz überwiegend behauptet, in einzelnen Emissionen bröckelten die Kurse jedoch leicht ab. Am Pfandbriefmarkt machte sich die Konsolidierungsphase lediglich in niedrigen Umsätzen bemerkbar.

	4. 9.	3. 9.
D 8 LAG TS 76	101,3	101,2
6½ dgl. TS 77	98,2G	98,1
5½ dgl. 78	95,4G	95,4
7 dgl. 79	99,5	99,5

Sonderinstitute

Industrieanleihen

	4. 9.	3. 9.
F 6 Badenwerk 78	96	96
5 Bayernw. 59	99G	99G
F 8 Chem. Hüls 71	100,35T	100,35T
7¾ Cont. Gum. 71	100	100
5¾ HEW 82	97,25G	97,25G
7½ dgl. 71	100,5	99,75G
4½ Harpen 59	200G	199G
6 Hoesch 64	99,7T	99,7G
7½ dgl. 71	100G	100G
7½ Karstadt 71	99,85G	99,85G
7½ Kaufhof 71	99,85	99,85G
7¾ dgl. 71	100G	100G
7½ dgl. 75	100T	99,85T
7½ Klöckner W. 71	99,25G	99,25G
8 dgl. 72	100T	100bB
6 NWK 61	98,75G	98,75G
6 dgl. 62	97,25G	97,25G
6 ObDon. Krw. 64	95T	95T
6 Rh. Bdgw. 63	96G	95,25G
6 dgl. 65	95	95G

Optionsanleihen

Währungsanleihen

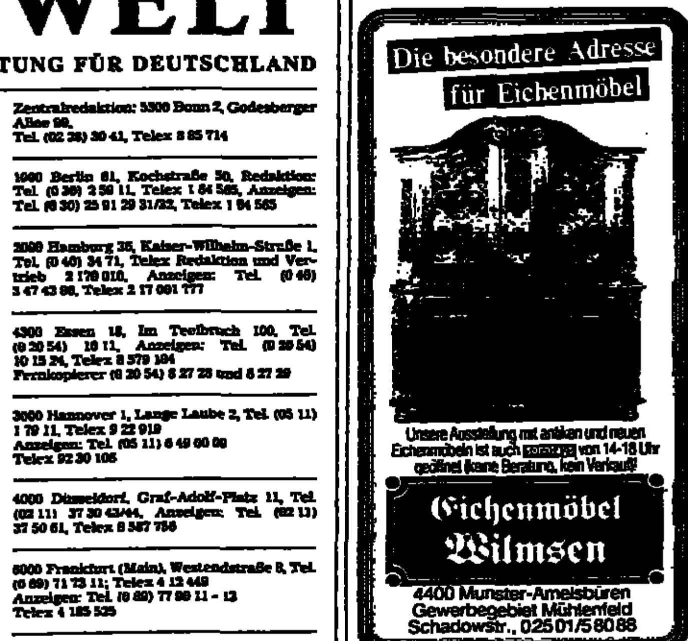
	4. 9.	3. 9.
6½ Kopenhagen 72	96,75G	96,75G

Wandelanleihen

	4. 9.	3. 9.
H 8 Beiersdorf 82	173	172G
D 9 Girmes 74	308bG	308bG
6½ KSB 83	123	113
F 8 Pfaff 84	119G	119

Anmerkungen:
- = Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM







STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1984/85

Rechtswissenschaften
Erstsemester

von	nach
1 Augsburg	Frankfurt
2 Augsburg	Gießen
3 Augsburg	Göttingen
4 Augsburg	Hannover
5 Augsburg	Hamburg
6 Augsburg	Uni Kiel
7 Augsburg	Mainz
8 Bielefeld	Bonn
9 Bielefeld	Bochum
10 Bielefeld	Hamburg
11 Bielefeld	Köln
12 Bielefeld	Uni Kiel
13 Bielefeld	Münster
14 Bonn	Münster
15 FU Berlin	Hamburg
16 FU Berlin	Köln
17 FU Berlin	Uni Kiel
18 Bayreuth	Bonn
19 Bayreuth	Frankfurt
20 Bayreuth	Göttingen
21 Bayreuth	Hannover
22 Bayreuth	Bremen
23 Bayreuth	Heidelberg
24 Bayreuth	Hamburg
25 Bayreuth	Uni Kiel
26 Bayreuth	Mannheim
27 Bayreuth	Münster
28 Bayreuth	Mainz
29 Bayreuth	Saarbrücken
30 Gießen	Frankfurt
31 Gießen	Münster
32 Gießen	Mainz
33 Uni Kiel	Hamburg
34 Konstanz	Bonn
35 Konstanz	Bochum
36 Konstanz	Freiburg
37 Konstanz	Hannover
38 Konstanz	Heidelberg
39 Konstanz	Hamburg
40 Konstanz	Köln
41 Konstanz	Uni Kiel
42 Konstanz	Münster
43 Konstanz	Uni München
44 Konstanz	Mainz
45 Konstanz	Trier
46 Konstanz	Tübingen
47 Marburg	Bonn
48 Marburg	Bochum
49 Marburg	Hamburg
50 Marburg	Köln
51 Marburg	Münster
52 Passau	Uni München
53 Passau	Mainz
54 Regensburg	Bonn
55 Regensburg	Heidelberg
56 Regensburg	Köln
57 Regensburg	Mannheim
58 Regensburg	Münster
59 Saarbrücken	Bonn
60 Saarbrücken	Bochum
61 Saarbrücken	Gießen
62 Saarbrücken	Heidelberg
63 Saarbrücken	Hamburg
64 Saarbrücken	Köln
65 Saarbrücken	Münster
66 Trier	Bonn
67 Trier	Köln
68 Würzburg	Hamburg

Betriebswirtschaft
Erstsemester

von	nach
1 Bamberg	Mannheim
2 Bamberg	Tübingen
3 Bielefeld	Aachen
4 TU Berlin	Aachen
5 Bayreuth	Aachen
6 Bayreuth	Uni München
7 Gießen	Frankfurt
8 Hamburg	Saarbrücken
9 Marburg	Frankfurt
10 Regensburg	Uni München
11 Saarbrücken	Mannheim
12 Siegen	Aachen
13 Siegen	Frankfurt
14 Siegen	Hamburg
15 Siegen	Köln
16 Siegen	Mannheim
17 Siegen	Münster

Aktien teilweise freundlicher

Tauschoperationen sorgten für Schwankungen

DW. – Die vorbörslich in einigen Papieren noch herrschende Kauflust wurde im Börsenverlauf durch zeitweise recht massive Abgaben gedämpft. Das Material fand später zu leicht weichenden Notierungen aber flott Aufnahme, insgesamt wurde die Tendenz später wieder freundlicher. Das war insbesondere bei den Vortagsfavoriten Mannesmann, Hoesch und Thyssen der Fall. Dagegen ist der Anstieg der Technologiewerte zum Stillstand gekommen. Einige Sonderbewegungen sorgten auch am Dienstag wieder für eine Geschäftsbelebung.

Zu den vernachlässigten Technologiepapieren sind auch Siemens zu rechnen, die den Vortagsstand nicht halten konnten. Fester tendierten dagegen AEG. Hier scheint anzuregen, daß die Gesellschaft in diesem Monat planmäßig aus dem Vergleichsverfahren entlassen werden wird. Danach, so hofft man in Börsenkreisen, wird der Vorstand auch wieder auskunftsfreudiger werden. Weiterhin Nachfrage nach Kali + Salz, die deutlich über der Montagsnotiz schlossen. Im Automobilbereich fällt die anhaltend rege Nachfrage nach Porsche auf, wo sich der Kurs der Marke von 1000 DM wieder nähert. Im übrigen stagnieren die Kurse der Autowerte. Wandelbezüge der Deutschen Bank mußten immer noch aufgenommen werden. Ihr Kurs wurde auf 4 DM (minus 0,10 DM) zurückgesetzt. Aus dem Rahmen fiel der Anstieg der Bayern-Hypo. Im Chemiebereich Interesse für Spezialwerte, wie Schering, Degussa und Beiersdorf.

Düsseldorf: Bonner Zement und Hochtief konnten sich jeweils um 5 DM verbessern. VDN verbesserten sich um 3 DM auf 123 DM. Keramag sanken um 5 DM auf 155 DM, Schiess verminderten sich um 4 DM auf 109 DM und Stinnes gaben um 20 DM auf 580 DM nach.

Frankfurt: Allianz Leben erhöhten sich um 70 DM auf 4090 DM und Thuringia befestigten sich um 30 DM auf 880 DM. Steigenberger sanken um 50 DM auf 1930 DM und Kupferberg verminderten sich um 10 DM auf 690 DM. Krupp konnten sich um 4 DM verbessern.

Hamburg: Markt- und Kühlhallen stiegen um 10 DM auf 320 DM an. Kühltransit wurden mit 920 DM taxiert minus 30 DM. Phoenix Gummi wruden mit 126 DM plus 2 DM gehandelt. Beiersdorf gingen mit 352 DM aus dem Markt.

München: Etienne Aigner zogen um 1 DM auf 228,50 DM an, Agrob Vz. verbesserten sich um 3 DM und Deckel AG um 2,50 DM. Flachglas gaben um 1,10 DM auf 221 DM nach, Hutschenreuther verminderten sich um 0,50 DM auf 225,50 DM, Leonische Draht sanken um 2 DM auf 321 DM und Spinnerei Kolbermoor büßten 19 DM ein.

Berlin: Tempelhofer Feld zogen um 16 DM an. Schering erholten sich um 5 DM, Herlitz sT. um 2,50 DM, Berliner Kindl und DUB-Schultheiß um je 1 DM. Berthold schwächten sich um 8 DM und Rheinmetall um 4 DM ab.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 144,8 (144,7)
WELT-Umsatzindex: 2738 (2795)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Toronto

London

Mailand

Hongkong

Sydney

Westpacific Banking	5,80	5,79
Bridge Oil	2,75	2,80
Brok. Hill. Prop.	10,40	10,35
Coles	3,98	4,00
CRA	5,26	5,24
CSR (Theiss)	3,19	3,20
Metals Expl.	0,55	0,55
MIM-Holdings	2,90	2,93
Myer Emporium	1,89	1,90
North Broken Hill	2,20	2,25
Oakbridge	0,88	0,88
Peko Wallsend	5,00	4,90
Poseidon	3,05	3,05
Thomas Nat. Tr.	1,95	1,95
Waltons Bond	0,36	0,36
Western Mining	3,20	3,25
Woodside Petr.	1,21	1,18
Index	729,50	730,60

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	210	208
Gösser-Brauerei	–	372
Länderbank Vz.	208	206
Österr. Brau AG	301	–
Perlmooser	340	343
Reininghaus	400	405
Schwechater Br.	152	155
Semperit	–	90
Steyr-Daimler-P.	141	142
Universale Hoch Tief	205	–
Veitscher Magnesit	215	215
Index	53,27	53,37

Kopenhagen

Den Danske Bank	260	255
Jyske Bank	490	490
Kopenh. Handelsbk.	263	259
Novo Industri	1955	1970
Privatbanken	235	229
Ostasiat. Komp.	187	190
Dan. Sukkerfabr.	640	640
For. Bryggerier St.	895	895
Kgl. Porc. Fabr.	410	410

Brüssel

Arbed	1620	1610
Brux. Lambert	2385	2400
Cockerill Ougrée	260	260
Ebes	2760	2750
Gevaert	3600	3600
Kreditbank	7050	7000
Pétrofina	7340	7300
Soc. Gén. d. Belg.	1900	1890
Sofina	6900	6890
Solvay	4510	4510
UCB	5370	5320
Index	–	–

Singapur

Cycle + Car.	3,50	3,50
Cold Storage	3,26	3,34
Dev. Bk. of Sing.	7,95	7,95
Fraser + Neave	5,75	5,85
Kl. Kepong	2,46	2,48
Mal. Banking	9,00	9,18
Nat. Iron	4,14	4,20
OCBC	9,80	9,80
Sime Darby	2,15	2,12
Singapur Land	4,00	4,00
Un. Overs. Bank	4,72	4,76

Optionshandel

Frankfurt: 4. 9. 84: 570 Optionen = 29 000 (29 150) Aktien, davon 96 Verkaufsoptionen: = 5200 Aktien. Kaufoptionen: AEG 10-90/4,5, 10-100/1,5, 1-90/7, 1-100/3,2-3,6, 1-110/1,5, 4-90/11, 4-95/8,1, 4-100/6, BASF 1-160/8,5, 1-170/3,7, 4-160/10,9, 4-170/7,2, Bayer 10-153/13, 10-160/10, 10-170/3, 1-150/22, 1-160/16, 1-170/8,1, 1-180/3,1, 4-160/16,6, 4-170/11,9, 4-180/6,2, Bay. Hypo 4-280/11, Bekula 4-95/6,2, BMW 1-420/4,6, Commerzbank 1-160/4, 4-150/14,4, 4-160/7,5, Conti 10-110/8,5, 10-120/1, 1-120/6, 1-130/2,1, 4-120/9, 4-130/5, Dt. Babcock St. 1-170/3,9, Dt. Bank 1-340/15, 1-360/9, Dresdner Bank 10-150/4,8, 1-160/5, 4-160/7,6, 4-170/4, Hoechst 1-170/8,6, 1-180/5,05, 4-180/8, 4-190/5, Hoesch 10-95/3,6, 10-100/2,2, 1-95/9,5, 1-100/5,4, 1-110/2, 4-100/7,2, 4-110/3,5, Karstadt 1-240/14,6, Klöckner 10-50/9,8, 10-55/3, 10-60/2, 1-65/3,2, Lufthansa St. 10-170/4,5, 1-190/3,5, Mannesmann 10-135/10,2, 10-150/1,5, 1-140/10,6, 1-150/7,5, 1-160/2,6, 4-150/8,1, 4-160/6, RWE VZ 1-160/5,8, 1-170/2,4, Schering 1-250/23, Kali + Salz 10-220/20, 10-240/3, 1-220/21,8, 4-230/20, Siemens 10-410/5, 10-412/3,6, 1-370/42, 1-400/18,9, 1-410/14, 1-420/10, 4-420/17,5, 4-430/8,5, Thyssen 10-70/8,3, 10-75/4, 1-80/3,6, Veba 10-170/2,3, 1-170/8, 4-170/7,6, VW 10-180/2,5, 10-190/1, 1-170/14, 1-180/8, 1-200/2,7, 4-200/3, Alcan 1-90/8,4, 4-90/12, IBM 10-300/60, 4-370/21,5, Norsk Hydro 10-220/6,5, Philips 10-40/3,3, 10-45/1,4, 1-40/6,9, 1-45/3,4, 4-45/4,2, Royal Dutch 1-140/10, Xerox 1-120/8,9. Verkaufsoptionen: AEG 1-95/2, 1-96/6, 4-85/5,5, 4-90/5,2, Bayer 4-160/2, BMW 1-368/4,1, Conti 10-117/3,1, 1-110/1,7, 1-120/6,4, 4-120/8,1, Dt. Bank 1-310/3,6, Dresdner Bank 4-150/5, Hoechst 10-170/1, 4-160/2,4, Hoesch 1-90/2, Karstadt 10-230/2,2, Kaufhof 1-210/9,4, Lufthansa VZ 4-150/4,5, Mannesmann 1-140/2,3, 1-150/5,5, Preussag 4-250/10, Siemens 10-380/1, 10-400/2, 1-380/3, 1-390/4,15, 1-400/7, Thyssen 1-75/2,2, VW 10-180/9,4, 4-180/11, Chrysler 10-65/2,6, 4-70/2,1, IBM 1-350/12, 4-360/18, Norsk Hydro 1-200/4, Philips 4-45/2,9, Royal Dutch 1-140/2,4. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

- Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 4. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11¾–12	5¼–5½	4⅜–4¾
3 Monate	11⅞–12⅛	5⅝–5¾	4⅜–4⅞
6 Monate	12⅛–12⅜	5⅞–6⅛	4¾–5
12 Monate	12⅜–12⅞	6⅛–6¼	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 4. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1778,14
10 US-Dollar (Indian)**)	1205,00	1465,90
5 US-Dollar (Liberty)	440,00	615,60
1 £ Sovereign alt	231,00	288,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	225,00	279,30
20 belgische Franken	178,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	226,00	279,30
Krüger Rand, neu	1015,00	1197,00
Maple Leaf	1015,00	1197,00
Platin Noble Man	1001,00	1181,04
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	245,00	306,66
20 schweiz. Franken „Vreneli"	180,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	180,00	229,14
100 österr. Kronen (Neuprägung)	937,00	1132,02
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	443,00	544,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

4. 9. 84	Frankfurt: Devisen Geld	Frankfurt: Devisen Brief	Wechs. Frankfurt Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York²)	2,9140	2,9220	2,8718	2,87	2,96
London¹)	3,777	3,791	3,736	3,71	3,86
Dublin¹)	3,080	3,094	3,031	2,98	3,13
Montreal²)	2,2470	2,2550	2,2153	2,18	2,28
Amsterd.	88,515	88,735	88,45	87,75	89,75
Zürich	119,690	119,930	119,73	118,50	121,25
Brüssel	4,952	4,972	4,898	4,83	5,03
Paris	32,510	32,670	32,12	31,75	33,50
Kopenh.	27,450	27,570	27,145	26,25	28,60
Oslo	34,860	34,980	34,25	33,75	35,50
Stockh.**)	34,710	34,878	34,125	33,25	35,90
Mailand³) **)	1,614	1,634	1,582	1,57	1,67
Wien	14,207	14,247	14,177	14,13	14,35
Madrid**)	1,754	1,764	1,72	1,70	1,82
Lissabon*)	1,910	1,936	1,79	1,55	2,35
Tokio	1,1988	1,2018	–	1,18	1,22
Helsinki	47,840	47,840	46,53	46,50	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	6,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4740	2,5280	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4485	2,4655	–	2,36	2,48
Johannesbg.*)	1,8070	1,8250	–	1,60	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar befindet sich weiterhin im Höhenrausch, ohne daß neue Faktoren bekannt geworden waren, wurde am 4. 9. mit 2,9180 der höchste amtliche Kurs dieses Jahres erzielt. Im Freiverkehr wurde bis 2,9210 gehandelt. Ein weiterer Kursanstieg wurde am Markt durch Dollarabgaben der Bundesbank vorerst abgewehrt. Auch zur Notiz war die Bundesbank erneut aktiv und verkaufte 24,55 Mill. Dollar. Der Tiefpunkt des Tages wurde mit 2,9130 zu Beginn des Handels verlassen. Schritthalten mit der Dollarbewegung konnte der canadische Dollar, während die meisten anderen amtlich notierten Währungen weniger bedeutende Fortschritte machten. Der schweizer Franken, das englische Pfund, das irische Pfund sowie der holländische Gulden notierten leichter. US-Dollar in: Amsterdam 3,2930; Brüssel 58,81; Paris 8,9555; Mailand 1800,50; Wien 20,5130; Zürich 2,4372; Ir. Pfund/DM 3,087; Pfund/Dollar 1,2968; Pfund/DM 3,784.

Ostmarkkurs am 4. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Befürchtung, kurzfristig mit steigenden Zinssätzen konfrontiert zu werden, führte am 4. September erneut zu höheren Dollar-Depots.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,74/1,64	4,70/4,60	9,00/8,80
Pfund/Dollar	0,10/0,12	0,40/0,43	0,95/1,00
Pfund/DM	2,60/1,20	5,40/4,00	9,20/7,90
FF/DM	25/9	58/40	104/88

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 4. 9.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 4. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 4. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 7,75 (6,87) – 8,00 (7,12) – 8,25 (7,31) – 8,30 (7,43). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 7,25 (6,81) – 8,00 (7,18) – 8,25 (7,40) – 8,50 (7,58) – 8,50 (7,71) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,70, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,80, Rendite 7,65.

Das kleine Wollknäuel erhebt ein Naturprodukt zum königlichen Textil

Jeden Monat wird weltweit an 28 Millionen Artikel das Gütesiegel genäht

Das Internationale Wollsekretariat (IWS) ist schon eine ungewöhnliche Organisation. Von Düsseldorf aus, wo die Hauptverwaltung für Deutschland, Österreich und die Schweiz seit 1952 ihren Sitz hat, werden Aufgaben im Auftrag und für Rechnung einer Branche betrieben, die weiter entfernt kaum sein kann: für rund 180 000 Wollfarmer in Australien, Neuseeland, Südafrika, Uruguay und neuerdings Brasilien mit einer Jahreserzeugung von etwa 1,3 Millionen Tonnen ungewaschener Schafwolle; das sind mehr als 80 Prozent des Welt-Wollexports.

Pipeline bis zum Kunden

Eine weitere Besonderheit des IWS: Es kauft und verkauft nicht; es ist Mittler zwischen Erzeugern auf der einen, Wollverarbeitern und Verbrauchern auf der anderen Seite, sorgt für reibungslosen *Materialfluß* in der „Woll-Pipeline" vom Schafsrücken über die Wollauktion, das Waschen, Kämmen, Färben, Spinnen, Weben, Stricken oder Tuften bis zur Herstellung von Textilien und Bekleidung. Das IWS ist also in aller Welt damit beschäftigt, die Nachfrage nach Qualitätsprodukten aus reiner Schurwolle zu erhalten und möglichst zu erhöhen.

Das ist leichter gefordert als getan. Daß dieses Vorhaben dennoch gelang, ist der Verdienst zweier Spitzenfunktionäre des IWS: William Gunn und William Vines. Beide – inzwischen von der britischen Königin geadelt – schufen vor 20 Jahren als Qualitätszeichen das „Wollsiegel". Kaum ein anderes Symbol als dieses zur Kennzeichnung hochwertiger Schurwolle-Erzeugnisse dienende, von dem italienischen Designer Francesco Saroglia stilisierte Wollknäuel verkörpert diese Dreier-Strategie: Schutz für den Wollfarmer vor Preisverfall und Einkommenseinbußen, definierte und ständig kontrollierte Qualitätsnormen für den Verarbeiter und schließlich Sicherheit für den Verbraucher in der Vielfalt verwirrender Faser- und Textilkennzeichnungen.

Das Wollsiegel besitzt den höchsten Bekanntheitsgrad unter den textilen Marken- und Gütezeichen bei 85 Prozent der erwachsenen Bevölkerung in der Bundesrepublik; es liegt mit dem Mercedes-Stern, der Shell-Muschel und dem Coca-Cola-Schriftzug gleichauf. Deutsche Verbraucher verbinden mit dem Siegel „gute bis beste Qualität", „Natürlichkeit", „Komfort", „wertvolles Material", „Schönheit", „Umweltfreundlichkeit" und „Modemacher". Die IWS-Werbung versucht bei so viel entgegengebrachtem Goodwill, das Preis/Leistungsverhältnis gegenüber anderen Fasern zu erläutern: „Etwas teurer, aber erschwinglich".

Daß in über 60 Ländern das Wollsiegel für Garantie und geprüfte Qualität steht und in über 120 Ländern gesetzlich geschützt ist, liegt an den definierten Qualitätsnormen und -kontrollen bei den inzwischen 16 000 Verarbeitern von reiner Schurwolle in aller Welt. International festgelegte Richtlinien (in der Bundesrepublik nach RAL – Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung) definieren „Reine Schurwolle" als Rohstoff aus zum ersten Mal verarbeiteter Schurwolle ohne Beimischung. Neben dieser Rohstoff-Reinheit werden eine „Mindestwasser- und Mindestlichtechtheit, eine Mindestreiß- und Mindestweiterreißfestigkeit, eine Mindestscheuerfestigkeit, eine Filzfreiheit, ein Mindestmaterialeinsatz und eine Mottenschutzausrüstung bei Teppichen und Teppichböden garantiert.

Schurwolle-Verarbeiter, die ihre Erzeugnisse mit dem Wollsiegel kennzeichnen wollen, müssen mit dem IWS einen Lizenzvertrag abschließen, in dem sie sich zur Einhaltung der Qualitatsnormen verpflichten. Dafür brauchen die Hersteller *zwar keine Lizenzgebühren* zu entrichten, was ja den Verbraucher belasten würde, sie haben lediglich die Selbstkosten für die Herstellung der Etiketten zu tragen, mit denen Wollsiegel-Produkte gekennzeichnet sind. Alle anderen Leistungen – Forschung, Produktentwicklung (namentlich im britischen IWS-Technik-Zentrum Ilkley), technischer Service, Qualitätskontrolle, Marktbeobachtung, Modeberatung, Werbung und PR – bietet das IWS seinen Partnern kostenlos an.

Strafe bei Verstößen

Nach dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" haben die Kontrolleure des IWS das Recht, jederzeit bei Textil- und Bekleidungsherstellern unangemeldet aus der laufenden Produktion Muster zu entnehmen, Proben anzufordern. Das IWS-Labor prüft jährlich bis 40 000 Muster in insgesamt 80 000 Tests in eigens dafür entwickelten und international genormten Geräten, in Düsseldorf wie in Hongkong. Eine Code-Nummer der Hersteller auf dem Wollsiegel-Etikett führt bei Verstößen schnell zu den Verantwortlichen. *Unnachsichtig* wird *Schadenersatz* gefordert, im Wiederholungsfall droht Lizenzentzug.

Monat für Monat werden weltweit 28 Millionen Artikel mit Wollsiegel-Etiketten versehen; allein in der Bundesrepublik sind es seit Einführung vor 20 Jahren fast 650 Millionen Artikel.

HARALD POSNY

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Filzen ist der letzte Schrei

Was taten einst die Schäfer, wenn ihr Schäferstündchen ausfiel? Sie strickten. Was machen heutzutage *immer mehr Männer*, um ihren Streß abzubauen? Sie „entdecken" die Masche mit den Stricknadeln. Erst ließen sie sich im stillen von der Wolle umgarnen – inzwischen sprechen sie mit Stolz von ihren extravaganten Textilschöpfungen.

Das männliche Spiel mit Nadel und Wollfaden begann beim Teppich. In Ruhe knüpfen – das war der Tip zahlreicher tagsüber so streßgeplagter Manager zum Feierabend. Oft ließ sich sogar die ganze Familie von der kreativen Begeisterung anstecken.

Das Spinnrad – erst seit etwa 400 Jahren in Europa bekannt und längst von der industriellen Revolution ins Abseits gedrängt – erobert die Freizeit: Viele Wollgeschäfte bieten Rohwolle für das „eigene" Garn an, gewaschen oder ungewaschen.

Am leichtesten spinnt es sich mit Wolle direkt ab Schaf, weil sie durch das Lanolin geschmeidig wird; doch wer empfindlich gegen den typischen Schafsgeruch ist, sollte sich lieber an gereinigtem Material versuchen. Selbst wenn der Umgang mit Dornröschens Spindel nicht ganz unkompliziert ist, bekommt der Wollfaden mit einiger Übung eine immer glattere Oberfläche.

Auf die Oberfläche kommt es auch beim Filzen an. Diese wohl älteste, fast vergessene Spielart der handwerklichen Stoffgewinnung gehört zu den jüngsten Handarbeitshobbys. Und zu den einfachsten. Edle Haare von lebenden Tieren haben die Eigenschaft, ihre schuppige Oberfläche durch Wärme und Feuchtigkeit so miteinander zu verbinden, daß ein fester Stoff entsteht, der Filz.

Filzen aus reiner Schurwolle ist der letzte Schrei. Auch ein nicht ganz fingerfertiger Laie kann mit ein paar Handgriffen liebenswerte Kleinigkeiten zaubern, Begabte sogar „Kunstwerke". Leicht ist der Teddy für's Baby zu basteln, wärmende Hüttenschuhe, Topflappen, Mützen oder Trachtenwesten ebenso – der Phantasie *sind keiner Grenzen* gesetzt.

Die Filztechnik hat vier Arbeitsgänge: Kardieren, Verfilzen, Walken und Formen. Zunächst muß die Rohwolle gekämmt (kardiert) werden; sie muß noch Wollfett enthalten, darf darum in keinem Fall gewaschen werden.

Wasser und Seife gehören zum nächsten Arbeitsgang: Die Wolle wird mit etwa 50 Grad Celsius warmem Seifenwasser getränkt und „gestreichelt", denn durch Druck und Bewegung kommen die Wollhaare miteinander in Berührung und verfilzen sich.

Zum Walken schließlich kommt das Waschbrett wieder zu Ehren. Je länger man den Filz darauf bearbeitet, desto fester aber auch kleiner wird er. Geformt und getrocknet hat man dann den Stoff, aus dem so viele kleine Alltagsträume sind.

-rg.

„Kurzurlaub" an der frischen Luft

Nicht einmal der Experte kann auf den ersten Blick erkennen, ob Schurwolle ungeschoren einen Waschgang in der Maschine übersteht. Da hilft nur ein Blick auf das Etikett. „Waschmaschinenfest durch Superwash" heißt: kein Risiko.

Bei richtiger Pflege gibt es sowieso kaum Probleme mit reiner Schurwolle. Schließlich brauchen Schafe nichts weiter als Regen, feuchte Luft oder ein kräftiges Schütteln, um ihr Fell fit zu halten. Obendrauf sitzt der Schmutz – innen ist alles sauber. Und auch beim Kleidungsstück genügt oft schon ausbürsten oder schütteln.

Da bei der Wolle immer wieder die Natur durchbricht, lieben Textilien ab und zu einen „Kurzurlaub" an frischer, feuchter Luft. Dabei verschwinden alle Falten – verflogen ist auch der Nikotindunst. Und wenn eine Handwäsche nötig ist: Reichlich lauwarmes Wasser tut der Wolle immer gut, genau wie das Einrollen in ein Frottetuch nach dem Bad. Nicht auf den Kleiderbügel hängen, sondern das gute Stück auf einem Tuch in Form ziehen und trocknen lassen.

Um bei der Reinigungsprozedur auf dem Teppich zu bleiben: Jeder Fleck muß sofort weg, denn reine Schurwole hat die Eigenart, Farbe festzuhalten. Besondere Vorsicht gilt dem Rotwein. Dann braucht der Teppich schnelle erste Hilfe, sonst nistet sich der Fleck für immer ein. Salz und Zitronensäure sind die beste Medizin. Andere Flecken verschwinden meist mit lauwarmem Wasser.

Wenn der Schurwollteppich mal zu stark unter Druck gesetzt wurde, gibt ihm der Wasserzerstäuber rasch sein gutes Profil wieder. Wer es versteht, kann mit Wolle wie auf Wolken gehen.

Th. St.

Von allen Rohstoffen wird die Wolle am gründlichsten erforscht

Neben einer in erster Linie mechanisch-technologisch ausgerichteten Faser- und Wollforschung gibt es eine spezifisch auf Wolle als Proteinfaser gezielte chemisch-technologische Forschung, die die Grunddaten über den chemischen Ablauf von Veredlungsprozessen (Färben, Bleichen, Flammfest-Ausrüstung, Mottenecht-Ausrüstung, Filzfrei-Ausrüstung) schaffen soll.

Davon profitieren alle Industriezweige, die Farbstoffe und Hilfsmittel für die Textilveredlungsbetriebe herstellen, wie auch die Textilveredlungsindustrie selbst, die bei der Bearbeitung des Rohstoffs Wolle immer zwischen rationeller Herstellung der vom Markt geforderten Artikel und der maximalen Belastbarkeit der Naturfaser abwägen muß. Ohne diese praxisorientierte Wollforschung ist ein sicheres Produzieren von Wollartikeln mit den modernen schnellaufenden Maschinen nicht denkbar.

Die Wollforscher haben ein Verfahren entwickelt, um Beimischungen von Reißwolle zur Schurwolle qualitativ und quantitativ bestimmen zu können. Das Qualitätssiegel ist nur dann gegen Mißbrauch zu schützen, wenn seine Aussage „reine Schurwolle" einwandfrei überprüft werden kann. Bis heute ist noch keine Methode bekannt, um eine junge Schurwolle, beispielsweise die des Jahrgangs 1982/83, von einer Schurwolle aus den 60er Jahren zu unterscheiden. Dies ist eine der vielen Fragen, die an die Wollforscher gerichtet werden.

Ein weiteres Beispiel für den Transfer von Forschungsergebnissen in die Verarbeitungspraxis betrifft die Filzfrei-Ausrüstung. Wenn die Filzfreiheit von Wollsiegel-Produkten heute mit dem Zusatz „waschmaschinenfest" garantiert wird, so ist das nur möglich, weil Wollforscher nach hundertjährigem Suchen endlich Verfahren ausgearbeitet haben, bei denen jede einzelne Wollfaser von einem hauchdünnen Kunstharzfilm umhüllt wird, der sowohl Filzen wie Einlaufen beim Waschen verhindert.

Impulse aus Aachen

Diese Erfolge beruhen auf der Grundlagenforschung über die chemische und physikalische Natur der Oberfläche der Wollhaare, ergänzt durch Arbeiten über die Spreitung von Polymeren auf Oberflächen und die Erarbeitung von zuverlässigen Prüfmethoden für die Bewertung des Filzens und Einlaufens von Wollartikeln. Für keine Textilfaser gibt es so viele durch Forschung entwickelte Prüfmethoden wie für Wolle.

Große Wollforschungsinstitute gibt es in den wollproduzierenden Ländern Australien, Neuseeland, Südafrika, in der Sowjetunion und in anderen *Ostblockländern*. Wenn die Bundesrepublik Deutschland in der wissenschaftlichen Entwicklung den Vergleich mit dem Ausland nicht zu scheuen braucht, dann verdankt sie dies sicherlich zu einem erheblichen Teil den Forschungsaktivitäten, die das Deutsche Wollforschungsinstitut seit 1952 für seine Mitglieder in der Wollwirtschaft geleistet hat.

> Ein uralter Traum der Wollforscher wird in Kürze wahr: Die Formel für wichtige Wollbestandteile. Ist erst die Chemie der „Mikrofibrillenproteine" bekannt, können die Verfahren der Wollverarbeitung nicht *nur empirisch*, sondern gezielt wissenschaftlich betrieben werden.

In dieser Zeit wurden neue Verfahren, zum Beispiel für das selektive Bleichen von schwarzen Haaren in Wolle, zur Praxisreife geführt. Darüber hinaus wurden einige der typischen Wolleigenschaften – Kräuselung, Elastizität, Feuchtigkeitsaufnahme, wasserabweisender Charakter der Oberfläche, sowie die Eigenschaft der Wolle, nicht nur die Temperatur, sondern auch die Feuchtigkeit zu regulieren – wissenschaftlich überprüft und die Ursachen geklärt. Es wurden Daten erstellt, die aus der Wolle die am besten und gründlichsten erforschte Textilfaser gemacht haben. Der wollverarbeitenden Industrie sind Grundlagen für rationelle und sichere Verarbeitung zum Nutzen der Verbraucher geschaffen worden.

Die Erfolge des Aachener Wollforschungsinstituts lassen sich konkret benennen: Neben der selektiven Bleiche, die ein Welterfolg geworden ist, sind verfahrenstechnische Arbeiten mit präzisen Angaben für eine sichere Verarbeitung von Wolle in der Industrie, besonders in der Färberei, anzuführen. Hier sind chemische Grenzen für ein sicheres Färben von gebleichter und filzfrei-ausgerüsteter Wolle zu nennen: pH- und Temperaturgrenzen für Reaktivfärbung von Wolle in Mischung mit Baumwolle, Verfahrensangaben für thermische Belastungen von Wolle, optimale Verfahrensparameter für das Karbonisieren (Entfernen von pflanzlichen Resten mittels Schwefelsäure) von loser Wolle und Wolltuchen.

Weltweit eingeführte und bekannte Prüfmethoden aus Aachen sind: der Aachener Filztest, der Aachener Waschmaschinentest, Methoden zur quantitativen Bestimmung von wolltypischen Aminosäuren und die Bestimmung der Bündelzugfestigkeit von Wollfasern.

Die Wollforschung ist Teil der allgemeinen Textilforschung. Da die Wolle aber eine äußerst kompliziert *zusammengesetzte* Proteinfaser ist, ist ihre Erforschung auch ein Spezialgebiet der Proteinchemie. Die Wiege der Molekularbiologie hat vor etwa 50 Jahren in englischen Wollforschungsinstituten gestanden. Die ersten Aminosäureanalysen, die ersten Bestimmungen der Reihenfolge von Aminosäuren in den Eiweißketten, die ersten röntgenographischen Strukturanalysen an Proteinen, das erstmalige Auffinden feinster Mikrofibrillen im Elektronenmikroskop, all diese Dinge wurden vor Jahrzehnten von Wollforschern durchgeführt.

In den letzten Jahren haben Zellbiologen herausgefunden, daß fast alle tierischen Zellen von einem feinen Netzwerk, den „Intermediatfilamenten", durchzogen werden, die die Gestalt und viele biologisch wichtige Eigenschaften der Zellen mitbestimmen. Intermediatfilamente kommen in den Nervenzellen, in den Muskelzellen und im Epithel vor. Proteine aus dem Inneren der einzelnen Wollfaser sind ebenfalls aus Intermediatfilamenten entstanden. Eines der wichtigsten gemeinsamen Merkmale der Intermediatfilamente ist ein bestimmter schraubenförmiger, korkenzieherartiger Aufbau der Eiweißketten, die berühmten „alpha-Helices". Diese wurden zuerst an Wolle entdeckt.

Die Jagd nach der Formel

Das Interesse an Intermediatfilamenten ist groß, weil sie anscheinend eine Rolle bei der Krankheitsdiagnostik spielen. Zellbiologen in der Bundesrepublik haben deshalb die chemische Formel einer Reihe von Intermediatfilamenten aufgeklärt. Ein uralter Wunschtraum der Wollforscher wird deshalb in Kürze verwirklicht werden: Die chemische Formel einiger wichtiger Wollbestandteile wird aufgeklärt. Ist erst die Formel dieser „Mikrofibrillenproteine" bekannt, können Verfahren der Wollverarbeitung, des Färbens, der Fixierung, der Verbesserung des Knitterns *nicht nur* empirisch, sondern auch gezielt wissenschaftlich auf Basis der chemischen Strukturformel bearbeitet werden.

In Australien erforscht man zur Zeit, ob die chemische Zusammensetzung der Wolle in bezug auf die Zahl und Konzentration der sie aufbauenden Proteine unterschiedlich ist bei verschiedenen Schafen. Dann werden Textilien aus der Wolle der einzelnen Schafe hergestellt. So soll herausgefunden werden, welche Beziehungen zwischen der chemischen Zusammensetzung der Wolle einzelner Schafe und den Verarbeitungs- und Gebrauchseigenschaften der aus diesen Wollen hergestellten Textilien bestehen.

Damit könnten der Züchtung neue Impulse für die Schaffung von spezifischen Wolltypen für spezielle Anwendungszwecke gegeben werden. Auch in Aachen beschäftigt man sich mit solchen Fragestellungen und will mit den modernsten Methoden, die zum Teil von den Zellbiologen übernommen wurden, herausfinden, ob man Wolle von verschiedenen Herkunftsländern wissenschaftlich unterscheiden kann.

HELMUT ZAHN

Der Autor ist Direktor des Deutschen Wollforschungsinstituts an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen

Vom Spiel mit der Wolle bis auf den Laufsteg der Haute Couture

Eine Designerin setzt „Made in Bavaria" gegen Importe aus Billigländern

Sie landete vor kurzem mit der Maschine aus New York, die Gespräche waren anstrengend, der Timelack hängt noch an ihr. „Wäre ich nicht so müde, ich könnte jetzt sofort mit der neuen Kollektion beginnen." Margaretha Ley hat Impressionen getankt – in den Cafés und Museen, in Hotel-Foyers und *in den* Straßenschluchten, beim Bummeln durch Manhattan.

„Ich beobachte die Menschen und ihre Kleidung, wie sie sich bewegen und spüre, welche Gefühle sie ausstrahlen. Ich sehe Typen und Details."

Die blonde Schwedin, einst Fotomodell, dann Moderedakteurin und heute mit 240 Millionen Mark Jahresumsatz eine der großen in der internationalen Bekleidungsbranche, blickt aus ihrem Arbeitszimmer hinaus auf einen Münchner Hinterhof nahe dem Gärtnerplatz-Theater und sagt: „Ich bin *auf einer neuen Spur.*"

Doch ehe sie ihr kreatives Team *versammeln wird, verfolgt sie noch* weiter die aufgenommene Fährte, deren vorläufiger Schlußpunkt ein hochglänzender Farbkatalog mit Hunderten von Pullovern, Jacken, Röcken und Hosen sein wird.

Nächster Termin: Die Florenzer Garnmesse am 20. September. *In diesem* Gewusel um Garne und Wollfäden spürt die Münchner Trendsetterin Farben, Formen und Stoffe auf, mit denen sich die Frau von Welt im übernächsten Winter '85/'86 umgeben wird.

Margaretha Ley: „Ein Flop war nie dabei"

„Das liegt dort in der Luft", sagt sie über Florenz und findet auch keine bessere Erklärung, weshalb sie die Antenne dafür besitzt, andere aber die Impulse nicht erfahren.

Margaretha Ley ist nicht bange darum, die Nase in den richtigen Wind zu strecken, wie ihr das gelungen ist in den vergangenen acht Jahren, in denen sie den *Umsatz* ihrer *Modemarken* „Escada" und „Laurèl" von 3,5 Millionen Mark auf das Siebzigfache steigerte. Und über die sie sagen kann: „Ein Flop war nie dabei."

Mit Proben der Garne wird sie von Florenz nach München zurückkehren und einige Muster auf ihren Maschinen stricken lassen. „Wir müssen herausfinden, ob und wie die Materialien sich mit unserer Technik vertragen, denn jedes Garn reagiert anders."

Das Grundmaterial beeinflußt aber auch die künftigen Modefarben, gibt es doch Fäden, die Töne leuchten lassen und andere, die den Glanz einer Farbe dämpfen. Margaretha Ley wagt sogar die Behauptung: „Garn bedeutet Farbe."

Verwirrendes Puzzle mit Skizzenzetteln

Sind diese Tests gelaufen, dann bleiben kaum noch mehr als vier Wochen bis zum 15. Dezember, dem Tag, *an dem* die Mode-Millionärin in München vor handverlesenem Publikum den übernächsten Mode-Winter präsentieren wird. Noch kein Strich ist gezeichnet, keine Silhouette auch nur in Umrissen erkennbar.

Es beginnen die Tage, in denen sich Margaretha Ley in ihr Studio im Hinterhaus zurückzieht und ihren Anspruch realisiert: „Eine geschickte Mischung aus Funktion und Mode. Mode-Ideen gibt es genug, sie müssen aber qualitativ und fertigungstechnisch perfekt umgesetzt werden und tragbar sein, sonst sind es Eintagsfliegen."

In knappen, sicheren Strichen skizziert *sie ihre Vorstellungen,* läßt sie mit schwarzem Tuschstrich auf Kleinformat kopieren. Eine Schnitzeljagd der Mode beginnt. 700 bis 800 Zettel – oft kleiner als ein DIN A 6-Notizblock – bergen das Geheimnis des künftigen Geschäftserfolges, der im kommenden Jahr kaum weit von 300 Millionen Mark liegen wird, Pinnwände, durch Schienen an der Decke aufgehängt, zwei Meter hoch und eineinhalb Meter breit, werden zur Spielwiese von Farben und Firmen.

Skizzenzettel mit Jacken und Hosen, Pullovern und Röcken werden zusammengeheftet, ein verwirrendes Modepuzzle. Quadratzentimeter kleine Stoff- und Wollstücke vermitteln Impressionen über Kombinationsmöglichkeiten.

Frau Ley nennt das Brett-Spiel ihren Baukasten: „Darauf sehe ich die Show schon laufen." Sie meint die Modepräsentation vor den kritischen und kundigen Augen der Einkäufer, deren Order immer über Erfolg oder Flop entscheiden.

Die zugereiste Münchnerin, deren Ehemann Wolfgang die wirtschaftliche Betriebsseite betreut, geht mit der Selbstsicherheit der Erfolgreichen in das kreative Fegefeuer der kommenden Wochen, gestärkt durch Amerika, wo große Händler kürzlich bis zu 100 Prozent der Münchner Strick- und Stoffware bestellten.

Fügen sich die Bausteine harmonisch zum Ganzen, dann rechnet der Computer die Warenmenge aus, die zum Stricken und Schneidern der Präsentationsstücke benötigt wird, später dann, wenn Order und Anklang erkennen lassen, welche Stükke in Tokio oder Dallas, in Rom oder *Hamburg zum Renner der künftigen* Saison werden, kalkuliert der Rechner nochmals und gibt an, wieviele Tonnen von welchem Garn zu kaufen sind.

Automation schafft Wollsiegel vom Band

Das Ehepaar Ley produziert ausschließlich in Bayern und nimmt die höheren Arbeitskosten *bewußt* in Kauf: „Ich habe früher bei anderen Firmen erlebt, wieviel Ausschußware in den sogenannten Billigländern produziert wird. Das will und kann ich mir nicht leisten." Sie setzt auf Qualität „Made in Bavaria".

Ihre Maschinen stricken Pullover am Fließband, jede schafft 300 Stück am Tag, *fünf der Automatik-Stricker* werden von einer Strickmeisterin überwacht. Vor wenigen Jahrzehnten schaffte eine Frau im neunstündigen Arbeitstag an der Strickmaschine gerade zehn Pullover. *Allein die* Automation machte es möglich, diese Produktion und Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten.

PETER SCHMALZ



Nach Schur und Wiegen: Berge von Wollballen in Neuseeland vor dem Transport zum Hafen FOTO: CAMERA PRESS

Die Mode mit der Masche

Die Mode war noch nicht erfunden, da erwärmte sich die Menschheit bereits an dem Gedanken, das Naturprodukt Schafswolle für ihre Zwecke zu nutzen. Gegenüber den Tierfellen hatte sie unschätzbare Vorteile: Um einem Bären oder Löwen das Fell über die Ohren zu ziehen, mußte das Tier zunächst unter Lebensgefahr erlegt werden. Schafe dagegen sind nicht nur gänzlich ungefährlich, sie überstehen auch jede Schur ohne Schaden und produzieren ständig neues Kraushaar auf ihren Rücken. Kein Wunder, *daß das Wollvlies der Schafe* schon im Steinzeit-China und in Ägypten ein Begriff war. Das älteste Wollgewebe soll um 3500 vor Christi Geburt in Ägypten angefertigt worden *sein.*

Von der ersten wichtigen Erkenntnis, daß Schafswolle auch menschliche Körperwärme isoliert, vor Kälte und Hitze ebenso schützt wie vor *Wind und* Regen, *vor Schmutz und* Verletzung, bis zu den Komfortansprüchen, der Wiederbesinnung auf natürliche Stoffe und zur Haute Couture in reiner Schurwolle, hat die Naturfaser *eine bemerkenswerte* Entwicklung hinter sich.

Ihre erste große Blüte erreichten Schafzucht und Wollverarbeitung im alten Babylon. Man beherrschte bereits *die Kunst des Spinnens und* Webens, lebte in Zelten aus Wollfilzen und knüpfte Teppiche. Von römischen Legionären wird berichtet, daß sie sich mit Brustpanzern aus dickem Filz schützten. Die kunstvoll drapierte Toga mit ihrem edlen Fell ist als zeitgemäße Kleidung der Senatoren überliefert. Selbst Karl der Große ritt in Schurwolle. Der Herrscher, der kalten Luxus in Form von kühler Seide und Brokat verpönte, trug lieber, wovon er spürbar etwas hatte: lang wallende Mäntel aus friesischer Schurwolle.

Mit der Züchtung der Merinoschafe in Spanien nahm der Wollboom seinen Anfang. Noch heute gelten sie als die Noblen unter den Artgenossen. Aus ihrer besonders stark gekräuselten Haarpracht werden die extraleichten Stoffe für die modische Oberbekleidung und die feinen Maschenmodelle gefertigt. Jüngster Mode-Spaß aus Merino-Wolle ist die *„Cool-Wool" für die lässig-leichte* Sommerware. Ganz junge Schafe, die erstmals geschoren werden, liefern das zarte Lambswool-Material.

Aber Wolle ist nicht nur die älteste *Textilfaser, sie* rangiert auch wegen ihrer Vielseitigkeit heute in der Stoffmode an entscheidender Stelle.

Im Trend, der gegenwärtigen Mode immer um ein paar Sprünge voraus, gehört die geschorene Wolle zu den Tonangebern – mit neuen Strukturen in feinen, mittleren und schweren Gewichten, mit neuen Mustern, Farben und Ausrüstungen. Der *Lodenmantel im Alpenklima und der* Burnus in Nordafrika sind ebenso zeitlos wie der Nadelstreifenanzug des Bankiers und das Tweedsakko des Gutsbesitzers.

ups

Ausgeklügelte Technik schafft feinste Garne

Drei Spinnverfahren für das Produkt „reine Schurwolle"

Am Anfang der reinen Schurwolle steht immer das Schaf, das Haare lassen muß. *1,1* Milliarden Schafe in 450 Rassen grasen auf der Erde, die für gut 2,8 Milliarden Kilogramm Wolle im Jahr gut sind.

Und genau wie vor zwei- oder dreitausend Jahren werden sie immer noch zu Beginn der warmen Jahreszeit geschoren. *Bis im Mittelalter* die Schere erfunden wurde, war das allerdings eine schlimme Prozedur: Schafe wurden beim Haarwechsel gerupft wie die Hühner. Heute dauert die Rasur mit der Schurmaschine kaum drei Minuten und schon ist der Pelz ab – als geschlossenes Vlies, das je nach Rasse ein bis fünf Kilogramm wiegt. Das Vlies wird nach besserer und schlechterer Wolle sortiert. Der Fachmann unterscheidet sechs verschiedene Qualitäten. Nur die besten werden für Mode- und Heimtextilien verarbeitet.

Man unterscheidet zwei große Wollkategorien: Merinowolle, das feinste für noble Damen- und Herrenstoffe, elegante Strickmode und Wäsche. Die Kreuzzuchtwolle dagegen ist mehr für's „Grobe": Sportliche, strapazierfähige Kleidung, rustikale Stoffe, Strickgarne und Teppiche. Hunderte von verschiedenen Garnsorten werden daraus gesponnen.

Natürliche Klimaanlage

Grundsätzlich jedoch hat reine Schurwolle drei Spinnverfahren:

1. Kammgarn, feinstes, glattes Garn für erlesene Stoffe;
2. Halbkammgarn zum Handstricken, für Teppiche und Möbelbezugsstoffe und
3. Streichgarn, das man an seiner rustikalen Struktur erkennt. Hier liegen die Fasern nicht parallel, der Faden ist füllig und voluminös.

Doch ganz egal, für welchen Zweck die Wolle verwandt wird, alle Konzeptionen können nur davon ausgehen, daß sie die einzige Faser ist, die von Natur aus für Kleidungszwecke geschaffen wurde. Aus der Nähe betrachtet wirkt sie aufgrund ihrer komplizierten Struktur wie eine eingebaute Klimaanlage. Ihr besonderer Vorteil: In den Locken der feinen Wolle stauen sich winzige Luftpolster. Da Luft ein extrem schlechter Wärmeleiter ist, isoliert sie sowohl gegen Kälte als auch gegen Hitze. Auf dieser Basis ist es den Forschern gelungen, die ohnehin schon guten Eigenschaften der Wolle noch zu verbessern.

Wer denkt schon daran, daß die Rennfahrer im Overall und Unterzeug aus reiner Schurwolle an den Start gehen? Der hohe Feuchtigkeits- und Stickstoffgehalt der Wolle, durch das Zirpo-Verfahren noch erhöht, schützt sie vor *Verbrennungen* beim Unfall.

Auch die Männer am Hochofen fühlen sich in flammenhemmend ausgestatteten Schurwollanzügen vor Funkenflug sicher. Viele Fluggesellschaften statten ihre Jets mit feuersicheren Teppichen *und Sitzen aus.*

Immer gut in Form

Der Hitze zeigt die Wolle die kalte Schulter, *für die Kälte erwärmt sie* sich. Beim Dreß der Polarforscher ist sie wie ein hautnaher Iglu. Bleiben wir weiter cool: Die Maschinen, die Schafspelz zu superfeinen Garnen *zwirnen, machen Wolle zum* leichtgewichtigen Modeschlager für Sommertage, genannt „cool wool". Das Material liefern die Merinoschafe. Ihr Fell ist so fein, daß allein 6200 Haare auf *einem Quadratzentimeter wachsen.* Merinos machen heute 75 Prozent der 136 Millionen Schafe in Australien aus.

Das alte Material Wolle bekommt durch die verfeinerten Verarbeitungsmöglichkeiten neues Gesicht. Kleiderstoffe, die aussehen wie Leinen, verführerisches Blusen- und Wäschematerial, das in seiner Duftigkeit an Batist oder Seide erinnert.

Genau wie die Haute Couture, *kommt der Alltag der Hausfrauen mit* modernen Wolltechnologien auf seine Kosten. Der Kniff in der Hose ist nahezu für die Ewigkeit gepreßt, ebenso wie die Falten im Rock, weil die Wollfasern mit Druck in Form gebracht wurden.

Niemals aus der Form bringen lassen sich die Strickmodelle, die unter dem Zeichen Superwash auf den Markt kommen. Sie sind garantiert waschmaschinenfest. Ihr Geheimnis: Die Oberfläche des Wollfadens wurde so bearbeitet, daß sie zu glatt ist, um zu verfilzen. Mit immer raffinierteren Verarbeitungstechiken hängt die Zukunft der Wolle an vielen Fäden.

THEO STEINBERG

Über die sieben Weltmeere nach Deutschland

In Häfen aller Kontinente werden Frachtschiffe beladen mit Wolle, die bestimmt ist für Bremen und Hamburg. Dabei ist Bremen nach alter Tradition der deutsche Wollhafen Nr. 1. Im vorigen Jahr hat Hamburg zwar die Hanseschwester überrundet, aber Bremen hält an seinem Titel fest. Der Grund: Wolle, die via Bremen importiert wird, bleibt zum größten Teil im Lande. Wolle via Hamburg wird zum überwiegenden Teil reexportiert.

In Bremen kümmern sich die staatlichen Zähler vor allem um die Herkunft der Wolle; in Hamburg wird notiert, wohin die Wolle geliefert wird. Daß sich dabei Schwankungen ergeben, liegt in der Natur des Handels.

1983 erreichten über See insgesamt 147 563 Tonnen Wolle die Bundesrepublik Deutschland. In den bremischen Häfen (Bremen, Bremerhaven) wurden davon 63 159 Tonnen angelandet. In Hamburg gingen 84 404 Tonnen über die Kaimauern. Im Jahr zuvor waren 119 632 Tonnen Wolle angekommen: 62 768 Tonnen in den bremischen Häfen, 56 864 Tonnen in Hamburg.

Vorbei sind die Zeiten, da Bremen praktisch ein Monopol auf die Wolleinfuhren hatte. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre waren es bis zu 130 000 Tonnen jährlich, die in die Kaischuppen der Weserhäfen wanderten. Die technologische Revolution des Weltseeverkehrs – der Übergang zur ungebrochenen Transportkette der Container – hat sich zugunsten Hamburgs ausgewirkt. Fast alle wichtigen Wollerzeugerländer sind im Containerverkehr mindestens ebensogut an Hamburg wie an Bremen angeschlossen.

Früher war es anders: Da wurden ganze Schiffsladungen Wolle verfrachtet – in der Regel direkt nach Bremen. Bei Containern ist der Zielhafen nicht mehr so wichtig: Selbst bei großen Partien handelt es sich in aller Regel um Teilladungen, die dann per Straße oder Schiene an den Empfänger weitergeleitet werden.

Ein Großteil der in Bremen für den deutschen Verbrauch angelandeten Wolle wird an Ort und Stelle einer ersten Veredelung unterzogen. Im Stadtteil Blumenthal hat die Bremer Woll-Kämmerei AG ihren Sitz. Seit mehr als hundert Jahren wird hier die Wolle gewaschen, vom Wollfett befreit, getrocknet und von zu kurzen Fasern befreit (gekämmt, daher der Firmenname). dfh.

Ihr Marketing soll jetzt die Jugend umgarnen

WELT-Gespräch mit IWS-Direktor Horst Haarer

Das Wollsiegel hat morgen Geburtstag. Im 20. Jahr seines Bestehens werden zwar immer noch die gleichen Marketing-Ziele verfolgt, nämlich, Nachfrage nach Schurwolle-Erzeugnissen zu schaffen, zu erhalten und zu steigern, aber seit Anfang dieses Jahres werden diese Ziele auf neuen Wegen erreicht. Die Marketing-Strategie des Internationalen Woll-Sekretariats (IWS) hat sich gewandelt. Ging es 1964 darum, die Bekanntheit des Wollsiegels bei Industrie, Handel und Verbraucher durchzusetzen und über dieses anerkannte Gütezeichen die Akzeptanz von Schafwolle zu erhöhen, soll von nun an stärker die Attraktivität der Schurwolle-Erzeugnisse betont werden.

In einem Gespräch mit der WELT erläuterte Horst Haarer, Direktor des IWS, die neue Strategie: „Es ist keine einschneidende Veränderung in der Arbeit des IWS, denn die meisten absatzfördernden Maßnahmen werden fortgesetzt. Die Neuerungen im Marketing zielen vielmehr auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit der Schurwolle. Wir setzen zielgenauer auf Wachstumsbereiche des Marktes, die von uns vor allem im Bereich der informellen Bekleidung gesehen werden."

So viel steht fest: Über den gefestigten Markt der klassischen Qualitätsbekleidung sollen neue Chancen vor allem bei jungen Verbrauchern wahrgenommen werden. Die Chancen dafür stehen nicht schlecht. Der stärker zur Wolle hin tendierende Modetrend schlägt positiv zu Buch, Legermode, Homewear und Sportswear verstärken den Schurwolle-Anteil, und der Zug zum gesunden, unverfälschten, umweltfreundlichen Natur-Rohstoff tut sein übriges.

Nachfrage stimuliert

Die Väter des Wollsiegels hatten damals, als die Preise der synthetischen Fasern noch über der mit ihnen konkurrierenden Wolle lagen, im Gefolge von Kapazitätsausbau, Massenproduktion und Preiskämpfen der Hersteller untereinander ein stark sinkendes Preisniveau für Schurwolle vorausgesagt. Das Wollsiegel sollte die unweigerlich sinkende Nachfrage nach Wolle stimulieren und damit ihren Preis auf einem zumindest kostendeckenden Niveau halten.

Aus Privatinitiative sind in den Ländern, die heute 80 Prozent des Welt-Wollexports stellen, in Australien, Neuseeland, Südafrika und Uruguay, seit 1984 auch Brasilien, halbstaatliche Wollkörperschaften entstanden, die jeweils einen gesetzlich festgelegten Satz von 2 bis 4 Prozent der Roherlöse aus den Wollverkäufen der Farmer erhalten, um bei Absinken der Auktionspreise unter ein wirtschaftliches Minimum Wolle aufkaufen und einlagern zu können, bis die Nachfrage wieder festeren Boden unter den Füßen hat.

Der Großteil der Abgaben geht jedoch in einen internationalen Fonds und finanziert die Arbeit des IWS. Vom derzeit etwa 100 Millionen australische Dollar (244 Million Mark) betragenden IWS-Budget entfallen 80 Prozent auf Promotion – 50 Prozent allein auf Werbung – und 20 Prozent auf Forschung und Entwicklung. In der Bundesrepublik, die hinter Japan im Schurwolle-Verbrauch (125 Millionen Kilogramm) an zweiter Stelle in der Weltrangliste steht und nach UdSSR und Japan der drittgrößte Wollmarkt der Welt ist, erhält davon einen bedeutenden Anteil.

Neue Produkte entwickelt

Das deutschsprachige Europa nimmt allein 20 Prozent der Welt-Wollexporte auf. Die Bundesrepublik (Pro-Kopf-Verbrauch knapp zwei Kilogramm Schurwolle) ist nach Italien nicht nur der zweitwichtigste Produzent von Wollsiegel-Erzeugnissen in Europa, sie ist weitgehend Selbstversorger in Wollsiegel-Herren- (94 Prozent) und -Damenbekleidung (92 Prozent).

Angesichts eines nur um 1 bis 2 Prozent jährlich wachsenden Gesamtfasermarktes setzt das IWS auf Produktgruppen, die ein überdurchschnittliches Wachstum erwarten lassen, in der auch die höherpreisige Schurwolle ihren Platz findet, sagt Haarer. Das bedeute auch, daß neue Produkte aus Schurwolle entwickelt und wirtschaftlich genutzt werden müssen, um das Angebot über den schon starken klassischen, gehobenen Qualitätsmarkt hinaus zu erweitern, ohne den Anspruch auf Qualität und Stil zu verlassen, der der Wolle eigen, von anderen Fasern jedoch nicht immer befriedigt worden sei.

Künftig soll im Heimtextilienbereich die Wollverarbeitung in Teppichen gefördert werden. Neben den abgepaßten Teppichen, von jeher eine Domäne der Schurwolle, sollen jetzt auch für Auslegeware neue Möglichkeiten der Strapazierfähigkeit und der kleinen Muster genutzt werden.

Ohne die Tätigkeit des IWS, meint Haarer, wäre der Schurwolle längst die Wettbewerbsfähigkeit verlorengegangen, wäre sie längst zum Luxusartikel geworden. Die Auswahl an Textil-Rohstoffen wäre kleiner, die Preise der verbliebenen Fasern vermutlich höher, „wir alle wären um ein Stück ärmer".

HARALD POSNY

Bundesrepublik: Wolleverbrauch steigt wieder

DW. Düsseldorf

Das Internationale Woll-Sekretariat (IWS) verzeichnet seit dem 2. Quartal 1983 erstmals wieder einen Anstieg des Wollverbrauchs in der Bundesrepublik. 1983 wurden beim Verbraucher 125 Millionen Kilogramm Schurwolle (Basis reingewaschen) abgesetzt, 6 Prozent mehr als im Jahr zuvor; bereits im 1. Quartal 1984 konnten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 4 Prozent mehr abgesetzt worden. Vom Schurwolle-Verbrauch '83 gingen 38,2 Millionen Kilogramm in Vorprodukte wie Garne und Stoffe und 39,2 Millionen Kilogramm in Endprodukte der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Combi-Siegel für Mischungen

RW. Melbourne

Das Combi-Wollsiegel, der 1971 geschaffene „kleinere Bruder" des Wollsiegels, ist ebenfalls ein Gütezeichen: Es garantiert einen Schurwolleanteil von mindestens 60 Prozent sowie die Einhaltung der gleichen Qualitätsrichtlinien, die an das Wollsiegel gestellt werden. Einziger Unterschied: Das Combi-Wollsiegel steht nicht für 100 Prozent (reine) Schurwolle, sondern für eine Mischung von Schurwolle mit anderen Fasern – auch Chemiefasern. Das Combi-Wollsiegel wird bei konfektionierter Damen- und Herrenbekleidung, Unterwäsche, Strümpfen verwendet. Es gab dem *Internationalen Woll-Sekretariat* die Möglichkeit, seinen Einfluß auf dem Markt für wollreiche Mischungen geltend zu machen, der vor Einführung des Combi-Wollsiegels von keiner Fasergruppe betreut wurde.

Schurwolleanteil bei Textilien nimmt zu

py. London

Schurwolle hat in den bedeutenden Produktbereichen der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie einen hohen Anteil an der Verarbeitung. Nach Feststellungen des Internationalen Woll-Sekretariats beträgt der Anteil reiner Schurwolle in der Produktion von Herrenbekleidung 45 Prozent. In der Damenoberbekleidung sind es 34, bei Pullovern für Erwachsene 30 Prozent. In Handarbeitsgarnen sind 35, in Teppichen und Teppichböden 8 Prozent Schurwolleanteil.

Wollsiegel für Polsterbezüge

WR. Köln

Die Nachfrage nach Bezugsstoffen aus reiner Schurwolle für den Möbelbereich wird immer stärker. Führende deutsche Möbelhersteller begrüßten die neuen Qualitätspässe für Wollsiegel- und Combi-Wollsiegel-Polsterbezüge. Sie kennzeichnen deutlich die lizensierte und hochwertige Ware, geben Auskunft über Qualitätsgarantie, Vorzüge der Schurwolle, Pflege und Reinigung.

Verbrauchertips vom Sekretariat

DW. Düsseldorf

Um die Verbraucher über die Strapazierfähigkeit von Teppichböden in Wollsiegel-Qualität besser zu informieren, gibt das Internationale Woll-Sekretariat zusätzlich auf dem Wollsiegel-Etikett für Teppichböden eine Einstufung nach dem Verwendungsbereich an. Die Belastbarkeit hängt weitgehend von Qualität und Struktur des verarbeiteten Garns, von der Menge des eingesetzten Materials und der Verarbeitungstechnik ab. Folgende fünf Symbole sorgen bei Wollsiegel-Teppichböden für den richtigen Platz:

- ● ein Bett – steht für leichte Beanspruchung in Schlaf-, Wohn- und Gästezimmern;
- ● der Lehnstuhl – markiert zwei verwandte Bereiche mit dem Zusatz „mittlere Beanspruchung" (weniger stark begangene Hotel- und Arbeitszimmer) beziehungsweise „starke Beanspruchung" (für Warte- und Sprechzimmer);
- ● der Schreibtisch – steht für besonders hohe Beanspruchung im reinen Arbeitsbereich (Großraumbüros, Hotelhallen, Theater, Schulen, Kaufhäuser, Restaurants);
- ● ein Rollstuhl – weist auf Rollstuhlfestigkeit hin;
- ● eine Treppe – zeigt die Treppeneignung an.

*

Der höchste Preis, der je für Wolle gezahlt wurde, waren 42 australische Dollar (damaliger Wert etwa 168 Mark) je Kilogramm für einen einzigen 160-Kilogramm-Ballen von superfeiner Saxon-Merinowolle aus Tasmanien auf einer Auktion im Februar 1973 in Launceton.

Die ersten Schafe brachten im Jahre 1788 die Einwanderer nach Australien. Eingeschifft wurden sie am Cap der Guten Hoffnung in Südafrika.

Die erste Wolle wurde von Australien 1807 nach England exportiert. Der Lieferant: Captain John MacArthur, Hobby-Wollfarmer und Gründer der Schafzucht in Australien. Gegenwärtig zählt der australische Wollexport drei Millionen Ballen (je etwa 210 Kilogramm).





Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Katalysator und Wald

„Phantastische Werte": WELT vom 13. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Kommentator Heinz Horrmann übernimmt das häufige Argument der Automobilindustrie, daß der Einsatz von Abgaskatalysatoren zwangsläufig zu einem höheren Kraftstoffverbrauch führen müsse. Andernfalls werde „die Technik auf den Kopf gestellt" und: „nach bisherigen Erkenntnissen brauchte ein Katalysator stets ein fetteres Gemisch".

Diese Behauptungen treffen nicht zu, wie der Kommentator jederzeit durch eine Rückfrage beim Umweltbundesamt hätte erfahren können: Sie sind technisch unbegründet, denn als nachmotorische Maßnahme beeinflußt der Katalysator den Motorbetrieb nicht. Die Bezeichnung als „Abgasfilter" führt gelegentlich zu der Vorstellung, die Abgase müßten einen höheren Strömungswiderstand überwinden. Katalysatoren bestehen jedoch aus einem von vielen Kanälen durchzogenen Wabenkörper, den die Abgase ohne Rückstau durchströmen. Die katalytische aktive Schicht befindet sich an den inneren Wänden und wirkt durch Kontakt mit dem durchströmenden Abgas. Dabei wird kein energisch wirksamer Widerstand aufgebaut.

Auch die notwendige Einstellung des Treibstoff-/Luftgemisches auf Lambda gleich eins führt in der Praxis zu keinem Mehrverbrauch. Es trifft zwar zu, daß die Einstellung auf ein größeres Luftverhältnis von Lambda gleich 1,05 bis 1,1 bei modernen Motoren in Teillastbereichen verbrauchsgünstiger ist, wie man bei Messungen auf Motorprüfständen nachweisen kann. Im praktischen Fahrbetrieb kommt dieser Vorteil jedoch nicht zur Geltung. Im Gegenteil haben Untersuchungen der kanadischen Umweltbehörde gezeigt, daß die US-Versionen europäischer Hersteller im Mittel sparsamer sind, obwohl sie in den USA ausschließlich auf Normalbenzin ausgelegt werden.

Es wäre im Interesse einer objektiven Information in der Öffentlichkeit schön, wenn sich gerade die Fachjournalisten kritisch mit den Argumenten der Automobilindustrie auseinandersetzen und wenigstens die Stellungnahmen des Umweltbundesamtes einholen wollten, ehe sie darüber schreiben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. R. Schweikl,
München 2

*

Sehr geehrter Herr Horrmann,

ich lese mit Erstaunen und Empörung, in welch „phantastischer" Weise der TÜV Bayern die Verbrauchswerte eines Katalysator-Autos „gemessen" hatte. Mit deratigen Methoden, die im Kern einer bewußten Fälschung gleichen, reiht der TÜV, dessen PR-Arbeit ohnehin seine Seriosität zu übertreffen scheint, sich ein in die Reihe von blinden Gegnern des Automobils, die diesem die ganze Schuld am Waldsterben geben wollen. Ausgerechnet der TÜV, der doch sonst vom Automobil lebt – oder rechnet er sich schon jetzt neue Einkommensmöglichkeiten aus, weil doch die Katalysator-Abgase jährlich gemessen werden sollen?

Mich wundert immer wieder, daß das Waldsterben in Kanada immer heftiger wird, obwohl in Nordamerika seit mehr als 10 Jahren bleifrei mit Katalysatoren gefahren wird. Warum sind die doch sonst angeblich gründlichen Deutschen eigentlich mit den Schlagworten zufrieden, die von gewissen Kreisen wie dem TÜV (und linken Illustrierten) über das Auto von heute verbreitet werden. Warum nimmt eigentlich niemand Kenntnis von den Untersuchungen der Entwicklungsabteilung des Hauses Porsche über die (entsetzliche) Wirkungsweise kalter Katalysatoren beim Kurzstreckenbetrieb, dem unsere Autos ja überwiegend ausgesetzt sind.

Hochachtungsvoll
G. Henke,
Neuhaus

Frei gegen Geld

„Nimmt Bukarest Schmiergelder für Aussiedler?": WELT vom 25. August

Die in Ihrem Beitrag geschilderten Fakten, wie sie vom bayerischen Bund der Vertriebenen veröffentlicht wurden, müssen wir leider bestätigen und können sie wie folgt ergänzen: Auch im rumänischen Banat haben Zahlungsaufforderungen an ausreisewillige Deutsche in den letzten Monaten ein Ausmaß angenommen, das über von jeher „ortsübliche" Gepflogenheiten weit hinausgeht. Der Eindruck einer Systematisierung dieser Geldeintreibung durch staatliche Stellen ist ganz offenkundig. Nach unseren Beobachtungen muß der Paß für die Ausreise in der Regel mit DM 8000 bezahlt werden, wobei es allerdings möglich ist, Mengenrabatt zu bekommen – für eine fünfköpfige Familie aus der Nähe von Temesvar beispielsweise waren nur 35 000 DM zu zahlen. Die die Zahlungen vorbereitenden oder „durchführenden" Mitglieder des rumänischen Staatssicherheitsdienstes „Securitate" wenden sich meist schon gezielt an Familien mit Westverwandtschaft, wo offensichtlich eine größere Liquidität vermutet wird. Das Geld ist meist ohne Quittung abzugeben – beispielsweise hat man es nach dem Besuch von West-Verwandten als „gefunden" zu melden und dementsprechend als Fundsache abzugeben. Akzeptiert werden in aller Regel Beträge nur in bar und nur in westlicher Währung.

Es ist die große Hoffnung vieler Deutscher in Rumänien – und deren Angehöriger hier –, daß spätestens der Besuch von Rumäniens Staats- und Parteichef Ceausescu Mitte Oktober in der Bundesrepublik Deutschland das Bonner Auswärtige Amt in die Lage versetzt, diese schlimmen Mißstände endlich deutlich und wirkungsvoll zur Sprache zu bringen.

Wanda Wahnsiedler,
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
Arbeitsausschuß Deutsche in Rumänien

Stiefel für den Albatros

„Albatros" hat zu große Füße: WELT vom 23. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

was ein unbekümmerter Lokalzeitungs-Mitarbeiter in Ahlen/Westfalen als einen gelungenen „Aufmacher" für sein Blatt empfunden haben mag, ohne sich dabei sonderliche Gedanken über den Wahrheitsgehalt zu machen, als er schrieb, „Die Stiefel waren viel zu klein", entwickelte sich mit der Veröffentlichung seiner Information durch „Die Welt" zu einer falschen Meldung! Unter dem Titel „Albatros hat zu große Füße" und dem Foto, das den lächelnden Jäger Michael Groß in seiner Truppenunterkunft beim Anziehen der Kampfstiefel zeigt, kommentiert „Die Welt": „Dem 2,01 Meter großen Schwimmer paßten die Schuhe nicht. Statt seiner Schuhgröße 47 war nur die Nummer 45 vorrätig!" Diese Mitteilung ist falsch und trägt dem Truppenteil des wehrpflichtigen Spitzensportlers, Jägerbataillon 531, anhaltende ungerechtfertigte Vorwürfe und Mißbilligungen des Inhalts ein, das Bataillon habe die Aufnahme des Jäger Groß nicht ordnungsgemäß vorbereitet. – Das Gegenteil ist der Fall! – Das Bataillon und die zuständige Standortverwaltung Hamm waren auf die Einkleidung und Unterbringung des Olympiakämpfers bei seiner Rückkehr zur Truppe am 20. August 1984 bestens vorbereitet. Für Jäger Michael Groß standen nicht nur 2 Paar passende Stiefel bereit, sondern ebenso seine gesamte passende Ausrüstung und Ausstattung sowie ein Bett, das seiner Körperlänge gerecht wird. – Wehrpflichtige mit der Körpergröße um 2 Meter sind keine Seltenheit und bringen die Bundeswehr nicht in Verlegenheit. Der längste Soldat der 2. Kompanie im Jägerbataillon 531, der Jäger Michael Groß jetzt angehört, ist 2,04 m groß und verweist ihn damit in dieser „Disziplin" auf den 2. Platz.

Das Mißverständnis mag bei dem Lokal-Reporter aus Ahlen dadurch entstanden sein, daß Michael Groß auf Wunsch eines zur gleichen Zeit filmenden Fernsehteams des Hessischen Rundfunks zunächst ein etwas kleineres Paar Kampfstiefel zum Zwecke der Demonstration anprobieren sollte. – Welch eine folgenreiche Einlassung!

Jörg Kohlhoff,
Oberstleutnant und Bataillonskommandeur
Ahlen

Wort des Tages

„Demokratie ist nicht ein Zustand, in dem jede Meinung sich aufspielen und jedes Interesse sich als Staatsangelegenheit betrachten können. Sie bedeutet zuerst und vor allem, daß der *einzelne sich für das* Schicksal des Staates verantwortlich weiß. Daß er weiß, er kann diese Verantwortung nicht abgeben, sondern soll sie beständig üben – ja er übt sie immerfort, ob er will oder nicht, durch die Weise, wie er sich verhält, zum Guten oder Schlimmen."

Romano Guardini; ital. Religionsphilosoph (1885–1968)

Der Balkan

„Der Studienplatz für Medizin kostet 300 Dollar": WELT vom 21. August

Ihr Artikel ist hochinteressant. Bitte verlegen Sie aber Budapest nicht auf den Balkan. Budapest liegt genau in der Mitte Europas, des Europa, das bis zum Ural reicht. Vom Balkan können wir frühestens südlich von dem Karpatenbecken u*nd* südlich von Belgrad reden.

J. Kanya,
Mülheim/Ruhr

Zahlen aus Chile

„Chile / Wirtschaftsprogramm der Regierung": WELT vom 7. August

Sehr geehrter Herr Chefredakteur,

in besagtem Artikel ist dem Verfasser ein Fehler unterlaufen, welcher sich stark verzerrend auswirkt, u. z. bei den Angaben über die Arbeitslosigkeit. Die letzten offiziellen Zahlen (Mai 1984) belaufen sich auf 15,83 Prozent. Bei den offiziellen Arbeitsprogrammen sind zusätzlich 7,94 Prozent der Erwerbsbevölkerung beschäftigt. Diese durchaus nicht befriedigende Beschäftigungssituation, welche durch die starke internationale Rezession verursacht wurde, soll nach dem letzten verabschiedeten Dreijahresplan der Regierung drastisch verbessert werden, so daß Ende 1986 die Arbeitslosigkeit auf 9 Prozent gedrückt wird.

Zu der Behauptung, die chilenische Prokopfverschuldung sei eine der höchsten der Welt, möchte ich erwähnen, daß sie nicht einmal die höchste in Lateinamerika ist. Wichtig ist die Zahlungsfähigkeit der Länder und daß Chile in diesem Sinne ordnungsgemäß seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt.

Mit freundlichen Grüßen
Vasco Undurraga G.
Botschafter von Chile

Personalien

EHRUNGEN

An seinem 70. Geburtstag ist der Gründer und Präsident der „Martin-Behaim-Gesellschaft zur Förderung des deutschen Buches im Ausland", **Kurt Schleucher**, mit der Goethe-Plakette ausgezeichnet worden. Der Jubilar, der die vom Auswärtigen Amt, dem Land Hessen und der Stadt Darmstadt geförderte Stiftung vor 33 Jahren ins Leben gerufen hatte, erhielt die Ehrung in seiner Geburtsstadt Darmstadt aus der Hand von Kultusminister **Karl Schneider**. Die Goethe-Plakette ist die höchste hessische Ehrengabe für Verdienste um das kulturelle Leben des Landes.

Der Kultusminister würdigte Schleucher bei der Feier als Mann, der sein Leben als Schriftsteller, Wissenschaftler und Vermittler deutscher Kunst im Ausland wohl genutzt habe. Er sei sicher, daß Schleuchers Pläne und seine schriftstellerische Kraft auch weiterhin in die Zukunft wiesen, meinte Schneider. Die Behaim-Stiftung, mit der der Name des Initiators unlösbar verbunden sei, habe entscheidend dazu beigetragen, die Verdüsterung der deutschen Kulturgeschichte nach dem Krieg wieder aufzuhellen.

Schleucher, der Autor verschiedener Biographien über Deutsche und ihre Wirkungen im Ausland ist, hat sein Lebenswerk gleich nach dem Krieg seiner „Literaturbrücke" zum Ausland gewidmet. Mehr als 350 000 Bücher – von Belletristik über Fachbücher und Bildbände bis zu Liedersammlungen und Lexika – hat er in alle Länder der Welt versandt.

*

Der Präsident des Bundesverbandes Metall, Diplom-Ingenieur **Rolf Hasenclever** (56) aus Lüdenscheid, erhielt das Große Bundesverdienstkreuz. Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) betonte bei der Überreichung, Hasenclever habe „entscheidenden Anteil an der Verankerung neuer, zeitgemäßer Berufsordnungen im deutschen Berufsbildungsrecht und der Erschließung moderner Technik für die Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks." Seit 1981 ist der Fabrikant auch Ehrenpräsident der Internationalen Metall-Union.

*

Mit der Ernst-Renz-Plakette, einer der höchsten Auszeichnungen im internationalen Zirkuswesen, ist der Direktor des international bekannten Circus Barum, **Gerd Siemoneit**, ausgezeichnet worden.

Der Präsident der Gesellschaft der Zirkusfreunde in Deutschland, **Rudolf Geller**, sagte bei der Überreichung der Auszeichnung in Marburg, daß Gerd Siemoneit zu einer Verkörperung des idealen Tierlehrers, der Mensch und Tier in einer neuzeitlichen Gestaltung als eine in sich geschlossene Gemeinschaft präsentiert, geworden sei. Gerd Siemoneit habe außerdem mit seiner sachlich fundierten Erläuterung jeder einzelnen Zirkusnummer viel dazu beigetragen, das Interesse der Menschen am lebendigen Zirkus wachzuhalten.

Erwin Keuschs Fernsehfilm „Das leise Gift“

An jenem blauen Montag

Die Kanonen sind schon wieder justiert, die Ziele ins Visier genommen. Kein Tag vergeht, an dem nicht irgendein chemisches Mittel für Diskussion und Wirbel sorgt, an dem nicht alle möglichen und unmöglichen Spekulationen über Gesundheits- und Umweltgefährdung aufgestellt werden. Am öffentlichen Pranger stehen „die Chemiekonzerne“, sie gilt es, mit Macht zu verteufeln. Ein einschlägiger Film mehr oder weniger – man fragt schon kaum noch danach.

Der Film „Das leise Gift“ von Erwin Keusch, der heute abend von der ARD ausgestrahlt und sogleich auch im ORF und SRG gezeigt wird, ist aber ein Musterbeispiel dafür, wie suspekte, gezielte politische Indoktrinierung in psychologische Genrebilder versteckt wird, um die Menschen ängstlich, unsicher, politisch zugeständnisbereit und manipulierbar zu machen. Im grellen Spotlicht die „verbrecherischen“ Chemie-Konzerne, die Gewinne selbst auf Kosten der

Das leise Gift – ARD, 20.15 Uhr

bewußten Vergiftung ihrer Mitmenschen und der Umwelt machen wollen. Die Angst vor der „Gift-Katastrophe“ wird in diesem Film geradezu infam geschürt.

Im Mittelpunkt steht die Person des Werksfotografen Martin Vogel, der seit Jahren für die Betriebszeitung des Chemie-Konzerns „neue Direktoren, Musterpackungen und gedopte Mäuse“ ablichtet. Der frustrierte Fotograf, der (natürlich) von seinen Vorgesetzten schikaniert wird, will der Firma den Rücken kehren. Doch bevor er es tut, erschüttern zwei schwere Explosionen in der Nacht die Labors. Vogel, der zufällig auf dem Gelände weilt, dringt aus Neugier – trotz Verbots – in die beschädigten Räume ein und macht Aufnahmen. Dabei findet er den völlig starr daliegenden Chemiker, der ein Diagramm und ein Fläschchen mit einer ominösen Flüssigkeit in den Händen hält, welche der Fotograf an sich nimmt.

Die Explosion hat die nähere Umgebung des Konzerns – Straßen, Häuser, Autos – in eine blaue Farbe getaucht. Militante Umweltschützer dringen ins Werksgelände und behaupten, Dioxin sei in die Umwelt gelangt. Der Chemiker stirbt. Sein Tod wird vertuscht, und der Fotograf Martin Vogel beginnt einen Privatkrieg gegen den Konzern. Doch das Unternehmen ist stärker: Mysteriöse Verkehrsunfälle, das Verschwinden der Beweisstücke offenbaren es.

Außerdem ist der Fotograf selber längst vergiftet. Doch als „lebendiger“ Leichnam wird er noch vom Konzern befördert, wird nach Obervolta in die Tochterfirma gesandt, wo er nun einen leitenden Posten bekleiden soll. Ein Schlußappell wie für Klein Moritz: „Niemand wird je erfahren, was an jenem 'blauen' Montag wirklich geschah“, heißt es. Und mit dieser Angst-Psychose wird nach 103 Minuten der Zuschauer entlassen.

Gestrickt ist das „grüne“ Opus nach den üblichen Verhaltensmustern: Bild und Stimmung müssen die Argumente ersetzen. Nur in den ersten Minuten des Films gurren noch die Tauben friedlich auf dem Dach. Später liegen sie verendet in der Dachrinne. Ellenlange Sequenzen führen durch leere Betongänge, ein immer grauer Himmel, Kälte, Neonlampen und nächtliche Straßenfahrten sorgen für die „richtige“ Stimmung.

Erwin Keusch drehte den Film in München (wo es keinen Chemiekonzern gibt) an 28 Tagen in zehn verschiedenen Betrieben, die höchstwahrscheinlich gar nicht geahnt haben, für welches Machwerk sie sich hergaben. Doch selbst solch ein Streifen bietet noch eine Plattform für gute Schauspieler: allen voran Peter Sattmann als Fotograf und Peter Bongartz als sein Vorgesetzter sowie Günter Lamprecht.

Das ZDF war dennoch gut beraten, als es sich zu Drehbeginn im Frühjahr '83 von diesem Werk distanzierte und sich ausklinkte. Dafür sprang nun der WDR ein. Es wäre eine fromme Illusion zu glauben, dieser Film bliebe ohne Folgen für die Gemüter der Zuschauer. Aber den Verantwortlichen in der ARD scheint das gerade recht zu sein. Der WDR-Sprecher gab sich daher auch gelassen: „Wir sind guten Mutes und sehen keinen Anlaß, daß der Film nicht ausgestrahlt wird.“

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

KRITIK

Zu schön, um wahr zu sein

Es war einmal ein kleines Negermädchen mit Schleife im Haar und tellergroßen, ewig staunenden Augen, das *Cinderella* oder *Cindy* hieß und im New-York-Bezirk Harlem wohnte. Und dieses kleine Mädelchen wurde tagaus, tagein von seinen giftigen, eifersüchtigen Stiefschwestern schikaniert und geduckt.

Aber weil das kleine Negermädchen mit dem lieben Negervater und der guten, aber energischen Negermama solche schlechten Gefühle selbst nicht kannte, wurde es letztlich vom Schicksal belohnt und bekam den richtigen Mann. Und die häßlichen Biester von Schwestern gingen leer aus und verstanden die ganze Welt von Harlem nicht mehr.

William Graham und Bob Rosenbaum haben mit **Cinderella in Harlem** (ARD) wohl den anrührendsten, *liebenswertesten Film gemacht*, der dieses Jahr, unsynchronisiert, zu sehen war: Sie haben das berühmte Märchen verpflanzt in die Welt der *einfachen, schlichten Farbigen.*

Und deren Welt, wie die Cindys (Charlaine Woodard), ist gar nicht mal die deprimierende Welt der notorischen Underdogs, sondern ein kleiner Kosmos des Rhythmus, der Musik, der unprätentiösen Frömmigkeit und anspruchslosen Lebensfreude. Gewiß: ein Getto, aber doch keines, in dem sich nicht frei atmen ließe.

Alle Figuren in diesem Film sprechen an, keine ist wirklich schlecht; sie geifern ein bißchen, neiden so herum, flunkern schon mal, lieben sich und spielen im übrigen miteinander auch all die Gesellschaftsspiele, die die Weißen so perfekt beherrschen. Und da mittendrin steht diese Cindy, eine pfiffige, eben gerade erwachsen werdende Göre mit Musik im Blut und, vor allem, dem Glück der Ahnungslosen, der Uneitlen.

Wie gesagt, ein Film, der rühren konnte, ein Film über einen Menschenschlag, der in seiner Einfachheit, seiner Lebensauthentizität unmöglich nicht zu lieben wäre, ein kleines Fest von knapp hundert Minuten.

ALEXANDER SCHMITZ

Nostalgie in Hülle und Fülle

Walter Sedlmayr spricht das gepflegte Honoratioren-Bayerisch, das gewiß auch Friesen und andere verstehen dürften. Er pflegt auch die sanfte Ironie, die weit über die Dialekt- und Sprachgrenzen hinaus auf Widerhall stoßen darf. Was Wunder denn, daß er weltgängig geworden ist und uns aus fernen Landen berichtet: **Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte** (ARD).

Jüngst war er in Griechenland, aber wer da fürchten wollte, eine alpenländische Variante des Gastarbeiter-Songs vom griechischen Wein auf der Bildscheibe zu sehen, der irrte, und er irrte gern.

Gescheit folgte der Münchner Vagant einer nicht minder gescheiten Kamera, die das gar nicht so einfache Leben auf den Griechen-Inseln Patmos und Chios aufzeichnete. Was und wo Sedlmayr berichtete – es war auch so; wenn er seinen Spott aufs Bild tupfte, geschah es mit jener Dosierung, die ihm von seiner landeseigenen Weisheit geboten wurde.

Für potentielle Touristen hatte der gestandene Reporter die schönsten Bilder parat und Nostalgie die Hülle und Fülle, aber er schminkte sehr bald jede Fremdenverkehrs-Rührung wieder ab.

Die Inseln und die Küsten, die weißen Häuser und ihre dunklen Insassen werden es ihm danken. Die schönen griechischen Jungen und die markanten Alten, die lachenden Mädchen und die großäugigen Kinder haben es nicht verdient, vom Tourismus gefressen zu werden.

Sedlmayr vergaß auch nicht, des griechischen Königs Otto aus München zu gedenken, den die Weltgeschichte vor 150 Jahren auf den griechischen Thron gesetzt hatte (mit recht kurzer Sitzdauer, aber lang genug, um noch den Königsstolz des bajuwarischen Fernseh-Touristen zu erreichen).

So fügte sich zum Schönen und Schmunzelhaften auch Bedenkenswertes und Belehrendes, kurz eine liebe und brave Sendung. Auf ein baldiges Neues!

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 WISO
10.55 Was bin ich?
11.40 Mosaik
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Mit Video zum Gipfel der Welt
Film von Kanji Iwashita
Bei der Mount-Everest-Besteigung des japanischen Alpine-Clubs gelangte zum ersten Mal eine elektronische Fernsehkamera auf den Gipfel des höchsten Berges der Welt. Dadurch konnten Aufnahmen entstehen, die einen wirklichkeitsnahen Eindruck von der Bezwingung des Bergriesen vermitteln.
16.55 Die rote Zora und ihre Bande
Letzter Teil: Es leben die Uskoken
17.25 Doctor Snuggles
Letzter Teil: Knabber, der König der Mäuse
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Das leise Gift
Fernsehspiel von Erwin Keusch frei nach dem Roman von Marcus P. Nester
Mit Peter Sattmann, Peter Bongartz, Günter Lamprecht u. a.
22.00 ARD-Sport extra
22.30 Tagesthemen
23.00 Musikszene 84
Neues aus dem Schaugeschäft
Präsentiert von Ron Williams
Inhalt und Absicht dieses populär-unterhaltsamen Magazins sind: Kritische Hintergrundreportagen, Vorstellung interessanter Persönlichkeiten, Dokumentation von Trends und Begleiterscheinungen der Branche.
23.45 Tagesschau

ZDF

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: G. G. Anderson
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.05 Der lange Treck
Im gelobten Land
19.00 heute
19.30 flashlights
Hits & News
20.15 ZDF Magazin
Schwerpunktthema der Sendung: Schicksal von Sacharow weiter ungeklärt – dazu Filmbeiträge und aktuelle Interviews
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Die 2
Die tote Tänzerin
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
22.10 Wir machen keinen Klassenkampf
Rom und die Theologie der Befreiung
Bericht von Michael Albus, Wolfgang Gahbauer und Werner Kaltefleiter
22.40 Reise nach Kythera
Film von Theo Angelopoulos
(Griechische Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
Ein alter Grieche kehrt nach 32 Jahren russischer Emigration in sein Heimatdorf zurück. Dort findet er nicht mehr die alte Idylle vor, sondern sieht sich hilflos dem Fortschritt ausgeliefert. Er wird von den übrigen Dorfbewohnern ausgeschlossen und schließlich ausgewiesen.
0.55 heute



Martin (Peter Sattmann) hat seiner Firma den Kampf angesagt (Das leise Gift – ARD, 20.15) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

17.00 Schulfernsehen
18.00 Berufsorientierung
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Information und Unterhaltung
21.45 Hobbythek
Papier, Papier, Papier
22.30 Der geheimnisvolle Gast
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Regie: William Castle
23.30 Peter Lorre – Das doppelte Gesicht
Film von Harun Farocki und Felix Hofmann (1984)
0.30 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

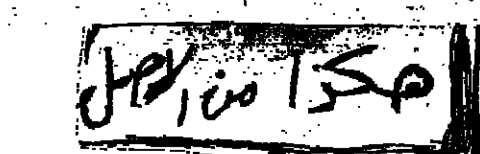
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Deutsche Puppenbühnen
Marionettentheater Düsseldorf
19.00 Streitfrage Datenschutz
Computer contra Freiheitsrechte?
20.00 Tagesschau
20.15 Streitfrage Datenschutz
Computer contra Freiheitsrechte?
Abschlußdiskussion zum Datenschutz-Hearing
22.00 Berlin um 1900 (1)
Von der Residenz zur Reichshauptstadt
22.45 Regisseure sehen den Krieg: Memphis Belle
Amerikanischer Film (1944)
Von William Wyler
(Originalfassung mit deutschem Kommentar)
23.25 Letzte Nachrichten

SÜDWEST

Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 45 Fieber (7)
Ein Jugendmagazin
20.15 Wanderungen durch die DDR
Die Niederlausitz
21.00 Lolita
Englischer Spielfilm (1961)
Mit James Mason, Shelley Winters, Sue Lyon, Peter Sellers, Diana Decker u. a.
Regie: Stanley Kubrick
23.30 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Es ist angerichtet (5)
19.30 Christians Wanderbrettl
20.00 Ein Herz und eine Seele
5. Erntedankfest
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Giganten der Geschwindigkeit
22.45 Z. E. N.
22.50 Hilflos im Strom
23.35 Rundschau



Bamberger ohne Kopf

egw – Sollte im Jahre 4000 einmal der Versuch gemacht werden, auf der Bühne unsern Alltag in einer Rückschau möglichst präzise darzustellen, so würden wohl der Bamberger Reiter ohne Kopf und der Dom in Frankfurt als Ruine gezeigt werden – vorausgesetzt, daß sich unsere heutige Regietradition noch erhalten hat.

Der erscheint es natürlich, daß griechische Säulen, die den klassischen Alltag begleiten, prinzipiell abgebrochen sein müssen und so, von niemandem beanstandet, in der Gegend umherstehen. Damit soll die rechte Einstimmung ins Altertum erzielt werden, obwohl gerade damals doch die Säule noch ganz gewesen sein und eine architektonische Funktion gehabt haben muß. Ein Beispiel dafür sah man jetzt wieder in Salzburg.

Ein anderes Beispiel solcher Regiekünste: Es wird ein hohes Paar beim Schachspiel gezeigt, aber weil's eben ein hohes Paar ist, müssen die Brettfiguren von gräßlich gefesselten und fast unbeweglichen Sklaven gegeben werden. Wie dann etwa ein so gefesseltes Pferdchen über andere Figuren hinweghüpft, ist ein Gag, der zwar zirkusreif, aber für das Theaterstück völlig belanglos ist.

Daß Mimen einander gelegentlich grundlos laut anschreien, gehört auch zur modernen Bühnenkunst und ist dann besonders überzeugend, wenn derlei von einem Mann aus dem Volke gegenüber einem Herrscher getätigt wird, dem er dabei auf Lippennähe an den Leib rückt. Ergriffen schaut der Theaterbesucher zu und findet's genial. Nur wird derlei in viertausend Jahren verklungen sein, während die anderen Regiemätzchen, photographisch dokumentiert, auf die Nachwelt geraten und dort Mißverständnisse auslösen könnten.

Da müssen wir uns dann nicht wundern, wenn wir von diesen Nachfahren mit den Neandertalern in einen Topf geworfen werden.

Ikonen aus Karelien

Ein Kloster, das über die Grenze kam

Nur rund 1,2 Prozent aller Finnen gehören der orthodoxen Kirche an. Sie besitzen jedoch mit die ältesten Kunstschätze des Landes. Etwa dreißig Kilometer von der sowjetischen Grenze entfernt wurde in diesem Jahr mit staatlicher Hilfe ein Kulturzentrum gebaut, in dem Ikonen aus dem sechzehnten Jahrhundert, Meßgewänder und liturgisches Gerät ausgestellt sind. Sie stammen aus dem ältesten und größten Kloster im einst finnischen Karelien, dem auf einer Insel des Ladogasees gelegenen, etwa siebenhundert Jahre alten Valamo.

Die Sammlungen umfaßten 1924 genau 1600 Gegenstände. Den zehnten Teil davon konnten die Mönche retten, als sie 1940 vor den Sowjets fliehen mußten. Das alte Valamo wird zwar heute von den Russen restauriert und soll dann wohl als Museum dienen, aber mit dem traditionsreichen finnischen Kloster hat es nichts mehr gemeinsam. Dessen Tradition setzen jetzt vier Mönche und sieben Novizen in Neu-Valamo fort.

Die Kirche wurde erst 1977 errichtet, als – so der mehr an einen Manager als einen Mönch erinnernde Gastpater Ambrosius – die Hoffnung auf eine Rückkehr in das angestammte Kloster aufgegeben werden mußte. Sie ist schlichter und heller, als es orthodoxe Gotteshäuser sonst sind. Aber auch die Klosteranlage überhaupt weicht von den alten Plänen ab. War Valamo, wie auf den im Kulturzentrum hängenden Stichen und Bildern zu sehen, mehr wie eine Festung gebaut, so stehen in Neu-Valamo, weit auseinandergezogen, flache Holzhäuser mit den Mönchszellen, aber auch mit zahlreichen Gästezimmern. In Neu-Valamo bewegt man sich nämlich ein wenig auf den Spuren von Taizé. Seit einiger Zeit gibt es regelmäßige ökumenische Jugendcamps. In diesem Jahr waren es dreißig junge Leute aus acht Nationen, die am Klosterleben teilnahmen. Durch die Ausstellungen führt sachkundig eine junge Studentin aus Frankfurt.

Schätze aus dem alten Valamo beherbergt aber auch das orthodoxe Kirchenmuseum in Kuopio. Neben dem Sitz des über siebzig Jahre alten Erzbischofs und dem orthodoxen Priesterseminar sind dort seit 1957 besonders wertvolle Marienikonen ausgestellt. Außerdem sind Reliquienkreuze aus den heute ebenfalls den Sowjets gehörenden Klöstern Konewitsa und Petsamo zu sehen. Besondere Aufmerksamkeit unter diesen Schätzen erregt ein handgeschriebenes Buch, das die Namen der von Iwan dem Schrecklichen Getöteten enthält. Der Zar hatte es einst den Mönchen von Valamo mit der Weisung übergeben, täglich für die von ihm Ermordeten zu beten.

NORBERT MATERN

Was die deutschen Opernbühnen 1984/85 bringen

Die große Angst vor den Jubiläen

Die früheste deutsche Oper, eine „Dafne" zum Libretto von Martin Opitz, hat Heinrich Schütz komponiert. Sie wäre, angesichts des nahenden 400. Geburtstags von Schütz, das Premieren-Pflichtstück an allen deutschen Opernhäusern fürs kommende Jahr und damit für die jetzt beginnende Saison. Die Musik aber ist längst verschollen. Schütz' „Dafne" kann nicht gespielt werden. Die Intendanten tun wahrscheinlich einen Stoßseufzer der Erleichterung. Denn Jubiläen passen ihnen offenbar ganz und gar nicht in ihre Spielpläne.

Wie sonst wäre es zu erklären, daß einer der für die Operngeschichte wichtigsten Komponisten, Domenico Scarlatti, der sich mit seinem 300. Geburtstag ebenfalls in den musikalischen Jubiläumsreigen des kommenden Jahres einreiht, auf keinem deutschen Opernspielplan auftaucht? Die Chance, diesen Anlaß zu einem Versuch mit der prunkvollen Barockoper römischen Stils zu nutzen, wird wieder einmal vertan.

Johann Sebastian Bach hat bekanntlich keine Oper geschrieben. Ob es ihm besser ginge als dem dritten großen Dreihunderter, Georg Friedrich Händel? Die Deutsche Oper Berlin immerhin läßt Achim Freyer den „Messias" auf die Bühne bringen, die Hamburgische Staatsoper widmet sich dem „Belsazar" (Inszenierung: Harry Kupfer), während die vom Werk her interessanteste Händel-Feier in Köln entsteht: Dort inszeniert Michael Hampe die kaum je aufgeführte komische Oper „Agrippina". Wie auch nicht, schließlich verdankt Köln dieser Kaiserin sein römisches Stadtrecht.

In einem solchen Händel-Jahr ein Händel-Pasticcio anzufertigen, kann sich Karlsruhe leisten, das seit Jahren intensive Händel-Pflege betreibt und so eine ganze Reihe von Werken des großen Deutsch-Londoners präsentieren kann. Sich wie die Bayerische Staatsoper mit einem, zugegeben interessanten, Gastspiel, „Justino" in Harry Kupfers Regie von der Komischen Oper Ost-Berlin, aus der Affäre zu ziehen ist schon eine ziemlich kleinmütige Lösung. Und sich im Händel-Jahr in Sachen Barock auf Rameau zu stürzen wie Wuppertal mit dem „Dardanus" oder auf die Florentiner Camerata wie Kassel mit den „Florentinischen Intermedien" (Produktion: Herbert Wernicke), ist nun wirklich eine, euphemistisch gesagt, verblüffende Extravaganz. Im übrigen herrscht an den großen Opernhäusern in Sachen Händel Fehlanzeige.

Man tut, als sei nichts. Wagners „Ring", Prüfstein und Lieblingskind der Regisseure, wird auch ohne Wagner- oder Bayreuth-Jubiläen geschmiedet. Götz Friedrich legt sich an der Deutschen Oper Berlin voll ins Zeug: „Rheingold" und „Walküre" zu Spielzeitbeginn, „Siegfried" im Frühjahr – damit absolviert er drei Viertel der Wegstrecke in einem Jahr. Fast Bayreuther Bedingungen und für das Haus eine Kraftprobe sondergleichen. Kein anderes Theater hat noch Selbstbewußtsein genug, sich so zu fordern.

Auf dem Sektor der Moderne das gewöhnliche Bild: Wenig Uraufführungen, noch weniger Mut, nachzuspielen. Den zeigt vor allem Kurt Horres, wenn er in Hamburg Nonos „Intolleranza" noch einmal auf den Prüfstand stellen läßt (Dirigent: Hans Zender, Regie: Günter Krämer). Berlin wird den Neuling von Siegfried Matthus, „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Rilke" kurz nach der Dresdner Uraufführung in den Westen bringen (Regie: Maximilian Schell), Kassel nimmt sich Rainer Kunads „Amphitryon" vor. Die kargen Uraufführungen von einigem Gewicht haben sich Köln, Düsseldorf und München gesichert: Köln spielt den „Murieta" von Jens-Peter Ostendorf (nach Pablo Neruda), und auch Düsseldorf will die Frucht eines Kompositionsauftrags einfahren: Alexander Goehrs Wiedertäufer-Oper „Seht Ihr die Sonne?".

Im angeblich so risikofurchtsamen München gibt es sogar an beiden Staatstheatern eine Novität: Heinrich Sutermeisters „Roi Berenger I." von der Staatsoper im Cuvilliés-Theater, Wilfried Hillers und Michael Endes gewiß auch für Kinder zugänglichen „Goggolori" am Gärtnerplatz. Zum Renner in der Sparte Modernes wird aber Aribert Reimanns kleinformatige Kammeroper „Die Gespenstersonate", die nach ihrer Taufe bei den Berliner Festwochen gleich von den Kammerbühnen Stuttgarts und Hamburgs nachgespielt wird.

Wenig haben sich die Archäologen einfallen lassen: Cherubinis „Medea" in Bonn ist immerhin schon lange ein Schallplattenerfolg, Haydns „Ritter Roland" in Gelsenkirchen wird wohl auch nur bestätigen können, daß der Vater der musikalischen Klassik mit dem Theater nicht viel im Sinn hatte. Die interessantesten Ausgrabungen stehen bei zwei Opern-Winzlingen auf dem Spielplan. Trier versucht sich an Ottmar Gersters ganz gewiß zu Unrecht vergessenem „Enoch Arden", Oberhausen wagt es mit Max Bruchs „Die Loreley".

Wer in der Oper noch immer auf die Vitaminspritzen schwört, die Regisseure setzen, kann sich weiterhin getrost in Frankfurt einmieten. Dort geht der Premierenreigen der Spielzeit am kommenden Wochenende mit „Eugen Onegin" unter der Regie von Alfred Kirchner los. Kirchner wird dort auch Verdis „Falstaff" betreuen, der vielbeschäftigte Wernicke „Hoffmanns Erzählungen" variieren und Luc Bondy – das könnte nun wirklich der Clou der Saison werden – den „Rosenkavalier" in Szene setzen. Köln gibt sich prominent: Es hat einmal wieder geschafft, Rudolf Noelte zur Oper zu überreden („Verkaufte Braut"), Harry Kupfer wird mit der „Katja Kabanowa" seine Janáček-Arbeit fortsetzen, Jean-Pierre Ponnelle kehrt mit „Madame Butterfly" an den Rhein zurück.

Aufregungen sind möglicherweise in Stuttgart programmiert, wo Göran Järvefelt zur Eröffnung des restaurierten Opernhauses „Don Giovanni" produziert, gefolgt von Giancarlo del Monaco, der sich Massenets „Werther" annimmt. Del Monaco betreut auch „Hoffmanns Erzählungen" in Berlin, einen weiteren Wernicke hält Hamburg mit der „Salome" bereit, die großen Unbekannten enthüllen sich in München: Georgi Ansimow mit „Pique Dame" und Sandro Sequi mit „Macbeth".

Im ganzen also die übliche Reise durchs gängige Repertoire, das bei weiter geschrumpften Premierenzahlen immer enger wird. Aber bei der Oper ist das ja nur die eine Hälfte, die andere (und wichtigere) sind die Sänger. Wie die sind, weiß man aber wirklich erst hinterher.

REINHARD BEUTH

S. Furies Film „Einmal zur Hölle und zurück"

Engel für Doktorchen

Sidney J. Furie, der in Kanada geborene Hollywood-Regisseur, konnte einst für „Ipcress – streng geheim", in dem ihm der großartige Michael Caine zur Seite stand, den britischen Filmpreis einheimsen. Jetzt hat Furie mit „Einmal zur Hölle und zurück" einen Kriegsfilm gedreht, der nur noch peinlich ist. Leichtfertig, ja, zynisch wird da der Vietnam-Krieg, diese noch immer schwärende Wunde der Amerikaner, zur Kulisse einer nichts als banalen Liebesgeschichte gemacht.

Nein, Furie hat die Schrecken des Krieges keineswegs aus seinem Film ausgeklammert, im Gegenteil: er weidet sich geradezu an ihnen. Auf einer gerodeten Dschungellichtung geraten amerikanische Soldaten, bei grausamem Insistieren der Kamera, in einen Hinterhalt des Vietkong, eine Berg-Stellung mit einer ganzen Kompagnie geht mit großem inszenatorischen Aufwand in die Luft. Dutzende von Schwerstverwundeten rollen, auf Bahren und OP-Tischen verblutend, an unseren Augen vorbei.

Aber all dieser Aufwand kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Krieg und das Leid, das er den Menschen bringt, hier überhaupt nicht interessieren. Die Schrecken sind nur Staffage, der Krieg dient zu nichts weiter als zu einer grell aufreizenden Folie für eine überaus triviale Love-Story zwischen einem jungen Militärarzt und einer Krankenschwester. Kugelhagel und Bombeneinschläge, Tote und Verletzte verschaffen dem jungen Arzt gewissermaßen ein Podest für sein Heldentum und seine Leidenschaften. Und das Ganze ist um so fataler, als die beiden Hauptdarsteller, der einstige „Söldner" Ken Wahl und der „Drei Engel für Charlie"-Ersatzstar Cheryl Ladd, vom Script her entschlossen auf Groschenromanniveau gebracht sind und als Schauspieler allenfallls ödes Mittelmaß bringen.

Die Misere setzt sich in den Nebenrollen fort. Auch nicht eine einzige fällt ins Gewicht, bietet künstlerischen Halt. Da ist ein dumm-bösartiger Vorgesetzter, da sind ein clownesker Freund und ein harter, edler Oberst – alles Klischee.

Und daß die Dramaturgie das Ganze resolut auf ein Finale zusteuern läßt, bei dem die beiden Liebenden sich lange für tot halten müssen, bis sie sich endlich im Veteranen-Hospital in die Arme sinken dürfen, berührt um so peinlicher, als der Zuschauer durch penetrante Hinweise bereits lange vorher über den Ausgang der Story aufgeklärt ist.

Ein Debakel also, dieser Film, der auch politisch fatale Folgen haben könnte, leistet er doch in seiner dreist verharmlosenden Manier all jenen Vorschub, die ihn als Symptom einer angeblich heute ebenso verharmlosenden Haltung der Amerikaner zum Krieg mißverstehen wollen. Ein trüber Clou am Rande: Das Machwerkchen ist bereits für Zwölfjährige freigegeben.

KLÄRE WARNECKE



Versteckte Figuren in der Landschaft: „In den farnesischen Gärten in Rom" von J. A. Koch (1810)

Bremer Kunsthalle zeigt „Staffage oder Die heimlichen Helden der Bilder"

Wer findet die büßende Magdalena?

Seit 1975 zeigt die Bremer Kunsthalle regelmäßig didaktische Ausstellungen. Sie erläutern recht anschaulich kunstgeschichtliche Themen und bieten außerdem Gelegenheit, den Bestand des Instituts der Öffentlichkeit nahezubringen. Es begann mit „Bilder entstehen", dem „Stilleben", dem „Bildnis" und der „Aktdarstellung". Man ging der Frage nach dem „Wesen und Sinn der Kleinplastik" nach oder beschäftigte sich mit dem Historienbild. Und nun geht es um die „Staffage oder Die heimlichen Helden der Bilder".

Warum „heimliche Helden"? Weil das Hauptthema des Bildes oder der Graphik – meist eine Landschaft – eigentlich gar nichts mit den Figuren zu tun hat, die klein und unscheinbar den Vordergrund beleben. Noch im 18. Jahrhundert nannte man diese Zutat „Staffirung". Erst Merck soll 1775 in einem Brief an Goethe den neuen und seitdem nur in der Malerei üblichen Begriff „Staffage" benutzt haben – verrät der Katalog.

Die Staffage wurde oft erst nachträglich und häufig von anderer Hand hinzugefügt. Sie sollte meist dem Bild einen neuen Akzent geben, so daß Landschaften, Innenräume und Stadtansichten damit eine über ihre Gattung hinausgehende Bedeutung gewannen. Eine Radierung nach einer Landschaftszeichnung von Pieter Breughel d. Ä. ist ein typisches Beispiel, wie durch die Staffage ein sonst als zweitrangig angesehenes Genre, die Landschaft, aufgewertet wird.

In einer heroischen Gebirgslandschaft, in der Berg, Fels, Baum und Flußteil mit äußerster Präzision herausgearbeitet werden, entdeckt man nur bei genauer Betrachtung am unteren rechten Bildrand eine Frauenfigur im Schatten gefällter Holzstapel. Es ist die „büßende Magdalena", die dem Blatt den Titel gab. Und schließlich bemerkt man auch über dem Gebirgsrücken die offenbar zum Himmel auffahrende Heilige. Die Figur bereichert die Landschaft nicht, aber sie erhebt das Bild sozusagen in das höhere Genre der religiösen Historie.

Anders steht es mit einem Kupferstich von Schelte Admasz Bolzwert (1586–1659) nach Peter Paul Rubens, „Die Wasserflut mit Philemon und Baucis" (um 1650): Die großartige Schau dieser „heroischen Landschaft" wird durch die Einbeziehung der antiken Mythologie – den Besuch der Götter Zeus und Hermes bei den beiden Alten – noch gesteigert, obwohl die Landschaft dessen eigentlich nicht bedürfte. Und Rembrandts berühmte Radierung „Die Landschaft mit den drei Bäumen" könnte auf die verschiedenen Staffagen, die sich dem suchenden Auge endlich enthüllen, sehr wohl verzichten, wenn nicht der Deutungsvorschlag als annehmbar erschiene, daß hier auf ein holländisches Arkadien verwiesen werden solle. Dafür spricht nämlich, daß sich der Künstler selbst als Zeichnenden auf dem Hügel rechts im Bild dargestellt.

Aber es gibt in der Ausstellung durchaus schlagendere Beispiele für die Bedeutungserweiterung, die mit der Staffage verbunden sein kann; so etwa das Landschaftsbild von Jan Pynas (1583/84–1631) „Christus überreicht Petrus die Schlüssel". Die Landschaft selbst hat dabei in ihrer beharrlichen Erfassung der Baumvolumina – es scheinen sich eine Reihe von Kugelvarianten in den Raum zu ergießen – durchaus auch eigenes Interesse, aber die Figurengruppe reduziert deren Gehalt in beinahe unzulässiger Weise. Sie selbst scheint die Staffage zu werden.

Die großartige Landschaft von Georges Michel (1763–1843) „Landschaft mit Windmühle" (um 1800) erhält durch die Staffage von allerhand Fuhrwerken eine ländlich-arkadische Bedeutung, die ihre Dramatik mildert und ihren epischen Gehalt erhöht.

Und ganz ähnlich wirkt das meisterliche Bild des jungen Hans Thoma „Schwarzwaldlandschaft" (1867). Sein düster-kontrastreicher Hell-Dunkel-Aufbau läßt einen Sturm ahnen. Aber kann man ihn malen, ohne sich krümmende Bäume zu Hilfe zu rufen? Thoma kann es: Er zeigt eine Frau mit Kind, deren flatternde Gewänder gleichsam den Wind sichtbar machen. Die Staffage wird hier zum wesentlichen Moment der Deutung des Naturgeschehens, die „heimlichen Helden" werden fast zu Hauptpersonen (bis 30. Sept.; Katalog 21 Mark).

HERBERT ALBRECHT

Ausstellung in Düsseldorf: Heinrich-Heine-Porträts aus zwei Jahrhunderten

Ephebe, Klassiker oder Biedermann?

„So sah ich aus." Sah Heinrich Heine wirklich so aus, als er dies „heute Morgen, den 6ten April 1829", auf einer Zeichnung von Franz Kugler beglaubigte? Heine hatte viele Gesichter, als kaufmännischer Lehrling, als Student, als Dichter, als Reisender, als Journalist, als Bewohner der Pariser „Matratzengruft". Wir kennen sie alle nicht. Sie sind fotografisch nicht überliefert. Technisch möglich wäre es gewesen; die Daguerrotypie gab es bereits. Aber Heine hat es nicht erlaubt.

So bleibt uns nur, ihn beim Lesen seiner Werke aufzustöbern. Und tatsächlich: Unwillkürlich macht man sich, wenn man die „Loreley" oder den „Belsazar", den „Atta Troll" oder das „Wintermärchen" liest, ein Bild von dem Schriftsteller. Natürlich ist dieses sehr subjektiv, grundiert von der jeweiligen Lektüre, gefärbt durch das Temperament des Lesers und mehr oder weniger vorgeprägt durch Porträts, die einem irgendwo schon einmal begegnet sind.

Im Düsseldorfer Heinrich-Heine-Institut hat man sie jetzt versammelt, die berühmten und die unbekannten, die hart realistischen und die verklärend devotionalistischen Heine-Porträts. Es sind rund 60 Arbeiten (nur die wenigsten als Foto). Sie reichen von Tischbeins treffender, Heine unmißverständlich als Spötter diagnostizierenden Zeichnung von 1826 bis zu einer der für Arnulf Rainer typischen Ich-Aussagen, die „Übermalte Totenmaske" (1979), die auf anmaßende Weise verwandelt und aneignet: mehr Prozeß als Porträt.

So interessant die Annäherung von Künstlern der Gegenwart, wie Rissa, Horst Janssen, Mathias Prechtl, Bert Gerresheim oder eben Arnulf Rainer, an den Dichter des 19. Jahrhunderts ist, der eigentliche Reiz der Ausstellung besteht in der differierenden Zeugenschaft der Zeitgenossen. So viele Künstler, so viele Ansichten. Welche stimmt?

Das Düsseldorfer Institut verfügt mittlerweile über einen so ansehnlichen Fundus an Bildnissen, daß die Porträt-Ausstellung ganz aus eigenen Beständen hat zusammengestellt werden können. Noch ganz in der idealisierenden Tradition steht Ludwig Emil Grimm, Bruder der beiden Märchenprofessoren. Auf seiner Radierung von 1827 blickt Heine in die Ferne. Er sinnt. Vermutlich dichtet er. Zumindest ist er sehnsüchtig. Er hat den Kopf aufgestützt. Der Oberkörper ist von einem ausladenden Faltenwurf drapiert. Es ist die Pose des edlen Klassikers. Dichter und Denker in Personalunion.

Auch Gottlieb Gassen schien, zumindest in einer Vorstudie, das ephebenhaft Klassische bevorzugen zu wollen. In seinem Ölbild aus dem Jahr 1828 ist es dann aber dem Ausdruck des selbstbewußten jungen Mannes gewichen. Das Haar ist aufgebauscht, als hätte der Wind hineingegriffen. Unordentlich ist der eine Hemdkragen versteckt, der andere lugt aus dem Revers. Nur der Mundwinkel verrät nicht, wozu er sich entscheiden soll: zum elegischen oder zum spöttischen Ausdruck.

Nicht wiederzuerkennen ist Heine auf der Lithographie von Paul Rohrbach (nach einer Zeichnung von Friedrich Pecht, 1840): sauber gekämmt, gepflegt gekleidet, glatt rasiert, fleischige Backen, mit voller Lippe und doppeltem Kinn. Ein Bürger, wohlhabend, aufstrebend, ungefährlich. Aber Heine? Kaum anders auf dem Gemälde von Isidor Popper aus dem Jahr 1843: ein gutmütiger Bürgersmann, leicht trottelig, allenfalls wachsam für den täglichen Krimskrams des Lebens. Ein Biedermann, der versehentlich den Namen eines Dichters trägt.

Die vermutlich unverfänglichste, natürlichste, echteste Darstellung dürfte die 1854 angefertigte Radierung von Eduard Mandel sein (auf der Grundlage einer Zeichnung von Franz Kugler, 1829): zugleich schelmisch und nachdenklich, neugierig und gleichgültig, gescheit und derb. Ganz eine Signatur des Menschen Heinrich Heine, zumindest am Morgen des 6. April 1829. (Bis 7. Okt.)

WOLFGANG MINATY

Aus dem reichhaltigen Bestand des Düsseldorfer Heinrich-Heine-Instituts: Porträt des Dichters von Gottlieb Gassen (1828)

FOTO: DIE WELT

KULTURNOTIZEN

Lucio Fontana ist nach München und Darmstadt (vgl. WELT v. 27. 12. 83) nun in der Kunsthalle Bielefeld zu sehen (bis 23. Sept.).

Friedrich Christian Delius ist der Preisträger des neuen mit 12 000 dotierten Literaturpreises der Zeitschrift „Lesezeichen".

„Mensch und Kosmos" ist das Motto des 24. internationalen Symposiums der Société Teilhard de Chardin, das morgen in Brügge beginnt (bis 9. Sept.).

Die Strawinsky-Ausstellung „Sein Nachlaß – Sein Bild" im Baseler Kunstmuseum (vgl. WELT v. 22. 6.) ist bis 30. September verlängert worden.

Felix Mendelssohn-Bartholdy steht im Mittelpunkt des bis zum 22. September dauernden „11. Paderborner Orgelsommers".

Ferdinand Lassalles Grab auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof in Breslau haben die polnischen Behörden wiederherstellen lassen.

Der Schauspieler Manos Katrakis, ein bekannter Brecht-Mime, ist im Alter von 76 Jahren in Athen gestorben.

Carlo Zecchi, italienischer Dirigent und Pianist, verstarb im Alter von 81 Jahren in Salzburg.

JOURNAL

Vorerst keine Estnischen Filmtage in Deutschland

HS. **Kiel**

Wegen „Terminschwierigkeiten" müssen die „Estnischen Filmtage" in Kiel um „einige Monate" verschoben werden. Das haben Behörden der estnischen Hauptstadt Tallinn (Reval) dem Magistrat der Stadt Kiel mitgeteilt. Die großangelegte Vorführung von Filmen aus der Estnischen Sowjetrepublik war für dieses Jahr als Hauptpunkt der Städte-Zusammenarbeit geplant gewesen. „Kieler Tage" hatte es bereits im Juli letzten Jahres in Reval gegeben. Die „Terminschwierigkeiten" dürften in Zusammenhang mit den jüngsten Propagandakampagnen der Sowjets gegen einen angeblichen „Nationalismus" in Estland stehen, in deren Gefolge es bereits eine Reihe von Verhaftungen gegeben hat.

Berliner Festwochen haben begonnen

dpa, **Berlin**

Mit einer Aufführung der amerikanischen Ballett-Truppe „Martha Graham Dance Company" mit Rudolf Nurejew als Solist sind in der Freien Volksbühne Berlin die 34. Berliner Festwochen eröffnet worden. Das bis zum 2. Oktober dauernde Festival steht diesmal unter dem Hauptthema „Berlin um 1900", dem auch eine zentrale Ausstellung in der Akademie der Künste gewidmet ist. Außerdem gibt es verschiedene Theatergastspiele, darunter aus Paris und aus Georgien, eine Kabarettserie, wissenschaftliche Vorträge sowie zahlreiche Konzerte mit den Schwerpunkten Busoni, Schönberg und Richard Strauss.

F. V. S.-Preis an einen Moskauer Wissenschaftler

dpa, **Hamburg**

Der Alexander-Petrowitsch-Karpinskij-Preis der Hamburger Stiftung F. V. S., der mit 30 000 Mark ausgestattet ist, wurde für das Jahr 1984 dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Prof. Anatoli Petrowitsch Alexandrow (Moskau), verliehen. Nach Mitteilung der Stiftung gilt die Ehrung „den außerordentlichen Leistungen, welche der Laureat für die Entwicklung der Naturwissenschaft in ihren wesentlichen Richtungen, insbesondere aber für die Nuklear-Energetik und damit für die friedliche Nutzung der Atomkraft erbracht hat". Darüber hinaus habe sich Alexandrow um die Förderung internationaler Zusammenarbeit von Gelehrten „hoch verdient" gemacht.

Düsseldorfs Kunstmuseum in ein neues Domizil

dpa, **Düsseldorf**

Für das Düsseldorfer Kunstmuseum hat der Umzug in ein neues Domizil begonnen. Fast fünf Jahre, nachdem das alte Gebäude im Düsseldorfer Ehrenhof wegen Einsturzgefahr überraschend geschlossen worden war, sind nun die vollständige Sanierung und Erweiterung beendet. In den Bau aus den späten 20er Jahren wurde ein völlig neues Stockwerk eingezogen, so daß mit 5500 Quadratmetern Ausstellungsfläche erheblich mehr als im alten Gebäude zur Verfügung steht. 23,5 Mio. Mark hat der Umbau für das „neue" Museum gekostet, das im Mai nächsten Jahres eröffnet wird.

Keltische Totenstadt in Rottenburg entdeckt

dpa, **Rottenburg**

Eine vollständig erhaltene keltische Totenstadt ist in Rottenburg im Kreis Tübingen entdeckt worden. Bei fünfmonatigen Grabungen kamen nach Auskunft des Tübinger Landesdenkmalamtes bisher 35 Gräber und 135 Gefäße aus der Hallstattzeit (800 bis 400 v. Chr.) zutage. Den Fund von vier Skeletten – seltsamerweise nur weiblichen – werten die Denkmalschützer als weiteres Zeugnis des im Laufe des 8. und 7. Jahrhunderts eingetretenen Übergangs von der Verbrennung zur Bestattung der Toten. Außerdem stießen sie auf eine seltene, aus einem sehr frühen Stadium stammende menschliche Darstellung auf einer 1,20 Meter hohen Sandsteinstele.

Zur Erinnerung an Reuchlins Drucker

T. Fr. **Pforzheim**

Mit der Ausstellung „Die schwarze Kunst – Thomas Anshelm, Reuchlins Drucker" erinnert Pforzheim an einen wichtigen Drucker der Inkunabelzeit. Thomas Anshelm, in den 60er Jahren des 15. Jahrhunderts wahrscheinlich in Baden-Baden geboren, studierte in Basel und ging danach nach Straßburg, wo er eine Presse einrichtete. 1495 kam er nach Pforzheim und errichtete die erste Druckerei der Stadt. 1503 erschienen bei ihm die ersten Werke Reuchlins (der aus Pforzheim stammmt) und später auch Drucke von Erasmus von Rotterdam. Die Ausstellung im Alten Rathaus zeigt bis zum 16. Sept. Arbeiten Anshelms und gibt zugleich Einblick in die Organisation einer Druckwerkstatt der Frühzeit.

Drucker gewinnt 40 Millionen Dollar im Lotto

STÜCK/WILL, New York

Der 28jährige Drucker Michael Wittkowski aus Chicago, der für umgerechnet 110 Mark Lottoscheine ausfüllte, hat bei der jüngsten Ziehung im US-Bundesstaat Illinois den höchsten Lottogewinn aller Zeiten gemacht: 40 Millionen Dollar oder umgerechnet 116 Millionen Mark, die ihm in Jahresraten von jeweils zwei Millionen Dollar bis zum Jahr 2004 ausgezahlt werden.

Als Wittkowski von seinem sagenhaften Glück erfuhr, sprang er vor Freude buchstäblich an die Decke. Dies berichteten Schwester, Bruder und Vater, mit denen der Glückspilz seinen Gewinn teilen will. Wittkowski hatte wie immer „seine" Zahlen angekreuzt und variiert, darunter die Tippreihe 2, 3, 10, 26, 30, 43, die er nie ausließ.

Auf einer Pressekonferenz sagte Wittkowski, er habe noch keine Pläne für die Verwendung des vielen Geldes; alles, was er im Augenblick wisse, sei, daß er weiter in seiner Druckerei arbeiten wolle, wo er knapp 75 000 Mark im Jahr verdient. Auch Vater Wittkowski, seit 35 Jahren in einer Eisengießerei tätig, will seinen Job nicht an den Nagel hängen. Sein Sohn wird in wenigen Wochen den ersten Riesenscheck erhalten: zwei Millionen Dollar minus 22 Prozent Steuer, das sind umgerechnet immer noch 4,5 Millionen Mark.

Eine Superchance

Den größten vorherigen Lottogewinn in Amerika hatte erst vor wenigen Wochen ein New Yorker erzielt, der mit sechs Richtigen 20 Millionen Dollar gewann.

In den USA, wo im Grunde genommen alles größer und mächtiger ist als anderswo, gilt der Superlativ auch für Einsatz, Spiel und Gewinn, und das nicht nur in Las Vegas, Reno und Atlantic City, sondern auch beim Lotto. Das Spiel hat in den Vereinigten Staaten erst einige Jahrzehnte nach seinem Siegeszug in Deutschland Eingang gefunden, es ist auch nicht US-einheitlich geregelt, sondern – wo legalisiert – Angelegenheit der einzelnen Bundesstaaten.

Es unterscheidet sich in einem wichtigen Punkt von den Zahlenlottos anderer Staaten: Wird der Hauptgewinn nicht „getroffen", wird er auch nicht auf die Gewinner von fünf oder vier richtigen Zahlen „umgelegt", sondern bleibt stehen und wird dem Hauptgewinn der nächsten Ziehungswoche zugeschlagen.

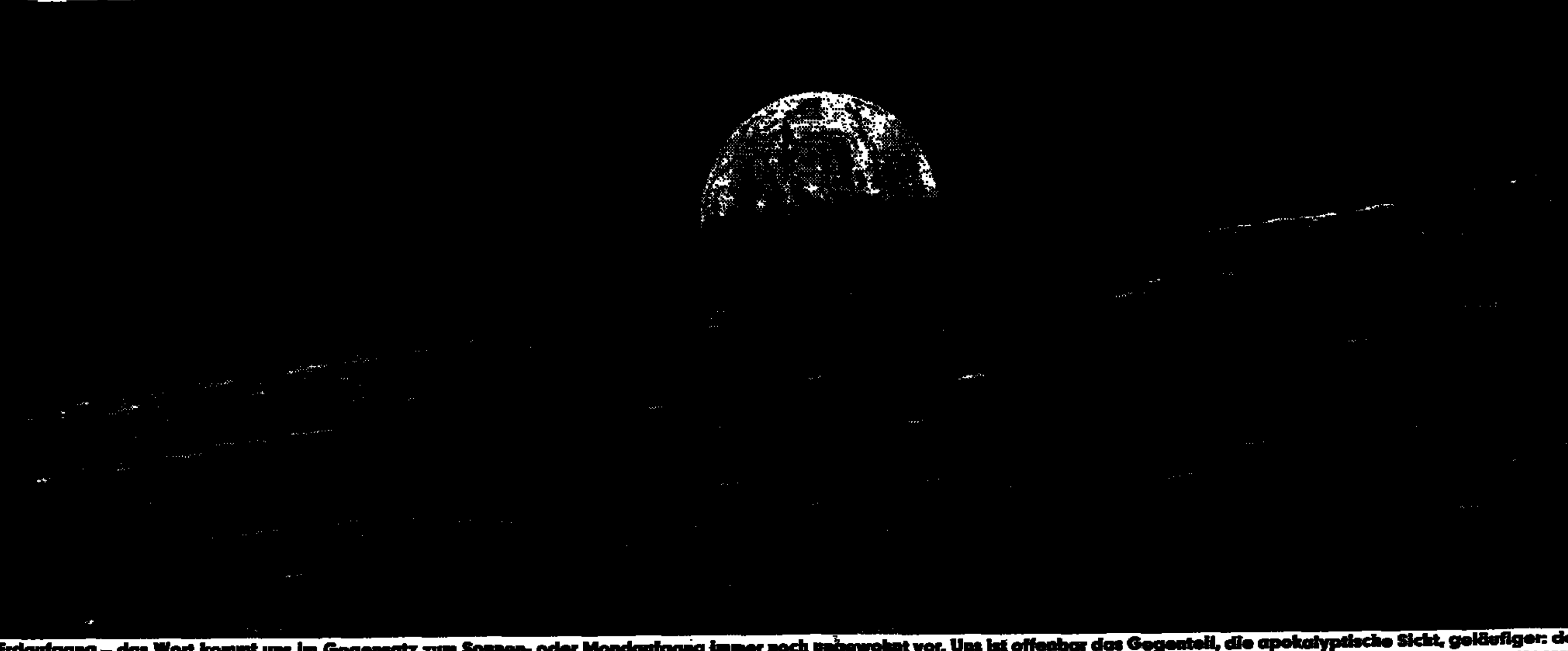
So kommen die Super-Gewinne zustande wie jetzt wieder in Illinois, wo in den drei vorangegangenen Spielwochen kein Spieler sechs richtige Zahlen getippt hatte – mit der Folge des immensen Gewinns. Der bisher höchste Treffer im Zahlenlotto war kürzlich im Bundesstaat Ohio gezogen worden: Acht Spieler teilten sich 24,5 Millionen Dollar.

Vererbbarer Treffer

Die Spielregeln der Bundesstaaten sehen vor, daß Hauptgewinne dieser Größenordnungen nicht auf einmal, sondern in Raten ausgezahlt werden, wobei der Gewinn natürlich auch – für den Fall des Todes des Gewinners – vererbbar ist.

In Illinois wurden für diese Spielwoche mit dem Rekordgewinn 31,7 Millionen Lottoscheine für jeweils einen Dollar verkauft. Das Spielfieber wuchs von Stunde zu Stunde, wie das immer zu beobachten ist, wenn ein Riesengewinn lockt.

Vor den 2300 Lottoscheinstellen in Illinois waren die Schlangen bis zur letzten Kaufstunde auf Hunderte von Metern angewachsen. Kurz vor der letzten Ziehung waren noch einmal 7,3 Millionen Scheine verkauft worden. Die Computer, die Scheinverkauf und gelochte Zahlen registrieren, hatten ausgerechnet, daß pro Minute bis zu 14 000 Tippscheine abgegeben worden waren – auch ein Rekord. (SAD)



Erdaufgang – das Wort kommt uns im Gegensatz zum Sonnen- oder Mondaufgang immer noch ungewohnt vor. Uns ist offenbar das Gegenteil, die apokalyptische Sicht, geläufiger: der Weltuntergang. FOTO: CAMERA PRESS

Kaltblütig entfernte die Astronautin den Eisblock

A. BÄRWOLF, Hamburg

Mit einem riskanten Manöver hat die Besatzung des amerikanischen Raumflugzeuges „Discovery" gestern nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen einen langen Eiszapfen an der Außenhülle des Weltraumschiffes entfernen können. Die Eismasse hätte bei der Erdrückkehr wichtige Raumschiffteile beschädigen und eine Katastrophe heraufbeschwören können.

Bei dem dramatischen Manöver gelang es der Astronautin Judy Resnik, den fast einen halben Meter langen Eiszapfen, der aus einer Austrittsöffnung für Abflußwasser an der linken Seite von „Discovery" herausgewachsen war, mit dem Roboter-Arm abzuschlagen. Dieses Manöver war so riskant, weil man bei dieser Arbeit den Tragflügel des Raumflugzeuges hätte beschädigen können. Das Kontrollzentrum in Houston ermahnte die Frau mehrfach, unter keinen Umständen dem Flügel zu nahe zu kommen. Die Raumflugführung stufte die Entfernung des Hindernisses als so wichtig ein, daß selbst die sonst absolut einzuhaltenden Flugvorschriften ignoriert wurden.

Als nach Einbruch des Tageslichtes „Discovery" wieder als kosmisches Fahrzeug über den Atlantik hinwegraste und sich der Küste Afrikas näherte, steuerte Judy Resnik den Multimillionen-Dollar-Arm behutsam in Richtung des gefährlichen Eiskristalls. Dabei blieb ihr nur ein Spielraum von 30 Zentimetern, ohne den für das Leben der Besatzung so wichtigen Raumschiffflügel zu berühren. Der Abstand bis zur Außenhaut des Raumschiffes schrumpfte auf 12,7 Zentimeter. Dann traf Resnik den Eisklumpen mit dem Ende des Roboterarms voll. Der Eiskristall brach fast ganz unten ab. Nur ein Stumpf blieb hängen. Nach Auswertung detaillierter Bilder der Fernsehanlage entschied das Kontrollzentrum in Houston, keinen Versuch mehr zu wagen, auch den Eisstummel zu entfernen. Offenbar war das Risiko zu groß, den sensiblen Doppel-Delta-Flügel des Raumflugzeugs zu beschädigen, größer jedenfalls, als eine Gefahr durch den Eisstummel einzugehen.

Vor dem Einsatz mit dem Roboterarm hatte die Nasa-Leitung alle möglichen anderen Versuche durchgespielt, das unangenehme Eisgebilde zu entfernen. Alles umsonst. Dabei hatte Raumschiff-Kommandant Henry Hartsfield die „Discovery" so gedreht, daß sie ständig zur Sonne zeigte. Doch das Eis wollte nicht schmelzen. Dann wurde versucht, das Eis durch pulsiertes Feuern der Lagensteuerungs-Raketen abzubrechen. Zunächst versuchte Hartsfield manuell diesen Trick, den Piloten von Flugzeugen durch plötzliches Ziehen am Steuerknüppel in ähnlicher Form anwenden, damit ein verklemmtes Fahrwerk rausfällt. Auch das klappte nicht. Auch eine Programmierung des Autopiloten für diese Ruckbewegungen half nicht. So entschied sich das Krisenmanagement in Houston, den Arm einzusetzen.

Hätte auch der Roboter, den übrigens die Kanadier für die Amerikaner gebaut haben, das Eisstück nicht entfernen können, wäre der Besatzung noch eine letzte Option geblieben. Ein Besatzungsmitglied hätte das Raumschiff verlassen und versuchen können, den Eiszapfen mit der Hand abzubrechen.

Die „Discovery" beendet ihren Jungfernflug heute auf dem kalifornischen Luftstützpunkt Edwards.

Wird Kurztrip hinter „Gitter" abgeschafft?

NRW-Justizminister will Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen

dpa, Düsseldorf

Kleinere Rechtsbrecher sollen künftig nicht mehr ins Gefängnis einrücken müssen, um dort ihre Ersatzfreiheitsstrafen mehr oder weniger sinnlos abzusitzen, weil sie die vom Gericht verhängte Geldstrafe nicht bezahlen können. Nordrhein-Westfalens Justizminister Dieter Haak (SPD) will sich für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe stark machen.

Sein Vorhaben begründet der Politiker in erster Linie rechtsdogmatisch: „Es ist eine Umkehrung des Richterwillens, wenn man einen ausdrücklich zur schwächsten Sanktion, nämlich der Geldstrafe, Verurteilten nur, weil er seine Geldstrafe nicht bezahlen kann, auf dem Umweg über die Ersatzfreiheitsstrafe doch ins Gefängnis bringt." Ein solches Vorgehen, so meinen Juristen im Düsseldorfer Justizministerium, führe zwangsläufig im Einzelfall – wenn auch ungewollt – zu einem „Zwei-Klassen-Strafrecht". Dem wohlhabenden Bürger bleibe der „Knast" erspart, sein wegen Arbeitslosigkeit oder Unterhaltsverpflichtungen zahlungsunfähiger Nachbar hingegen verschwinde durchschnittlich für 20 bis 40 Tage hinter „schwedischen Gardinen".

Freude wird im Falle einer Verwirklichung des Haak'schen Vorschlags durch den Bundesgesetzgeber bei zu Geldstrafen Verurteilten kaum aufkommen. Dies ist so zu verstehen, daß künftig die Gerichtsvollzieher mit dem gefürchteten „Kuckuck" in Gestalt eines vollstreckbaren Titels zahlungsunfähigen oder zahlungsunwilligen „Geldstraflern" auf den Fersen bleiben.

Freude aufkommen würde allerdings – auch das verhehlen Haak und seine Berater nicht – im „ausgebuchten" Strafvollzug nicht nur Nordrhein-Westfalens. Allein im bevölkerungsreichsten Bundesland wurden im vergangenen Jahr 145 367 Menschen zu einer Geldstrafe verurteilt. In etwa 11 000 Fällen verbüßten Männer und Frauen ihre Ersatzfreiheitsstrafen. Bei einer durchschnittlichen „Verweildauer" von 20 Tagen und einem Tagessatz von 100 Mark je Gefangener wird die Landeskasse mit 22 Millionen Mark zusätzlich belastet.

Vor diesen rein fiskalischen Überlegungen rangiert bei den „Reformern" das Einzelschicksal der „Ersatz-Freiheitsstrafler". Haak: „Die Verurteilten werden aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen. Sie verlieren nicht selten Wohnung und Arbeitsplatz. Der Vollzug kurzer Freiheitsstrafen erschöpft sich oft im beschäftigungslosen Absitzen. Es besteht die Gefahr, daß die häufig wegen Vekehrs- oder Bagatelldelikten Verurteilten von Mithäftlingen erst kriminell ‚infiziert' werden."

Einen ersten Schritt zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen hat der Minister in seinem Kompetenzbereich bereits getan. Ab Oktober – so seine Verordnung vom 6. Juli 1984 – braucht in Nordrhein-Westfalen kein Verurteilter mehr seine Ersatzfreiheitsstrafe absitzen, wenn er bereit ist, seine Geldstrafe durch freie Arbeit beispielsweise bei caritativen Verbänden abzuleisten. Dieses Verfahren löst die in Nordrhein-Westfalen seit dem 30. März 1983 im Gnadenweg praktizierte Regelung ab. Allein durch diese Gnadenregelung konnte in 505 Fällen von der Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe abgesehen werden, was dem Fiskus Ausgaben von 1,1 Millionen Mark ersparte.

LEUTE HEUTE

Casdorffs Rache?

Gereizte Stimmung im Kölner Reit- und Fahrverein. Im Mittelpunkt: WDR-Fernsehjournalist **Claus Hinrich Casdorff**, seit in einer ihm unterstellten Sendung Kritisches zur Gemeinnützigkeit dieses Vereins zu hören und sehen war. Das Pikante daran: Casdorff war zuvor die Mitgliedschaft in eben diesem Verein verwehrt worden. Casdorffs Rache? Ein WDR-Sprecher wies gestern derartige Spekulationen zurück. Der verdächtigte Journalist verteidigte sich gestern damit, von „diesem Bericht überhaupt nichts gewußt" zu haben.

Geschenk an Polen

Heidi Adele Albrecht, die Frau des niedersächsischen Ministerpräsidenten **Ernst Albrecht**, will einen Beitrag zur Aussöhnung mit Polen leisten. Dafür sammelt sie Gelder zur Rekonstruktion der alten Renaissance-Orgel im Danziger Dom. Bisher sind schon 550 000 Mark aufgebracht worden. Die neue Orgel kostet aber 670 000 Mark. Die niedersächsische First Lady bittet daher um Spenden auf das Konto „Orgelbaufonds St. Marien" Nr. 21/030 26/01 bei der Commerzbank Hildesheim.

Reitender Kicker

Kevin Keegan, einstiger Stürmerstar beim HSV, hat eine neue Karriere im Auge: Er will als Jockey beim Grand National, dem berühmtesten Hindernis-Galopprennen der Welt, starten. Der 33jährige Ex-Fußballer stellt sich das ganz einfach vor: „Das Pferd werde ich mir selbst kaufen, und nach einer Vorbereitung von 20 Rennen werde ich in Liverpool dabeisein. Es kommt nur darauf an, daß ich das richtige Pferd finde."

Vom Wert der Arbeit in den Ferienlagern

„Istwestija": So wünschen wir uns unseren Nachwuchs

FRIED H. NEUMANN, Moskau

Kinder und Jugendliche könnten verwahrlosen, wenn sie in den Ferien ohne Aufsicht blieben. So ist es zumindest in sowjetischen Zeitungen zu lesen. Seit nunmehr 30 Jahren nehmen deshalb sowjetische Kinder und Jugendliche, selbstverständlich freiwillig, „ihr Recht auf Arbeit in Anspruch", wie die „Prawda" schrieb. Denn einfach nichts tun, sei doch sehr ermüdend, ergänzte die „Iswestija" und beschrieb, „wie wir uns die Kinder wünschen": gesund, stark, abgehärtet, tatkräftig und energisch.

Während der Ferienzeit kamen in diesem Sommer 16 Millionen Kinder in mehr als 25 000 Pionierdörfern, auch „Lager für Arbeit und Erholung" genannt, zusammen. Weitere zehn Millionen waren nach Angaben der „Komsomolskaja Prawda" in Produktionsbrigaden erfaßt.

Die „Lager für Arbeit und Erholung" auf dem Lande arbeiteten überwiegend mit Kolchosen und Sowchosen zusammen. Die Kinder halfen dort in der Ernte, bei der Viehversorgung und bei der Haushaltführung. In Estland wurde im vergangenen Jahr ein Drittel der gesamten Heuernte auf diese Weise eingebracht.

In Gorki wurden die Jugendlichen auf Lehrwerkstatt, Krankenstation, Bibliothek und Telefonzentrale des Autowerkes verteilt. In Lettland arbeiteten sie als Briefträger, Verkäufer, in Kantinen und Gaststätten.

„So vielseitig und nützlich kann die Sommerarbeit von Schülern sein", jubelte die „Trud" und erinnerte die Gewerkschaften in den Betrieben gleichzeitig daran, ihre „Interessen zu schützen". Die Arbeitssicherheit und eine gerechte Bezahlung, eine spezielle Ausrüstung für Kinder und ärztliche Betreuung müßten gewährleistet sein. Aber das seien Idealforderungen, wie das Blatt einräumte. Vor allem in den Lagern sei „gerechte Bezahlung" ein Fremdwort. Mit den Kolchosen werden bestenfalls Löhne vereinbart, von denen die Kinder kaum je etwas zu Gesicht bekommen. Oft gibt es nur einen Ausgleich in Naturalien oder Reparaturhilfe.

Kritik an der Ferienarbeit mischte sich, wenn überhaupt, nur in höchst sanften Tönen in diese euphorischen Berichte. Diese neuzeitliche Kinderarbeit in der Sowjetunion ist ein ideologisch untermauertes offizielles Programm von Partei und Regierung, dessen erzieherischer Wert auch bei der Schulreform eine wichtige Rolle spielt. Unzulänglichkeiten oder gar Unfälle werden nicht erwähnt.

Elterlicher Widerstand gegen die Nötigung zur Kinderarbeit ist nur dann erfolgreich, wenn die Arbeit in der Schulzeit liegt. Als im vergangenen Jahr Schüler in Tadschikistan als Nothelfer bei schlechtem Wetter und im Überstundeneinsatz zum Baumwollpflücken verpflichtet wurden, reagierte selbst die Moskauer „Prawda" mit einem Rüffel an die Parteiführung der Republik.

Gänzlich wirkungslos blieben die kritischen Presseberichte der Tass im vergangenen Jahr über die Verpflichtung aller Schüler zur Heuernte auf städtischen Grünanlagen – während des Schuljahrs.

Den Kindern wurden, teilweise unter Strafandrohung, Sollnormen bis zu einem Zentner vorgeschrieben, eine Menge, die sich mit bloßen Händen, Scheren oder Messern selbst im Familieneinsatz nicht erfüllen ließ. Trotzdem wurde die gleiche Aktion lokal in diesem Jahr wieder angeordnet.

„Ike" noch verheerender als befürchtet

dpa, Manila

Der Taifun „Ike", der am Sonntag und Montag über die Philippinen hinweggerast war, hat wahrscheinlich noch weit mehr als die bereits gestern befürchteten 1000 Menschenleben gefordert. Dies wurde gestern aus Manila gemeldet, wo aus den am schwersten verwüsteten und von der Außenwelt abgeschnittenen Gebieten immer noch keine annähernd vollständige Schadensübersicht vorlag. Bisher wurden 332 Todesopfer gemeldet. Hundert werden aber noch vermißt. Mehr als 200 000 Menschen wurden obdachlos. Die im Zentrum des Wirbelsturms liegende Provinzhauptstadt Suriago am Nordende der südlichen Insel Mindanao wurde fast völlig zerstört. Allein dort kamen mehr als 300 Menschen ums Leben. Die meisten ertranken, als die Fluten eines Sees über die Häuserzeilen hereinbrachen. „Ike", der schwerste Taifun, der die Philippinen seit 14 Jahren heimsuchte, erreichte Spitzengeschwindigkeiten bis zu 200 Stundenkilometern. Die Trümmer wirbelten Hunderte von Metern durch die Luft. Brücken stürzten ein. Kleine Boote zerschellten an den Hafenmolen.

Rezeptskandal in Köln?

dpa, Köln

Die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen drei Ärzte der Domstadt, die unter Verdacht stehen, Rezeptfälschungen zum Nachteil von Krankenkassen begangen zu haben. Einer der drei Mediziner ist bereits vorübergehend in Untersuchungshaft genommen worden, wurde aber nach Bereitstellung einer Bankbürgschaft in Höhe von 1,5 Millionen Mark wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Ärzte – ein Röntgenologe, ein Frauenarzt und ein Zahnarzt – werden auch verdächtigt, Leistungen abgerechnet zu haben, die sie gar nicht erbracht hatten.

Senkrecht abgestürzt

dpa, Aarau

Eine Kunstflugmaschine ist bei einem Trainingsflug in der Nähe des Flugplatzes Birrfeld im Schweizer Kanton Aargau senkrecht abgestürzt. Der Pilot und sein Passagier wurden getötet.

Atomfracht-Abkommen?

AFP, Ostende

Belgien wünscht ein Abkommen, mit dem der Transport von Atomfracht auf dem Seeweg international geregelt werden soll. Danach sollten sich alle EG-Länder von solchen Transporten gegenseitig unterrichten und schärfere Sicherheitsvorschriften vereinbaren.

Tödliches Wohlfahrtsessen

dpa, Brüssel

Nach einer Wohlfahrts-Speisung sind sieben alte Leute in Balen-Neet in Nordbelgien an einer Lebensmittelvergiftung gestorben. Das belgische Gesundheitsministerium bestätigte diesen Vorfall gestern in Brüssel. Die ersten Opfer starben in der Nacht zum Sonntag, das siebte am späten Montagabend. Eine Frau schwebt noch in Lebensgefahr. Insgesamt wurden 60 Personen vergiftet.

Anwalt vor Gericht

AP, Köln

Ein 42 Jahre alter Rechtsanwalt aus Köln muß sich seit gestern vor dem Kölner Landgericht wegen Erpressung, Betrug, Begünstigung und Strafvereitelung verantworten. Der Jurist soll versucht haben, 1981 nach der Entführung des Sohnes des Kölner Anlageberaters Jochen Erlemann im Auftrag seines Mandanten mit dem Erlemann-Anwalt eine Belohnung für die Rückgabe eines Teils des damals noch verschwundenen Lösegelds ausgehandelt zu haben. Außerdem soll der Angeklagte dem 1982 aus der Haft geflohenen Gewaltverbrecher Robert Panek bei der Flucht geholfen haben. Der Angeklagte berief sich gestern auf seine Schweigepflicht.

WETTER: Schauer, im Süden Regen

Wetterlage: Auf der Rückseite eines über die Ostsee zum Baltikum ziehenden Tiefs fließt kühle Meeresluft nach Deutschland und bestimmt das Wetter der nächsten Tage.



Vorhersage für Mittwoch:
Im Süden stark bewölkt und zum Teil andauernder ergiebiger Regen. Höchste Temperaturen bei 18, Tiefstwerte in der Nacht um 10 Grad. Im übrigen Bundesgebiet wechselnd bewölkt mit einzelnen Schauern. Nachmittagstemperaturen bis 18, nachts Abkühlung bis 8 Grad. Frischer Wind um Nord.

Weitere Aussichten:
Im Süden abklingende Niederschläge, sonst zunehmende Aufheiterungen. Weitgehend niederschlagsfrei, ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	22°	Kairo	27°
Bonn	18°	Kopenh.	12°
Dresden	25°	Las Palmas	23°
Essen	17°	London	14°
Frankfurt	20°	Madrid	26°
Hamburg	17°	Mailand	22°
List/Sylt	10°	Mallorca	23°
München	22°	Moskau	18°
Stuttgart	23°	Nizza	25°
Algier	30°	Oslo	12°
Amsterdam	19°	Paris	18°
Athen	30°	Prag	23°
Barcelona	26°	Rom	26°
Brüssel	18°	Stockholm	9°
Budapest	27°	Tel Aviv	29°
Bukarest	28°	Tunis	27°
Helsinki	15°	Wien	25°
Istanbul	25°	Zürich	22°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.43 Uhr, Untergang: 19.57 Uhr; Mondaufgang: 19.02 Uhr, Untergang: 1.51 Uhr
*In MEZ, zentraler Ort Kassel

Japanischer Kaiserenkel sucht die ideale Ehefrau

EDWIN KARMIOL, Tokio

Es gärt in der Gerüchteküche Japans. Prinz Hiro, der 24jährige Enkel des Tennos, ist ins heiratsfähige Alter gekommen. Sollten Berichte in der japanischen Presse zutreffen, ist schon im nächsten Jahr, wenn der Kaisersproß sein Studium im englischen Oxford abgeschlossen hat, mit der Ankündigung seiner Verlobung zu rechnen.

Auf Brautschau ist die kaiserliche Familie angeblich schon seit zwei oder drei Jahren. Die künftige Ehefrau sollte vorzugsweise Absolventin der Tokioter Gakushuin-Universität – der Alma mater des Prinzen – oder der Heilig-Herz-Universität sein, wo die Prinzenmutter studiert hat. Mehrere Absolventen dieser Elite-Hochschulen sind bereits durch Heirat in die Familie des Tennos aufgenommen worden.

Von seinen Kommilitonen in Oxford wird der Prinz als „ganz normaler" Mensch beschrieben, der ein Glas Whisky nicht verschmäht und in ausgelassener Laune gern Lieder zum besten gibt. Seine „Traumfrau" beschrieb er einmal so: „Sie sollte eine fröhliche Person sein, gesund und sportlich. Und sie sollte ein guter Koch sein." Sein Kommilitone Koma meint: „Ich glaube, sie sollte ganz einfach so wie seine Mutter sein".

Auch eine Bürgerliche hat Chancen, dereinst zusammen mit Hiro den Kaiserthron zu besteigen. Darauf wird sie vermutlich angesichts der guten Gesundheit des Tennos Hirohito (83) und von Kronprinz Akihito (50) allerdings noch ein Weilchen warten müssen. Die Kandidatin hat einige Ansprüche zu erfüllen: Sie muß Japanerin sein, darf den künftigen Thronfolger an Körpergröße (163 Zentimeter) nicht übertreffen, sollte etwas jünger sein als er und ein oder zwei Fremdsprachen beherrschen. Vor allem aber muß sie eine Frau mit makelloser Vergangenheit sein.

Ein Name, wer die Glückliche sein könnte, ist bisher allerdings noch nicht gefallen. Überhaupt gehen japanische Journalisten mit der kaiserlichen Familie sehr viel zaghafter und rücksichtsvoller um, als es die europäische Regenbogenpresse mit ihren Königshäusern tut. Ein Rummel wie um Prinz Charles und Lady Di, den Hiro jetzt aus der Nähe kennenlernte, Geschichten über königliche Liebesabenteuer oder echte Einbrecher, die nachts bei der Queen plötzlich an der Bettkante sitzen, wie es Königin Elizabeth widerfuhr – das wäre in Japan schier undenkbar.



„Meine Frau sollte eine fröhliche Person sein", lautete der schlichte Wunsch des japanischen Kronprinzen Hiro, hier bei seiner Immatrikulation in Oxford. FOTO: DPA

Auch die Eltern der künftigen Kaiserin sollten einen einwandfreien Leumund haben. Nicht gerne gesehen wäre außerdem zum Beispiel eine Frau, deren Vater als Rechtsanwalt Umgang mit Kriminellen hat, oder die Tochter eines Politikers, der einer der extremistischen Parteien angehört.

Wie die Japaner sich die „Traumfrau" von Prinz Hiro vorstellen, das schrieb der Journalist und Hofschreiber Toshiaki Kawara in einer der größten Wochenzeitungen des Landes: „Jede junge Frau, die bereits mit einem Mann eng befreundet war, würde automatisch ausscheiden. Es geht einfach nicht, daß jemand nach der Hochzeit auftaucht und behauptet, er habe schon einmal die Braut geküßt, oder daß plötzlich ein Foto die Runde macht, das sie Händchen haltend mit einem Mann zeigt".

Kronprinzessin Michiko, die Mutter des Prinzen, war seinerzeit die erste Bürgerliche, die Aufnahme in die kaiserliche Familie fand. (SAD)

ZU GUTER LETZT

„Das Zuchtziel der Weißen Deutschen Edelziege ist eine fruchtbare, langlebige, schwere und tiefe mit hoher Milchleistung, guter Fruchtbarkeit, mit einwandfreiem Fundament im mittleren Rahmen. Das Euter soll geräumig, d. h. weit vorn am Bauch beginnend, straff aufgehängt, drüsig sein, mit gleich stark ausgebildeten Euterhälften, mittellangen, gut abgesetzten Strichen, die ein leichtes Hand- und Maschinenmelken ermöglichen." Aus dem Katalog für Zuchttiere des Landesverbandes der Ziegenzüchter für Westfalen und Lippe in Münster, verbreitet von Agrar aktuell, Münster.